



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die neue Stadt

Feder, Gottfried

Berlin, 1939

Zweiter Teil: Die Öffentliche Einrichtungen in den Städten von etwa 20
000 Einwohnern.

[urn:nbn:de:hbz:1-84833](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:1-84833)

Zweiter Teil.

Die Öffentlichen Einrichtungen in den Städten von etwa 20000 Einwohnern.

- | | | |
|---|---------------------------------|--|
| <i>I. Einrichtungen höherer Ordnung.</i> | 16. Städtischer Wirtschaftshof. | 34. Hilfsschulen. |
| 1. Amtsgericht, Landgericht. | 17. Schlachthof. | 35. Jugendheim. |
| 2. Finanzamt. | 18. Kanalisation. | 36. Jugendherberge. |
| 3. Arbeitsamt. | 19. Straßenreinigung. | 37. Bücherei. |
| 4. Landratsamt und | 20. Müllabfuhr. | 38. Museum. |
| 5. Kreissparkasse. | 21. Bedürfnisanstalt. | 39. Theater. |
| 6. Partei. | 22. Feuerwehr (freiwillig). | 40. Kino. |
| 7. Gemeinschaftshaus. | 23. Rettungswache. | 41. Kirchen. |
| 8. Bahnhof. | | |
| 9. Flugplatz. | <i>IV. Geld und Verkehr.</i> | <i>VI. Gesundheit, Krankheit, Tod.</i> |
| 10. Reichspost. | 24. Städtische Sparkasse. | 42. Sportplatz. |
| | 25. Reichsbanknebenstelle. | 43. Turnhalle. |
| <i>II. Kommunale Verwaltungen und Sicherheit.</i> | 26. Märkte. | 44. Freibad. |
| 11. Rathaus. | 27. Aufmarschplätze. | 45. Warmbad, Schwimmhalle. |
| 12. Polizei. | 28. Verkehrsamt. | 46. Kinderkrippen. |
| | 29. Kioske. | 47. Kindergärten und -horte. |
| <i>III. Versorgung.</i> | <i>V. Bildung und Kultur.</i> | 48. Krankenhaus, Entbindungsanstalt. |
| 13. Wasserwerk. | 30. Gemeindeschule. | 49. Krankenkasse. |
| 14. Elektrizitätswerk. | 31. Berufs- und Fachschule. | 50. Altersheim. |
| 15. Gaswerk. | 32. Mittelschule. | 51. Friedhof. |
| | 33. Höhere Schule. | 52. Krematorium. |

Die Tabelle gibt im ersten Teil zunächst einen Überblick über die Öffentlichen Einrichtungen höherer Ordnung. Dieses sind die Organe der Regierung oder der Provinz usw. Es ist selbstverständlich, daß sie nicht so sehr von der Stadt selbst abhängig sind, weil sie höhere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen haben. Die Größe des Kreishauses richtet sich vornehmlich nach Fläche und Einwohnerzahl sowie der Wirtschaftsstruktur des gesamten Kreises. Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des ganzen Kreises spielt hierbei eine wichtige Rolle. Das Finanzamt ist ebenfalls sehr abhängig von der Größe und Eigenart des Finanzbezirks, ebenso das Arbeitsamt; bei der Gerichtszugehörigkeit sprechen oft historische Überlieferungen mit usw. Es soll hier lediglich festgestellt werden, wie groß die Kreishäuser in den untersuchten Städten sind, wie etwa das Finanzamt aussieht, das Amtsgericht oder das Landgericht. Selbstverständlich kann auch einmal ein solches Organ fehlen. Nur 42 von 72 Städten z. B. sind Kreisstädte und nur in 14 Städten von 72 befinden sich Landgerichte. Um einen Einblick in das Vorkommen der Einrichtung in den 72 untersuchten 20000er Städten zu geben, ist jeweils angegeben, in wieviel Städten eine solche Einrichtung vorkommt.

Im ganzen wurden sogar rd. 150 deutsche Städte zu den Untersuchungen herangezogen. Im einzelnen wird natürlich der örtliche Umstand dafür entscheidend sein, ob eine Einrichtung in eine Siedlung aufgenommen werden soll oder nicht. Ob z. B. ein Kreishaus dort errichtet werden muß oder ein Amtsgericht usw. Jedoch sollen absichtlich hier die Abhängigkeiten und ungefähren Größen genannt werden, um bei Planungen dann näher zu untersuchen, welche von den hier beschriebenen öffentlichen Einrichtungen nun angesetzt werden müssen oder mit welchen in Zukunft vielleicht gerechnet werden kann.

In der vorstehenden Tabelle sind die Einrichtungen aufgeführt, die zum geordneten Eigenleben einer Stadt notwendig sind. Sie alle werden in den folgenden Abschnitten nacheinander eingehend untersucht und in ihrer Größe ungefähr bestimmt. Nur so, wenn man diese Organe des Staates oder des Landes, die in eine Siedlung oder Stadt hinein sollen, und auch die eigenen Organe der Stadt übersieht und sie alle in ihren Grundzügen einmal durchdacht hat, ist es möglich, einen guten städtebaulichen und organischen Plan auszuarbeiten.

Im Laufe der Arbeit hat sich für die Ermittlung der Öffentlichen Einrichtungen etwa folgende Methode als die günstigste herausgebildet. Wir haben für alle Einrichtungen eine Reihe von Städten befragt, um uns über die Grundstücksgröße, die bebaute Fläche, die Nutzfläche aller Geschosse und die Beschäftigtenzahl ein ungefähres Bild zu machen. Diese Zahlenwerte sind in einer Tabelle zusammengefaßt und werden jeweils zum Abdruck gebracht, damit der Planer sich ein selbständiges Urteil bilden kann. Zur Ermittlung der Normalwerte haben wir nun nicht nur, unter Ausscheidung der ungewöhnlich hohen und niedrigen Werte, die rein rechnerischen Mittelwerte gebildet, sondern wir bringen, soweit dies angängig erschien, auch noch eine zweite Darstellung der ermittelten Werte. Diese „Gruppentabelle“ gibt gute Anhaltspunkte für die Häufigkeit des Vorkommens bestimmter Werte in den untersuchten Städten. Auf der waagerechten Achse sind die besonderen Merkmale Grundstücksfläche, Beschäftigtenzahl usw. jeder Einrichtung jeweils nach rechts steigend aufgetragen. Weisen zwei Städte etwa denselben Wert, z. B. in der bebauten Fläche, auf, so sind an der entsprechenden Stelle Kreise eingesetzt worden. Aus diesem Gruppenbild kann man dann in vielen Fällen den normalen Wert, der am häufigsten auftritt, ungefähr ablesen. Meist ist in der Gruppentabelle die Stelle des rechnerischen Durchschnitts durch ein Kreuz (X) bezeichnet worden.

Als Ergänzung hierzu haben wir sodann, ähnlich wie bei den Gewerben, an die Einrichtungen mit auffällig hohen oder niedrigen Zahlen Anfragen gerichtet. Die eingegangenen Antworten erklären nicht nur die aufgetretene Verminderung oder Steigerung der Einrichtung, sondern geben dem Planer auch Anhaltspunkte, durch welche besondere Verhältnisse sich die von uns gegebene Richtzahl nach oben oder unten abwandelt. Nur so wird es dem Planenden möglich sein, die von uns gegebenen Werte für einen bestimmten Fall zuzuschneiden.

Wie wir für die Gewerbe das generelle Urteil der Reichsfachverbände eingeholt haben, so sind wir häufig für die öffentlichen Dienste an die Zentralbehörden des Reiches herangetreten. Diese Auskünfte haben zum Teil unsere Ermittlungen grundlegend bestätigt, mitunter aber dienten auch die sachkundigen und eingehenden Angaben als Grundlage für die weitere Ermittlung.

Bei jeder öffentlichen Einrichtung, die nachfolgend im einzelnen untersucht und besprochen werden, sind ferner Einzelbeispiele näher dargestellt. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, allgemeingültige Grundrißpläne oder gar Typen hierfür aufzustellen, nur aus der genauen Kenntnis der Örtlichkeiten kann sich ein guter Entwurf für die Einzelgebäude entwickeln. Wir haben deshalb auch darauf verzichtet, besondere Pläne unter diesem Gesichtswinkel zu entwerfen, da wir glauben, daß eine Typenbildung unmöglich ist. Es sind also lediglich Einzelbeispiele aus der Wirklichkeit abgebildet, um dem Planer einen ungefähren Anhaltspunkt auch für den inneren Aufbau des Gebäudes zu geben. Teilweise handelt es sich hier um nicht besonders gut gelöste Grundrisse. Es war aber nicht möglich, die Einzelbeispiele durch neue Entwürfe überarbeiten zu lassen, da die Anzahl der Einrichtungen zu groß ist. Bei diesen Entwürfen spielen auch zu sehr landschaftliche Fragen und die geschmackliche Einstellung eine Rolle, so daß schon aus diesem Grunde von einer Typisierung abgesehen werden muß. In der zusammenfassenden, bildlichen Darstellung für alle öffentlichen Gebäude am Schluß dieses Werkes ist das Grundstück und die etwa auftretende Baumasse jeder Einrichtung überschlägig dargestellt, damit sich der Planer ein Bild machen und mit diesen Elementen den Stadtkörper künstlerisch gestalten kann.

I. Einrichtungen höherer Ordnung.

1. Gerichtswesen.

a) Amtsgericht.

Die Gerichtsbehörden im Reich sind häufig aus historischen Gründen an bestimmte Orte gelegt oder an bestimmten Orten zusammengezogen. Die Größe des Amtsgerichts steht also nicht mit der Fläche des Bezirks, der Zahl der Gerichtseingesessenen und der Einwohnerzahl

der Stadt in unmittelbarem Zusammenhang. An sich wird jedoch die Anzahl der Gerichtsesessenen für die Größe der gerichtlichen Behörde eine Rolle spielen. Die Anzahl der Rechtsfälle auf den Kopf der Bevölkerung ist in den einzelnen Gegenden sehr verschieden. Auch die Art der gerichtlichen Tätigkeit hat sehr verschiedenen Charakter. In den Industriegegenden herrscht die Kriminalität vor, in landwirtschaftlichen Gegenden gibt es wiederum sehr viele Fälle in Grundbuchsachen. Auch der Charakter der Menschen ist hier von Bedeutung. In Gegenden, wo die Menschen ruhiger und schwerfälliger sind, im Norden und Osten des Reiches, sind weniger Streitfälle gerichtlich zu regeln, als in der lebhafteren und hitzigeren Bevölkerung des Westens.

Herr Ministerialrat MEFFERT von der Preußischen Bau- und Finanzdirektion war so freundlich, uns einige dieser allgemeinen Gesichtspunkte mitzuteilen. Gewiß ist es sehr schwierig, die Größe des Amtsgerichts zu bestimmen, jedoch soll hier nicht die Größe des Gebäudes und sein genauer Umfang festgelegt werden, sondern lediglich für den Städtebauer und Landesplaner ein Anhaltspunkt für diese Einrichtungen in einer Stadt von 20000 Einwohnern gegeben werden. Insofern kann man sich also doch ein ungefähres Bild machen nach den aus 41 Städten eingegangenen Angaben (s. Materialtabelle S. 79).

Es gibt 1661 Amtsgerichte in Deutschland, aber nur 1270 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Es ist also anzunehmen, daß bis zu den Städten von 6000—9000 Einwohnern überall ein Amtsgericht vorhanden ist. Selbstverständlich haben die Großstädte mehrere Amtsgerichte. Es kann auch vorkommen, daß kleinere Städte über 5000 Einwohner Amtsgerichte haben, aber auch, daß größere vielleicht bis zu 9000 oder 10000 Einwohnern noch keines haben. Mit großer Sicherheit ist aber anzunehmen, daß in Städten von 20000 Einwohnern immer ein Amtsgericht liegt.

Herr Landgerichtsrat Dr. HOFFMANN vom Reichsjustizministerium hat uns auf Grund seiner eigenen Feststellung wertvolle Erklärungen über die Größe der Amtsgerichte gemacht. Außerordentlich stark beeinflusst wird die Größe des Amtsgerichts durch folgende Umstände:

1. Die Zuordnung einer detachierten Kammer (Kammer für Handels- und Strafsachen) wirkt sich vergrößernd auf den Raumbedarf aus.

2. Bei den kleinen Amtsgerichten sind die Gerichtskassen nicht angegliedert. Die hohen Kosten des Einbaues eines Tresors und der für eine solche Kasse notwendige große Verwaltungsapparat bringen es mit sich, daß solche Hauptkassen der Kostenersparnis wegen nur an den Sitz größerer Amtsgerichte gelegt wurden. An solchen kleinen Amtsgerichten ohne Hauptkasse werden in der Regel nur Zahlstellen eingerichtet. Dies bedingt bei dem kleinen Amtsgericht eine *Raumverminderung*, bei den größeren Amtsgerichten mit einer solchen Hauptkasse eine *Vermehrung* des Raumbedarfs.

3. In neuester Zeit hat sich bei verschiedenen Amtsgerichten ein Mehrbedarf an Raum und Richtern bemerkbar gemacht. Durch die Schaffung von *Anerben- und Erbgesundheitsgerichten* entstand ein Mehrbedarf an Raum und Personal. Die Größe solcher Abteilungen ist ganz verschieden, je nachdem es sich bei den Anerbengerichten um *landwirtschaftliche* oder um mit *Industrie* stark durchsetzte Gebiete handelt. Die Erbgesundheitsgerichte werden dort am meisten zu tun haben, wo am Sitze eines solchen Gerichts sich eine Heil- und Pflegeanstalt befindet. Die Anträge für das Erbgesundheitsgericht werden in den meisten Fällen von den Ärzten solcher Anstalten ausgeschrieben. Diese Umstände sind bei der Raumzumessung ebenfalls in Rechnung zu setzen.

4. Die verschiedenartige Anwendung der freiwilligen Gerichtsbarkeit in gewissen Landesteilen wirkt sich auch auf die Besetzung mit Richtern und in der Raumgröße aus. In den Bezirken Mecklenburg, Baden, Württemberg wird die freiwillige Gerichtsbarkeit durch *andere* behördliche Stellen ausgeübt. In Mecklenburg wird sie von den Stadtgerichten vertreten (Grundbuchsachen und Vormundschaftsgerichtsaufgaben usw.), in Baden und Württemberg sind hierfür die Bezirksnotare tätig. In solchen Gebieten werden die Amtsgerichte entsprechend kleiner sein.

5. Die Größe der Gefängnisse (kleine, große oder besondere Anstalten) werden sich auf die Flächengröße der Amtsgerichte auswirken. *Die Frage, ob ein eigenes Gefängnis überhaupt erforderlich ist, wird von der Nähe eines schon vorhandenen Gefängnisses bestimmt.* Bei einem besonderen Gebäude für das Gefängnis ist auch bei der Planung die Wohnung für den Gefängnisdirektor nicht zu vergessen.

6. Für die Größe des Amtsgerichts sind auch die Verkehrsverbindungen und Verkehrsverflechtungen des Gerichtsinsassengebiets zu beachten. In einem verkehrsmäßig gut erschlossenen Gebiet wird die Frequenz der Amtsgerichte größer sein. Eine gute Verkehrsverbindung macht es leichter, öfters zum Amtsgericht zu kommen, als in den Gegenden, die eine schlechte Verkehrsverbindung zu den Amtsgerichten haben. Der beschwerliche Weg, das Gericht zu erreichen, und die höheren Wegunkosten werden viele Menschen davon abhalten, einen Prozeß zu führen. In solchen verkehrsarmen Gegenden werden in besonderen Ortschaften detachierte Sitzungen des Gerichts abgehalten in tageweise hierfür gemieteten Räumen von Gastwirtschaften. Herr Landgerichtsrat Dr. HOFFMANN vom Reichsjustizministerium ist der Auffassung, daß es kein starres Schema für die größenmäßige Anlage von Amtsgerichten gibt. Die oben nur kurz angedeuteten Tatsachen verwaltungsmäßiger und wirtschaftlicher Natur geben Fingerzeige für die Verschiedenartigkeiten der räumlichen und flächenmäßigen Planung. Herr Dr. HOFFMANN schätzt die Flächengröße für das Grundstück eines Amtsgerichts mit einem kleinen Gefängnis und einer Richterwohnung für eine 20000er Stadt auf etwa 3000 m². Nach unserer Ermittlung (s. weiter unten) kommen wir zu etwa 3700 m². In dieser Größenordnung also wird man das Grundstück bemessen müssen. Ministerialrat MEFFERT (Bauabteilung des Preußischen Finanzministeriums) gibt die Größe der Grundstücksfläche auf durchschnittlich 3000—4000 m² an.

Die Auswertung zur Ermittlung von Richtwerten baut sich folgendermaßen auf:

Grundstücksfläche. Aus 27 Städten liegen auswertbare Unterlagen vor. Es fallen aus, einerseits Nordenham mit 18124 m² und Schleswig mit 10516 m² als anormal groß und andererseits als abnorm klein Siegburg mit 1140 m², Mittweida mit 1350 m² und Wolfenbüttel mit 1390 m². Teils liegen diese Amtsgerichte in großen Parks, so daß sie sehr viel Grundstücksfläche besitzen, teils sind es sehr eng eingebaute Häuser, die nur eine ausgesprochen kleine Grundstücksfläche benötigen. Als normale Grundstücksgröße kann man etwa 4000 m² annehmen. Selbstverständlich soll das nicht heißen, daß man nicht auch mit einer etwas kleineren Grundstücksfläche auskommen kann. Das *Gerichtsgefängnis* allerdings (s. S. 82) liegt mit auf diesem Grundstück.

Bebaute Fläche. Hierfür sind aus 33 Städten die Unterlagen auswertbar. Bei Tübingen, Freising, Kempten fehlen die Angaben, der Höchstwert liegt bei Nordenham mit 1310 m², der Mindestwert bei Neuruppin 312 m² und Templin mit 315 m². Als normaler Wert für die bebaute Fläche kann 600 m² angenommen werden (das als Beispiel gebrachte Amtsgericht in Küstrin hat eine bebaute Fläche von 585 m²). Hierbei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß viele Amtsgerichte nicht nur über Mangel an Personal klagen, sondern daß für dies geringe Personal auch in den meisten Fällen zu wenig Raum vorhanden ist.

Fläche aller Geschosse. Hierfür sind 33 Angaben auswertbar. Als anormal groß fiel Nordenham aus. Es kann hier auch eine unklare Angabe vorliegen, wie in Templin. Der Höchstwert liegt bei Swinemünde 3019 m², der Mindestwert bei Wolfenbüttel mit 753 m². Als Richtwert für die Nutzfläche kann man etwa 1680 m² in Ansatz bringen. Dies würde bei einer bebauten Fläche von 600 m² bedeuten, daß es sich um einen zwei- bis dreigeschossigen Bau (Erd-, erstes und zweites Obergeschoß) mit einem halb ausgebauten Dachgeschoß handelt. Das im Beispiel gebrachte Amtsgericht in Küstrin ist dreigeschossig mit einem halb ausgebauten Dachgeschoß. Die Fläche aller Geschosse beträgt etwa 2330 m².

Beschäftigte. Hierfür konnten die Angaben von 38 Städten ausgewertet werden. Man kann allgemein mit etwa 37—38 Beamten und Angestellten rechnen. Der Höchstwert liegt bei Siegburg mit 72, der Niedrigstwert bei Templin mit 17. Die meisten Amtsgerichte haben zwischen 25 und 45 Beschäftigten. Das als Beispiel abgebildete Amtsgericht von Küstrin hat 35 Beschäftigte.

Anzahl der Gerichtseingesessenen. Hierfür kann leider nur ein ungefährer Anhaltspunkt gegeben werden, da nur 8 Amtsgerichtsbezirke Angaben gemacht haben. Sie schwanken zwischen 75000 bei Senftenberg und 23000 bei Templin. 40000—50000 Menschen scheinen demnach zu einem normalen Amtsgerichtsbezirk zu gehören.

Säle. Im Amtsgerichtsgebäude sind im allgemeinen immer ein bis zwei Säle vorhanden, die zusammen etwa 100—120 m² groß sind.

Materialtabelle.

Amtsgericht und Gefängnisgefängnis.

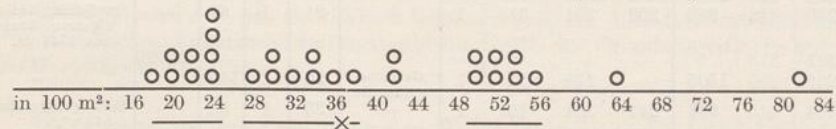
Stadt	Ein- wohner	Amtsgericht			Gefängnis				Welche Ein- richtungen liegen im Amts- gericht	Per- sonal des Amts- gerichts	Säle	Flä- che der Säle ins- ge- samt m²	Zahl der Ge- richts- ein- geses- senen	Bemerkungen
		Grund- stücks- fläche m²	be- baute Fläche m²	Fläche aller Ge- schosse usw. m²	be- baute Fläche m²	Fläche aller Ge- schosse usw. m²	Höchst- zahl der In- sassen	Be- amte						
Senftenberg	17803	2948	1490*	1663	s. vorn!	1120	55	?	—	45	2	124	75000	* Zusammen mit Gefängnis
Tübingen	28686	s. Landgericht			556	1102	54	?	s. Landgericht	—	—	—	—	Die Grundstücksfläche des Gefängnisses: Verwalt.-Geb. 307 m². Gefängnis 1401 m².
Itzehoe	20912	5654	751	2093	448	1610	37	?	—	39	4	135	—	—
Lahr	16807	2249	418	960	209	304	31	?	—	21	1	89	—	Das Gefängnis liegt auf eigenem Grundstück mit 1544 m².
Templin	8800	2322	315	?	—	—	—	—	—	17	—	—	23099	—
Rastenburg	16021	2299	790	1505	—	339	22	?	Gerichtsgefängnis	26	2	140	—	—
Eschwege	12862	3764	445	931	247	324	15	1	—	25	1	52	—	Gefängnisgrundstück 643 m².
Lauenburg	18962	1728	574	1184	483	662	20	?	—	41	2	139	—	—
Bunzlau	19625	5053	1136	2267	—	—	—	—	—	49	1	245	—	—
Freising	16211	—	—	—	—	—	40	2	—	33	1	—	—	—
Schleswig	20694	10516	558	1369	436	1151	59	—	—	42	1	86	—	—
Mittweida	19128	1350	503	1552	219	475	43	1	—	29	1	91	—	—
Idar-Oberstein	22540	3304	675	993	42	125	6	—	—	33	4	168	—	—
Kolberg	33735	2900	702	2200	140	420	19	1	—	41	2	130	—	—
Prenzlau	22357	2700	513	1894	s. Landgericht	—	—	—	—	43	—	—	39179	—
Siegburg	20446	1140	718	1635	nicht vorhanden*	—	—	—	—	72	1	65	67755	* Im Orte besteht ein Zuchthaus.
Wernigerode	23300	4134	534	1689	301	857	25	1	—	24	1	54	44600	—
Bruchsal	16903	2460	773	1253	452	600	?	?	—	28	1	78	—	—
Werdau	21587	5060	691	2764	350	1050	34	1	—	35	2	123	—	—
Bitterfeld	21328	3090	505	1600	220	680	52	?	—	45	2	135	—	—
Neuruppin	21291	5280*	312	1248†	1247	3965	160	19?	—	51	2	113	—	* Mit Landgericht. † Für das Entschuldigungsamt sind ausw. Räume zugemietet.
Gummersbach	19539	in zwei Miethäusern untergebracht			in einem dritten Miethaus untergebracht			—	—	22	—	—	40000	Viel zu klein. Neubau geplant.
Wittenberg	24480	5467	724	1671	327	578	42	—	—	47	1	74	—	—
Schwelm	23020	2432	541	1905	409	1715	80	3	—	27	2	93	—	—
Eilenburg	19608	5417	509	777	658	485	14	—	—	21	1	48	—	—
Swinemünde	20514	1894	853	3019	282	1412	42	3	—	56	2	160	—	—
Arnstadt	22024	im Behördengebäude untergebracht			391	611	20	1	—	55	1	67	—	—
Salzwedel	16123	2420	684	2050	345	1350	75	—	—	41	2	132	—	—
Marburg	28439	8157	480	1500	567	1900	108	9	—	34	2	94	—	—
Neustettin	16078	5210	367	840	458	990	45	2	—	42	3*	272*	—	* Darunter ein Arbeitsaal mit 133 m².
Wolfenbüttel	19620	1390	424	753*	nicht vorhanden†	—	—	—	—	26	1	59	40000	* Zu klein! † Im Ort Strafgefängnis.
Gumbinnen	19987	6474*	481	1106	485†	781	53	2	—	26	1	59	51147	* Davon Gefängnisgrundstück: 4334 m². † Mit Stallgebäude (112 m²).
Nordenham	15500	18154	1310	4890	810	1080	59	?	Finanzamt, NSV., Luftschutzschule des RLB.	?	1	73	—	—
Güstrow	22464	s. Landgericht			872	s. Landgericht	—	—	—	35	1	59	—	—
Osterode/Opr.	17977	3557	547	1641	362	1086	27	?	—	25	1	73	—	—
Küstrin	21270	3229	585	2331	326	?	42	?	—	35	2	116	—	—
Neustrelitz	19414	1926	530	?	?	?	50	?	—	35	1	80	—	—
Minden	28764	4127	800	2250	399	1146	—	—	—	59	2	108	—	—
Kempten	26473	s. Landgericht			—	—	—	—	—	52	2	112	—	—
Sonneberg	20083	1410*	696*	2371*	303	970	30	3	detachiertes Landgericht, abgezwigte Staatsanwaltschaft	46	1	45	48133	* Im Amtsgericht auch Teile des Landgerichts untergebracht, Boden und Kellerräume mitberechnet.

In der Gruppentabelle zeigen sich bei der Sparte „Grundstücksfläche“ starke Neigungen zur Gruppenstreuung, wogegen die Sparte „bebaute Fläche“ eine außerordentlich starke Ballung von 24 Einheiten zwischen 500 und 800 m² aufweist. Der errechnete Durchschnitt liegt genau in der Mitte. Auch die Sparte „Fläche aller Geschosse“ zeigt trotz starker Streuung eine deutliche Gruppe: 9 Einheiten zwischen 1500 und 1700 m². Bei „Beamten und Angestellten“ sind 3 Gruppen zu beobachten: 9 zwischen 24 und 29; 7 zwischen 33 und 35 und 10 zwischen 41 und 47.

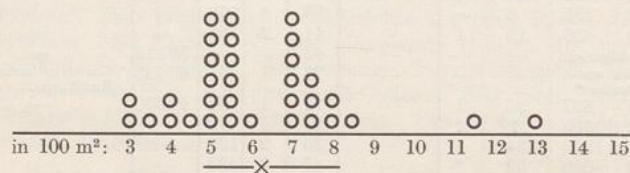
Gruppentabelle¹.

Amtsgericht.

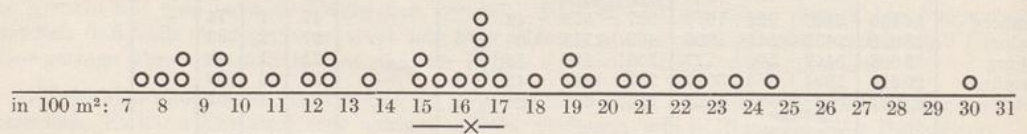
Grundstücksfläche (28 Städte).



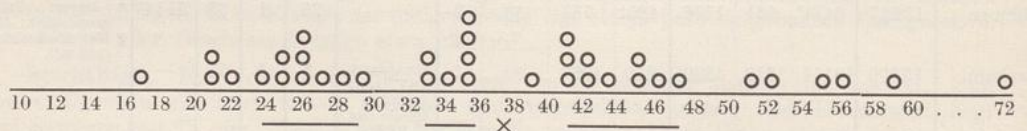
Bebaute Fläche (33 Städte).



Fläche aller Geschosse (33 Städte).



Beamte und Angestellte (38 Städte).



Um den Bau und die Einrichtungen eines Amtsgerichts anschaulich zu machen, bringen wir Grundrisse des Amtsgerichtsgebäudes in Küstrin (Abb. 80—82) (von Herrn Ministerialrat MEFFERT als typisch angegebenes Beispiel), in Minden (Westf.) (Abb. 83—85) und in Lehe (Abb. 86). Letzteres stellt einen größeren Typ dar, der zeigt, wie das Gefängnis und sogar ein Beamtenwohnhaus mit dem Amtsgericht baulich vereint ist.

¹ X bezeichnet die Lage des errechneten Durchschnitts; — deutlich erkennbare Gruppenbildungen sind unterstrichen.

Abb. 80—82. Amtsgericht Küstrin.

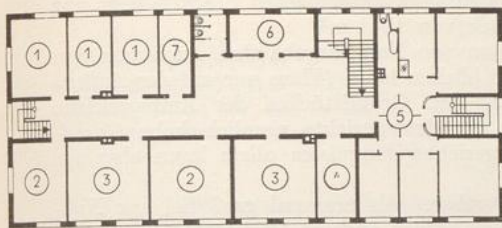


Abb. 80. Zweites Obergeschoß.

1 Schreibstube, 2 Richter, 3 Geschäftsstelle, 4 Wachtmeister, 5 Dienstwohnung, 6 Gerichtsvollzieher, 7 Sachverständiger.

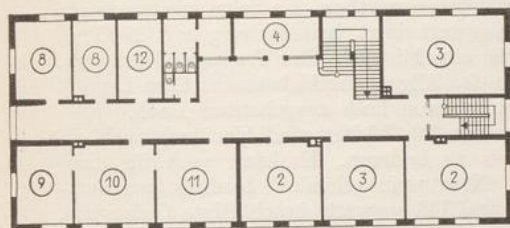


Abb. 81. Erstes Obergeschoß.

8 Rechtspfleger, 9 Grundbuchraum, 10 Grundbuchgeschäftsstelle, 11 Grundbuchrichter, 12 Bücherei.

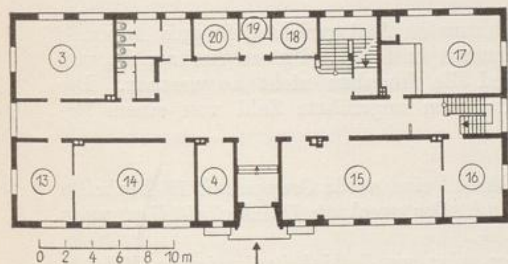


Abb. 82. Erdgeschoß.

13 Assessoren und Referendare, 14 Zivilsitzungsaal, 15 Strafgerichtssaal, 16 Beratungszimmer, 17 Kasse, 18 Sprechzimmer für Rechtsanwälte, 19 Garderobe für Rechtsanwälte, 20 Aufenthaltsraum für Rechtsanwälte.

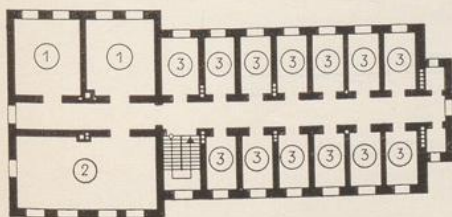


Abb. 85. Grundriß des Amtsgerichtsgefängnisses Minden, Westf.

1 Schlafsaal, 2 Gemeinschaftssaal, 3 Zelle.

Feder, Die neue Stadt.

Abb. 83 u. 84. Amtsgericht Minden, Westf.

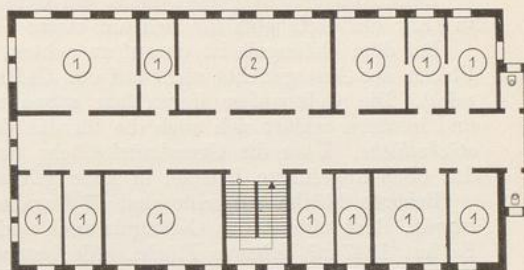


Abb. 83. Obergeschoß.

1 Dienstraum, 2 Schöffensaal.

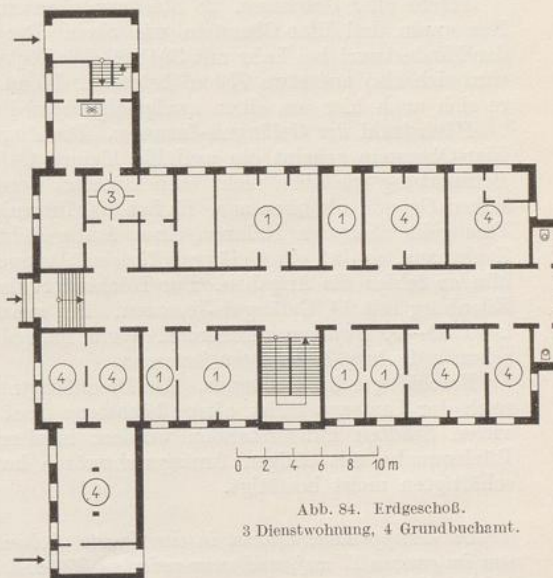


Abb. 84. Erdgeschoß.

3 Dienstwohnung, 4 Grundbuchamt.

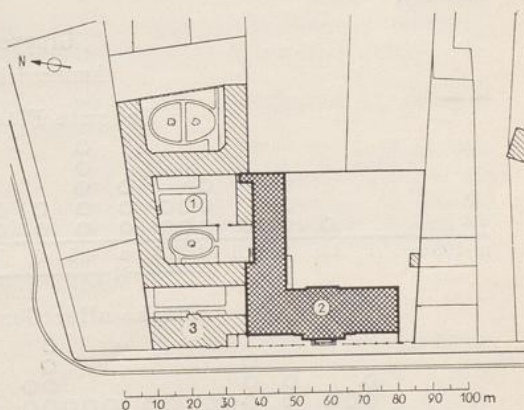


Abb. 86. Amtsgericht Lehe: Lageplan.

1 Gefängnis, 2 Amtsgericht, 3 Beamtenwohnhaus.

b) Gefängnis.

Zum Amtsgericht gehört meist ein Gefängnis. Von allen untersuchten Städten liegt nur in Lahr das Gefängnis für sich auf einem Grundstück von 1544 m².

Bei dem Gefängnis ist darauf zu achten, daß man von Nachbargebäuden, auch von den Fluren des Amtsgerichts nicht auf den Gefängnishof blicken kann (Flure nur auf der Außenseite). Die Gefängnisse liegen fast ausnahmslos auf den Grundstücken der Amtsgerichte, und insofern erklärt sich auch die für das Gebäude des Amtsgerichts ziemlich hohe *Grundstücksfläche*. Über die Grundstücksfläche des Amtsgerichtsgefängnisses allein kann also nur das oben angeführte Beispiel in Lahr gelten.

Bebaute Fläche. Hierfür sind 27 Angaben auswertbar. Als anormal groß fiel aus Neuruppin, dort nimmt das Gefängnis auch noch die Gefangenen anderer Gerichtsinstanzen auf. Es hat 1247 m² bebaute Fläche. Als besonders klein fiel aus Idar-Oberstein. Von einigen anderen Städten fehlen die Angaben. Der Höchstwert liegt bei Nordenham mit 810 m², der Mindestwert bei Kolberg mit 140 m². Man kann im allgemeinen annehmen, daß eine bebaute Fläche von 400 m² für ein Gefängnis ausreicht.

Fläche aller Geschosse. 28 Städteangaben sind hierfür auswertbar. Es fielen wiederum aus Neuruppin und Idar-Oberstein wie oben. Der Höchstwert liegt bei Marburg mit 1900 m², der Mindestwert bei Lahr mit 304 m². Die Nutzfläche einschließlich aller Treppen, Flure usw. wird sich also auf etwa 970 m² belaufen. Wenn man das Allgemeinbild betrachtet, so handelt es sich auch hier um einen zweigeschossigen Bau mit einem halb ausgebauten Dach.

Höchstzahl der Gefängnis-Insassen. Die Angaben von 28 Städten sind hierfür brauchbar. Idar-Oberstein scheint ein auffällig kleines Gefängnis zu besitzen. Es kann auch für diese Betrachtung wie oben nicht berücksichtigt werden. Neuruppin scheidet ebenfalls aus demselben Grunde wie oben aus. Es hat 160 Internierte und 145 auswärts beschäftigte Gefangene. Dies geht über den Rahmen eines Amtsgerichtsgefängnisses hinaus. In Siegburg liegt ein Zuchthaus, so daß ein Gefängnis für das Amtsgericht nicht vorhanden ist. Von Bruchsal und Minden fehlen die Angaben. Der Höchstwert liegt bei Marburg mit 108, der Mindestwert bei Eilenburg mit 14 Gefängnis-Insassen. Die meisten Gefängnisse können eine Höchstzahl von etwa 30–60 Insassen aufnehmen. Wenn man also einen Faustwert bilden will, so müßte man schon auf etwa 45 Insassen kommen.

Beschäftigte im Gefängnis. Als Beschäftigte im normalen Amtsgerichtsgefängnis kommen nach der Umfrage meist eine, höchstens drei Personen in Frage. Unsere Anfrage ist von vielen Städten mißverstanden worden, insofern sind die Angaben nicht auswertbar. Die Rücksprache mit einigen Amtsgerichtsräten hat die oben angeführte Zahl von einem Beschäftigten meist bestätigt.

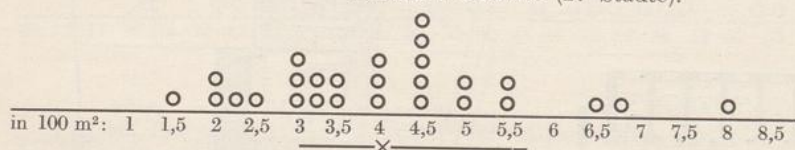
Die Gruppentabelle weist in der Sparte „bebaute Fläche“ eine starke Gruppe mit 19 Einheiten von im ganzen 27 auf, und zwar zwischen 300 und 550 m². Der errechnete Durchschnitt liegt genau in der Mitte.

Bei der Fläche der Geschosse bilden sich 2 Gruppen, eine von 7 Einheiten zwischen 500 und 700 m² und eine von 9 Einheiten zwischen 960 und 1150 m². Daneben zeigt sich ziemliche Einzelstreuung.

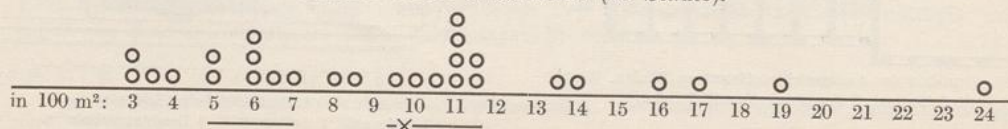
Gruppentabelle.

Amtsgerichtsgefängnis.

Bebaute Fläche (27 Städte).



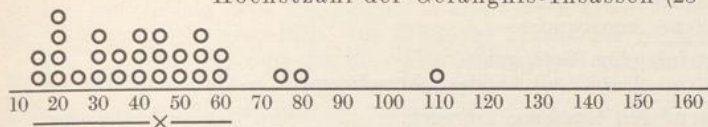
Fläche aller Geschosse (28 Städte).



(Fortsetzung S. 83.)

(Fortsetzung von S. 82.)

Höchstzahl der Gefängnis-Insassen (28 Städte).



c) Landgericht.

Untersucht wurden 11 Landgerichte mit den dazugehörigen Staatsanwaltschaften und Gerichtsgefängnissen.

In Orten, in denen sich ein Landgericht befindet, ist auch ein Amtsgericht innerhalb derselben Stadt vorhanden. Das Landgericht ist die übergeordnete Instanz mehrerer Amtsgerichte und tritt infolgedessen seltener auf. Das Landgericht befindet sich meist nicht nur auf demselben Grundstück wie das Amtsgericht, sondern steht in baulichem Zusammenhang mit demselben. Meist gehört auch ein Gefängnis zum Gesamtkomplex.

Inwieweit das Gefängnis den Erfordernissen des Landgerichts und inwieweit denen des Amtsgerichts dient, läßt sich höchstens für den Einzelfall feststellen. Die Anzahl der Gefangenen ist jedoch erheblich größer, als wenn das Gefängnis nur einem Amtsgericht beigegeben ist. Dementsprechend erhöht sich die Zahl des Aufsichtspersonals.

Natürlich beträgt auch die Zahl der Gerichtseingesessenen das Vielfache derjenigen eines Amtsgerichtsbezirks.

Die Verlegung eines Landgerichts in eine neuerbaute 20000er Stadt ist höchst unwahrscheinlich, da die Landgerichtsbezirke längst festgelegt sind und aus historischen und traditionellen Gründen nicht weniger als aus wirtschaftlich-strukturellen und verwaltungstechnischen kaum wesentliche Abänderungen erfahren werden.

Sollte aber dennoch aus irgendeinem nicht vorauszusehenden Grunde ein Landgericht in eine solche neue Stadt verlegt werden, so ist die Zusammenlegung mit dem Amtsgericht in Gestalt der Vereinigung beider Instanzen in einem Justizgebäude erwünscht. Sollte man durch örtliche Schwierigkeiten gezwungen sein, die beiden Behörden auf zwei Gebäude zu verteilen, so hätte diese Trennung nicht nach Amtsgericht und Landgericht zu erfolgen, sondern nach nachstehenden Gesichtspunkten:

1. Gebäude *Zivilgerichtsbarkeit*: Abt. für das Amtsgericht,
Abt. für das Landgericht.
2. Gebäude *Strafgerichtsbarkeit*: Abt. für das Amtsgericht,
Abt. für das Landgericht.

Erfolgt die Errichtung beider Gebäude auf dem gleichen Grundstück, so wären als *Grundstücksfläche* etwa 5500 m² vorzusehen, da das Gefängnisgebäude mit etwa 450 m² bebauter Fläche nur einmal, und zwar bei der Strafabteilung vorhanden ist. Sind die Grundstücke räumlich getrennt gelegen, so müßten für die (kleinere) Strafabteilung zuzüglich Gefängnis rd. 3000 m² und für die (an und für sich größere) Zivilabteilung (aber ohne Gefängnis) ebenfalls 3000 m², also insgesamt 6000 m² vorgesehen werden.

Höchstzahl der Gefangenen. Es konnten nur 7 Städte ausgewertet werden. Von diesen weist Braunsberg die stärkste Zahl, nämlich 153, und Meiningen die Mindestzahl, nämlich 67, auf. Der Durchschnitt wird bei 90—95 liegen.

Beamte und Angestellte des Landgerichts allein. Höchstzahl: Prenzlau mit 37, Mindestzahl Marburg mit 28, Mittelwert: 32 Beamte und Angestellte.

An besonderen Einrichtungen der Landgerichte sind noch 2—3 Säle zu erwähnen (die geringste Zahl haben Weiden und Ansbach mit je nur einem, die Höchstzahl Tübingen mit 5 Sälen). Die durchschnittliche Größe dieser Säle zusammengekommen beträgt rd. 200 m². Der Höchstwert liegt wieder bei Prenzlau mit 293 m², der Mindestwert bei Weiden mit 95 m².

d) Justizgebäude.

(Amts- und Landgericht, sowie Gefängnis.)

Bei der Vereinigung beider Abteilungen samt Gefängnis in einem einzigen Justizgebäude genügt eine

Grundstücksfläche von etwa 4500—5000 m².

Die **bebaute Fläche** dieses gesamten Komplexes richtet sich nach der Stockwerkhöhe.

An **Nutzfläche** beansprucht das Landgericht allein durchschnittlich rd. 1700 m².

6*

Die Gesamtfläche aller Geschosse usw. des Justizbaues würde also
 1700 m² Landgericht
 + 1500 m² Amtsgericht
 = 3200 m² (ohne Gefängnis)
 zuzüglich 1350 m² Amts- und Landgerichtsgefängnis
 zusammen 4550 m² mit Gefängnis betragen.

Als Teil des Justizgebäudes tritt immer

die Staatsanwaltschaft

auf. Untersucht wurden 11 Städte. Die Räume für die Staatsanwaltschaft liegen stets im Gerichtsgebäude selbst, oft jedoch abgetrennt in einem Seitenflügel.

Nutzfläche der Räume. Tübingen mußte wegen unklarer Angaben ausfallen. Den Höchstwert zeigt Glatz mit 671 m², den Mindestwert Ansbach mit 150 m². Als Richtwert nennen wir 330 m².

Die Zahl der Beamten und Angestellten bei der Staatsanwaltschaft schwankt zwischen 16 und 9. Im allgemeinen dürften 13 Beamte und Angestellte ausreichen.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß gleichzeitig mit der Beantwortung unserer Rundfrage häufig Beschwerden über Mangel an Raum und an Personal von den Gerichten eingegangen sind.

Materialtabelle.

Landgericht.

Stadt	Ein- wohner	1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7a	7b	8	9a	9b
		Grund- stücks- fläche m ²	Landgericht		Gefängnis				Welche Einrich- tungen liegen im Landgerichtsgebäude	Beamte im Land- gericht	Besondere Einrich- tungen (Säle)		Zahl der Gerichts- eingesessenen	Staats- anwalt- schaft	
			be- baute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen m ²	be- baute Fläche m ²	Fläche aller Ge- schos- se m ²	Höchst- zahl der In- sassen m ²	Be- amte			Zahl	Fläche m ²		Räu- me m ²	Be- amte
Tübingen	28686	8250 ¹	2015 ¹	5013 ¹	s. Amtsgericht				s. Bemerkungen	87 ¹	5	?	—	?	19
Güstrow	22464	5626 ²	1656 ³	Land- gericht: 1060 gesamtes Gerichts- gebäude: 2920	525	1575	70	—	Amtsgericht und Staatsanwaltschaft	33	3	259	—	411	22 ³
Kempten	26473	6000 ⁴	2900 ⁴	insges. 10400 Land- gericht: 1735	805	1465	85	6	4 Dienst- und 2 Miet- wohnungen	30	2	180	—	389	9
Prenzlau	22357	2300	437	750	591 ⁵	1869	120	14	—	37	4	293	285733	190	16
Marburg	28439	2243	482	2264	bei Amtsgericht				—	28	2	153	—	310 ⁶	10 ⁶
Neuruppin	21291	s. Amts- gericht 6167	751	2871	s. Amtsgericht				—	30	2	198	—	290	15
Braunsberg	15325	6167	893 ⁷	1675 ⁸	670	1123 ⁹	153	11	Amtsgericht, Entschuldungsamt, Staatsanwaltschaft, Amtsanwaltschaft, 2 Dienstwohnungen	47 ¹⁰	2	168	—	167	12
Weiden	22775	3550	1137	1742	955	1099	82	5	1 Hausmeister- wohnung	18	1	95	—	171	9
Glatz	19000	4045 ¹¹	1288 ¹¹	5200 ¹¹ Land- gericht: 1511	—	—	—	—	—	91 ¹¹	3	278	260873	671	16
Ansbach	23033	1260 ¹²	—	—	900 Grund- stücks- fläche für Land- und Amts- gerichts- gefäng- nis: 2870	1030	75	5	Dienstwohnung eines Justizwachtmeisters	70 ¹²	1	112	—	150	10
Meiningen	18833	2087	1350	2844	570	1158	67	4	—	87	3	293	—	590	14

¹ Justizgebäude: Landgericht, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, Untersuchungsrichter, Bezirksnotariat, Grundbuchamt im selben Gebäude.

² Das Gefängnis liegt auf demselben Grundstück. ³ Einschließlich Gefängnis und Amtsanwaltschaft.

2. Finanzamt.

Die Einrichtung eines Finanzamts in einer neuen Stadt ist für die wirtschaftliche Mittelpunktbildung sehr wesentlich. Die Größe des Finanzamts ist von vielen Faktoren abhängig.

Die Flächenausdehnung des Finanzamtsbezirks spielt die geringste Rolle. Wichtiger schon ist die Zahl der erfaßten Einwohner, und zwar sowohl der Stadt wie des Gesamtbezirks. Ausschlaggebend jedoch erscheint die wirtschaftliche Struktur der Gegend und die soziale Stellung der Bevölkerung: Industrie-, Handels-, Rentner- oder Landstadt? Industrieller oder landwirtschaftlicher Charakter der Umgebung? Anzahl und Bedeutung der industriellen Unternehmungen, der Umsatz- und Einkommensteuerepflichtigen? Wird das Umland durch kleinbäuerliche Betriebe bewirtschaftet oder überwiegt der Großgrundbesitz? Alle diese Fragen sind von mehr oder weniger entscheidendem Einfluß auf den Arbeitsbereich, die Beschäftigtenzahl und damit die räumliche Ausdehnung des Finanzamts.

Von 71 von uns untersuchten Städten besitzen nur 59 ein Finanzamt; 12 Städte oder 16,9% haben kein eigenes Finanzamt, sondern unterstehen der Finanzverwaltung eines Nachbaramts.

Die Fläche des erfaßten Gebiets ist sehr starken Schwankungen unterworfen. Finanzamtsbezirk Bergedorf mit nur 93 km², aber starker Bevölkerungsdichte, bezeichnet die unterste und Neustettin im locker besiedelten Hinterpommern mit 2005 km² die oberste Grenze der 59 untersuchten Ämter. Die Flächenausdehnung der Finanzbezirke scheint also wesentlich von der Dichte der Einwohner auf den Quadratkilometer beeinflusst.

Die Gruppentabelle zeigt bei sehr starker Streuung immerhin eine große Gruppe zwischen 250 und 950 km² mit 42 Bezirken und eine schwache mit 6 Bezirken bei 1150—1300 km². Ein Mittel festzulegen wäre darum zwecklos und irreführend.

In der Einwohnerzahl des erfaßten Gebiets steht das Finanzamt Siegburg mit 142 295 obenan, während Mittweida mit nur 36 719 die geringste Bevölkerungsziffer aufweist. Der Durchschnitt liegt bei 71 000 Einwohnern.

Die Gruppentabelle weist starke Streuung auf (ähnlich der Sparte „Fläche des erfaßten Gebiets“, mit der sie in gewisser Wechselwirkung steht). Gleichzeitig macht sich aber eine besonders ausgeprägte Gruppenbildung von 45 Bezirken zwischen 50 000 und 90 000 Einwohnern bemerkbar, deren Schwerpunkt mit dem errechneten Mittel zusammenfällt.

Die rapid wachsenden Anforderungen, die in der Nachkriegszeit an die Finanzbehörden gestellt wurden, machten eine mit dem Anwachsen der Arbeit schritthaltende Vergrößerung des Verwaltungsapparates notwendig. Zahlreiche Finanzämter wurden in größere Räume umquartiert, manche andere wurden neu geschaffen. Da nur selten ausreichende Mittel zur Verfügung standen, war an kostspielige Neubauten oder auch nur Um- oder Anbauten nicht zu denken. Man beschränkte sich darauf, die Ämter irgendwo in freigewordenen Kasernen, Lazaretten oder landesherrlichen Schlössern unterzubringen. Erst in jüngster Zeit wurde mit der Errichtung neuer, den gestiegenen Anforderungen entsprechender Finanzamtsgebäude begonnen. Wir bemühten uns, für unsere Ermittlungen vorzugsweise diese Neubauten heranzuziehen.

Von 59 Finanzämtern sind 21, d. h. etwa 35% in einem reichseigenen Neubau, 15% in einem reichseigenen Altbau, der zuvor anderen Zwecken gedient hat, untergebracht. 50% der untersuchten Finanzämter haben in nicht dem Reiche gehörigen Gebäuden Räume gemietet oder beanspruchen diese Gebäude insgesamt. In Zukunft soll danach getrachtet werden, daß das Finanzamt als eine der wenigen und wichtigsten staatlichen Einrichtungen stets ein reichseigenes nur zu diesem Zwecke errichtetes Gebäude erhält.

Von 16 Finanzämtern in meist reichseigenen Neubauten liegen zuverlässige Angaben über die Flächenverhältnisse vor. Die Unterlagen wurden fast durchweg freundlicherweise vom Reichsfinanzministerium beigebracht.

⁴ Residenzgebäude: Landgericht, Bezirksamt und Landbauamt.

⁵ Grundstücksfläche: 2711 m², davon Hof: 2120 m².

⁶ Die Zahlen von Spalte 9a, b sind in denen der Spalten 3 und 6 enthalten.

⁷ Dazu: Dienst- und Wohngebäude 505 m². ⁸ Dazu: Dienst- und Wohngebäude 532 + 228 = 760 m².

⁹ Dazu: 2 Dienstwohnungen 170 m². ¹⁰ Dazu im Dienst- und Wohngebäude 24 Personen. Alles viel zu klein! Besonders die Räume der Staatsanwaltschaft, sowie das Gefängnis.

¹¹ Landgericht, Amtsgericht und Staatsanwaltschaft zusammen.

¹² Landgericht, Amtsgericht jedoch ohne Entschuldungsamt, das auswärts untergebracht, und Staatsanwaltschaft. Viel zu klein!

Grundstücksfläche. Von den 16 Städten mußte zur Errechnung eines Richtwertes Wurzen mit 11800 m² als anormal groß ausfallen. Von den restlichen 15 steht das Prenzlauer Finanzamt mit 6250 m² weitaus an der Spitze, da es sich dort um das Grundstück eines früheren Lazarettes handelt. Im Gegensatz dazu mußte sich der Neubau des Finanzamts Mittweida mit dem Mindestwert von 1140 m² begnügen. Allerdings hat Mittweida mit nur 36719 Einwohnern im Bezirk auch die kleinste Beschäftigtenzahl (30 Beamte und Angestellte) aller ausgewerteten Ämter. Als normale Grundstücksgröße kann man etwa 2800 m² annehmen.

Die Gruppentabelle weist sehr starke Einzelstreuung auf bei kaum wahrnehmbarer Gruppenbildung: 3 Grundstücke zwischen 1100 und 1200 m² und 3 Grundstücke zwischen 3700 und 3800 m².

Bebaute Fläche. Hierfür konnten 15 Angaben ausgewertet werden, nachdem wieder Wurzen mit 1700 m² als anormal groß ausgefallen war. Die außerordentliche Größe des Grundstücks und der bebauten Fläche des Finanzamts Wurzen steht in keinem Verhältnis zu der geringen Einwohnerzahl seines Bezirks (44000) und noch weniger zu der unter dem Durchschnitt liegenden Zahl der Beschäftigten (40). Dieses Amt ist jedoch in einem früheren Garnisonslazarett untergebracht und konnte sich in den einmal vorhandenen Räumen beliebig ausdehnen.

Der nächsthöhere Wert für die bebaute Fläche liegt bei Schleswig mit 1200 m². Der Mindestwert findet sich bei Werdau mit 350 m².

Als normalen Wert kann man 700 m² bei der Planung zugrunde legen. Solche Finanzämter finden sich etwa in Neustrelitz, Bunzlau und Neuwied.

Fläche aller Geschosse. Von den Finanzämtern waren nur Angaben über reine Nutzflächen der Büroräume zu erhalten. Auf diese beziehen sich die folgenden Größenangaben. Zur Errechnung der Fläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure, Nebenräume und Mauerwerk, jedoch ohne Keller und Bodenräume, soweit sie nicht für Archive, Registraturen usw. beansprucht werden, wären den angegebenen Werten etwa 30–35% hinzuzufügen.

Auch hier mußte Wurzen mit 2930 m² aus oben angeführten Gründen als anormal ausgeschieden werden. Es blieben noch 15 auswertbare Angaben.

Der Höchstwert liegt bei Rosenheim mit 2360 m² und der Mindestwert bei Mittweida mit 540 m².

Als normale Nutzfläche kann man 1250 m² beim ersten Entwurf zugrunde legen. Das bedeutet eine Fläche aller Geschosse von 1250 m² zuzüglich rd. 450 m² für Flure, Treppen usw. = 1700 m².

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte Nutzfläche trotz bedeutender Streuung deutliche Gruppenbildung mit 6 Einheiten zwischen 1200 und 1400 m². Der oben erwähnte Mittelwert liegt also innerhalb dieser Gruppe.

Personal. Hierfür konnten aus 59 Städten die Angaben ausgewertet werden. Die Höchstwerte liegen bei Rosenheim, Sonneberg und Siegburg mit je 101 Beschäftigten. Sie haben alle drei verhältnismäßig viele Einwohner im Bezirk: Rosenheim 96756, Sonneberg 82138, Siegburg 143397. Die niedrigsten Werte liegen bei Oelsnitz mit 31 und Mittweida mit 30 Beschäftigten.

Für die Planung kann man mit etwa 58 Beamten und Angestellten im Finanzamt rechnen. Auch nach Angabe des Reichsfinanzministeriums bewegt sich die Zahl der Beschäftigten eines Finanzbezirks, dessen Amt seinen Sitz in einer Stadt von 20000 Einwohnern hat, meist zwischen 50 und 60 Beamten und Angestellten.

Die Gruppentabelle zeigt fast keine Einzelstreuung; dagegen eine außerordentlich starke (42 Einheiten zwischen 40 und 45 Personen) und 2 schwächere Gruppenbildungen (8 Einheiten zwischen 30 u. 35 und 7 Einheiten zwischen 90 und 100 Personen). Der errechnete Durchschnittswert liegt dicht vor dem Schwergewicht der stärksten Gruppe.

Dienstwohnungen. In fast allen Finanzämtern, besonders in allen Neubauten, befinden sich außer den Diensträumen noch

1. eine Dienstwohnung für den Hauswart mit 50–60 m² und
2. eine Dienstwohnung für den Vorstand des Finanzamts (Regierungsrat bei Ämtern bis rd. 50 Beschäftigten) mit 130–150 m² oder eine Dienstwohnung für den Oberregierungsrat (bei Ämtern über 50 Beschäftigten) mit 150–170 m². Die Flächen für die Wohnungen sind in den oben angegebenen Flächenwerten mit einbegriffen.

Zollamt. Ferner ist in den Neubauten der Finanzämter (und oft auch in älteren Finanzämtern) fast stets ein Zollamt mit durchschnittlich 100 m² einbegriffen. Ein solches befindet

Abb. 87. Obergeschoß.
1 Dienstzimmer, 2 Dienstwohnung.

Abb. 87—89. Finanzamt Wismar.

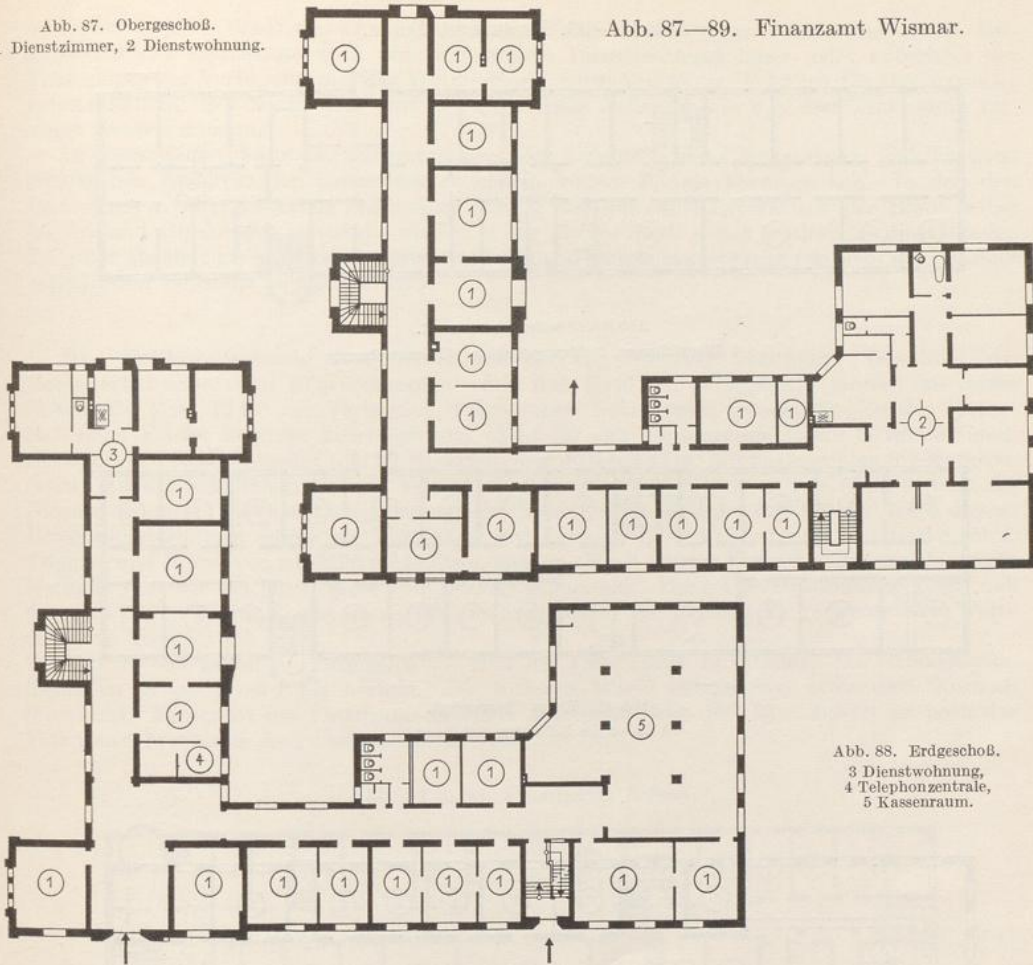


Abb. 88. Erdgeschoß.
3 Dienstwohnung,
4 Telephonzentrale,
5 Kassenraum.

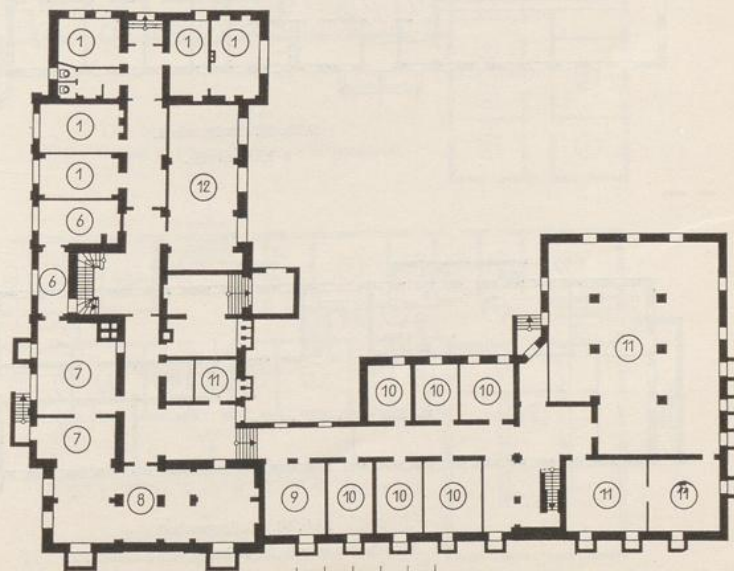


Abb. 89. Tiefgeschoß.
6 Werkstatt, 7 Heizung, 8 Kohlen,
9 Elektrozentrale, 10 Aktenräume,
11 Keller, 12 Sitzungssaal.

0 2 4 6 8 10 m

Abb. 90—93. Finanzamt Fulda.

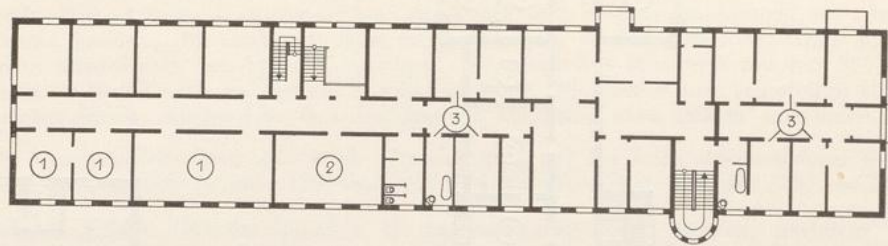


Abb. 90. Zweites Obergeschoß.
1 Dienstzimmer, 2 Sitzungszimmer, 3 Dienstwohnung.

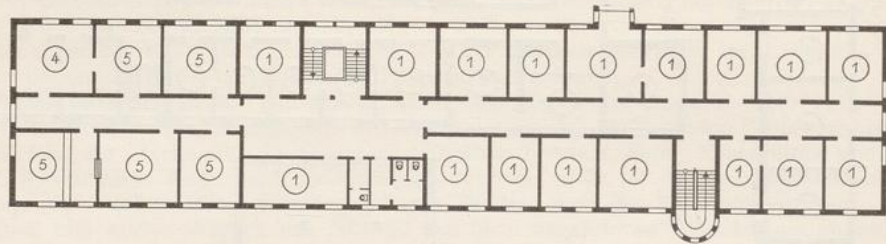


Abb. 91. Erstes Obergeschoß.
4 Labor des Zollamtes, 5 Zollamt.

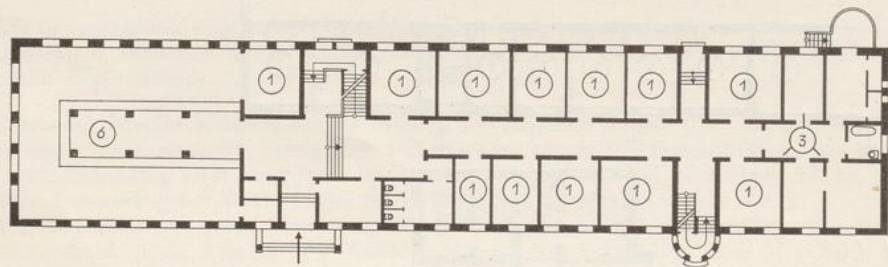


Abb. 92. Erdgeschoß.
6 Kassenhalle.

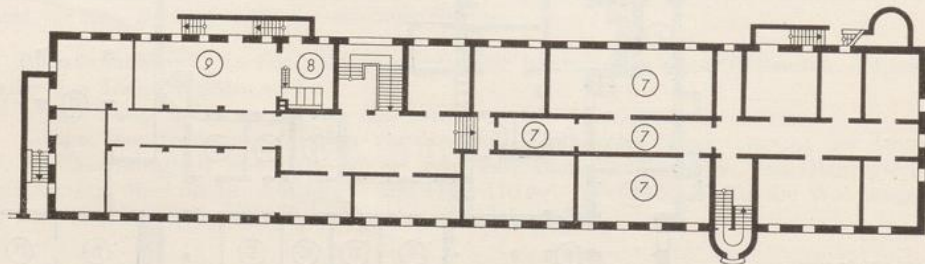


Abb. 93. Kellergeschoß.
7 Luftschutzzräume, 8 Heizung, 9 Kohlenkeller.

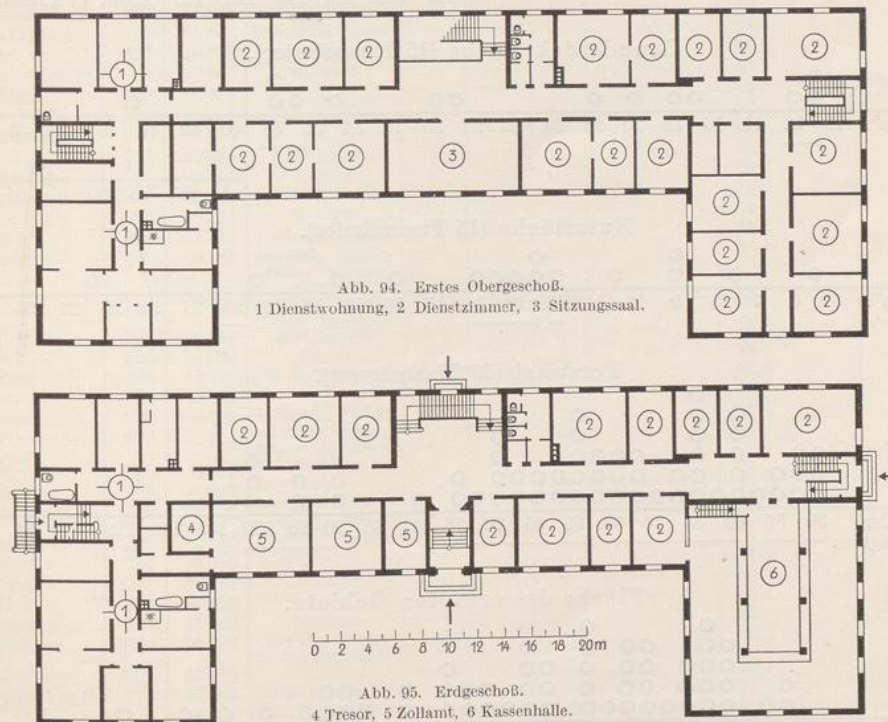
sich wohl in jeder Stadt von etwa 20000 Einwohnern, vielfach sogar in kleineren Orten. Mitunter hat der Zollbeamte auch nur eine größere Dienstwohnung inner- oder außerhalb des Finanzamts zur Verfügung mit der Verpflichtung, einen Teil seiner Wohnung für Dienstzwecke bereitzuhalten. Bei Neubauten wird in Zukunft das Zollamt stets mit dem Finanzamt vereinigt werden müssen.

In Grenzstädten kann das Zollamt je nach der Bedeutung des Grenzverkehrs und der wirtschaftlichen Struktur der Grenzstadt erheblich größere Räume beanspruchen. In den den Finanzämtern angegliederten Zollämtern werden fast ausschließlich die aus der Stadt selbst ins Ausland abgehenden, sowie die wiederum nur für die Stadt selbst bestimmten einlaufenden Zollgüter abgefertigt, während der gesamte Reise- und Durchgangsverkehr von einer am Bahnhof befindlichen Zollstelle bearbeitet wird.

Das *Reichsfinanzministerium* (Informationen von Amtsrat NEUBERT) berechnet die Raumverhältnisse etwa folgendermaßen. Auf den Kopf der Belegschaft müssen an reiner Nutzfläche etwa 12 m^2 zur Verfügung stehen (ohne Nebenräume gerechnet). Zu der so entstehenden Fläche kommen Zuschläge von 45 m^2 für den Kassenraum, ferner 30 m^2 Minimalzuschlag für Sitzungszimmer (bei 50 Personen) und drittens 25 m^2 Minimalzuschlag für Materialraum. Zu der erhaltenen Summe kommt ein weiterer Sonderzuschlag von 15%, sodann die Dienstwohnungen wie oben angegeben und der Raum für das Zollamt von 100 m^2 . Nach diesem Berechnungsschlüssel würde ein Finanzamt mit etwa 58 Beschäftigten eine Nutzfläche (ohne Treppen und Flure) von rd. 1235 m^2 besitzen müssen. Nach unserer hiervon völlig unabhängigen Methode sind wir auf einen Wert von 1250 m^2 gekommen. Diese Übereinstimmung zeigt, daß das von uns gewählte Verfahren zur Ermittlung der für die Planung zu verwendenden Werte durchaus geeignet ist.

Abb. 87—89 geben ein anschauliches Bild des Finanzamts in Wismar. Die Grundstücksfläche ist etwas größer als normal. Die anderen Werte entsprechen etwa dem Normalfinanzamt. Ferner ist das Finanzamt in Fulda abgebildet (Abb. 90—93). Zuletzt ist noch das Finanzamt in Soltau dargestellt (Abb. 94—96).

Abb. 94 u. 95. Finanzamt Soltau.



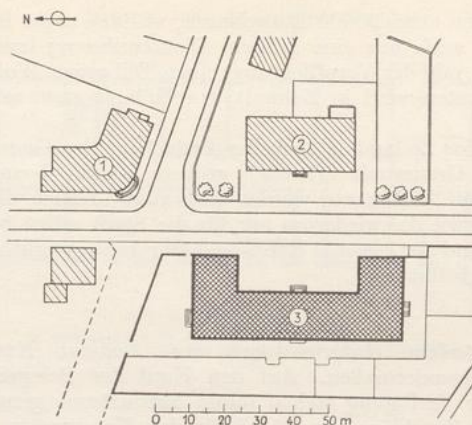
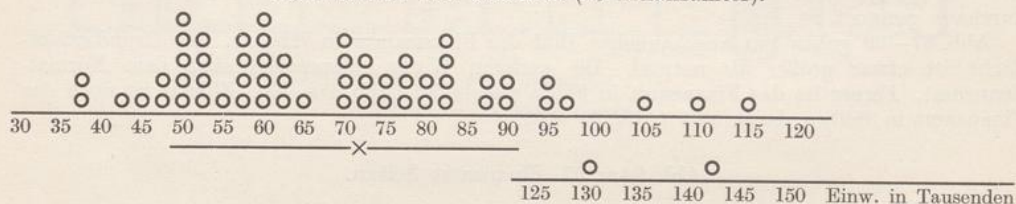


Abb. 96. Finanzamt Soltau (Lageplan).

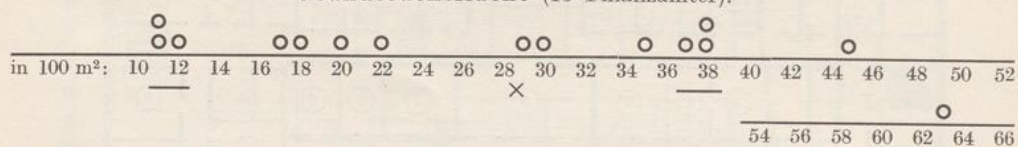
1 Kreissparkasse, 2 Amtsgericht, 3 Finanz- und Zollamt.

Gruppentabelle.**Finanzamt.**

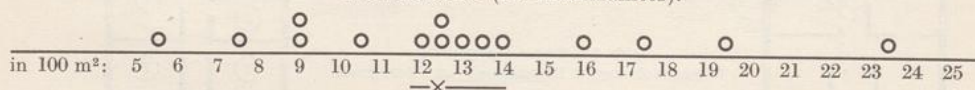
Einwohner des Gebiets (59 Finanzämter).



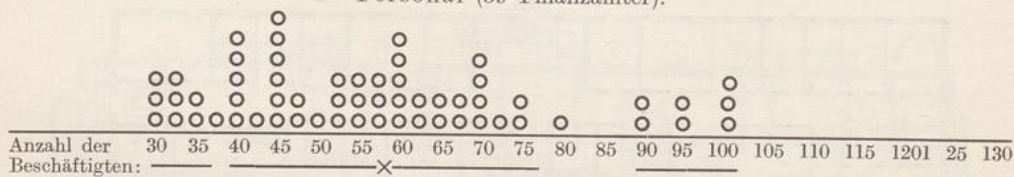
Grundstücksfläche (15 Finanzämter).



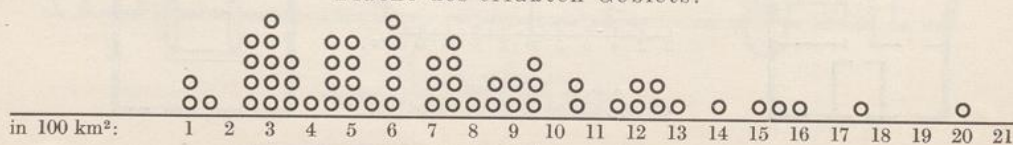
Nutzfläche (15 Finanzämter).



Personal (59 Finanzämter).



Fläche des erfaßten Gebiets.



Materialtabelle.

Finanzamt. Zollamt.

Stadt	Gebiet km²	Ein- wohner des Gebiets	Finanzamt						Zollamt		
			wo untergebracht	Grund- stücks- fläche m²	be- baute Fläche m²	Nutz- fläche m²	Lage des Finanzamts	Per- sonal	Be- merkungen	Per- sonal	Nutz- fläche m²
Rosenheim	829	96756	reichseig. Neubau	4480	1170	2360	N. d. Stadtmitte u. d. Bahnhofs	101	Anbau beantragt	5	80 170
Sonneberg	352	82138	desgl.	2000	520	1250	Bahnhofsnähe	101			
Ansbach	418	69435	"	1700	534	1284	"	73			
Bunzlau	1044	70606	"	3650	660	1370	"	44			
Fulda	971	117032	"	2200	850	1412	Nähe v. Bahnhof und Stadtkern	71			
Werdau	101	43637	"	1150	350	900	Stadtmitte	38			
Itzehoe	936	82466	"	1840	570	1200	"	69			
Schleswig	1057	71906	"	3800	1200	1653 ¹	"	80			
Osterode/Opr.	1551	77375	"	3000	490	900	"	46			
Wismar	1187	71068	"	3500	1100	1400	Bahnhofsnähe u. Stadtmitte	71			
Lörrach	254	62572	"	1200	480	1025	"	59			
Mittweida	165	36719	"	1140	550	540	"	30			
Neustrelitz	1382	48606	früh. Garn.-Lazarett	3798	671	765	"	60			
Neuwied	621	110029	reichseig. Neubau	2900	705	1928	"	90			
Neuruppin	1773	82390	Kaserne	—	—	—	"	63			
Minden	593	130679	fr. Bez.-Kdo.-Geb.	—	—	—	"	96			
Meiningen	685	73668	—	—	—	—	"	96			
Marburg	897	94720	reichseig. Neubau	—	—	—	"	61			
Küstrin	1522	97139	Kaserne	—	—	—	"	62			
Kolberg	930	75063	reichseig. Gebde., früher Hotel	—	—	—	"	53			
Kempten	626	66048	Miethaus	—	—	—	"	76			
Lippstadt	508	59383	reichseig. Neubau	—	—	—	"	46			
Lahr	314	49126	Miethaus	—	—	—	"	46			
Bad Homburg	585	72107	im Schloß	—	—	—	"	61			
Heidenheim	459	52991	Miethaus	—	—	—	"	41			
Güstrow	1619	77842	reichseig. Gebde., früher Hotel	—	—	—	"	71			
Gummersbach	327	56695	ehem. Schülerheim	—	—	—	"	47			
Gumbinnen	729	51148	früh. Offiz.-Kasino	—	—	—	"	33			
Glatz	527	70140	Kaserne	—	—	—	"	76			
Schw.-Gmünd	264	57240	Miethaus	—	—	—	"	40			
Freising	729	52464	"	—	—	—	"	43			
Eschwege	503	48331	reichseig. Neubau	—	—	—	"	36			
Braunsberg	946	57523	"	—	—	—	"	32			
Bruchsal	444	86498	Miethaus	—	—	—	"	68			
Bitterfeld	694	105714	Kaserne	—	—	—	"	56			
Lauenburg	1289	63331	reichseig. Neubau	—	—	—	"	41			
Bergedorf	93	49221	Miethaus	—	—	—	"	54			
Arnsdorf	469	58782	reichseig. Neubau	—	—	—	"	81			
Annaberg	358	89143	reichseig. Gebde., früher Bezirks- steuereinnahme	—	—	—	"	60			
Prenzlau	1133	62062	reichseig. Gebde., früher Lazarett	6250	578	1734	—	50			
Zweibrücken	300	54464	Mietgebäude	—	—	—	—	36			
Zerbst	805	51600	Schloß	—	—	—	—	48			
Wurzen	325	43944	früh. Garn.-Lazarett	11800	1700	2930	—	40			
Wesel	524	83137	—	—	—	—	—	69			
Wolfenbüttel	736	86688	reichseig. Neubau	—	—	—	—	91			
Wernigerode	278	49271	reichseig. Gebde., früher Privathaus	—	—	—	—	31			
Weiden	596	59814	Miethaus	—	—	—	—	57			
Straubing	473	80937	"	—	—	—	—	68			
Swinemünde	690	78173	reichseig. Gebde., früher Bad	—	—	—	—	57			
Sorau	1228	89180	reichseig. Neubau	—	—	—	—	56			
Siegburg	766	143395	—	—	—	—	—	101			
Salzwedel	1213	60952	Kaserne	—	—	—	—	46			
Saalfeld	496	60423	—	—	—	—	—	63			
Tuttlingen	294	47025	Miethaus	—	—	—	—	40			
Rendsburg	1255	75567	reichseig. Gebde., fr. Garnisons-Kdo.	—	—	—	—	58			
Rastenburg	874	53114	—	—	—	—	—	32			
Oelsnitz Vogtl.	278	37693	reichseig. Geb., fr. Bez.-St.-Einnahme	—	—	—	—	31			
Nordenham	243	60640	—	—	—	—	—	52			
Neustettin	2005	82797	reichseig. Gebde., früher Privathaus	—	—	—	—	53			

3. Arbeitsamt.

Die Arbeitsämter wurden ins Leben gerufen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Heute, da die Arbeitslosigkeit nahezu verschwunden oder doch auf ein Minimum herabgedrückt ist, haben sie dennoch durch Umstellung ihres Wirkens ihre Bedeutung keineswegs verloren. Die Aufgabe der 345 über das Deutsche Reich verteilten Arbeitsämter wurde, neben der Arbeitsvermittlung bei Stellenwechsel des Arbeitnehmers, die Arbeitsumleitung, die Berufsberatung und vor allem die planmäßige Arbeitslenkung, sowie der Arbeitseinsatz des jugendlichen Nachwuchses. Darum wird auch in Zukunft in einer neu zu bauenden Stadt ein Arbeitsamt vorzusehen sein.

Die Städte von rd. 20000 Einwohnern besitzen großenteils ein Arbeitsamt (Hauptamt), zumindest aber eine Arbeitsamtsnebenstelle. Selbst in bedeutend kleineren Orten finden sich mitunter Hauptämter und vielfach Nebenstellen.

Die Einwohnerzahl des Standortes gibt ebensowenig wie die flächenmäßige Ausdehnung des erfaßten Bezirks den Ausschlag für die Bedeutung und damit die räumliche Größe des Arbeitsamts. Maßgebender ist die Siedlungsdichte und am wichtigsten der wirtschaftliche Charakter der Gegend. Dabei sind nicht etwa die Typen wie Industriegegend oder Agrarbezirk usw. ausschlaggebend, sondern die *Art* der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe. Ein Bezirk mit vielen kleineren Fabriken oder bedeutenderen Handwerksbetrieben beansprucht das Arbeitsamt stärker als ein solcher mit einzelnen Großindustrien auch bei höherer Zahl der *Arbeitnehmer*. Selbstverständlich ist die Anzahl der *Arbeitgeber* ebensowenig allein maßgebend, vielmehr müssen sämtliche angeführte Faktoren bei der Planung eines neu zu errichtenden Arbeitsamtes berücksichtigt werden.

a) Arbeits(haupt)amt.

Untersucht wurden insgesamt 20 Arbeitsämter in Städten von 15000—28000 Einwohnern (s. Materialtabelle). Um die durchschnittliche Größe des erfaßten Gebietes in km² festzustellen, wurden die Angaben von 19 Ämtern ausgewertet. Das Arbeitsamt in Neustadt/O.S. mußte ausfallen, da von dort nur die Angaben für den engeren Stadtbezirk vorlagen.

Die **Flächengröße der erfaßten Gebiete** schwankt sehr beträchtlich, und zwar zwischen dem Höchstwert Küstrin von 4290 km² und dem Mindestwert Annaberg mit nur 330 km². Der Durchschnitt liegt bei 1570 km².

Eine Tendenz zur Gruppenbildung der einzelnen Bezirksgrößen ist nur schwach wahrnehmbar (s. Gruppentabelle). 4 Bezirke liegen zwischen 300 und 600 km², 6 Bezirke zwischen 1100 und 1300 km² und 2 Bezirke bei 2100 km².

Zur Ermittlung der durchschnittlichen **Einwohnerzahl der Bezirke** konnten ebenfalls die Angaben von 19 Arbeitsämtern herangezogen werden. Die Höchstzahl liegt hier bei Braunschweig mit 267000 Einwohnern. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Stadt Braunschweig selbst schon über 150000 Einwohner zählt, also weit über die von uns untersuchte Stadtnorm hinausragt. Auf die Eingliederung Braunschweigs wurde nur deshalb nicht gänzlich verzichtet, weil uns das dortige Arbeitsamt als besonders typisch bezeichnet wurde.

Der nächsthöchste Wert liegt bei dem Bezirk Küstrin mit 204956 Einwohnern, der Mindestwert bei Fürstenwalde mit 92121 und der Durchschnitt um 149000.

Die Gruppentabelle zeigt weniger Streuung als bei der Flächengröße des Bezirks. Man unterscheidet deutlich 2 Gruppen: 7 Bezirke haben zwischen 90000 und 110000 Einwohner und weitere 7 zwischen 160000 und 180000.

Die **Zahl der Arbeitnehmer** in denselben 19 Bezirken bewegt sich von dem Höchstwert Braunschweig (92000) bzw. dem zweithöchsten Küstrin (65000) über den Durchschnitt von rd. 44000 bis zum niedersten Wert Landau mit 25237 Arbeitnehmern.

Über die **Zahl der Arbeitgeber** lagen nur aus 15 Städten Angaben vor. Die Höchstzahl weist Küstrin mit 16700, die kleinste Annaberg mit 3905 Personen auf. Das Mittel beträgt rd. 9400 Arbeitgeber.

Die Gruppentabelle zeigt in den Sparten „Zahl der Arbeitnehmer“ und „Zahl der Arbeitgeber“ ein stark verändertes Bild: deutliche Gruppenbildung, fast ohne Einzelstreuung. In 4 Bezirken liegt die Arbeitnehmerzahl zwischen 25000 und 26000, in 7 Bezirken zwischen 33000 und 42000, in 6 Bezirken zwischen 53000 und 55000. Die Zahl der Arbeitgeber schließt sich sogar zu nur 2 Gruppen zusammen. 11 Bezirke ballen sich zwischen 4000 und 9000 und 4 Bezirke zwischen 13000 und 15000 (nur noch Küstrin mit 16500 steht etwas abseits).

Es zeigt sich, daß die Eintragung in denjenigen Sparten der Gruppentabelle, die für ein Erkennen der jeweiligen Einrichtungen (hier Arbeitsamt!) am aufschlußreichsten sind, auch am stärksten

zur Gruppenbildung neigen, während die der weniger wesentlichen Sparten mehr Einzelstreuung aufweisen. Andererseits folgt hieraus, daß je stärker die Neigung zur Streuung und je schwächer sie zur Gruppenbildung hervortritt, um so mehr bei der praktischen Anwendung der errechneten Richtwerte Vorsicht walten muß. Man hat dann auf besondere Verhältnisse und Umstände zu achten, die sich rechnerisch nicht darstellen lassen.

Abb. 97 u. 98. Arbeitsamt Oelsnitz/Vogtl.

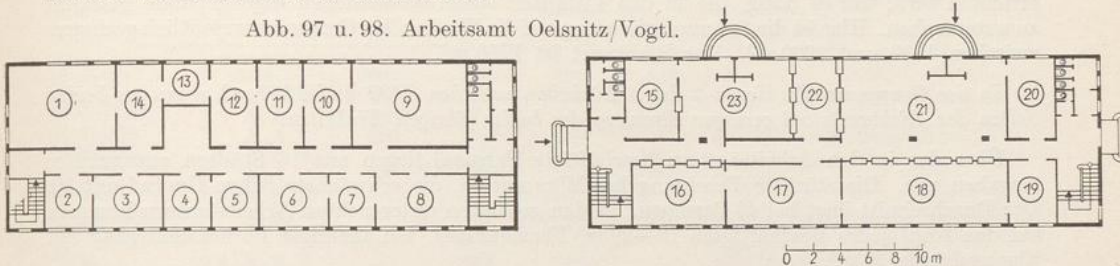


Abb. 97. Obergeschoß.

Abb. 98. Erdgeschoß.

1 Versicherung, Sachbearbeitung, 2 Arbeitsplatztausch, 3 Notstandsarbeiter, 4 Männliche Berufsberatung, 5 Weibliche Berufsberatung, 6 Verwaltung, 7 Rechnungsstelle, 8 Kasse, 9 Sitzungssaal, 10 Amtsleitung, 11 Kanzlei, 12 Abmeldestelle, 13 Schreibmaschinenzimmer, 14 Stellvertretende Amtsleitung, 15 Weibliche Vermittlung, Arbeitgeber, 16 Arbeitsbuchstelle, 17 Versicherungsantragsaufnahme, 18 Männliche Vermittlung, 19 Abteilungsleiter, 20 Landwirtschaftliche Vermittlung, 21 Aufenthaltsräume für Männer, 22 Auszahlung und Kontrolle, 23 Aufenthaltsräume für Frauen.

Abb. 99 u. 100. Arbeitsamt Lörrach.

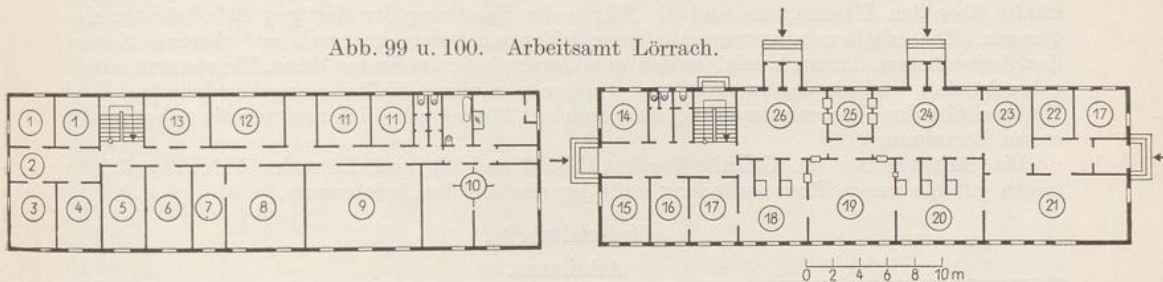


Abb. 99. Obergeschoß.

Abb. 100. Erdgeschoß.

1 Berufsberatung, 2 Warteraum, 3 Angestelltenvermittlung, 4 Ausländer, 5 Versicherung, 6 Rechnungsstelle, 7 Vorzimmer, 8 Vorsitzender, 9 Sitzungssaal, 10 Dienstwohnung, 11 Verwaltung, 12 Kanzlei, 13 Kasse, 14 Hausmeister, Sanitätsraum, 15 Landwirtschaftliche Vermittlung, 16 Arbeitgeber, 17 Frauenvermittlung, 18 Frauenvermittlung, 19 Arbeitsbuchstelle, 20 Männervermittlung, 21 Versicherung, 22 Kurzarbeiter, 23 Antragsaufnahme, 24 Warteraum für Männer, 25 Auszahlung, 26 Warteraum für Frauen.

Über das Arbeitsamtsgebäude liegen aus 18 Städten Angaben vor.

In 14 Städten ist das Amt in einem Mietgebäude und nur in 4 Städten in einem eigenen Haus untergebracht.

Nur diese letzteren sind zur Ermittlung der benötigten Grundstücksflächen für den Neubau eines Arbeitsamts auswertbar. Über die größte Grundstücksfläche verfügt das Arbeitsamt Landau mit 1840 m², das kleinste besitzt das in Lörrach mit 767 m². Als Richtwert dürften 1400 m² dienen.

Auch die Untersuchung der Größe der bebauten Fläche mußte auf die vier, den Arbeitsämtern eigenen Gebäude beschränkt bleiben. Den Höchstwert zeigt wieder Küstrin mit 1094 m², den Mindestwert Lörrach mit 464 m². Der Durchschnitt beträgt etwa 720 m². Dieser Wert kann aber nicht als Richtwert bezeichnet werden, da nur von vier Ämtern Material vorlag. Der normale Wert für die bebaute Fläche muß in diesem Falle eher aus dem Wert für die Fläche aller Geschosse entwickelt werden. Die drei als Beispiele abgebildeten Arbeitsämter zeigen, daß eine bebaute Fläche von etwa 470 m² zutreffend ist.

Bei der Berechnung der Fläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure und Nebenräume mußten von den 20 bezüglich ihrer Arbeitsämter untersuchten Städten 4 von vornherein ausfallen, nämlich Mörs (1124 m²), weil einschließlich Nebenstellen; Braunschweig mit 2370 m² als besonders groß; die übrigen wegen mangelnder Angaben.

Auch nach dem Ausfall Braunschweigs ist die Spannung zwischen dem Höchstwert Landau (1963 m²) und dem Mindestwert Schw.-Gmünd (296 m²) ungewöhnlich groß. Der errechnete Mittelwert beträgt 930 m².

Die Gruppentabelle zeigt starke Streuung mit einer schwachen Gruppe von 4 Einheiten zwischen 450 und 600 m² und einer stärkeren von 6 Einheiten zwischen 950 und 1050 m², von denen 4 Einheiten allein auf 950 m² entfallen. Der rechnerische Mittelwert liegt zwar dicht bei diesem Schwerpunkt, die starke Streuung gibt aber ein Warnungszeichen. Mit Recht, denn nur 4 der 16 Ämter sind in eigenen Häusern untergebracht, die anderen aber in Mietwohnungen. Diese

haben teilweise wohl nur reine Nutzflächen angeben können, da Treppen und Flure oft auch den übrigen Hausbewohnern zur Verfügung stehen, während die ersteren die Gesamtfläche aller Stockwerke nach dem Baugrundriß meldeten.

Da man in einer neu zu gründenden Stadt dem Arbeitsamt voraussichtlich ein eigenes Haus errichten wird, war es nötig, die in den 4 Städten schon vorhandenen Eigengebäude getrennt zu untersuchen. Hier ist die Spannung in bezug auf die Fläche aller Geschosse wesentlich geringer: zwischen 1000 und 2000 m². Der Richtwert ist 1450 m².

In der Gruppentabelle liegen 2 der 4 Einheiten zwischen 1400 und 1500 m² genau zu beiden Seiten des Richtwerts bei geringer Streuung der beiden übrigen Einheiten.

Über das in den Arbeitsämtern beschäftigte Personal liegen aus 16 Städten auswertbare Angaben vor. Die stärkste Besetzung hat Mörs mit 68, die schwächste Schw.-Gmünd mit 30. Der Durchschnitt liegt bei 48 Personen. In den gesamten untersuchten Arbeitsämtern kommen auf den Kopf jedes Beschäftigten 19–20 m² Flächenraum, bei alleiniger Berücksichtigung der Eigengebäude 30 m².

Die Gruppentabelle zeigt eine starke Gruppe von 8 Einheiten zwischen 42 und 49 Personen bei mäßiger Streuung, ohne weiteres können also 48 Personen als Richtwert gelten.

Schließlich haben wir noch bei den Bürgermeisterämtern von weiteren 28 Städten Auskünfte über den Flächenraum und die Stärke der Besetzung der dortigen Arbeitsämter eingezogen. Die erhaltenen Antworten können leider nicht den Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben. Ferner handelt es sich wohl durchgängig um Ämter, die in Mieträumen untergebracht sind, und die darum mehr oder weniger nur reine Nutzfläche angeben konnten. Der Durchschnitt des Flächenraumes liegt deswegen mit 870 m² erheblich niedriger als selbst in der ersten Berechnung.

Die Arbeitsämter in Oelsnitz/Vogtl. (Abb. 97 und 98) und Lörrach (Abb. 99 und 100) zeigen gut die innere Raumaufteilung und Organisation des Arbeitsamts.

Materialtabelle.

Arbeitsamt.

Stadt	Einwohner der Stadt	Erfasstes Gesamtgebiet km ²	Einwohner des Gebiets	Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Bezirke	Zahl der Arbeitgeber im Bezirke	Mietraum?	Eigenes Gebäude?	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Gesamtfläche aller Geschosse m ²	Personal des Arbeitsamts	Name des Kreises
Neustadt/O.S.	17738	21,84	17738	4419	809	ja	—	3080	388	960	54	Neustadt/O.S.
Küstrin	21270	4290	204956	65000	16700	—	ja	1357	1094	1374	83	Königsberg/NM.
Neustettin	16078	3303	122466	31709	13286	ja	—	—	—	509	45	Neustettin
Elmshorn	17374	1636	167646	42171	15000	ja	—	4100	638	968	49	Pinneberg
Mörs	28870	560	187179	51949	9000	zum Teil	—	650 ¹	?	1124 ²	68	Mörs
Bad Kreuznach	27282	1305	142070	26667	8221	ja	—	1200	824	1032	62	Bad Kreuznach
St. Ingbert	21978	426	106336	34000	4494 ³	ja	—	870	160	477	39	St. Ingbert
Marburg	28439	2093	163789	38000	9400	ja	—	815	265	876	47	Marburg
Burg b. Mdbg.	25064	2108	111800	52962	5461	ja	—	1406	508	1006	42	Jerichow I
Eisleben	24510	1069	169919	55487	12500	ja	—	2500	544	770	45	Eisleben St.-Kr.
Annaberg	19818	330	101317	33319	3905	ja	—	2200	402	611	57	Kreishauptmannschaft Chemnitz
(Braunschweig)	156840 ⁴	1111	267000	92000	—	—	—	—	—	2370	85	Braunschweig)
Marienburg	25121	2443	178729	53151	7259	ja	—	2781	564	971	49	Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg
Goslar	22987	1090	110000	35000	5900	—	ja	1659	580	1500	42	Goslar
Ingolstadt	28628	2623	185284	39617	14000	ja	—	312	312	571	46	Oberbayern
Landau	16736	1288	174201	25237	6475	—	ja	1840	748	1963	61	Pfalz
Schw.-Gmünd	20131	837	105300	57600	6900	ja	—	—	—	296	30	Schw.-Gmünd
Lörrach	18264	1166	155195	51298	7287	—	ja	767	464	973	35	Lörrach
Fürstenwalde	25490	1671	92121	25307	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz/Vogtl.	16337	532	92138	25915	—	—	—	—	—	—	—	—

¹ Nur für amtseigene Gebäude. ² einschließlich 2 Nebenstellen. ³ Ohne landwirtschaftliche Arbeitgeber.

Materialtabelle.

Arbeitsamt (Angaben der Bürgermeisterämter).

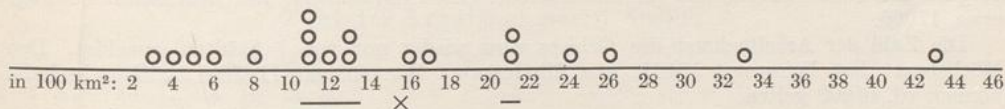
Stadt	Art der Anstalt ¹	Grundstücksfäche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Personal	Bemerkungen
Prenzlau	A.-A.	2000	505	1031	31	
Lippstadt	A.-A.-N.-S.	—	—	290	10	
Rastenburg	A.-A.	2500	450	—	36	
Straubing	A.-A.	800	330	990	30	Im Dachgeschoß Hausmeisterwohnung
Lauenburg	A.-A.-N.-S.	—	277	200	11	
Lörrach	A.-A.	300	300	600	33	
Hilden	A.-A.-N.-S.	—	—	—	—	
Neustettin	A.-A.	—	466	610	43	Auf dem Schloßgrundstück, zusammen mit Werkshule und 5 Wohnungen unter- gebracht.
Sorau	A.-A.-N.-S.	—	383	297	—	Im städtischen Hause.
Bad Homburg	A.-A.-N.-S.	—	—	155	8	In ehemaliger Kaserne
Schleswig	A.-A.	1052	590	498	32	
Gummersbach	A.-A.	800	250	1000	30	Einschließlich 2 Wohnungen.
Wesel	A.-A.	943	669	1462	45	
Senftenberg	A.-A.	1374	353	1020	37	
Braunsberg	A.-A.-N.-S.	210	210	180	—	
Arnstadt	A.-A.	450	394	850	—	
Rosenheim	A.-A.	1790	1008	2000	20	
Itzehoe	A.-A.-N.-S.	657	187	—	8	
Siegburg	A.-A.	750	350	500	59	
Rendsburg	A.-A.	710	322	644	35	
Bg.-Gladbach	A.-A.	—	387	1100	47	
Meiningen	A.-A.	2836	555	750	42	
Saalfeld	A.-A.	—	550	350	62	
Freising	A.-A.-N.-S.	900	450	1000	21	
Idar-Oberstein	A.-A.-N.-S.	470	238	235	9	
Osterode	A.-A.-N.-S.	—	224	448	6	
Kempten	A.-A.	1800	380	760	—	
Salzwedel	—	—	—	87	—	

¹ A.-A. = Arbeitsamt, A.-A.-N.-S. = Arbeitsamtnebenstelle.

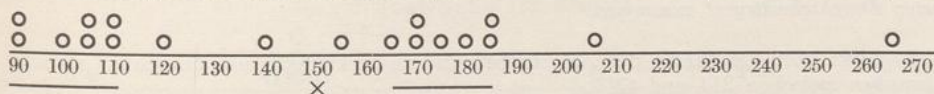
Gruppentabelle.

Arbeitsamt.

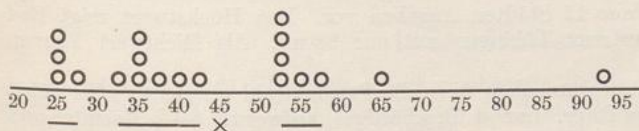
Größe des erfaßten Gesamtgebiets (19 Arbeitsämter).



Einwohner des erfaßten Gebiets in Tausenden (19 Arbeitsämter).



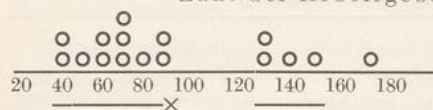
Zahl der Arbeitnehmer in Tausenden (19 Arbeitsämter).



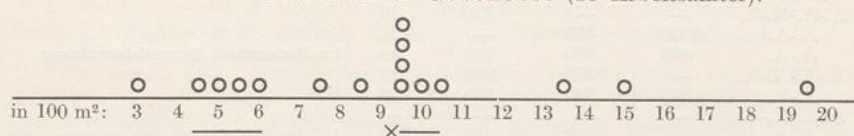
(Fortsetzung S. 96.)

(Fortsetzung von S. 95.)

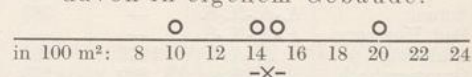
Zahl der Arbeitgeber in Hunderten (16 Arbeitsämter).



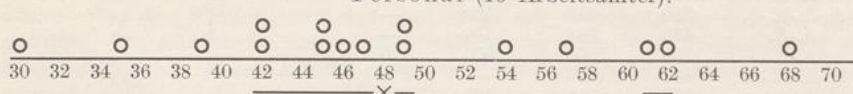
Fläche aller Geschosse (16 Arbeitsämter).



davon in eigenem Gebäude:



Personal (16 Arbeitsämter).



b) Arbeitsamtnebenstelle.

Es lag uns Material vor von Arbeitsamtnebenstellen aus im ganzen 12 Städten, von denen aber einige weit unter unserer Größenordnung von rd. 20000 Einwohnern bleiben.

Die Zahlen der einem Arbeitsamt unterstehenden Nebenstellen ist so schwankend, daß sich ein Durchschnitts- oder gar Richtwert aus dem geringen Material kaum bilden ließ, doch dürfen etwa vier Nebenstellen je Arbeitsamt am häufigsten sein.

Die **Fläche des Bereichs**, auf den sich die Zuständigkeit einer Nebenstelle erstreckt, ist naturgemäß bedeutend kleiner, als die eines Arbeits(haupt)amtes. Von 7 Städten hat der Bereich der Nebenstelle Peine die Höchstzahl an km², nämlich 386. Die Mindestzahl weist Stolberg/Rhpr., auf mit 69 km². Das Mittel liegt bei 230 km².

Auch über die **Einwohnerzahl des erfaßten Gebiets** liegen nur aus 7 Städten Meldungen vor. Hier führt Tübingen, das erstaunlicherweise nur eine Arbeitsamtnebenstelle besitzt, mit 56520 Einwohnern (die Stadt selbst hat davon 23257). Die geringste Zahl weist wieder Stolberg auf mit 36964 Einwohnern (die Stadt selbst: 17394 Einwohner). Der Durchschnitt beträgt etwa 47000.

Die **Zahl der Arbeitnehmer** des Gebiets wird wieder nur von 7 Städten gemeldet. Den Höchstwert hat Peine mit 19047, den Mindestwert Wurzen mit 11780. Als Durchschnitt können rd. 16000 gelten.

Auf der Gruppentabelle zeigt sich in dieser Sparte trotz der geringen Zahl der eingetragenen Stadteinheiten eine Tendenz zur Gruppierung. Die deutlichste erkennbare Gruppe fällt mit dem errechneten Durchschnittswert zusammen.

Die Angaben über die Zahlen der Arbeitgeber sind zu lückenhaft, um brauchbar zu sein. Sie schwanken zwischen 214 und 6309.

Nutzfläche. Da eine Arbeitsamtnebenstelle wohl nie in eigenem Hause eingerichtet, sondern in Mieträumen untergebracht ist, kamen Ermittlungen über die Grundstücksfläche und bebaute Fläche nicht in Frage. Über die Nutzfläche, die von dem Betrieb einer Arbeitsamtnebenstelle beansprucht wird, liegen dagegen aus 12 Städten Angaben vor. Den Höchstwert zeigt Bad Homburg mit 423 m², den Mindestwert Tübingen mit nur 88 m². Als Richtwert können 240 m² gelten.

Aus allen 12 Städten werden auch Angaben über die **Personalzahl** gemacht. Hier führt Apolda mit 10, während Stolberg/Rhpr. nur 4 Beschäftigte aufweist. 6—7 Beamte und Angestellte dürften im allgemeinen für den Betrieb einer Nebenstelle ausreichen.

Materialtabelle.

Arbeitsamtsnebenstelle.

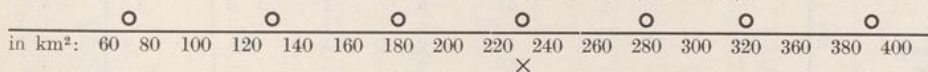
Stadt	Ein- wohner der Stadt	Erfasstes Gesamt- gebiet km ²	Ein- wohner des Gebiets	Zahl der beschäftigten Arbeiter und An- gestellten im Bezirk	Zahl der Arbeit- geber im Bezirk	Miet- haus?	Ei- genes Ge- bäude?	Grund- stücks- fläche m ²	Be- baute Fläche m ²	Ge- samt- fläche aller Ge- schosse m ²	Per- sonal der A.-A.- Ne- ben- stelle	Name des Kreises
Stolberg	17394	69	36964	14115	214	ja	—	363 ?	196 ?	162	4	Aachen-Land
Bad Homburg	16840	128	43294	15470	—	ja	—	—	—	423	7	Obertaunus
Apolda	27834	181	47551	15835	4343 ¹	ja	—	409 ?	221 ?	355	10	Weimar
Wurzen	18961	322	42963	11780	1150	ja	—	—	—	283	13	Grimma
Wolfenbüttel	19620	—	—	—	—	—	—	—	—	178	7	Braunschweig
Dt.-Eylau	12836	—	—	—	—	—	—	—	—	155	—	—
Marienwerder	15548	—	—	—	—	—	—	900 ?	680 ?	170	16	Marienburg
Rosenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168	—	—
Stuhm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	174	—	—
Peine	17763	386	54082	19047	6309	ja	—	705 ?	206 ?	362	8	Peine
Tübingen	23257	278	56520	18398	2289	ja	—	325 ?	325 ?	88	5	Tübingen
Lippstadt	19471	231	45607	15669	2416	—	—	181	181	294	9	Lippstadt

¹ Davon 1543 landwirtschaftliche Betriebe, die nur zum Teil fremde Arbeitskräfte beschäftigen.

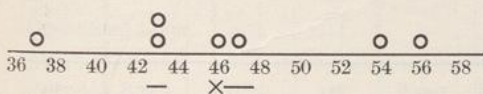
Gruppentabelle.

Arbeitsamtsnebenstelle.

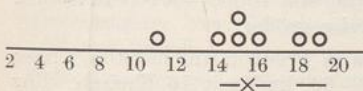
Größe des erfaßten Gebiets (7 Stellen).



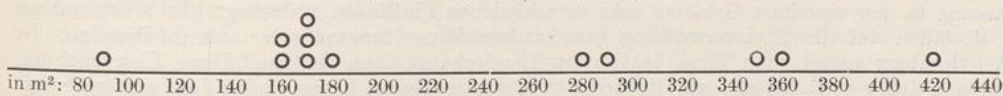
Einwohner des erfaßten Gebiets in Tausenden (7 Stellen).



Zahl der Arbeitnehmer (7 Stellen).



Nutzfläche (12 Stellen).



4. Landratsamt.

Um zunächst einen Überblick zu geben über die Größengruppen der Landkreise nach der Einwohnerzahl und nach der Fläche, werden aus KURT JESERICH „Die deutschen Landkreise“ die S. XXXVII und XXXVIII zum Abdruck gebracht.

Feder, Die neue Stadt.

Die Landkreise, gegliedert nach Größengruppen der Einwohnerzahl.

(Aus: Stat. Jahrbuch Dt. Gemeinden, 1936, Hauptübersicht.)

Provinz bzw. Land	Von den Landkreisen hatten am 16. 6. 1933 eine Einwohnerzahl								Landkreise insgesamt
	bis 20000	über 20000 bis 30000	über 30000 bis 40000	über 40000 bis 60000	über 60000 bis 80000	über 80000 bis 100000	über 100000 bis 150000	über 150000	
Ostpreußen	—	1	8	24	4	—	—	—	37
Brandenburg	—	—	1	14	6	5	4	1	31
Pommern	—	1	2	15	5	2	1	—	26
Grenzmark P.-Wpr.	2	1	1	3	1	—	—	—	8
Niederschlesien	—	1	4	10	12	5	2	—	34
Oberschlesien	—	1	1	3	2	6	1	—	14
Sachsen	—	1	1	13	13	5	3	—	36
Schleswig-Holstein	1	—	2	7	2	2	2	—	16
Hannover	1	6	8	22	8	3	—	—	48
Westfalen	—	1	3	8	7	5	6	2	32
Hessen-Nassau	3	3	7	15	6	1	—	—	35
Rheinprovinz	—	2	6	8	7	6	9	4	42
Hohenzollern	—	—	2	—	—	—	—	—	2
Preußen	7	18	46	142	73	40	28	7	361
Bayern	22	56	44	27	6	1	—	—	156
Sachsen	—	—	—	—	7	5	13	2	27
Württemberg	3	22	21	9	4	1	1	—	61
Baden	5	9	8	5	5	2	4	2	40
Thüringen	1	—	—	2	5	5	3	—	16
Hessen	—	1	2	6	3	1	2	3	18
Hamburg	—	—	—	—	—	1	—	—	1
Mecklenburg	—	—	2	7	2	—	—	—	11
Oldenburg	—	—	—	6	2	—	—	—	8
Braunschweig	—	—	1	2	1	1	—	1	6
Bremen	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Anhalt	—	—	1	1	1	1	—	—	4
Lippe	—	—	—	—	—	2	—	—	2
Lübeck	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Schaumburg-Lippe	—	2	—	—	—	—	—	—	2
Deutsches Reich	40	108	125	207	109	60	51	15	715

In Preußen ist die am häufigsten auftretende Kreisgröße die von 40000—60000 Personen. In Bayern und Württemberg ist die Häufigkeit kleinerer Kreise größer.

Wenn man die *Kreise nach der Fläche* beurteilt, so gibt es in Preußen am meisten Kreise von 600—800 km². An zweiter Stelle stehen die Größen 400—600 km² mit 76 Kreisen. Für Bayern, Württemberg verschiebt sich die am häufigsten vorkommende Größe zu den Kreisen mit kleinerer Fläche. Für Bayern auf 400—600 km², für Württemberg liegt der Schwerpunkt bei 200—400 km². Schon hieraus wird deutlich klar, daß die Kreiszusammensetzung in den einzelnen Gebieten sehr verschiedenen Einflüssen unterliegt. In Württemberg z. B. fallen auf die Kreisverwaltung ganz andere Verwaltungsaufgaben als in Preußen. In Württemberg nennt man diese Institution Landeshauptmannschaften. Diese Untersuchung hat sich daher zunächst also auf die Gestaltung der deutschen Kreise außer den württembergischen beschränkt. Allgemein soll noch auf die Ausführung im Teil I, Abschnitt II, dieser Arbeit hingewiesen werden (Reichsminister Dr. FRICK hat die Größe eines Kreises mit etwa 60000 bis 100000 Menschen beziffert und stellt dies als Ziel der Neuordnung hin). Als Normalkreisflächen kann man in Preußen die beiden Größengruppen mit etwa 400—800 km² betrachten. Größere oder kleinere Kreise sind seltener. Von 361 Landkreisen in Preußen fallen 157 in die angegebene Größenordnung.

Als durchschnittliche Einwohnerzahl der von uns untersuchten Kreise ergibt sich die Anzahl von 75000 Einwohnern, der Höchstwert liegt bei Siegburg mit 148696 Einwohnern.

Die Landkreise, gegliedert nach Größengruppen der Fläche.

(Aus: Stat. Jahrbuch Dt. Gemeinden, 1936, Hauptübersicht).

Provinz bzw. Land	Von den Landkreisen hatten am 1. 1. 1934 bzw. 1. 4. 1934 eine Fläche von km ²									Landkreise insgesamt
	bis 200	über 200 bis 400	über 400 bis 600	über 600 bis 800	über 800 bis 1000	über 1000 bis 1200	über 1200 bis 1500	über 1500 bis 2000	über 2000	
Ostpreußen	—	1	1	5	12	9	5	4	—	37
Brandenburg	—	1	—	—	2	12	11	5	—	31
Pommern	—	—	—	3	6	7	6	2	2	26
Grenzmark P.-Wpr.	—	2	—	2	2	—	—	1	1	8
Niederschlesien	—	1	8	11	9	2	3	—	—	34
Oberschlesien	1	1	3	5	3	—	1	—	—	14
Sachsen	—	4	13	10	3	2	4	—	—	36
Schleswig-Holstein	—	1	—	4	6	3	1	1	—	16
Hannover	—	9	8	9	6	7	7	2	—	48
Westfalen	—	3	12	16	1	—	—	—	—	32
Hessen-Nassau	1	13	14	5	2	—	—	—	—	35
Rheinprovinz	—	12	16	10	4	—	—	—	—	42
Hohenzollern	—	—	1	1	—	—	—	—	—	2
Preußen	2	48	76	81	56	42	38	15	3	361
Bayern	3	54	66	26	5	2	—	—	—	156
Sachsen	1	4	14	5	3	—	—	—	—	27
Württemberg	9	37	15	—	—	—	—	—	—	61
Baden	4	16	16	4	—	—	—	—	—	40
Thüringen	1	2	3	4	4	1	1	—	—	16
Hessen	1	7	8	2	—	—	—	—	—	18
Hamburg	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Mecklenburg	—	—	—	—	1	2	5	2	1	11
Oldenburg	—	—	2	3	2	—	1	—	—	8
Braunschweig	—	—	4	2	—	—	—	—	—	6
Bremen	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Anhalt	—	2	—	1	1	—	—	—	—	4
Lippe	—	—	1	1	—	—	—	—	—	2
Lübeck	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schaumburg-Lippe	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Deutsches Reich	24	172	205	129	72	47	45	17	4	715

Der Mindestwert liegt bei Freising mit 35296 Einwohnern. Untersucht wurden im ganzen die Landratsämter bzw. Amtshauptmannschaften, Bezirksämter oder Oberämter von 31 Städten (s. Materialtabelle).

In Kempten befindet sich das Bezirksamt im alten Residenzgebäude, in dem noch eine Reihe anderer Behörden sowie die Kaserne untergebracht sind. Angaben über die Größe der vom Bezirksamt benötigten Räume fehlen. In Sorau und Schw.-Gmünd besitzt der Kreis kein eigenes Grundstück, das Landrats- bzw. Oberamt ist in Mietgebäuden untergebracht. Auch hier fehlen nähere Angaben.

Grundstücksgröße. Die Auswertung bezieht sich auf 24 Städte. Ausgeschieden wurden als anormal groß Lauenburg mit 16545 m² und Uelzen mit 15504 m². Heidenheim mit 803 m² und Marburg mit 921 m² fielen ebenfalls aus, weil es sich hier um anormale kleine Grundstücke mit eingebauten Gebäuden handelt. Als Richtwert ergab sich eine Grundstücksgröße von 4100 m². Solche Landratsämter finden sich z. B. in Saalfeld, Wismar, Wolfenbüttel, Neuruppin. Der Höchstwert liegt bei 11600 m² (Schleswig). In Landshut muß ein Irrtum unterlaufen sein, da die bebaute Fläche größer angegeben worden ist, als die Fläche aller Geschosse. Als unterste Grenze wird man also mindestens mit 1500 m² wie bei Rendsburg rechnen müssen.

Bebaute Fläche. Hierfür konnte die Ermittlung aus 26 Landratsämtern stattfinden. Landshut fiel aus wegen unverständlicher Angaben. Freising kommt als anormal klein ebenfalls nicht in Betracht (204 m²). Die meisten Werte bewegen sich um etwa 800 m², so daß man dies

als Richtwert angeben kann. Solche Landratsämter finden sich in Wolfenbüttel, Lörach, Gumbinnen, Uelzen, Annaberg.

Fläche aller Geschosse. Hierfür konnten 23 Angaben ausgewertet werden. Ausgeschieden wurden: Bunzlau, da nur ein Drittel des Amts im Landratsgebäude untergebracht ist; Saalfeld, da das Amt mit verschiedenen anderen Behörden das Gebäude teilt; Landshut wegen ungenauer Angaben; Uelzen wegen unübersichtlicher Verhältnisse; Freising als anormal klein (594 m²). Teilweise sind Einrichtungen des Landratsamts in anderen Gebäuden in der Stadt untergebracht, seltener tritt auch der umgekehrte Fall ein.

Als Richtwert kann man eine **Nutzfläche** aller Geschosse von 1950 m² annehmen. Die Landratsämter in den Städten Schleswig, Lahr, Neustettin haben etwa solche Nutzflächen.

Personal. In der Hauptsache sind im Landratsamt untergebracht: das Landratsamt, ferner die Beschäftigten des Kreisausschusses und drittens die Bezirkskasse. Außer dieser Bezirkskasse oder Kreiskommunalkasse ist noch eine Kreissparkasse vorhanden, die allerdings häufig außerhalb des Gebäudes in einem besonderen Bau untergebracht ist. Die Zahl der Beschäftigten für das gesamte Kreishaus selbst schwanken naturgemäß sehr stark, da die Verwaltungsaufgaben örtlich sehr verschieden sind. Aus den 31 Angaben von Landratsämtern, welche in den Städten von 20000 Einwohnern liegen, geht hervor, daß in Siegburg mit 131 Beschäftigten die höchste Besetzung vorhanden ist. Die geringste Beschäftigtenzahl tritt auf in Freising mit 20 Beschäftigten. Die meisten Landratsämter haben Beschäftigtenzahlen, die sich um 60 Personen herum bewegen. Daraus folgt, daß man mit dieser Anzahl als Richtwert arbeiten kann. Für die drei oben aufgeführten Organe ergeben sich dann folgende Richtzahlen:

Eigentliches Landratsamt	22	Beschäftigte
Kreisausschuß	34	„
Bezirkskasse	4	„

Nebengebäude. In 20 von 31 Landratsämtern finden sich Nebengebäude in Form von Garagen usw. Im allgemeinen würde man mit 2 Wagen für das Landratsamt rechnen müssen. Falls es sich um einen größeren Kreis handeln würde vielleicht mit 3. Es wird also vorgeschlagen, in einem Nebengebäude im Hofe des Landratsamts 2 Garagen mit einem dazugehörigen kleinen Wirtschaftsraum zu errichten.

Lage. Bei der Errichtung der bisherigen Landratsämter hat häufig der Zufall eine große Rolle gespielt. Je nachdem, wo die Kreisverwaltung ein günstiges und billiges Gelände fand, wurde das Landratsamt in der Stadtmitte oder auch in einem Randgebiet errichtet. Nach dem Studium der Lage der verschiedenen Landratsämter im Stadtgebiet kann man feststellen, daß es organisch nicht unbedingt in Stadtmitte zu liegen braucht. Gewiß ist das Landratsamt ein größeres dreigeschossiges Gebäude und als solches im Stadtkern am rechten Platze, aber da das Landratsamt nicht so sehr für die Stadt selbst, sondern mehr, besonders bei kreisfreien Städten, ein Organ für die umliegenden Gemeinden ist, kann man dasselbe auch am *Rande der Innenstadt* unterbringen. Selbstverständlich ist aber nicht daran gedacht, es in die Außenbezirke der Stadt zu legen.

Allgemein soll über das Landratsamt bemerkt werden, daß die Angaben auch hier nicht als Norm aufgefaßt werden dürfen, sondern lediglich als Richtzahl. Die Größe des Landratsamts ist von der Größe der Stadt nicht unmittelbar abhängig. Auch die Flächengröße des Kreises hat keinen alleinigen Einfluß auf die Größe des Landratsamts. Ebenso auch nicht die Anzahl der Bevölkerung des Kreises. Es spielen hierbei unter anderem die Wirtschaftsstrukturen und auch historische Gegebenheiten eine wesentliche Rolle. Von den untersuchten 72 Städten finden sich nur in 39 Landratsämter. Es sind also keineswegs in allen Städten von 20000 Einwohnern Landratsämter vorhanden.

Im allgemeinen wird man ungefähr nach folgenden Grundsätzen verfahren können. Handelt es sich z. B. um eine Neugründung einer Stadt von 20000 Einwohnern in der Nähe des Grenzzusammentritts von 3 Kreisen, so muß man, wenn die drei zusammenstoßenden Kreise oder vielleicht zwei davon groß genug sind, Teile von denselben als Hinterland der neuen Stadt zu einem neuen Kreis zusammenfassen. Für das wirtschaftliche Gedeihen der neuen Stadt ist es wichtig, daß sie auch das verwaltungsmäßige Zentrum der sie umgebenden Landschaft wird. Im allgemeinen wird nur der Oberpräsident der Provinz entscheiden können, ob und in welchem Umfange ein neuer Kreis zugleich mit der neuen Stadt gebildet wird.

Als Beispiele werden hier die Landratsämter in Neuwied (Abb. 101—103), in Osterode (etwas kleiner als normal, s. Abb. 104—106) und in Lauenburg (4mal so großes Grundstück, um etwa 700 m² größere Geschoßfläche und doppelt so große bebaute Fläche aber nur 55 Beschäftigte, also weniger als normal, s. Abb. 107 und 108) zur Darstellung gebracht.

Kreishaus Neuwied.

1. Anzahl der Einwohner des Kreises (1936)	108 172
2. Fläche des Verwaltungsgebietes (Kreisfläche)	62 120 ha
3. Gesamtfläche des Grundstückes des Kreishaus	2 785 m ²
4. Bebaute Grundstücksfläche	960 m ²
5. Stockwerkhöhe des Verwaltungsgebäudes mit ausgebautem Dachgeschoß und hochgelegenen Keller	4
6. Nutzfläche in allen Stockwerken, ohne Fluren, Treppen, Aborte und Kellerräume	1 320 m ²
Dazu Hausmeisterwohnung	166 m ²
Davon Landratswohnung	308 m ²
7. Im Kreishaus Beschäftigte: Beamte	24
Angestellte	35
Arbeiter	2
8. Garagen für Fahrzeuge	1
Zahl und Art der Fahrzeuge (Personenkraftwagen)	3
Größe	68 m ²
Bebaute Fläche einschließlich Benzinraum	79 m ²

Die Organisation der Beschäftigten im Kreisständehaus in Neuwied geht aus nachfolgender Zusammenstellung hervor:

Das Kreisständehaus umfaßt:

1. das Landratsamt,
2. Kreisausschußverwaltung,
3. Kreiskommunalkasse.

Die einzelnen Abteilungen sind wie folgt besetzt:

	Be- amte	An- gestellte	Arbeiter, Wegewärter
1. Landratsamt (staatliche Verwaltung)			
a) Landrat	10	5	2
b) Regierungsassessor			
c) 8 Beamte			
d) 5 Angestellte			
2. und 3. Kreisausschuß und Kreiskommunalkasse			
Abteilung B. Kreisbauamt	2	8	(29)
„ W. Kreiswohlfahrts- und Kreisjugendamt	6	4	—
„ I. Allgemeine Verwaltung, Kommunalaufsicht, Finanzverwaltung, Personalsachen	1	7	—
„ II. Steuerverwaltung	3	2	—
„ III. Landwirtschaft, Hebammen- und Impfwesen	—	4	—
„ IV. Kreisgemeindekasse	1	1	—
„ V. Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamt	1	1	—
Außerdem sind beschäftigt:			
a) Hausmeister des Kreises	—	1	—
b) Kraftwagenführer des Kreises	—	2	—
Summe	24	35	2

Abb. 101—103. Kreisständehaus Neuwied.

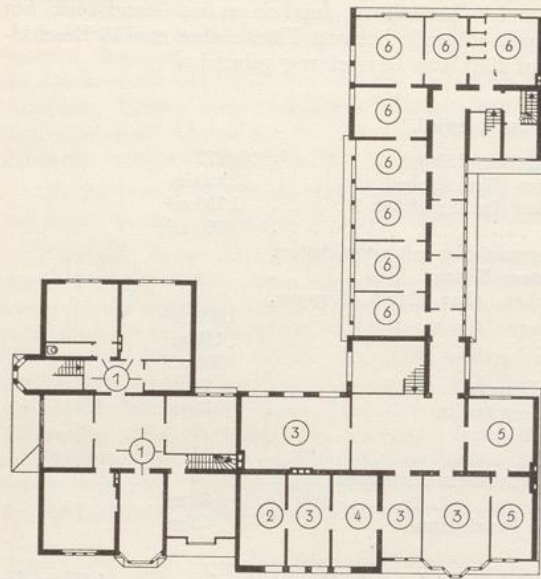


Abb. 101. Dachgeschoß.

1 Hausmeisterwohnung, 2 Gendarmerie, 3 Landrätliche
Abteilung, 4 Baupolizei, 5 Kreisausschuß, 6 Staatliches
Gesundheitsamt.

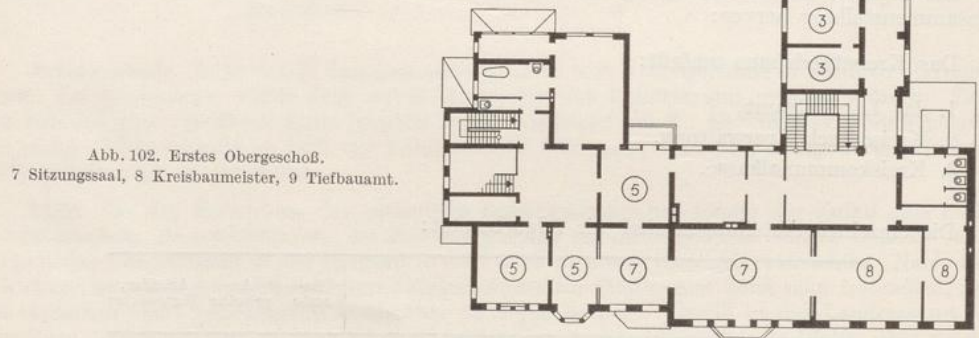


Abb. 102. Erstes Obergeschoß.

7 Sitzungssaal, 8 Kreisbaumeister, 9 Tiefbauamt.

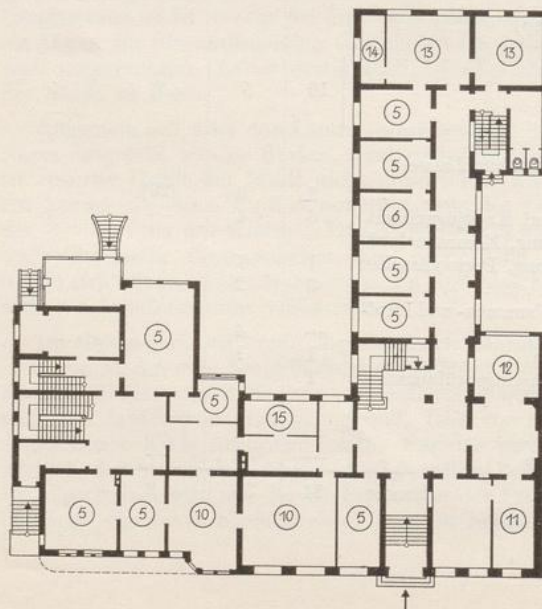
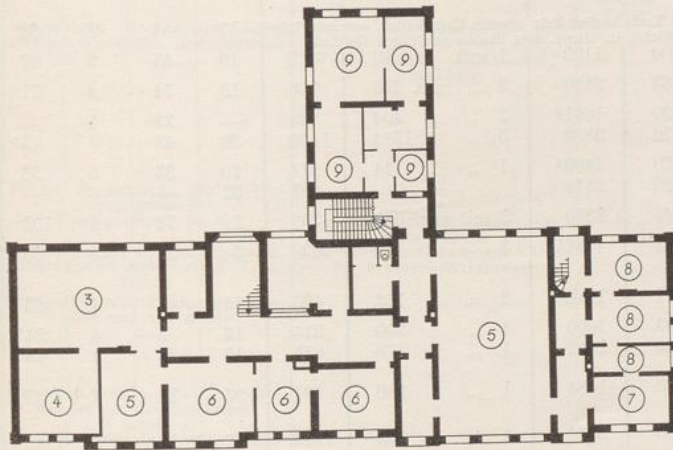
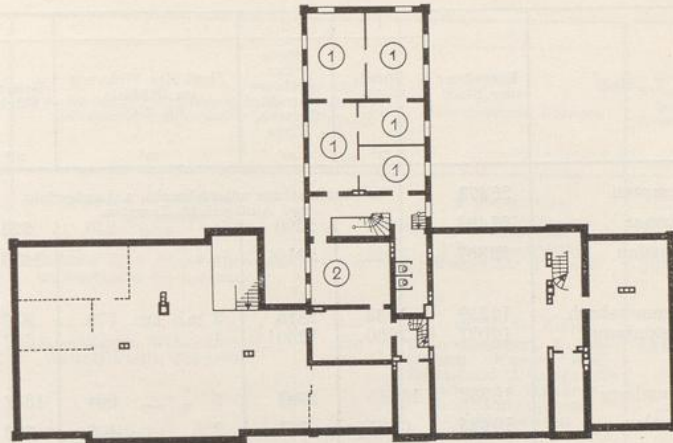


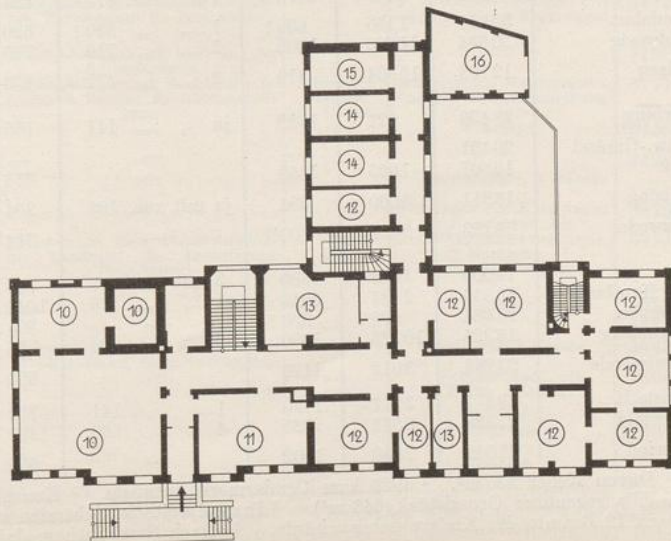
Abb. 103. Erdgeschoß.

10 Landrat, 11 Rechnungsprüfungsamt, 12 Kreiskommunalkasse, 13 Hochbauamt, 14 Telephonzentrale, 15 Rotes Kreuz.

Abb. 104—106 Kreishaus Osterode/Opr.

Abb. 104. Zweites Obergeschoß.
1 Steuerbüro, 2 Jugendwallerin.Abb. 105. Erstes Obergeschoß.
3 Gemeindeverwaltung, 4 NSDAP.,
5 Sitzungssaal, 6 Landrat, 7 Kreis-
bildstelle, 8 Geheime Staatspolizei,
9 Wohlfahrtsamt.

0 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20m

Abb. 106. Erdgeschoß.
10 Kreiskommunalkasse, 11 Rech-
nungsprüfungsamt, 12 Landrätliche
Abteilung, 13 Kreisausschuß,
14 Gendarmerie, 15 Jugendamt,
16 Garage.

Material-
Landrats-

Stadt	Einwohner der Stadt	1	2	3	4	5			
		Grund- stücks- fläche	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure	Liegt eine Wohnung im Gebäude, wie groß?	Bebaute Fläche	Beschäftigte			
		m ²	m ²	m ²	m ²	Land- rats- amt	Kreis- aus- schuß	Be- zirks- kasse	Ins- gesamt
Kempton	26473	Im Resistenzhaus untergebracht, s. Landgericht und Amtsgericht Kempton				12	12	1	25
Wismar	27493	4600	2300	ja	920	45	14	16	75
Prenzlau	22357	3025	2910 ¹	ja	1470	20 ²	57	5	82
Gummersbach	19339	3853	2816	3 mit zus. 779	937	14	36	4	54
Rastenburg	16021	3000	1250 ⁴	1 „ 72	557	13	58	7	78
Lauenburg	18962	16545	2593	5 „ „ 904	1632	16	34	5	55
Bunzlau	19625	6721	793	2 „ „ 405	710	17	46	4	67
Sorau	19285	Der Kreis besitzt kein eigenes Grundstück, sondern ist Mieter in einem dem Staate gehörigen Gebäude				17	44	2	63
Rendsburg	19521	1500	1100	1 mit 40	420	19	45	3	67
Neustettin	16078	2163	2150	2 „ zus. 707	756	19	54	4	77
Annaberg	19818	2390	1481 ⁸	3 „ „ 404	825	—	21	5	—
Minden	28764	2970	3820	3 „ „ 1384	1450	20	48	5	73
Wolfenbüttel	19620	4520	1690 ⁹	1 „ „ 144	814	20	33	5	58
Lörrach	18264	2880	2814	—	869	33	—	—	—
Neuruppin	21291	4395	2330	3 mit zus. 660	1382	21	76	6	103
Saalfeld	19148	4174 ¹¹	1446 ¹¹	3	2030	34	31	—	65
Sonneberg	20083	1571	1188	2 „ „ 166	495	59	—	4	63
Heidenheim	21903	803	1000	1 „ „ 300	315	15	5	4	24 ¹²
Osterode	17977	3185	1502	1 „ „ 179	616	15	25	3	43
Oelsnitz/Vogtl.	16337	5980	1484	1 „ „ 280	494	36	21	4	57
Eschwege	12862	10750	2244	4 „ „ 529	1252	32	13	3	48
Siegburg	20446	3607	2127	—	640	20	106	5	131
Gumbinnen	19987	7119	2470	4 mit zus. 673	884	14	77	9	100
Landshut	30858	1180	600 [?]	1 „ „ 330 [?]	620 [?]	11	—	3	—
Schleswig	20694	11600	1900	3 „ „ 719	775	20	49	2	71
Uelzen	12793	15504	819	2 „ „ 471	876	15 ¹⁵	25	5	45
Marburg	28439	921	1322	ja „ „ 141	755	20	33	4	57
Schw.-Gmünd	20131	—	—	—	—	16	33	2	51
Lahr	16807	1925	1658	—	553	40	—	—	40
Freising	16211	3000	594	ja mit zus. 198	204	14	6	—	20
Salzwedel	16123	2400	700 ¹⁶	—	314	13	48	4	65
Glatz	19000	4987	1980	3 mit zus. 817	740	23	106	7	136
Bad Homburg	16840	2687	2046	1 „ „ 276	1042	15	30	3	48
Tübingen	28686	600 [?]	350 [?]	—	300 [?]	17	16	?	?
Braunsberg	15325	10776	1950	3 „ „ 908	716	15	48	5	68
Wernigerode	23282	3012	1179	—	600	16	40	6	62
Lippstadt	19471	3217	1420	1 „ „ 141	759	12	21	3	36
Bitterfeld	21328	6848	2720	4 „ „ 660	1495	18	67	10	95
Neuwied	21540	2650	1902	—	951	17	44	—	61

¹ Davon Keller 830 m². ² 1925 kam Gendarmerie auswärts. ³ Kreisglockasse 490 m², davon Keller
⁴ In Villa gegenüber Grundstück (648 m²). ⁵ In zwei weiteren Gebäuden in der Nähe des Landratsamts.
¹² Dazu 12 Beamte der Kreisverbandsbehörde. ¹³ Nach Statistischem Jahrbuch. ¹⁴ Nach Angabe des

tabelle.

amt usw.

6	7		8	
Welche Einrichtungen sind noch im Hause?	Sind Zweige der Kreisverwaltung außerhalb untergebracht?	In welchem Umfange?	Nebengebäude, Garagen	Einwohner des Kreises
		m ²		
s. Landgericht	Garagen, Werkstätten, 2 Büroräume nein	—	2 Werkstätten, 2 Garagen	—
Kreisamtsleitung des Amts für Beamte, 1 Zimmer	Kreiskasse in 5 Einzelwohnungen untergebracht (6–8 Personen)	—	1 Nebengebäude, 1 Garagengebäude	—
Wohlfahrtsamt, Kreissparkasse, Kreisgirokasse, Kreiskommunalkasse ³ , Kreisbauamt, Kreiswiesenbauamt, Rechnungsprüfungsamt	—	—	Garagen für 2 Wagen	62088
—	Kreisbauamt, Wohlfahrtsamt, Lichtbildstelle, Jugendamt	550	1 Garage im Keller	—
—	—	—	Feuerwehrgarage, 4 Autogaragen, Wasch-, Stall-, Benzinraum, 3 Garagen für Lastauto, 1 Schmiede	56604
Staatliche Kreiskasse: 82 m ² Kulturbauamt 79 m ²	—	—	Kraftfahrerwohnung	—
—	Kreiswohlfahrtsamt ⁵ , Gesundheitsamt, Kreisbauamt ⁴ , Jugendamt, Kreisleitung	Nutzfläche: 741 m ² , dazu 2 Wohnungen 171 m ²	2 Autogaragen	—
—	—	—	im Nebengebäude: Garagen, Kreissteueramt, Tuberkulosestation	—
Amtsgericht, Hochbauamt, Katasteramt, Kreiskasse, Kreissparkasse	Kreisbauamt	—	—	89231
—	Wohlfahrtsamt ⁷ , Kreisbauamt, Jugendamt	—	—	90207
—	—	—	Gartenhaus, Garage für 2 Autos	81513
—	—	—	1 Garage, 1 Einstellraum	117014
—	—	—	1 Autogarage für Kreis-Kraftwagen	130064
—	—	—	—	—
Polizei, Gendarmerie, Bezirks-Fürsorgeverband ¹⁰ Kreissparkasse: 385 m ²	Kreiswohlfahrtsamt, Jugendamt, Kreisbildstelle	487	1 Garage	82363
Rentamt, Bergamt, Gesundheitsamt, Thüringisches Katasteramt, Amtsgericht	1 Wohnung für Chauffeur, 1 Garage für 4 Personenkraftwagen	—	—	77133
Thüringisches Rentamt, etwa 15 Beamte und Angestellte	—	—	2 Garagen	82138
—	—	—	—	51853
—	—	—	—	77 104 ¹³
—	—	—	—	48 534 ¹⁴
Gendarmerieposten (3 Personen), Kanzlei des Bezirksschulrats (3 Personen)	—	—	im Hintergebäude Wohnung des Heizers und 2 Garagen	72976
Gesundheitsamt, Landwirtschaftliche Schule, Girokasse, zus.: 810 m ²	—	—	2 Garagen	48396
Bauämter: 5 Räume; Schulämter: 2 Räume; Kreisbildstelle: 1 Raum	—	—	Dienstwohngebäude des Landrats u. des Kraftwagenführers, Garagen für 7 Autos	148696
—	Kreisbauamt für Hoch- und Straßenbau, Kreisbauamt für Landeskultur	—	2 Wirtschaftsgebäude mit Garagen für 4 Kraftwagen	51147
—	—	—	—	—
Druckerei	Kreiskommunalkasse liegt in der Kreissparkasse	—	—	71927
—	Kreiswohlfahrtsamt, Rechnungsprüfungsamt, Bauamt, Kreiskommunalkasse	3stöckiges Gebäude in Uelzen	Waschküche, Wagenremise, Garage, Wirtschaftsstallung	57711
—	—	—	3 Garagen	64563
Außenstelle des Kulturbaubeamten in Kassel	—	—	—	44982
—	—	—	1 Nebengebäude, 1 Garage	—
Bezirks-Fürsorgeverband Lahr-Land mit 8 Personen	—	—	6 Garagen für Kraftwagen und Straßenwalze	35296
Staatliches Gesundheitsamt	—	—	Kreis-Wagenführerwohnung, 2 Garagen, 1 Fahrradschuppen	60248
Lichtbildstelle und Gendarmerie	Kreisbauamt (und Dienstwohnung des Landrats) im kreiseigenen Grundstück	4 Räume 1 Aktenkeller	—	—
—	—	—	Garagen	50821
—	—	—	—	53344
Diensträume der 44, 2 Büroräume: 133 m ²	Kreisbauamt, Kreiswiesenbauamt, Wohlfahrtsamt, Steuerverwaltung	—	1 Stall und 1 Garage	56493
—	—	—	1 Nebengebäude mit 2 Büros, 1 Garage	75047
Kreisheimatmuseum	—	—	1 Garage	60400
Kreisleitung der NSDAP. und Gendarmerie	—	—	3 Garagen	116649
—	—	—	Garagen	—

210 m² und Kommunalkasse 273 m². ⁴ Mit Keller. ⁵ In besonderem Bürohaushaus, Grundstück 728 m².
⁸ Zu klein. ⁹ Ohne Wirtschaftskeller. ¹⁰ Im Umbau. ¹¹ Kreisamt und Landkreis s. Material.
 Landratsamts. ¹⁵ Das Landratsamt selbst befindet sich im benachbarten Dorf Oldenstadt. ¹⁶ Ohne Keller (90 m²).

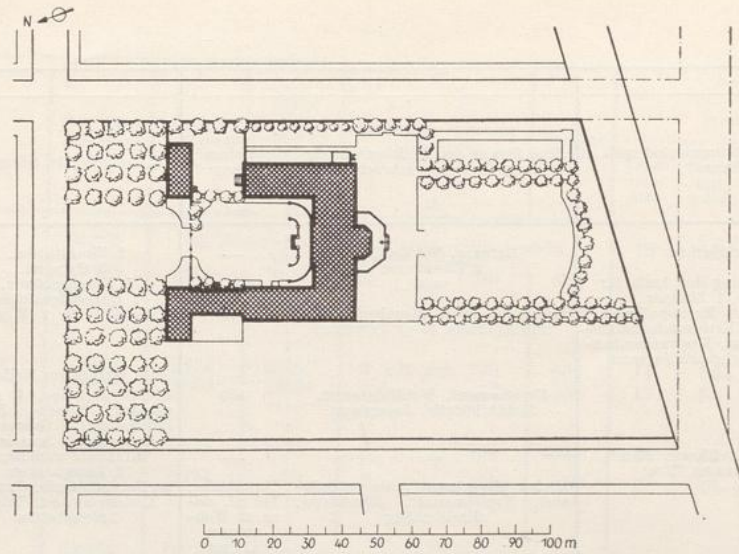


Abb. 107. Kreishaus Lauenburg. Lageplan.

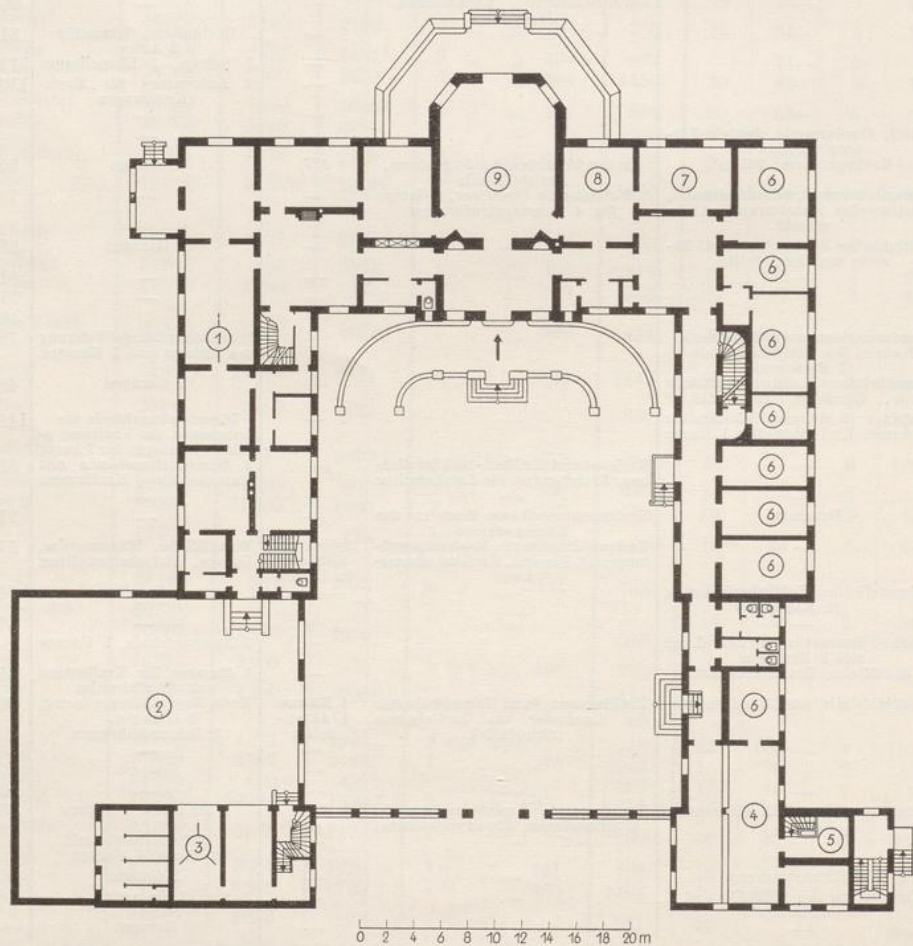
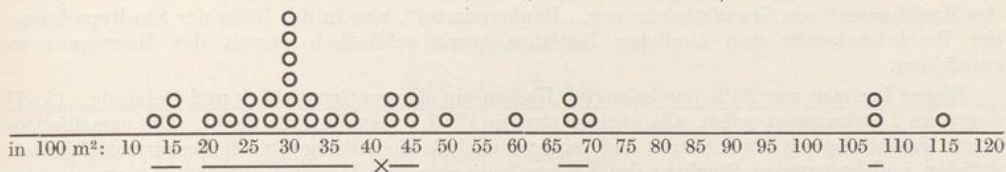


Abb. 108. Kreishaus Lauenburg (bebaute Fläche = 1650 m²). Erdgeschoß.
 1 Dienstwohnung, 2 Wirtschaftshof, 3 Remisen und Ställe, 4 Kassenhalle der Kreissparkasse, 5 Tresor,
 6 Dienstzimmer, 7 Landrat, 8 Kreisausschuß, 9 Kreistagsaal.

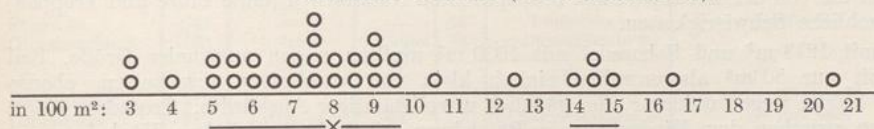
Gruppentabelle.

Landratsamt.

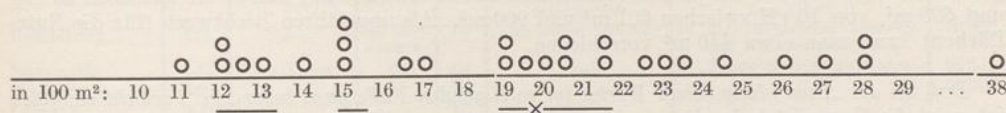
Grundstücksfläche (31 Landratsämter).



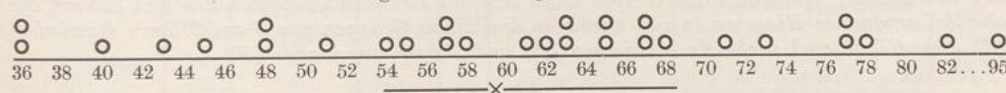
Bebaute Fläche (33 Landratsämter).



Fläche aller Geschosse (28 Landratsämter).



Beamte und Angestellte insgesamt (29 Landratsämter).



5. Die Kreissparkasse.

(Nicht zu verwechseln mit Kreiskommunalkasse, die eine Kasse für den Behördenbetrieb des Kreises ist.)

Die *Zweigstelle* einer Kreis- oder Bezirkssparkasse befindet sich wohl in jeder Stadt von 20000 Einwohnern, häufig auch schon in solchen weit geringerer Größenordnung. Da eine derartige Einrichtung von nachgeordneter Bedeutung fast überall ohne nennenswerte Schwierigkeiten in einfachen Mieträumen untergebracht werden kann, erübrigt sich für den Städteplaner eine nähere Betrachtung.

Anders verhält es sich mit der *Hauptstelle* der Kreis- oder Bezirkssparkasse, die zu den wichtigsten Organen des wirtschaftlichen Lebens gerechnet werden muß.

Die Kreissparkasse liegt wohl ausnahmslos in der Kreishauptstadt, in der auch das Landratsamt seinen Sitz hat; mitunter sogar, wie wir sehen werden, mit diesem zusammen im nämlichen Gebäude oder doch im selben Gebäudekomplex.

Kreishauptstädte waren nur 31 von 72 von uns daraufhin untersuchten Orten unserer Größenklasse. Von diesen besitzt allein der Kreis Zerst keine eigene Kreissparkasse. Die sog. Stadt- und Kreissparkasse Zerst ist vielmehr das Institut eines privaten Zweckverbandes. Die übrigen 30 Kreisstädte weisen auch eine Kreissparkasse, und zwar eine Hauptstelle, auf.

22 Kreise lieferten uns Angaben über ihre *Einwohnerzahl*. Das württembergische Oberamt Tuttlingen mit 39297 zeigt die geringste, der Kreis Siegburg im engbesiedelten Rheinland mit 148696 die höchste Bevölkerungsziffer. Der Durchschnitt beträgt etwa 71000 Einwohner.

Die Gruppentabelle weist bei geringer Einzelstreuung eine breite Gruppe von 19 Einheiten zwischen 50000 und 90000 auf. Die stärkste Ballung bildet sich bei 50000 mit allein 6 Kreisen.

Auf unsere Frage, *welche Lage* der Kreissparkasse man erfahrungsgemäß für die beste halte, antwortete nur Marburg: „Im Kreishaus.“ Alle anderen erklärten Verkehrszentrum in Stadtmitte, möglichst „in der Nähe“ des Kreishauses für die günstigste Lage. In einem Schreiben wird noch besonders betont, „jedoch nicht im Kreishause selbst“.

Auf diese berechtigten Wünsche wird man in einer neu zu errichtenden Stadt um so mehr Rücksicht nehmen können, als eine Kreissparkasse in Zukunft wohl stets in ein eigenes Gebäude gelegt werden soll.

Wenn es sich irgend ermöglichen läßt, wäre (außer Berücksichtigung der Nachbarschaft des Kreishauses!) ein Grundstück im sog. „Bankenviertel“, also in der Nähe der Stadtparkasse, der Reichsbankstelle und ähnlicher Institute, sowie schließlich unweit der Hauptpost zu empfehlen.

Bisher besitzen nur 35% der befragten Kassen ein eigenes Grundstück und Gebäude. 17 vH liegen im Landratsamt selbst, alle übrigen sind in Miethäusern untergebracht. Die verschiedenartige Unterbringung des Instituts und seine wechselnde Bedeutung je nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Struktur des Kreises bedingten den Verzicht auf die Festlegung eines Durchschnittswertes für Grundstücks- und bebaute Flächen. Selbst die Auswertung der Angaben über die von der Kreissparkasse beanspruchten Nutzflächen (ohne Flure und Treppen) bereitete erhebliche Schwierigkeiten.

Minden mit 1213 m² und Salzwedel mit 1030 m² mußten wegen anormaler Größe, Bad Homburg mit nur 80 m² als unwahrscheinlich klein von vornherein ausschalten, ebenso zwei weitere Städte wegen unklarer oder gänzlich unvollständiger Auskünfte. Trotzdem bleibt die Spannung zwischen dem Mindestwert in Rendsburg mit 124 m² und dem Höchstwert in Lörach mit 900 m² noch außergewöhnlich stark. Innerhalb dieser Grenzen liegen die Flächengrößen von 24 vH der Kreissparkassen zwischen 124 m² und 250 m², von 60 vH zwischen 251 m² und 600 m², von 16 vH zwischen 601 m² und 900 m². Als ungefähren Richtwert (für die Nutzflächen) kann man etwa 440 m² vorschlagen.

Daß bei der Anwendung dieses Wertes im vorliegenden Falle ganz besondere Vorsicht vonnöten ist, zeigt die Gruppentabelle, die zwar kaum Einzelstreuung, dafür aber um so stärkere Gruppenstreuung aufweist: 2 Einheiten liegen bei 125 m², 4 zwischen 174 und 225 m², 4 weitere zwischen 600 und 650 m². Nur eine breite Gruppe bildet sich mit 12 Städten zwischen 275 und 525 m², die aber bei genauerem Hinsehen in sich wieder in drei kleine Gruppen von 3 um 275 m², 4 zwischen 425 und 450 m² und nochmals 4 zwischen 500 und 525 m² auseinanderfällt.

Von den Inneneinrichtungen einer Kreissparkasse sind noch besonders die Tresorräume zu erwähnen, die am besten im Kellergeschoß eingebaut werden. Über die Grundflächen der Tresorschränke machten 6 Kreissparkassen Angaben. Der Durchschnittswert beträgt 10–12 m². 14 Anstalten geben ferner die Größe der Räume an, in denen sich die eigentlichen Safes befinden. Hier liegt der Durchschnittswert zwischen 40 und 45 m². Von 21 Kreissparkassen verfügt allein die Rendsburger über keine Tresorräume. Sie muß sich mit Geldschränken begnügen.

Die Beschäftigtenzahl von 28 untersuchten Instituten schwankt vielleicht noch stärker als die benötigte Flächengröße, selbst wenn wir die Extreme, Bad Homburg mit nur 6 Personen und Siegburg mit 105 Personen unberücksichtigt lassen. (Mit welchen Schwierigkeiten mitunter zu kämpfen war, erhellt schon daraus, daß für die Kreissparkasse Siegburg das Landratsamt 105, das dortige Bürgermeisteramt aber nur 69 Beschäftigte angab!) Auch Prenzlau (49 Personen) mußte leider ausgeschaltet werden, da dort die Kreissparkasse mit der Girokasse zusammengelegt ist.

Wie wenig offenbar die Einwohnerzahl des Kreises die Beschäftigtenzahl der Kreissparkasse beeinflusst, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung der Mindest- und Höchstzahlen der Gefolgenschaften von den 25 verbleibenden Kreissparkassen:

Höchstzahl:	Neustettin	58 Beschäftigte	bei	81 513 Einwohner	des Kreises
Mindestzahl:	Rendsburg	10	„	90 207	„
	Straubing	10	„	48 802	„

Der Durchschnitt liegt bei 33 Beschäftigten.

In der Gruppentabelle fällt die außergewöhnliche Einzelstreuung auf. Neigung zur Gruppenbildung tritt nur ganz schwach zutage: 3 Einheiten bei 10–11, 4 Einheiten bei 35–36 und nochmals 4 bei 49–50. Selbst diese unbedeutenden Gruppen sind weit auseinandergestreut. Der rechnerische Durchschnitt kann in diesem Falle nur in beschränktem Maße als Richtzahl dienen. Vielmehr sind bei Planungen jeweils die örtlichen Verhältnisse der näheren und weiteren Umgebung genauestens zu beachten.

Als Beispiel bringen wir die Kreissparkasse in Neuwied (Abb. 109), welche in einem eigenen Gebäude untergebracht ist. Nach den Ermittlungen aus den Plänen hat die Sparkasse das gesamte Erdgeschoß und etwa die Hälfte des Kellers inne, d. h. etwa 900 m²; als Nutzfläche würden etwa 600—650 m² vorzusehen sein. Die bebaute Fläche beträgt 613 m². Im Obergeschoß liegen Wohnungen des Direktors usw. Das Grundstück hat eine Größe von nur 950 m².

Materialtabelle.

Kreissparkasse.

Stadt	1 Fläche der Räume m ²	2 davon im Keller m ²	3 Tresor m ²	4 Per- sonal	5 Wo gelegen? Im Kreishaus?	6 Welches ist die beste Lage?	7 Ein- wohner des Kreises
Prenzlau	546	—	—	49 ¹	Landratsamt	Stadtmitte!	62088
Gummersbach	135	1 Tresor	2 Tresore zus. 24	14	im Dienstgebäude der vormaligen Kreisver- waltung	—	—
Rastenberg	219	—	9	38	eigenes Gebäude	in verkehrsreicher Straße!	56640
Lauenburg	382	Akten- und Formularkeller	64	55	an Hauptverkehrsader und Zugangsstraße zum Markt	die gegebene!	—
Sorau	175	—	—	11	Kreis kommunalver- waltung im Staatschloß	räumliche Verbundenheit mit Kreishaus in verkehrsreicher Lage (Markt)!	89231
Rendsburg	124	—	nur Geld- schränke	10	an anderer Stelle	in der eigentlichen Verkehrs- und Wirtschaftszentrale!	90207
Neustettin	523	der Tresor	65	58	desgl.	am Marktplatz möglichst zentral!	81513
Straubing	380	—	—	10	—	—	48802
Lörrach	900 ²	—	—	40	—	—	—
Tuttligen	400	Registratur und Tresor	10	25	eigenes Gebäude an anderer Stelle	—	39297
Minden	1213	573	64	35	desgl.	in möglichst zentraler Lage in der Nähe des Landratsamtes!	130064
Neuruppin	385	Tresorräume 129	75	33 ³	Kreishaus	—	82363
Bad Homburg	80	—	—	6	Landratsamt	—	50821
Saalfeld	515	—	15	42	eigenes Gebäude	nicht im Kreishause! Eigenes Gebäude in der Nähe des Kreis- hauses und im Verkehrsknoten- punkt der Stadt!	77133
Sonneberg	200	Tresor	12,5	29	an anderer Stelle	an Hauptverkehrsader!	82138
Heidenheim	725	Registratur, Garderobe, Heizung, Tresor	11	24	eigenes Gebäude	Stadtmitte	51853
Osterode	222	—	23	18	an anderer Stelle	—	77104 ⁴
Eschwege	624 ⁶	—	33	45	Girokasse im Kreis- haus, der übrige Teil im anderen Gebäude	in verkehrsreicher Lage	48534 ⁵
Siegburg	487 ⁷	146 ⁷	55	105	im eigenen Hause	desgl.	148696
Tübingen	— ⁸	—	—	31	—	—	—
Gumbinnen	426	Tresor, Garde- robe, Früh- stücksräume	35	35	eigenes Gebäude, Nähe der Haupt- verkehrsader	im Verkehrszentrum	51147
Schleswig	420	—	18	36	auf anderen Grundstücken	Stadtmitte und Geschäftszentrum	71927
Uelzen	630	130 Archiv, Tresor, Garderobe	45	45 ⁹	in eigenem Gebäude	im Stadt- und Verkehrszentrum	57711
Marburg	488	—	19	50	im Kreishaus	im Kreishaus	64563
Schw.-Gmünd	441	Registratur	16	22	an anderer Stelle	Verkehrszentrum	44982
Lahr	490	Archivraum 40	12	35	an anderer Stelle in- mitten der Stadt	Stadtmitte, möglichst mit Markt- und Bahnhofsnähe	—
Salzwedel	1030	430	50	50 ¹⁰	Stadtmitte, 400 m vom Landratsamt u. Ratshaus entfernt	Hauptverkehrsgegend und Stadtmitte	60248
Senftenberg	112	—	—	6	—	—	—
Arnstadt	600	—	—	—	—	—	—
Kolberg	587	—	61	49	an anderer Stelle	in verkehrsreicher Lage	—

¹ Mit Girokasse zusammen. ² Grundfläche: 300 m²; bebaute Fläche: 300 m²; alle Geschoßfläche 900 m².
³ Außerdem 20 Beschäftigte bei 6 Hauptzweigstellen. ⁴ Nach Statistischem Jahrbuch. ⁵ Nach Angabe
des Landrats. ⁶ Davon: Girokasse: 341 m²; Sparkasse: 283 m². ⁷ Ausschließlich Tresor- und Formular-
keller (91 m²). ⁸ Grundfläche: 1050 m²; bebaute Fläche 300 m². ⁹ Plus 43 bei den auswärtigen Neben-
stellen. ¹⁰ Plus 15 in 8 Zweigstellen.

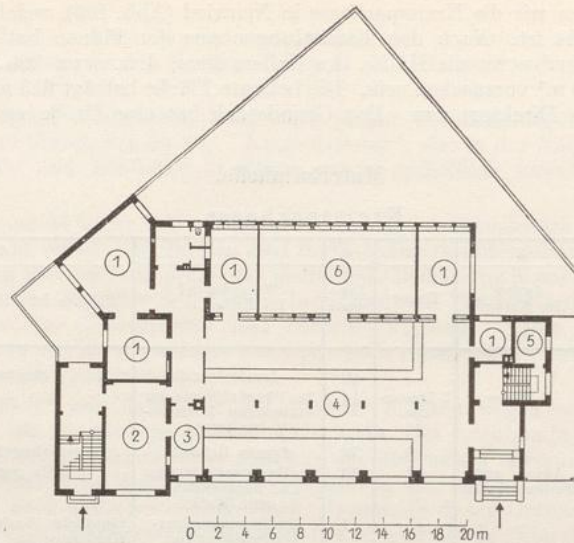


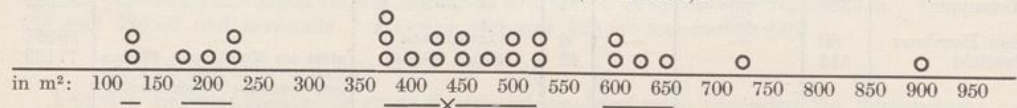
Abb. 109. Kreissparkasse Neuwied. Erdgeschoß.

1 Büroraum, 2 Direktor, 3 Vorzimmer, 4 Kassenhalle, 5 Fahrradraum, 6 Buchhaltung.

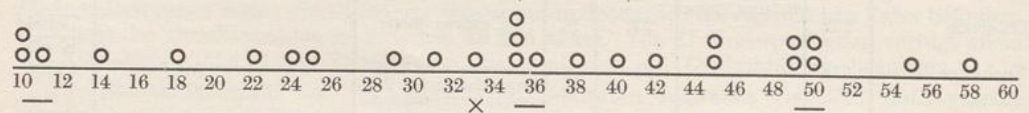
Gruppentabelle.

Kreissparkasse.

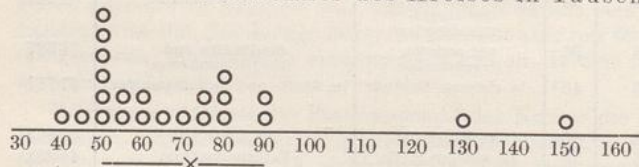
Fläche der Räume (25 Städte).



Personal (26 Städte).



Einwohner des Kreises in Tausenden (23 Kreise).



6. Das Haus der NSDAP.

Das Parteihaus soll außer der Kreisleitung, die Leitung der NSV. sowie das NS.-Wohlfahrtsamt und das Jugendamt beherbergen. Es wird, um von allen Stadtteilen gleich günstig erreichbar zu sein, am vorteilhaftesten im inneren Teil der Stadt errichtet, ohne daß es gerade, wie etwa das Rathaus, am Hauptmarktplatz, also im geschäftlichen Mittelpunkt, liegen muß.

Da das Heim der NSDAP. zu den wichtigsten Einrichtungen der zukünftigen Stadt gehört, sollte seine Bedeutung auch äußerlich hervorgehoben werden. Dies erreicht man am einfachsten dadurch, daß es von einem, wenn auch bescheidenen Kranz von Grün- und Freiflächen umgeben

wird. Zumindest wäre die Lage an einem der kleineren Plätze derart zu wählen, daß sich der Bau für den Beschauer würdig aus der Umgebung der Reihenhäuser hervorhebt.

Unsere Untersuchungen, die sich leider auf nur 13 Städte beschränken mußten, zeigten überraschenderweise, wie wenig bisher noch Wert gelegt wurde auf die äußere Repräsentation der NSDAP. durch ein allen gerechten Anforderungen entsprechendes Parteihaus. In jeder vorhandenen und neu zu erbauenden Stadt muß der NSDAP. auch baulich die hervorragende Stellung eingeräumt werden, die sie im politischen und geistigen Leben errungen hat.

Vor allem ist es dringendes Erfordernis, daß die Partei stets ihr eigenes Heim besitzt und nicht wie bisher in 5 von 13 Städten (= 38 vH) unserer Größenordnung auf Mieträume angewiesen ist.

Zur Ermittlung der durchschnittlich benötigten Grundstücksfläche kamen nur die 8 Städte mit eigenem Haus in Frage. Den Höchstwert zeigt Grimma mit 5430 m², den Mindestwert Freising mit 400 m². Als Richtwert geben wir 1800—1900 m² an.

Bebaute Fläche. Wiederum können nur die 8 Städte mit eigenem Parteihaus ausgewertet werden. Die größte bebaute Fläche hat Grimma mit 1475 m², die kleinste Bunzlau mit 232 m². Der Durchschnitt beträgt rd. 550 m².

Fläche aller Geschosse usw. Da Schw.-Gmünd mit 2900 m² als anormal groß ausfallen mußte, blieben nur 7 Städte übrig. Wieder zeigt den Höchstwert Grimma mit 1700 m², während der Mindestwert bei Lahr mit 680 m² liegt. Als ungefähren Richtwert ermittelten wir rd. 1100 m².

Die Nutzfläche ohne Flure, Treppen würde sich also auf etwa 800 m² belaufen.

Davon entfallen: 1. auf die Kreisleitung als Nutzfläche 142 m² im Durchschnitt. Die für die Kreisleitung benötigte Nutzfläche schwankt zwischen 70 m² in Fulda und 210 m² in Rudolstadt.

Personal. Zur Feststellung der mittleren Personenzahl der Kreisleitung standen uns die Angaben von 9 Städten zur Verfügung. Nachdem Grimma als außergewöhnlich groß mit 53 hauptamtlich Angestellten und 33 ehrenamtlichen ausgefallen war. Im allgemeinen dürften 5—6 hauptamtlich Angestellte genügen, zu denen meist noch eine größere Zahl ehrenamtlicher Angestellten kommt.

2. Über die Leitung der NSV. gaben uns 12 Städte Auskunft. Den größten Raum beansprucht Lahr mit 362 m², den kleinsten merkwürdigerweise Grimma mit 63 m². Diese Unterschiede erklären sich dadurch, daß von einigen Stellen offenbar die Lagerräume für das WHW mitgerechnet wurden. Ein Richtwert ist darum schwer anzugeben. Immerhin dürften 200 m² auf alle Fälle ausreichend sein.

Das Personal der NSV. arbeitet meist ehrenamtlich.

3. Das Wohlfahrtsamt steht meist unter kommunaler Verwaltung (s. Rathaus). Ist jedoch kein städtisches Wohlfahrtsamt vorhanden, so springt das NS.-Wohlfahrtsamt in die Bresche. Eine NS.-Wohlfahrtsstelle besteht häufig auch neben dem städtischen Wohlfahrtsamt und ergänzt dieses. Ein solches NS.-Wohlfahrtsamt befindet sich in 8 von 13 untersuchten Städten im Kreishaus der NSDAP. Es beansprucht an Nutzfläche durchschnittlich rd. 100 m². Den Höchstwert weist Rosenheim mit 200 m² und den Mindestwert Schw.-Gmünd mit 60 m² auf.

4. Das NS.-Jugendamt. Die Angaben von 8 Städten sind auswertbar. Die Angaben schwanken zwischen 25 und 75 m². Als Richtwert können 40—50 m² dienen.

5. Die Ortsverwaltung der DAF. und das Hauptbüro der KdF. können im Parteihaus untergebracht werden. Eine KdF.-Auskunft- und Kartenverkaufsstelle wäre außerdem noch dem Verkehrsamt einzufügen.

6. NS.-Schwesternheim. Da neuerdings für je 3000 Einwohner eine NS.-Gemeindeschwester gefordert wird, würden in einer Stadt von 20000 Einwohnern 6—7 NS.-Schwestern tätig sein. Für diese muß eine Unterkunft geschaffen werden, die am besten dem Parteihaushaus einzugliedern ist. Ein solches Schwesternheim setzt sich aus 6—7 Schlaf- und Wohnzimmern, einem Gemeinschaftsraum mit anschließender kleiner Kochgelegenheit und einem Wasch- und Baderaum usw. zusammen und beansprucht insgesamt eine Fläche von 140—150 m².

Die übrigen Flächen im Hause verteilen sich auf Einrichtungen, die örtlich sehr stark wechseln.

Leider lag für das Haus der NSDAP. nur geringes Material vor. Die Kreisleitungen haben teilweise nicht auf unsere Anfragen geantwortet. Höheren Orts war ein Eingreifen nicht herbeizuführen.

Materialtabelle.

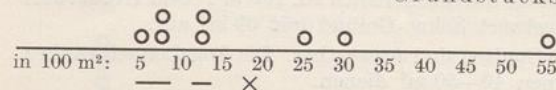
Parteihaus.

Stadt	Ein- wohner	Grund- stück m ²	Be- baute Fläche m ²	Fläche aller Ge- schosse usw. m ²	davon für Kreis- leitung m ²	Be- schäf- tigte	Neben- räume, Garagen m ²	Be- schäf- tigte der NSV.	Lei- tung der NSV. m ²	NS- Wohl- fahrts- amt m ²	NS- Ju- gend- amt m ²	Gemein- schafts- haus	Bemerkungen
Freising	16211	400	400	900	120	3	2 Kam- mern	—	120	80	75	—	Gemeinschafts- haus projekt.
Rosenheim	19060	—	—	—	—	—	—	—	300	200	20	—	Stadthalle pro- jekt, 2000 m ² bebaute Fläche.
Rudolstadt	16863	gemietete Räume			210	7	—	—	320	68	20	—	Gasthaussaal für 1200 Personen.
Glatz	19000	6 Räume in Miethaus			140	7	1 Garage	getrennt untergebracht			—	—	
Sonneberg	20083	3954 ¹	307	957	—	4	3 Garagen	11	125	6 Räume	—	—	¹ In Miethaus.
Prenzlau	22357	1160	410	1152	—	—	1 Garage (32 m ²)	13	96	84	102	—	Gemeinschafts- haus projekt.
Neustettin	16078	2500	610	1250	—	6	1 Garage, 4 Kam- mern	—	98	256	—	—	
Bunzlau	19625	728	232	—	169	4	1 Garage	—	305	115 städtisch	35	—	Haus für 2000 bis 3000 Personen projektiert.
Bergedorf	19564	1215	410	800	—	4	2 Garagen	—	235	110	25	—	Versammlungs- raum für 1500 Personen.
Lahr	16807	626	568	680	—	—	—	—	362	105	45	1070 m ² davon Saal 700 m ² Raum für 2700 Pers.	
Schw.-Gmünd	20131	3019	2100	2900	150	25 teils ehren- amtl.	Kammern und Schu- lungssaal	—	90	60	25	—	Städtische Fest- halle 1000 m ² .
Grimma	12213	5430	1475	1700	—	55 haupt- amtl. 33 ehren- amtl.	4 Garagen	—	63	—	—	—	
Fulda	27753	Mieträume bei Stadt- verwaltung im Schloß			70	7	1 Garage	—	48	60	—	—	Projektiert, Par- teihaus mit 80 Zimmern zu 10 bis 12 m ² .

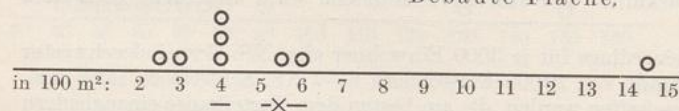
Gruppentabelle.

Parteihaus.

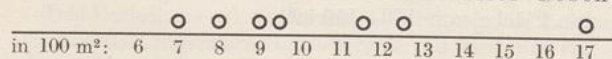
Grundstücksfläche.



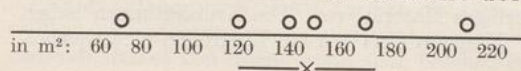
Bebaute Fläche.



Fläche aller Geschosse.



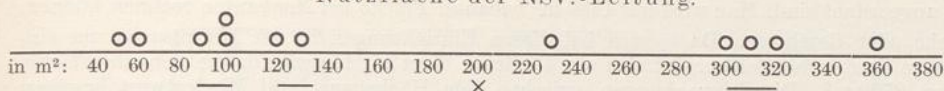
Nutzfläche der Kreisleitung.



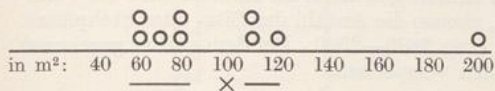
(Fortsetzung S. 113.)

(Fortsetzung von S. 112.)

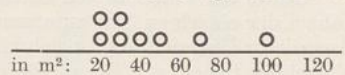
Nutzfläche der NSV.-Leitung.



Nutzfläche des NSV.-Wohlfahrtsamts



und des NS.-Jugendamts.



7. Gemeinschaftshaus.

Das Gemeinschaftshaus ist an Stelle des früheren Gemeindehauses getreten. Es dient den Veranstaltungen der Gemeinde und muß deshalb einen größeren Saalbau enthalten. Im allgemeinen sind die Städte mit solchen Einrichtungen sehr schlecht versehen. Viele der untersuchten Städte haben auch im Privatbesitze überhaupt keinen Saal, der mehr als 1000 Personen faßt.

Die DAF. hat kürzlich ein Programm für ein Gemeinschaftshaus für etwa 6000 Einwohner in einem ländlichen Industriegebiet ausgearbeitet. Danach sind etwa für 16 vH der Bevölkerung Sitzplätze in einem Saal geschaffen worden. Dies würde bedeuten, daß in einer Stadt von 20000 Einwohnern ein Saal für etwa 3300 Teilnehmer gebaut werden müßte. Als normal aus Angaben von 14 Städten ergibt sich ein Mittel von 2850 Plätzen. Die Stadt Lahr besitzt ein Gemeinschaftshaus mit einem Saal von 700 m², in dem 2700 Personen untergebracht werden können. Hierbei entfällt allerdings auf die Person nur 0,26 m². Im allgemeinen muß man wohl mit 0,5 m² je Person rechnen, im Gaststättenbetrieb benötigt man etwa 0,7 m². Nimmt man an, daß etwa 3000 Menschen an einer Veranstaltung im gedeckten Raum teilnehmen sollen (für größere Veranstaltungen stehen die Aufmarschplätze, s. dort, zur Verfügung) und rechnet auf die Person etwa 0,4 m², so entsteht ein Saal von 1200 m². Dieser Raum ist für eine solche Stadt von 20000 Einwohnern verhältnismäßig groß, da er doch immerhin seltener benutzt wird und viel Anlagekapital kostet.

Jedoch sollte für die Zwecke der Gemeinschaftsbildung eine entsprechende Summe ausgeworfen werden. Es wird deshalb ein solcher Saalbau für eine 20000er Stadt vorgeschlagen. In einer reinen Industriearbeiterstadt mit viel Mietwohnungen wird das Bedürfnis nach einem solchen Saal verhältnismäßig größer sein, als in Städten, in denen die Bevölkerung Eigenheime mit Gärten besitzt, weil hier die Freizeit mehr in der Familie zugebracht wird. Im Gemeinschaftshaus finden Vorträge, Theaterveranstaltungen und Versammlungen statt.

Nebenräume. Zu einem solchen Saalbetrieb gehören selbstverständlich noch eine große Zahl von Nebenräumen. So z. B. Bühne, Lesezimmer, Spielzimmer, Garderoben, Küchen usw.

Die Vereinigung mit der Bücherei (s. dort) ist möglich. Auch ist eine Vereinigung mit dem Haus der Jugend denkbar.

Lage. Die Lage des Gemeinschaftshauses sollte in der Nähe des Aufmarschplatzes, des Sportplatzes, des Schießstandes, des Hauses der Jugend usw. gewählt werden. Es scheint ratsam, den Wirtschaftsbetrieb so einzurichten, daß eines der größeren Gasthäuser die Bewirtschaftung des Gemeinschaftshauses übernimmt. Es kann mit dem Schützenhaus vereint sein. Außer diesem großen Saal ist dann wahrscheinlich nur noch ein Saal kleineren Ausmaßes in der Stadt notwendig, der sich im Haus der Jugend befindet, oder bei einem der Gasthäuser. Eine Umfrage wurde von 17 Städten beantwortet. Sie bezog sich allerdings auch auf die privaten Einrichtungen für öffentliche Veranstaltungen.

Grundstücksgröße. Aus 9 Städten konnte ein Bild gewonnen werden. Es fielen aus: Bad Homburg mit 45810 m², hier handelt es sich um eine größere Anlage (Kurhaus usw.) und ebenso Siegburg, in dem nur eine Turnhalle zur Verfügung steht. Der Höchstwert liegt bei Idar-Oberstein mit 10194 m². Der kleinste Wert tritt auf in Kempten mit 1000 m². Es ergibt sich eine normale Grundstücksgröße von 4600—5000 m².

Bebaute Fläche. Die Angaben von 11 Städten konnten berücksichtigt werden. Bad Homburg und ebenso Siegburg kamen nicht in Betracht, da sie wie bereits gesagt, anormale Werte aufweisen. Der Höchstwert liegt bei Sorau (7493 m²), der kleinste Wert bei Osterode mit 864 m². Als durchschnittliche Größe kann man eine bebaute Fläche von 2400 m² annehmen (Saal 1200 m²).

Diese große Fläche kommt dadurch zustande, daß bei fast allen Häusern noch andere Einrichtungen angeordnet sind. Man wird mit 1600 m^2 bebauter Fläche bei Neubauten rechnen können.

Fläche aller Geschosse. Da es sich bei diesen Einrichtungen in der Hauptsache um eingeschossige Bauten handelt, ergibt sich ein ähnlicher Wert hierfür wie für die bebaute Fläche, also etwa 2500 m^2 . Die Schwankungen zwischen dem Höchstwert und Mindestwert bewegen sich ungefähr in denselben Grenzen.

Anzahl der Plätze in den Sälen. Um hier einen Anhalt gewinnen zu können, sind die Platzzahlen der einzelnen Säle zusammengefaßt worden, ebenso die Anzahl der Sitz- oder Stehplätze. Aus dieser Übersicht ergibt sich eine Platzzahl von etwa 2800—2900. Bei dem vorher gegebenen Vorschlag haben wir Raum für etwa 3000 Personen vorgesehen.

Der Entwurf eines Feierabendhauses in Lahr (Abb. 110—112) ist beigelegt. Dort ist das Gemeinschaftshaus mit dem Haus der Jugend zusammengelegt. Für die Bewirtschaftung wird man im Keller Küchenräume vorsehen müssen. Wir haben deshalb ein Kellergeschoß für den Saalbau zu den übersandten Plänen hinzugefügt, das den Entwurf ergänzt und ihn als Beispiel geeigneter macht.

Ferner ist noch ein Gemeinschaftshaus kleineren Umfangs dargestellt (der normale Saal hat etwa eine Abmessung von $25 \times 45 \text{ m}$). Der Saal für Labiau (Abb. 113—115) müßte etwa $14 \times 23 \text{ m}$ messen. Die Anlage ist bestimmt für einen Ort mit nur 300 Siedlern, dafür aber nach unserer Meinung zu groß. Für die Organisation des Gebäudes erhält man jedoch auch hieraus einen Anhaltspunkt. Der Saal muß vergrößert und mit Küchenräumen ausgestattet werden. Der Flügel für die Jugend fällt fort, falls sich besondere Jugendheime im Orte befinden.

Abb. 110—112. Feierabendhaus mit HJ.-Heim in Lahr.

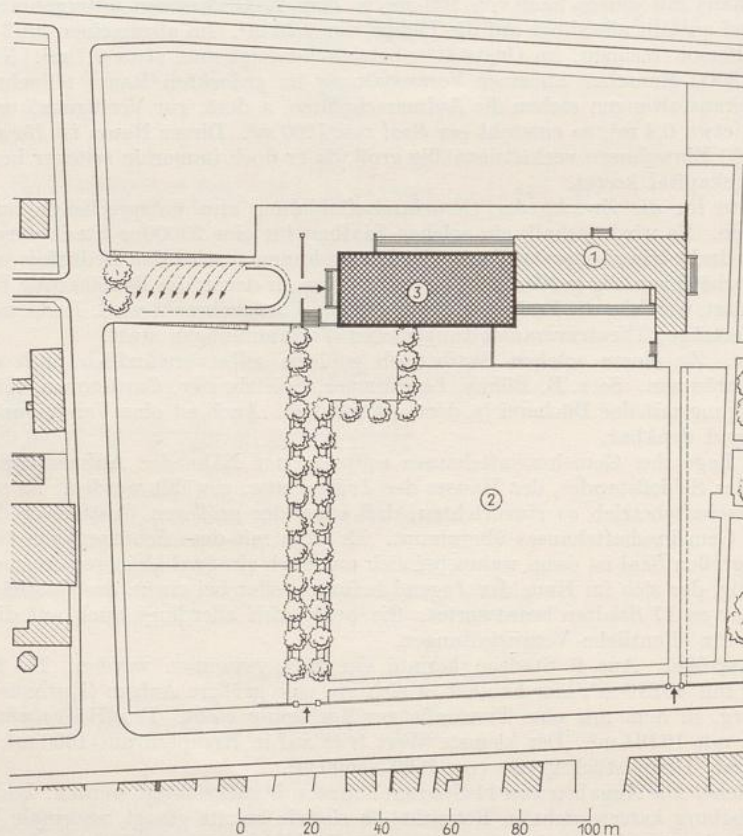


Abb. 110. Lageplan.

1 HJ.-Heim, 2 Aufmarschplatz, 3 Stadthalle.

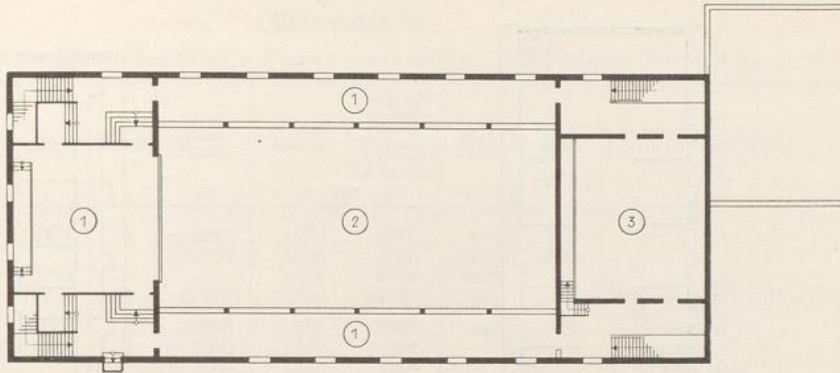


Abb. 111. Obergeschoß.
1 Rang, 2 Luftraum, 3 Schnürboden.

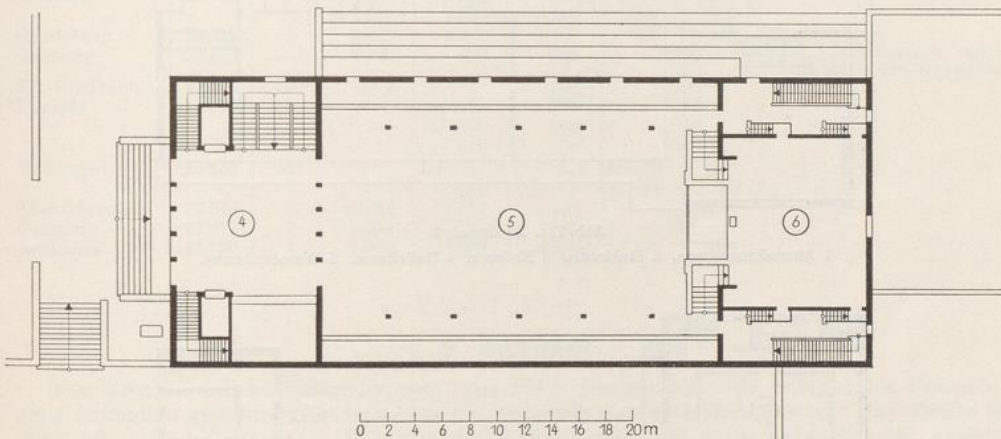
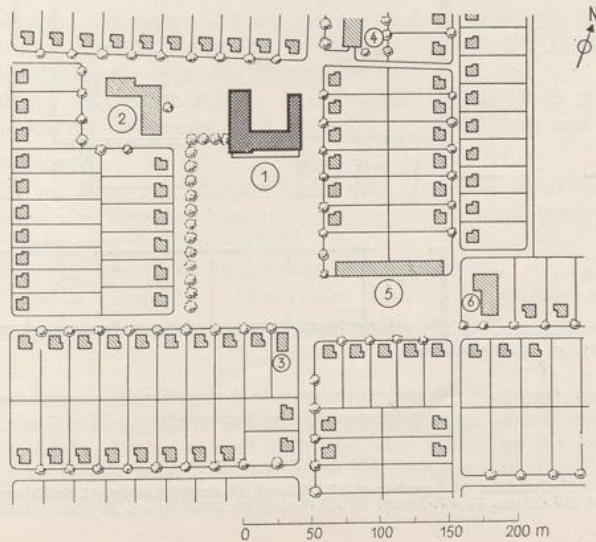


Abb. 112. Erdgeschoß.
4 Eingangshalle, 5 Saal, 6 Bühne.

Abb. 113—115. Feierabendhaus Labiau.

Abb. 113. Feierabendhaus in
Labiau, Lageplan.

- 1 Feierabendhaus,
- 2 Schule,
- 3 Postagentur,
- 4 Kapelle,
- 5 Läden,
- 6 Gasthof.



S*

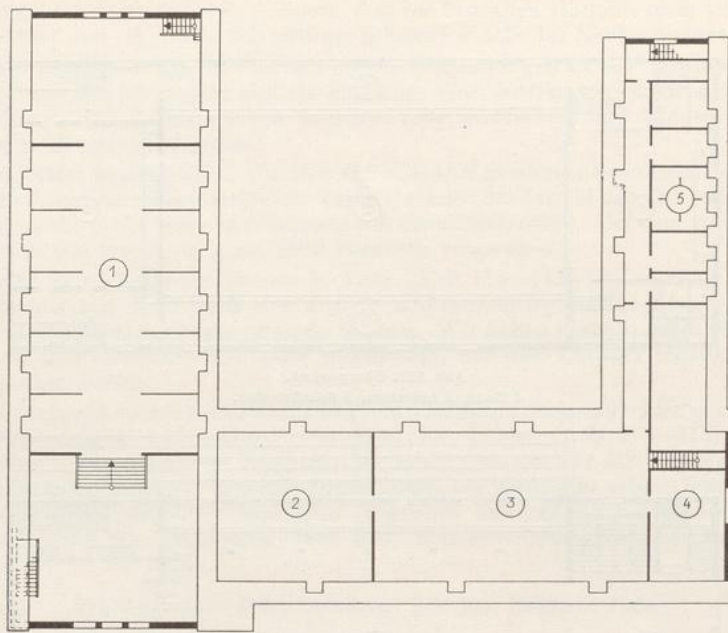


Abb. 114. Dachgeschoß.

1 Ausstellungsräume, 2 Stuhlraum, 3 Notlager, 4 Bastelraum, 5 Dienstwohnung.

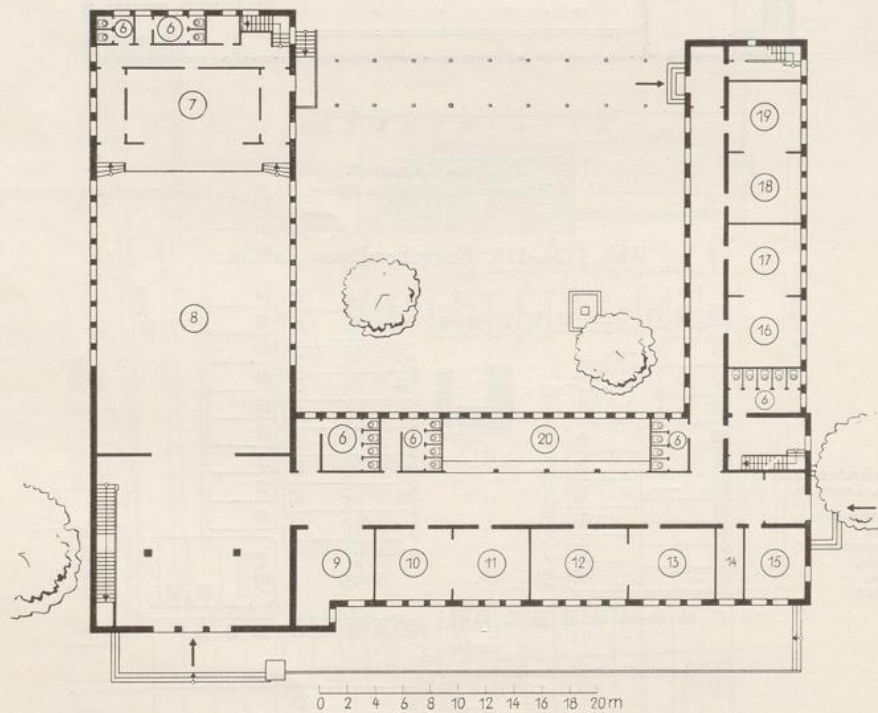


Abb. 115. Erdgeschoß.

6 W.C., 7 Bühne, 8 Saal, 9 Kaffeeküche, 10 Lesezimmer, 11 Bücherei, 12 Umkleezimmer, 13 Spielzimmer, 14 Kasse, 15 Verwalter, 16 HJ.-Raum, 17 JV.-Raum, 18 JM.-Raum, 19 BDM.-Raum, 20 Kleiderablage.

Materialtabelle.

Gebäude für öffentliche Veranstaltungen, Konzerte, Vorträge.

Stadt	Ein- wohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Fluren, Nebenräum. m ²	Sitz- plätze	Steh- plätze	Bemerkungen
Lippstadt	19471	2	a) 2250 b) 2800	1750	3000	800	200	
Sorau	19285	—	—	7493	2000	1000	300	
Homburg	16840	13	45810	13300	28000	7250	—	2 Beamte, 5 Angestellte, 3 Arbeiter. Kurort!
Schleswig	20694	3	7999	1622	2900	483	59	Stadttheater
Gummersbach	19339	2	a) 2500 b) 2500	1200	1400	1200	700	a) Stadthalle. b) Gemeindehaus.
Wesel	24596	1	3000	988	988	825	400	
Senftenberg	17803	1	—	—	557	1114	—	Saal des Gesellschaftshauses.
Arnstadt	22024	2	a) 2522 b) 2400	1060	1600	1500	300	
Rendsburg	19521	1	2620	1370	2490	780	—	Stadttheater
Siegburg	20446	— ¹	1200	820	720	1200	—	¹ Gleichzeitig Turnhalle. Außerdem Säle in Gastwirtschaften.
Bg.-Gladbach	20446	—	—	—	800	1200	—	
Saalfeld	19148	3	—	a) 411 b) 800 c) 660	370 950 600	400 900 550	—	
Meiningen	18833	2	—	—	—	a) 1100 b) 840	100 50	
Idar-Oberstein	22540	6	10294	4921	3569	13000	—	
Osterode	17977	1	1404	864	864	500	—	
Kempten	23739	1	1000	1000	1500	800	300	

8. Bahnhof.

Von allen öffentlichen Einrichtungen einer Stadt beanspruchen die Anlagen des *Personen-*, ganz besonders aber des *Güterbahnhofs* die ausgedehntesten Geländeflächen. Ihre Größe ist dabei oft nur zum geringsten Teile von der Einwohnerzahl der Stadt abhängig. Mit anderen Worten, eine Kleinstadt von etwa 5000 Einwohnern kann unter Umständen weit mehr Bahngelände benötigen, als eine Mittelstadt von 40000—50000. Eine größere Rolle spielt schon die Besiedlungsdichte der ganzen Umgebung.

Die ausschlaggebenden Faktoren aber sind unter anderem folgende:

1. Wirtschaftliche:

a) Ist starke Industrie vorhanden und welcher Art sind die erzeugten Güter? (Uhren- oder Zigarettenfabriken, selbst größten Ausmaßes, beanspruchen z. B. die Bahn weniger als eine mittlere Schwermaschinenfabrik oder eine kleine Kohlenzeche!)

b) Ist die Umgebung landwirtschaftliches Ausfuhrgebiet? Besteht die Ausfuhr aus Bodenfrüchten oder Produkten der Viehzucht (z. B. Lebewiehe oder Milch- und Käseerzeugnisse)?

2. Verkehrstechnische:

a) Liegt die Stadt an einem Bahnknotenpunkt bzw. wird sich voraussichtlich ein solcher dort entwickeln (Dichte des Eisenbahnnetzes in der engeren und weiteren Umgebung)?

b) Führen bedeutende Autostraßen vorbei?

c) Sind natürliche oder künstliche Wasserstraßen vorhanden?

d) Ist starker Fremden- (Touristen-, Passanten-, Ausflügler-) Verkehr zu erwarten?

3. Topographische (in engen Flußtälern z. B. sind ausgedehnte Bahnhofsanlagen unmöglich).

4. Strategische.

Dem Städteplaner einen ungefähren Richtwert für die Ausdehnung der Bahnhofsanlagen anzugeben, ist also nur denkbar, wenn es sich um eine „Normal“-Stadt ohne jeden besonders betonten Charakter handelt. Auch das wird noch erschwert durch die der Eisenbahn im Kraftwagen- und Flugverkehr immer stärker erwachsende Konkurrenz und durch die Unmöglichkeit, Tempo und Ausmaß dieser Entwicklung vorauszusehen.

Aus der nachstehend abgedruckten Tabelle, die uns für 4 Bahnhöfe die Deutsche Reichsbahn zur Verfügung stellte, geht hervor, daß die Zahl der Beschäftigten bei diesen 4 Bahnhöfen in Städten von etwa 20000 Einwohnern zwischen 67 und 479 schwankt. Will man hier nach zu einem durchschnittlichen Wert kommen, so ergibt sich die Zahl von etwa 225 Beschäftigten, von denen etwa die eine Hälfte Arbeiter und die zweite Beamte sind. Dies würde also etwa in die Mitte der Gruppe C fallen.

Über die Verkehrsleistungen, die Zahl der Eisenbahnbediensteten und die Flächen in den vier Bahnhöfen von Annaberg (Industriestadt), Güstrow (Stadt mit vorwiegend Berufslosen Selbständigen) Osterode/Opr. (Stadt mit Öffentlichen Diensten) und Wolfenbüttel (Stadt mit vorwiegend Berufslosen Selbständigen) gibt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

	Annaberg	Güstrow	Osterode/Opr.	Wolfenbüttel	
I. Jährlicher Verkehr.					
1. Frachtstückgut in t.					
a) Versand	2500	10700	3300	4900	
b) Empfang	6200	11900	6000	4800	
c) Umladung	400	14300	3800	1200	
2. Wagenladungsverkehr in t.					
a) Versand	6200	34700	22900	44200	
b) Empfang	33000	118200	52000	100100	
c) Versand und Empfang	39200	152900	74900	144300	Prenzlau 1900
d) Länge der Ladegleise in m.	1306	5096	2463	4876	
3. Reiseverkehr.					
Abgefahrene Personen	119900	400300	218300	415300	
II. Zahl der im Stadtbereich beschäftigten bzw. stationierten und wohnenden Eisenbahnbediensteten.					
1. Bahnhofs- und Betriebsdienst.					
a) Beamte und Angestellte	14	91	51	38	
b) Arbeiter	14	62	25	4	
2. Güterabfertigungs- und Kassendienst.					
a) Beamte und Angestellte	13	28	22	6	
b) Arbeiter	14	38	21	5	
3. Betriebsmaschinendienst.					
a) Beamte und Angestellte	—	88	56	2	
b) Arbeiter	—	95	79	1	
4. Bahnunterhaltungs- und Bewachungsdienst.					
a) Beamte und Angestellte	4	17	14	5	
b) Arbeiter	8	60	47	11	
5. Ämterdienst (Betriebsamt).					
a) Beamte und Angestellte	—	7	—	—	
b) Arbeiter	—	—	—	—	
6. Werkstattendienst.					
a) Beamte und Angestellte	—	—	42	—	
b) Arbeiter	—	—	470	—	
7. Für 1.—4. insgesamt					
a) Beamte und Angestellte	31	224	143	51	
b) Arbeiter	36	255	172	21	
III. Ungefähre Fläche des Bahngebiets innerhalb der Stadtgrenze in ha.					
1. Personen- und Abstellbahnhof	5,3	6,3	11,5	3,6	Quedlinburg 6,5
2. Güter- und Ortsgüterbahnhof (einschl. Rangiergleise)	2,4	9,0	20,5	3,2	3,97
3. Lokomotivbahnhof	—	8,0	3,0	—	
4. Freie Strecke	5,2	34,73	15,0	2,0	
5. Werkstatthanlagen	—	—	5,0	—	Prenzlau 14,0
6. Gesamtfläche für 1.—2.	7,7	15,3	32,0	6,8	
IV. Bebaute Fläche in m².					
1. Empfangsgebäude	1454	2002	750	890	
2. Güterschuppen mit Abfertigung	1215	1800	840	725	

Aus den *Flächenangaben* unter III. kann man sich etwa von einem Normalbahnhof ein Bild machen, wenn man die besonderen Eigenarten der 4 Bahnhöfe berücksichtigt. Ein Bahnhof mit etwa 15 ha, wie ihn Güstrow besitzt, könnte hiernach etwa als normal betrachtet werden. Auch Prenzlau besitzt einen Bahnhof ungefähr dieser Größe. Von weiteren 9 Städten sind die ungefähren Bahnhofsf lächen von uns überschläg lich ermittelt worden, da anderweitige Auskünfte nicht zu beschaffen waren (s. nachfolgende Tabelle). Ein normaler Bahnhof hat hiernach tatsächlich ebenfalls 15—16 ha Gesamtfläche. Zweibrücken, Neuwied, Ansbach und Wurzen haben Bahnhöfe von ungefähr dieser Größe.

1. Ravensburg	28800 m ²	4. Lörrach	88750 m ²	7. Ansbach	170000 m ²
2. Stendal	473000 m ²	5. Zweibrücken	140500 m ²	8. Bunzlau	45000 m ²
3. Siegburg	254000 m ²	6. Neuwied	127500 m ²	9. Wurzen	138000 m ²
		Mittel	150000—160000 m ²		
		Minimum	28800 m ²		
		Maximum	473000 m ²		

Als wesentliche bauliche Elemente des Bahnhofs müssen nun noch mindestens ermittelt werden:

- a) die ungefähre Größe des Empfangsgebäudes,
- b) die Größe der Güterschuppen mit Abfertigung,
- c) die ungefähre Länge des Ladegleises.

Zu a). Die bebaute Fläche des Empfangsgebäudes für einen normalen Bahnhof wird man mit 1300—1500 m² annehmen können. Die Empfangsgebäude der Bahnhöfe sind im allgemeinen zweigeschossig.

Zu b) kann man sich die Güterschuppenfläche des Bahnhofs nach Angaben der Reichsbahn im Durchschnitt mit etwa 15 m² je t des täglichen Stückgutverkehrs berechnen. Die Angaben für die 4 Städte der großen Tabelle deuten darauf hin, daß man einen Güterschuppen einschließlich Abfertigung von 1100—1200 m² bebauter Fläche vorsehen muß.

Zu c). Die Länge des Ladegleises, d. h., die benötigte Länge für die Umladung vom Waggon auf andere Transportmittel wird nach Angaben der Reichsbahn ungefähr berechnet werden können, wenn man 10 m Ladegleis je 10 t Tageswagenladungsverkehr (Empfang und Versand) rechnet, worin ein Zuschlag für besonders verkehrsreiche Tage und der Tagesverkehr mit $\frac{1}{300}$ des Jahresverkehrs angenommen ist. Die danach notwendigen Ladegleislängen sind von uns in der Tabelle: „Richtlinien für Öffentliche Einrichtungen“ unter I, 7 b berechnet worden. In Prenzlau haben wir eine ungefähre Ladegleislänge von 1900 m vorgefunden.

Wir schlagen vor, im Plan 2500 m vorzusehen und im Anfang nur etwa 2000 m, evtl. noch weniger, zunächst auszubauen. Die günstige Lage einiger kleiner Industrien zu einem gut ausgebauten Güterbahnhof erspart diesen Gewerben den eigenen Gleisanschluß.

Hat man in der Lage des Bahnhofs freie Wahl, so sollte er möglichst östlich der Stadt angelegt werden. Die an den Bahnhof anschließenden Industrien erzeugen großenteils soviel Rauch und Geräusch, daß Wohngebiete noch weiter östlich davon möglichst vermieden werden sollten. Die Vereinigung des Personenbahnhofs mit dem Güterbahnhof ist aus betrieblichen Gründen erwünscht, jedoch gibt es Fälle, in denen eine Vereinigung nicht gut möglich ist. Die Straße, die vom Personenbahnhof ausgeht, wird in den meisten Fällen als eine Hauptstraße des ganzen Ortes entwickelt werden müssen. Häufig ist der verkehrsmäßige Anschluß des Güterbahnhofs ziemlich schwierig. Der Güterbahnhof entwickelt sich von der Stadt aus gesehen in natürlicher Weise jenseits der Gleisanlagen für den Personenbahnhof (also noch weiter östlich). Das führt zu einem Straßenübergang über die Gleise am Ende des Personenbahnhofs, links oder rechts von ihm. Dieser Straßenübergang sollte von vornherein als Unter- oder Überführung ausgebildet werden. Das ganze Industriegebiet ist durch diese Straße verkehrsmäßig an die Stadt angeschlossen. Noch besser sind selbstverständlich zwei solcher Anschlußmöglichkeiten aus dem Industriegebiet zur Stadt. In der Nähe der Ladegleisanlagen im Güterbahnhof kristallisieren sich die vielen Gewerbe an, die stark vom Eisenbahnverkehr abhängig sind, aber noch keinen eigenen Gleisanschluß benötigen. Hierzu tritt die große Gruppe von Gewerben und Industrien mit eigenen Gleisanschlüssen, die sich den Gleisanlagen des Güterbahnhofs angliedern. Der Verkehr von der Stadt zum Güterbahnhof und zum Industriegebiet sollte von dem Verkehr zwischen der Stadt und dem Personenbahnhof möglichst getrennt geführt werden. Dies tritt bei der obenbeschriebenen Anordnung ein.

Leider werden die Pläne für die Bahnhöfe geheimgehalten und es können darum keine Beispiele zugänglich gemacht werden.

9. Flugplatz.

Da die Entwicklung des Flugverkehrs immer weiter fortschreitet, werden in Zukunft auch bei einigen kleineren Städten Flugplätze angelegt werden. Wir können uns begnügen, einige überschlägliche Anhaltspunkte für einen Flugplatz zu geben. Ein *Militärflugplatz*, in dem sich ein Fliegerhorst befindet, benötigt eine Fläche von 120—150 ha. Die Anzahl der dauernd beschäftigten Arbeiter und Angestellten beträgt etwa 300—400. Hinzu kommen noch die auf Zeit zur Ausbildung eingezogenen Soldaten.

Die *Zivilflugplätze* mit mittlerem Verkehrsbetrieb haben flächenmäßig eine etwa ebenso große Ausdehnung.

Die Lage des Flugplatzes ist am günstigsten im Norden oder Süden der Stadt, da bei der Landung und beim Start (gegen oder mit Wind) in der Hauptsache östliche bzw. westliche Richtungen bevorzugt werden. Das Empfangsgebäude muß selbstverständlich an der Hauptverkehrsstraße, möglichst nach der Stadt zu, angeordnet werden. Genauere Angaben sind leider nicht möglich.

10. Postanstalt.

Aus 49 Städten der untersuchten Größenordnung sind von den Postanstalten Unterlagen eingegangen (s. Materialtabelle). Trotz starker Schwankungen ist bei der Postanstalt doch ein Richtwert mit ziemlicher Genauigkeit zu ermitteln. Zunächst haben 63,3 vH der untersuchten Städte außer der Hauptpost auch noch Zweigstellen und einige Postagenturen. Die Höchstzahl der Postagenturen beträgt 8 bei Werdau, das übrigens auch eine Zweigpost am Bahnhof besitzt. Die Anzahl der Betriebe ist durch die Ausdehnung des Ortes bedingt.

Lage. 51 vH der Postanstalten liegen in der Stadtmitte, 35,7 vH in Bahnhofsnähe und 16,3 vH in Stadtmitte und Bahnhofsnähe. Auf die Frage, welche Lage der Post nach Meinung des Herrn Postdirektors die günstigste ist, geben 48,8 vH der erfaßten Anstalten die Stadtmitte, 25 vH Bahnhofsnähe, 14 vH Stadtmitte und Bahnhofsnähe an. Eine Postdirektion schlägt die Stadtmitte mit Zweigstelle am Bahnhof vor. 11,6 vH der Postdirektoren erklären die Lage im Interesse des Dienstes in Bahnhofsnähe, im Interesse des Publikums in Stadtmitte für die günstigste.

Die ermittelten **Richtwerte** für die Postanstalt sind folgende¹:

	Höchstwert	Mindestwert	Richtwert
Grundstücksgröße (bei Wurzen ist ein parkähnlicher Garten inbegriffen).	7280 m ² Wurzen I	984 m ² Bergedorf V	2530 m ²
Hauptgebäude (bebaute Fläche).	1784 m ² Schw.-Gmünd D	347 m ² Nordenham L	867 m ²
Nebengebäude (bebaute Fläche).	1316 m ² Kolberg O	—	279 m ²
Fläche aller Geschosse einschl. Flure und Treppen	7539 m ² Wernigerode B	885 Rastenburg B	2462 m ²
Anzahl der Beschäftigten	203 Personen Kempten I	38 Personen Alsdorf I	124 Personen
Anzahl der beförderten Briefe im Jahr	14500000 St. Bunzlau B	2300000 Eschwege D	7 000 000 St.
Anzahl der beförderten Pakete im Jahre	566000 St. Annaberg I	42900 St. Alsdorf I	290 000 St.
Ein- und Auszahlungen	20,5 Mill. RM. Rendsburg V	4,6 Mill. RM. Alsdorf I	10,9 Mill. RM.

Rendsburg erklärt, daß in der Summe von 20,5 Mill. RM. Ein- und Auszahlungen Heeresrenten inbegriffen sind.

Das Postamt Alsdorf teilt uns zu obigen Zahlen mit: „Alsdorf ist zu 85 vH von Bergarbeitern bewohnt, die wirtschaftlich schwach sind und demnach im Vergleich zu Städten mit lebhaftem Geschäftsverkehr nur geringen Schriftverkehr unterhalten.“

¹ Die Buchstaben (V, I, D, O, L, B) bezeichnen die Stadttypen gemäß Teil I, Abschnitt IV/1.

Die Anhaltswerte haben sich hierbei so ergeben, daß nicht nur zahlenmäßige Durchschnitte ermittelt wurden, sondern daß jeweils die mit ganz extremen Werten auffallenden Städte ausgeschieden wurden. Die Werte der mittleren Gruppe, die verblieb, sind meist sehr ähnlich, so daß hier ein Anhaltspunkt für eine Richtgröße gegeben ist. Teilweise sind die Angaben der Städte mißverständlich. Durch Zufall hat da und dort das Postamt ein riesengroßes Grundstück oder ausgesprochen viel Nebengebäude.

Die ermittelten Zahlenwerte sind als Richtwerte durchaus benutzbar. Wir haben dieses z. B. festgestellt bei der Postanstalt in Prenzlau, die wir näher untersucht haben. Die Werte von Prenzlau weichen nur wenig von den Richtwerten ab. Über den Raumbedarf in deutschen Postämtern gibt es im Postministerium ein Heft „Vorläufige Richtlinien für den Raumbedarf der Deutschen Reichspost“, (R = Raumbedarf), aus dem der Raumbedarf auch für größere und kleinere Postämter ungefähr zu ermitteln ist. Die starken Schwankungen der Angaben der einzelnen Postanstalten beruhen zum Teil auf verschiedenen Sonderaufgaben, die der Post mitunter zufallen. Hierzu rechnet besonders der Post-Kraftomnibusverkehr.

In Orten mit zentraler Verkehrslage in bezug auf den Straßenfernverkehr wird häufig ein *Post-Kraftomnibusverkehr* notwendig sein. Hierfür ist in solchen Städten *ein besonderes Grundstück* mit Garagen vorhanden. Jedoch kann es auch mit dem Postgrundstück vereinigt werden. Es muß also festgestellt werden, ob solche Kraftposten bei Neugründungen, nachdem sie angelaufen sind, in Frage kommen, und man muß für diesen Fall an die Unterbringungsmöglichkeiten der Kraftpostwagen denken.

An *Nebeneinrichtungen*, die zur Postanstalt gehören, sind weiterhin zu nennen: die *Briefkästen* und das *Fernsprechwesen* innerhalb der Stadt. Um hierzu ungefähre Angaben zu machen, werden die Zahlen von Prenzlau mitgeteilt:

Fernsprechanschlüsse: etwa 1000 im Selbstwählbetrieb.

Briefkästen: 26 über das Stadtgebiet verteilt.

Öffentliche Fernsprechstellen: 12, davon 4 privat.

Das Prenzlauer Postamt z. B. hat 3 Kraftposten zur Verteilung der Post im Kreis. 12 Agenturen und 21 Poststellen befinden sich auf dem Lande (also nicht im Stadtgebiet). Als Wirkungskreis der Post ist nahezu der ganze Kreis genannt worden, dies ist jedoch örtlich sehr verschieden.

Allgemein ist noch zu bemerken, daß die industriellen Orte stärkeren Postverkehr haben. Die reinen Landstädte ohne starkes Gewerbe versenden und empfangen nicht so viel Briefe und Pakete wie die gewerbestarken Städte. Man muß also für Industriestädte etwas über den Richtwert hinausgehen.

Das Reichspostministerium hatte die Freundlichkeit, uns ebenfalls einige Hinweise zu geben. Es wurden 7 Städte der untersuchten Größenordnung genannt und für diese die Grundstücksfläche sowohl als die bebaute Fläche angegeben. Wenn man das Mittel aus diesen Angaben zieht, so entsteht für die Grundstücksfläche ein Richtwert von etwa 2800 m² gegenüber den von uns ermittelten 2550 m². Die bebauten Flächen ergeben einen Richtwert von 1140 m², unsere Ermittlungen ergeben Haupt- und Nebengebäude zusammen 1146 m².

Auch hierdurch ist, so starke Schwankungen im einzelnen bei extremen Fällen auftreten, der Beweis erbracht, daß mit den Richtwerten im Städtebau bei der ersten Planung gearbeitet werden kann.

Als Beispiele für eine derartige Postanstalt werden hier das Postamt in Prenzlau (Abb. 116—118) und in Sonneberg (Abb. 119—123) wiedergegeben. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um besonders gute Grundrisse oder gar Musterentwürfe, sondern lediglich um ein Planungsbeispiel, damit der Städtebauer sich wenigstens ungefähr orientieren kann.

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte Grundstücksfläche zwei starke, aber in sich nicht sehr geschlossene Gruppen von 15 Einheiten zwischen 1450 und 1800 m² und 13 Einheiten zwischen 2150 und 2500 m². Außerdem ist eine Streuung kleiner 3er und 4er Grüppchen um 2700, 3100 und 3550 m² wahrnehmbar und schließlich noch geringe Einzelstreuung.

In der Sparte Fläche aller Geschosse finden wir wiederum zwei ganz große Gruppen. Ungefähr in der Mitte der stärksten liegt der errechnete Durchschnitt. Die Einzelstreuung ist verhältnismäßig gering.

Die Anzahl des Personals verteilt sich fast gleichmäßig zwischen den Zahlen 95—155.

Material-
Post-

Stadt	Ein- wohner	1	2a	2b	3	4	5a	5b	5c
		Grund- stücks- fläche	Bebaute Fläche		Fläche aller Ge- schosse einschl. Treppen, Flure m²	Be- schäf- tigte	Beförderte Briefe	Beförderte Pakete	Gewicht der Pakete kg
			Haupt- gebäude	Neben- gebäude					
		m²	m²	m²	m²		Stück	Stück	kg
Eschwege	12862	1799	657	141	2220	—	2299873	344636	?
Kempten	26473	1610	808	266	2460	203	12586000	522949	?
Lahr	16807	2427	700	278	2091	101	3386290	474037	1896150
Minden/Westf.	28764	3960	1259	780	3405	308	8840000	430000	1720000
Wernigerode	23282	2212	1436	252	7539	145	5374148	266421	?
Zerbst	20151	2686	601	109	2095	72	5838817	196614	?
Güstrow	22464	1486	758	728	1375	161	4151224	90631	317208
Prenzlau	22357	2750	889	113	1635	114	4500000	237794	?
Oelsnitz/Vogtl.	16337	3490	1009	715	2827	87	2885000*	297914	?
Kolberg	33735	2500	1184	1316	1728	157	5500000	424467	?
Idar-Oberstein	22540	1147	491	247	2455	124	7847135	283641	?
Gevelsberg	21944	2244	979	68	2155	79	4938450	207301	?
Lauenberg/Po.	18962	2732	1071	170	2411	117	2758934	360000	295595
Ravensburg	18930	3744	1545	398	3023	164	2318316	333730	?
Lippstadt	19471	1599	1129	158	2292	104	8717933	313395	1567175
Nordhorn	20220	1957	456	174	2103	56	?	?	?
Rendsburg	19521	1523	657	137	2408	116	9800000	370867	1854335
Bad Homburg	16840	1776	135	285	3428	85	6240000	249000	?
Neuwied	21540	2482	704	500	2592	170	7028992	190108	950540
Eilenburg	19608	1595	531	72	1436	86	?	209908	?
Wurzen/Sa.	18961	7280	652	187	2070	98	—	277595	?
Rastenburg	16021	2356	392	96	835	92	?	250972	1003800
Werdau	21587	1740	907	59	2107	108	6700000	222000	999000
Nordenham	15500	588	347	120	1158	75	9680700	116250	?
Annaberg	19818	2150	1400	185	2830	151	—*	566000	?
Bunzlau	19625	3601	600	651	2102	153	14552800	509875	2804400
Neustrelitz	19226	3525	807	196	2009	94	3800000	260000	?
Neustettin	16078	1620	533	146	1569	135	10000000	300000	?
Neuruppin	21291	1792	700	340	1400	134	6434168	339518	?
Wolfenbüttel	19620	1508	791	—	1582	95	10898845	277060	?
Glatz	19000	3580	1177	462	4708	157	10893935	251625	—
Itzehoe	20912	4873	719	357	2876	132	4400000* abgehende Briefe	252025	—
Langenbielau	19666	1080	350	45	384	68	5228000	271000	—
Siegburg	20446	Postanstalt 3080 Kraft- wagenhalle 2356	1668	Kraft- wagen- halle 550	2274	138	—	227175	—
Zweibrücken	20759	1700	674	420	1521	150	7500000	350000	—
Schleswig	20694	2571	940	375	2928	123	11791600	687298*	—
Braunsberg	15325	1443	448	124	1090	90	5234310	213781	1068905
Saalfeld	19148	2306*	1267	35	4174	195	5416000	278846	—

tabelle.

anstalt.

5d	6	7	8	
Summe der Ein- und Auszahlungen RM.	Zweigstellen	Lage des Postamts	Welche Lage ist die günstigste?	Bemerkungen
8999889	1 Zweigpostanstalt	in der Stadt mit Bahnhofsnahe	—	
14507798	1 Zweigpostanstalt	am Hauptbahnhof	Bahnhofsnahe	
7679770	1 Zweigpostanstalt 2 Ortspoststellen	Bahnhof	Stadtmitte	
17644000	1 Zweigstelle	Stadtmitte	"	
16163480	1 Zweigstelle	"	"	
11360496	—	"	"	
?	—	"	"	
7741540	—	"	(Zweigstelle am Bahnhof)	
5607836	—	"	—	
?	1 Zweigstelle	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	Stadtmitte	* Ohne Zeitungen und Wurfsendungen.
12117142	1 Postagentur	Bahnhofsnahe	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
7644428	2 Zweigstellen	Bahnhofsnahe	Bahnhofsnahe	
1 Postagentur	1 Zweigpostanstalt	Stadtmitte	Stadtmitte	
6335867	1 Poststelle	"	"	
1 Behelfsstelle auf dem Bahnhof	—	Bahnhofsnahe	Bahnhofsnahe	
8143108	—	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	Stadtmitte	
11139368	—	Bahnhofsnahe	—	
?	?	Bahnhofsnahe	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
20537744	—	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	Stadtmitte	* Mit Kraftpost befördert 110000 Personen.
11000000	1 Zweigstelle am Bahnhof	Stadtmitte	—	
14904646	1 Zweigstelle	"	"	
1 Bahnhofsraum	1 Postagentur	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
10704362	1 Poststelle	Bahnhofsnahe	Bahnhofsnahe	
11771077	—	Bahnhofsnahe	Stadtmitte	
10873112	1 Postagentur	Bahnhofsnahe	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
5386200	1 Zweigpoststelle	Stadtmitte	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
8 Agenturen	—	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	Stadtmitte und Bahnhofsnahe	
8190840	—	Stadtmitte	Stadtmitte	
8150000	—	am Bahnhof	Bahnhofsnahe	* Nur aufgelieferte sind angegeben: 3475000.
16860521	3 Stadtpoststellen	Stadtmitte	für Dienst: Bahnhofsnahe, für Publikum: Stadtmitte	
12400000	1 Zweigstelle	"	Stadtmitte	
15000000	1 Zweigstelle	"	—	
13898966	—	Bahnhofsnahe	—	
16339142	—	nicht in der Nähe des Bahnhofs, sondern in der Stadt	Stadtmitte	
14016487	2	Bahnhofsnahe	Bahnhofsnahe	* Ankommende werden nicht gezählt.
9098756	—	—	—	
6020000	1 Zweigstelle	die 3 Postanstalten liegen in Nähe der 3 Bahnhöfe *	—	* Langenbielau hat 9 km Ausdehnung, auf welche die 3 Bahnhöfe und Postanstalten gleichmäßig verteilt sind.
1 Poststelle in der Stadt	1 Postagentur *	Bahnhofsnahe	Bahnhofsnahe	* Weitere Poststelle in Stadtmitte geplant.
14257820	—	—	—	
8000000	1 Zweigpostamt	Hauptpost am Bahnhof, Zweigstelle Stadtmitte	wie gegeben	
11899000	1 Zweigstelle am Bahnhof	Stadtmitte	für Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnahe	* Mit Päckchen.
5681628	desgl.	"	wie gegeben	
9350978	1 Zweigpost am Bahnhof	"	wie gegeben	* Das Kraftwagengrundstück mit 3297 m ² (bebaute Fläche: 839 m ²) ist nicht enthalten.

Postanstalt.

Stadt	Ein- wohner	1	2 a	2 b	3	4	5 a	5 b	5 c
		Grund- stücks- fläche	Bebaute Fläche		Fläche aller Ge- schosse einschl. Treppen, Flure m²	Be- schäf- tigte	Beförderte Briefe	Beförderte Pakete	Gewicht der Pakete
			Haupt- gebäude	Neben- gebäude					
		m²	m²	m²	m²		Stück	Stück	kg
Tuttlingen*	17225	3314	989	124	1695	89	3 100 000	422 000	—
Bg.-Gladbach	20446	2300	600	350	2400	—	abgehende Briefe 2 900 000	25 900	152 600
Bruchsal	16903	2400	1008	120	3024*	150	aufgelieferte Briefe 6 239 700	aufgeliefert	aufgeliefert
								303 700	1 518 500
Salzwedel	16123	1468	527	163	1610*	130	7 650 000	228 800	935 000
Mittweida	19128	3120	1007	153	2778	81	4 926 200	246 810	1 369 850
Schw.-Gmünd	20131	a) 3937 b) 2013	1222 562	675	3546 1821	117	7 822 080	437 740	1 750 960
		5950	1784		5367				
Swinemünde	20514	1738	1251	74	3753	120	5 500 000	251 590	—
Meiningen	18833	3330	1359	217	5432	145	13 434 311	422 307	2 533 842
Gumbinnen	19987	3040	1084	240	1231	100	11 510 450	275 544	1 928 808
Bergedorf	19564	984	667	65	2200	110	10 650 000	217 074	—
Alsdorf	19667	2204	350	273	1246	38	3 014 000	42 900	—

Abb. 119—123. Postamt Sonneberg.

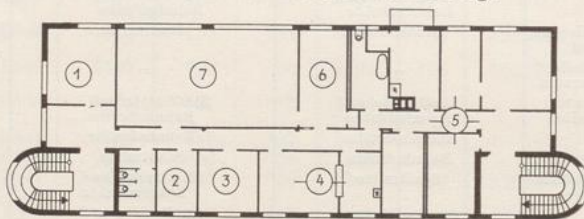


Abb. 119. Drittes Obergeschoß.

1 Übungsraum, 2 Krankenraum, 3 Kleiderablage, 4 Erfrischungsraum und Kaffeeküche, 5 Dienstwohnung, 6 Telegraph. Rechnungsstelle, Rundfunk, 7 Fernamt.

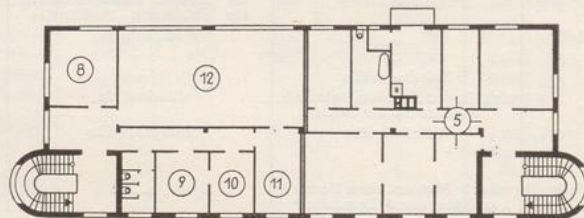


Abb. 120. Zweites Obergeschoß.

8 Werkstatt, 9 Telegraphenbau-Oberbauführer, 10 Telegraphenbau-Truppführer, 11 Störungssucher, 12 Wählerraum.

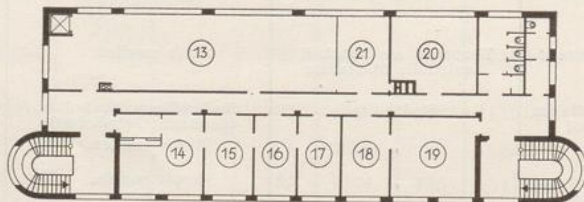


Abb. 121. Erstes Obergeschoß.

13 Briefentkartung, Verteilung, Zeitungsstelle, Zusteller, 14 Hauptkasse, 15 Verfügbar, 16 Rentenstelle, 17 Personalstelle, 18 Amtsvorsteher, 19 Amtszimmer, 20 Amtsbote und Kleiderablage, 21 Kasse.

(Fortsetzung.)

5d	6	7	8	
Summe der Ein- und Auszahlungen RM.	Zweigstellen	Lage des Postamts	Welche Lage ist die günstigste?	Bemerkungen
6732000	1 Zweigpost	Hauptpost am Bahnhof, Zweigpost Stadtmitte	wie gegeben	* s. Zweigpoststellen.
6850000	—	Stadtmitte	wie gegeben, sonst Bahnhofsnähe	
15534000	3 Poststellen	Stadtmitte und Bahnhofsnähe	Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnähe	* Außerdem sind 3 Dienstwohnungen mit zusammen 12 Räumen vorhanden.
8500202	1 Zweigstelle	Bahnhofsnähe	Bahnhofsnähe	* Ohne Keller
8341914	—	Stadtzentrum	Stadtmitte	
7440000	1 (s. vorn)	a) am Bahnhof, b) am Marktplatz (Stadtmitte)	Publikum: Stadtmitte, dienstlich: Bahnhofsnähe	
10683889	1 Zweigstelle	Stadtmitte	Stadtmitte	Swinemünde hat im Sommer 21000 Badegäste und 13800 Passanten.
12759038	—	„	Stadtmitte und möglichst auch Bahnhofsnähe	
19964930	3 Poststellen	„	Stadtmitte	
13835160	—	Bahnhofsnähe	Publikum: Stadtmitte, Dienst: Bahnhofsnähe	
4587168	—	Stadtmitte		

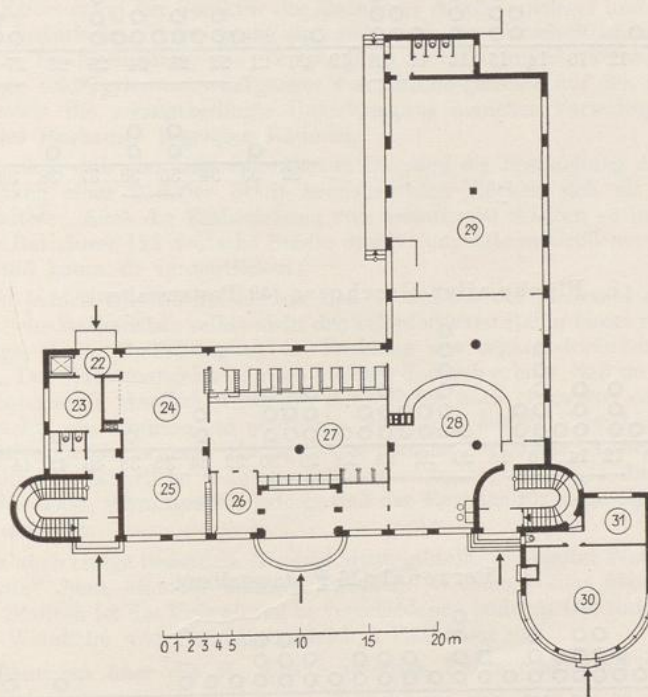


Abb. 122. Erdgeschoß.

22 Lastenaufzug, 23 Kraftpoststelle, 24 Geldentkartung, 25 Briefabfertigung, 26 Vorraum mit Schließfächern, 27 Schalterhalle, 28 Paketannahme, 29 Packkammer, 30 Laden, 31 Nebenraum.

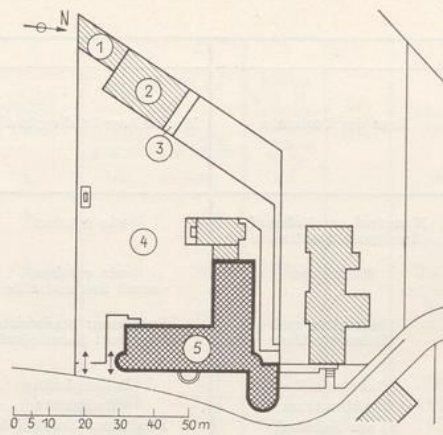


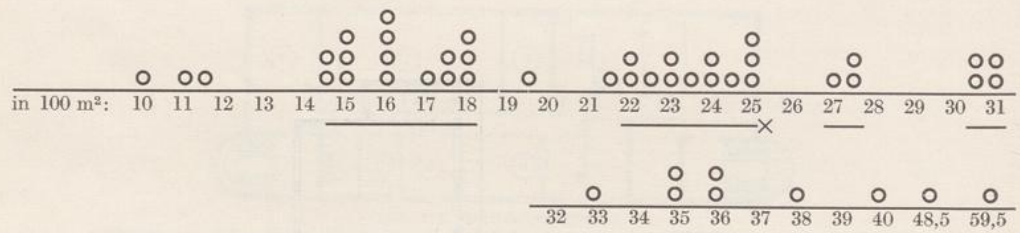
Abb. 123. Postamt Sonneberg. Lageplan.

1 Reparaturwerkstatt, 2 Garagen, 3 offenes Vordach, 4 Posthof, 5 Postamt.

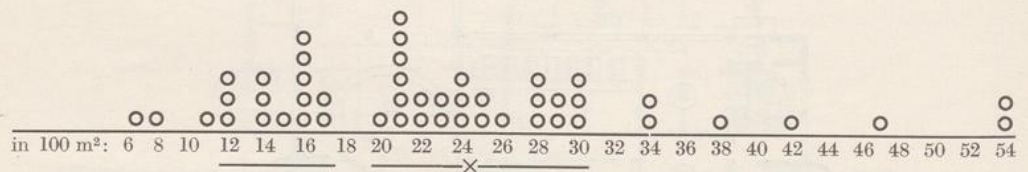
Gruppentabelle.

Reichspost.

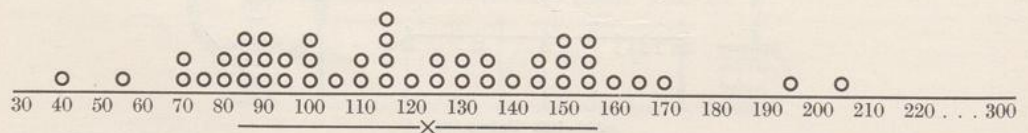
Grundstücksfläche (48 Postanstalten).



Fläche aller Geschosse (49 Postanstalten).



Personal (46 Postanstalten).



II. Kommunale Verwaltungen und Sicherheit.

11. Das Rathaus oder Stadthaus.

Das Altertum kannte keine Rathäuser in unserem Sinne. Erst als sich während des Mittelalters die Stadtgemeinden aus der Vormundschaft von „Schwert und Krummstab“ mehr oder weniger lösten, erbaute man Rat- oder Stadthäuser als kommunale Verwaltungszentren wie auch vor allem als repräsentative Wahrzeichen der weltlichen Macht und Blüte des Gemeinwesens, deren religiöser Ausdruck die Stadtkirche, der Dom, das Münster oder die Kathedrale war. Das Rathaus wurde das „Herz“ der Stadt und ist es in gewissem Sinne bis heute geblieben.

Die frühesten Rathausbauten waren meist am Rande oder in der Mitte des Hauptmarktplatzes, als Verkehrszentrum der Gemeinde, gelegen und zeigten eine überaus einfache Bauanordnung. Im Erdgeschoß befand sich eine geräumige Halle, als gedeckte Fortsetzung des Marktplatzes gedacht, daneben einige Gemächer für die Stadtwache und den Stadtbüttel. Im Untergeschoß finden wir bisweilen schon einen Ratskeller, unter dem häufig noch Gefangenenverließe lagen. Das Obergeschoß beherbergte über der Eingangshalle den großen Saal für die Ratsversammlungen, der auch als Festsaal benutzt wurde und sich vielfach nach einer Loggia oder einem Balkon öffnete. Von hier aus konnten Bürgermeister oder Ratsmitglieder zum Volke sprechen. Die Nebenräume, die der noch primitiven Verwaltungsorganisation dienten, waren gering an Zahl und sehr bescheidenen Ausmaßes. Ein Rathhausturm mit Glockenstuhl betonte die Bedeutung des Baues und diente gleichzeitig Nachrichten- und Sicherheitszwecken (Meldung vom Herannahen feindlicher Truppen; Feuersgefahr; Verteidigung).

Erst später verlangte die Zweiteilung in Bürgerschaftsvertretung und engeren Rat (Magistrat, Senat) als Vollzugsbehörde weitere Räumlichkeiten.

In der neueren und neuesten Zeit ließen die sich entwickelnde Vielgestaltigkeit und die gewaltig steigenden Aufgaben der Verwaltungsbehörden die Zahl der eigentlichen Büro- und Kanzleiräume immer stärker anschwellen, so daß die für solche Zwecke benötigten Gesamtflächen die der Beratungs- und Repräsentationsräume bei weitem übertrafen.

Dieser kurze historische Rückblick war nötig, um die Schwierigkeiten begreiflich zu machen, auf die man bei Erforschung der Struktur der Rathäuser gerade mittlerer und kleinerer Städte stößt. Außer der historischen Entwicklung sind stets auch die wirtschaftlichen und kulturellen Bedingtheiten der Stadtgemeinde, das Tempo ihres Bevölkerungszuwachses oder mitunter auch Bevölkerungs- und Bedeutungsrückganges von Einfluß gewesen auf den Bau und Ausbau der Rathäuser sowie die zwangsbedingte Unterbringung mancher Verwaltungszweige inner- und außerhalb des Rathauses liegenden Räumen.

Hieraus ergab sich, daß von allen Öffentlichen Diensten die Feststellung der von der kommunalen Verwaltung einer 20000er Stadt beanspruchten Flächen sich als die bei weitem schwierigste gestaltete. Auch die Einbeziehung von weiteren 50 Städten — im ganzen wurden in bezug auf ihre Rathäuser 122 deutsche Städte unserer ungefähren Größenordnung befragt — vermochte das Bild kaum zu verdeutlichen.

Es stellte sich jedoch einwandfrei heraus, daß in weitaus der Mehrzahl der untersuchten Städte der eigentliche Rathausbau selbst nicht den erforderlichen Raum bietet für alle diejenigen Verwaltungszweige, deren Unterbringung im Rathause aus organisatorischen Gründen wünschenswert wäre. Der Raummangel wird noch vielfach dadurch erhöht, daß im Rathausgebäude Einrichtungen Unterkunft gewährt wird, die ihrer Natur nach ebensogut oder besser anderwärts untergebracht sein könnten, so städtische Sparkasse, soziale Versicherungsämter, Verwaltung der städtischen Werke usw. Häufig findet man im Erdgeschoß Läden eingebaut, eine Sitte, die noch auf mittelalterliche Gepflogenheiten zurückgeht, und gegen die an und für sich nichts einzuwenden wäre, vorausgesetzt jedoch, daß das Rathaus für seine eigentlichen Zwecke genügend Platz aufweist.

Es haben sich auch einige besondere Kuriosa herausgestellt. So besitzt Wetzlar kein „neues“ Rathaus, das „alte“ dient offenbar anderen Zwecken. Walsum besitzt überhaupt kein Rathaus. In beiden Städten ist die Verwaltung in verschiedenen anderen Gebäuden untergebracht. Dagegen weisen Weinheim und Rendsburg gleich 2 Rathäuser auf.

Unsere Ermittlungen über die *zur Zeit bestehenden* Raumverhältnisse ergaben folgende Resultate:

Grundstücksfläche. Liegt das Rathaus inmitten des Marktes oder ist es im Zentrum der Stadt in geschlossener Bauweise einem Häuserblock eingefügt, so überschreitet die Grundstücksfläche

Materialtabelle.

Rathaus.

Stadt	Einwohner	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse usw. m ²	Standesamt		Stock- werke	Bemerkungen
					wo?	m ²		
Schwenningen	20605	1231	1062	3687	Rathaus	93	3 ^{1/2}	
Burg Pr. Sa.	25064	308	308	758	"	25	3	
Weinheim/Ba.	17486	a) 8732 b) 500	a) 523 b) 500	a) 1750 b) 1200	Rathaus (a)	24	3	a) Rathaus im Schloß. b) altes Rathaus. Trauungen im Sitzungs- saal, 42 m ² .
Passau	25151	3850	3200	4240	"	81	2—3	
Dülken	15935	3995	930	2650	"	24	2 ^{1/2}	Für Trauungen Sitzungs- saal, 70 m ² .
Meerane	24855	1860	1860	4400	"	128	3 ^{1/2}	
Neusalz (Oder)	16436	4800	2300	2300	"	—	—	
Neuwied	21540	2633	1904	2875	"	—	3	
Lörrach	20041	7820	530*	1060*	außerhalb des Rathauses	—	2	* Nur ein Teil der Ver- waltung.
Mittweida	19128	720	580	650	"	—	—	
Neustrelitz	19414	1900	849	1528	außerhalb des Rathauses	—	2	
Ravensburg	18930	880	880	2640	Rathaus	—	3	
Werdau	21587	5200	980	2960	"	—	4	
Wurzen	18961	22280	[5200]	[7130]	"	—	2	
Prenzlau	22357	1000	740	1480	"	—	2	
Helmstedt	17649	921	649	1750	Rathaus	92	3	
Bobrek-Karf	21974	482	336	1000	"	25	3	Zu klein. Neubau mit 4000 m ² Grundstücks- fläche geplant.
Porz a. Rh.	21296	1400	nur Rathaus [265]	nur Rathaus [600]*	"	42	3	* Mit Nebengebäude 2668 m ² .
St. Ingbert	21978	2221	337	764	"	22	3	
Auerbach/Vogtl.	19597	1280	685	1300	außerhalb * des Rathauses	168	3	* Desgl. Stadtbauamt mit 230 m ² Fläche.
Unna/Westf.	18566	2503	620	1230	Rathaus	40	2 ^{1/2}	
Gronau	17519	1560	764	1273	"	45	2	
Eilenburg	19608	936	866	1865	"	46	3	
Oranienburg	17120	1412	623	1827	außerhalb des Rathauses	74	3	* Außerhalb: Bauamt u. Baupolizei 211 m ² .
Kamp-Lintfort	22887	—	—	—	außerhalb des Rathauses	45	—	
Marienburg/Westpr.	25121	5872	1238	4023	Rathaus	62	4	
Lockstedt	17868	2250	371	1187	"	37	3	
Soest	22573	1500	930	2300	"	90	2 ^{1/2} *	* Hauptgebäude 3 Stock Nebengebäude 2 Stock.
Burgstädt/Sa.	18017	2530	1685	2750*	"	60	2 ^{1/2} †	* Hauptgebäude 3 Stock. Nebengebäude 2 Stock. † Einschließlich Rats- keller.
Kleve	22113	2317	1072	3428*	"	88	3 ^{1/2}	* Alte Kaserne.
Völklingen	20125	[850]	[520]	3025*	"	100	4	* Inbegriffen: Büroräume von 2 Stadthäusern mit 920 m ² .
Delitzsch/Sa.	16476	1860	690	1800	"	62	3	
Goslar	22987	[950]	[750]	3205*	außerhalb des Rathauses	60	2	* Davon Rathaus selbst mit 1500 m ² .
Dudweiler/Saar	24404	2900	980	1960	Rathaus	87	2	
Ratingen	18465	1100	930	1860	"	45	2	Zu klein!
Göppingen	23465	1318	977	2070	"	94	2 ^{1/2}	
Reichenbach	17521	1178	1000	2700	außerhalb des Rathauses	80	3	
Aue/Sa.	25836	2700	950	2700	Rathaus	50	3	
Oelsnitz/Erzgeb.	19640	3500*	507*	1000*	"	38	2	* 2 Rathausgebäude.
Neustadt/O.S.	17738	a) 450 b) 1520 1970	a) 450 b) 1114 1564	a) 1043 b) 2237 3280	Stadthaus	23	a) 4 b) 3	a) Rathaus. b) Stadthaus.
Eisleben	24510	546	546	[606?]	Rathaus	60	2	
Planitz	24172	15380	500	1000	"	130	2	
Offenburg	17976	850	530	1580	"	20	3	

Rathaus. (Fortsetzung.)

Stadt	Einwohner	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse usw. m ²	Standesamt		Stock- werke	Bemerkungen
					wo?	m ²		
Detmold	17561	891	678	2032	Rathaus	45	4	
Beuel a. Rh.	19985	a) 261	a) 234	a) 379	„	35	a) 2	a) Rathaus.
		b) 236	b) 182	b) 286			b) 3	b) Nebenstelle.
		497	416	665				
Döbeln/Sa.	24714	1730	1595	3843	„	120	3	
Suhl	19631	460	376	1128	„	47	3	
Anklam/Po.	15923	2500	950	2850	„	60	3	
Rendsberg	19521	a) 840	a) 705	—	—	—	—	a) Altes Rathaus.
		b) 530	b) 315	—				b) Neues Rathaus.
		1370	1020	—				
Freising	16211	700	700	2650	—	—	—	
Meiningen	18833	900	600	1200	außerhalb	110	3	Hausmeister-Wohnung 3 Räume.
Opladen	18702	im großen Park 3 Ge- bäude [29543]	741	1245	Rathaus	94	3 bzw. 2	3 Gebäude auf demselben Grundstück.
Sonneberg	20083	3425	1625	3610	„	45	3	Hausmeister-Wohnung, Ratskeller zusammen 6 Räume.
Limbach	18200	[13270]*	1312	1964	„	75	1 u. 2*	* Früheres Rittergut.
Siegburg	20446	1026	398	1225	„	45	4	Hausmeister, 3 Räume.
Bitterfeld	21328	1900	750	1700	„	37	3 u. 2	
Werningerode	23296	2400	1700	2370	„	90	2	
Sorau	19285	1455	1455	2660	„	50	4 u. 3	Hausmeister, 3 Räume und Küche.
Ansbach	23033	980	900	2395	„	40	—	Hausmeister, 4 Räume.
Lippstadt	19471	590	590	1180	„	60	2	
				460				
				1640				
Wolfenbüttel	19620	1070	898	2061	„	51	—	Hausmeister.
Saalfeld	19148	1376	835	a) 983	„	24	3	a) innerhalb, b) außerhalb des Rat- hauses.
				b) 444				
				1427				
Schleswig	20694	2290	640	a) 1300	„	71	3 1/2	
				b) 1095				
				2395				
Heidenheim	21903	550	460	1300	„	60	3	
				580				
				1880				
Zerbst	20151	830	830	a) 3320*	„	51	5	* Einschließlich Keller und Dachgeschoß.
				b) 348				
				3668				

gemeinhin nur unwesentlich die Ausdehnung der bebauten Fläche. Bildet es innerhalb des Stadthauptkerns einen Baublock für sich, so ist die Grundstücksfläche meist bedeutend größer. Eine periphere, also für ein Rathaus unorganische Lage kann als Ausnahmefall gelten.

Auswertbar waren die Angaben von 58 Städten. Als anormal ausgefallen sind: Opladen mit 29543 m² (in großem Park!); Limbach mit 13270 m² (früheres Rittergut); Wurzen mit 22357 m² (in Wurzen wurde das alte am Markt gelegene Rathaus in ein Parteihaus umgewandelt, während das neue Stadthaus am äußersten Stadtrande errichtet wurde); Planitz mit 15380 m² (Grund unbekannt).

Den Höchstwert zeigt Heidenheim mit 9232 m² (altes und neues Rathaus zusammen), den Mindestwert Burg bei Magdeburg mit 308 m². Der Durchschnitt liegt bei 2050 m².

Bebaute Fläche. Ausgewertet wurden 60 Städte. Den Höchstwert besitzt Passau (nach Ausfall des anormal großen Stadthauses in Wurzen) mit 3200 m², den Mindestwert Burg bei Magdeburg mit 308 m². Der Mittelwert beträgt rd. 950 m².

In der Gruppentabelle fällt die stärkste Anhäufung mit dem errechneten Durchschnitt zusammen.

Material-

Verwaltungszweige inner-

Laufende Nr.	Stadt	Ein- wohner	Haupt- verwaltung mit 1 Bei- geordneten			Steueramt			Finanzen, Kassenamt			Rechtsamt, Polizei			Kultur- und Wohlfahrts- amt			Stadt- bauamt usw.			Feuerwehr	Verkehrs- amt			Laufende Nr.	
			Per- sonal	m²	m³	Per- sonal	m²	m³	Per- sonal	m²	m³	Per- sonal	m²	m³	Per- sonal	m²	m³	Per- sonal	m²	m³		Per- sonal	m²	m³		
																										B
1	Meiningen	18833	4	3	150	1	3	35	7	4	200	4	2	190	2	4	95	2	9	100	500	—	—	—	1	
2	Soest	22573	8	15	258	3	2	63	4	10	137	7	3	155	3	7	100	8	5	260	—	1	1	55	2	
3	Sonneberg	20083	7	6	144	12	7	210	3	5	75	4	1	380	3	5	150	5	7	172	21	—	—	—	3	
4	Dülken	15935	3	3	100	1	2	38	4	11	108	3	3	70	1	6	80	3	3	70	—	—	—	—	4	
5	Oranienburg	17120	5	13	138	5	10	86	10	10	141	5	9	142	4	10	72	—	—	—	—	—	—	—	5	
6	Bobreck-Karf	21974	5	5	145	2	3	55	13	7	180	1	3	55	6	10	165	3	5	75	—	—	—	—	6	
7	Göppingen	23007	6	4	250	5	3	103	9	5	274	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	
8	Offenburg	17976	11	5	500	5	2	500	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	
9	Opladen	18702	5	8	200	5	3	101	8	4	155	—	—	—	—	—	3	3	102	—	—	—	—	—	8	
10	Bitterfeld	21328	6	6	137	1	5	50	10	5	192	—	—	—	3	5	98	4	7	121	—	—	3	4	64	10
11	Siegburg	20446	4	8	50	4	3	87	1	—	20	2	4	40	3	6	95	—	—	—	—	—	—	—	11	
12	Neusalz/Od.	16463	5	3	150	—	—	—	—	—	—	2	4	40	—	—	—	3	5	160	—	—	—	—	12	
13	Eilenburg	19608	6	12	183	3	3	72	2	9	89	2	4	57	2	5	94	1	9	115	—	—	—	—	13	
14	Unna	18566	5	3	170	3	2	100	11	2	190	8	2	200	7	—	160	2	5	150	—	—	—	—	14	
15	Wernigerode	23296	2	12	470	3	8	150	7	16	300	3	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	
16	Gronau	17519	5	8	176	1	3	60	4	8	168	13	4	236	3	2	70	2	8	160	—	—	1	20	16	
17	Sorau	19285	5	9	220	1	7	90	8	5	172	2	4	257	4	9	134	3	9	230	—	—	—	—	17	
18	Porz a. Rh.	21296	3	3	56	1	4	32	7	7	71	2	5	65	3	1	59	—	5	59	—	—	—	—	18	
19	Helmstedt	17649	5	3	—	1	1	—	5	4	—	2	1	—	3	4	—	5	3	—	—	—	—	—	19	
20	Planitz	24172	4	2	96	7	1	77	3	2	59	4	1	126	2	2	58	5	1	65	—	—	—	—	20	
21	Ansbach	23033	3	—	140	9	7	240	—	—	—	3	7	100	5	6	268	8	1	170	—	—	—	—	21	
22	Neustadt/O.S.	17738	4	10	317	4	5	118	5	12	242	2	7	262	2	16	189	3	4	162	—	—	—	—	22	
23	Lippstadt	19471	5	7	400	3	2	80	4	4	116	3	1	170	1	2	57	4	3	130	—	—	—	—	23	
24	Dudweiler/Saar	24404	4	7	150	2	5	75	9	18	280	2	7	100	2	10	160	6	12	230	—	—	—	—	24	
25	St. Ingbert	21978	6	—	200	2	3	82	—	—	—	3	3	149	4	5	90	5	3	144	—	—	—	—	25	
26	Wolfenbüttel	19620	10	7	292	6	—	35	4	1	142	4	—	226	5	4	316	5	4	200	—	—	—	—	26	
27	Völklingen	20125	10	11	260	5	7	109	18	22	321	3	5	85	6	17	282	7	13	234	14	—	—	—	27	
28	Oelnitz/Erzgeb.	19640	5	1	43	5	1	59	6	1	55	8	—	54	2	2	45	6	3	63	—	—	—	—	28	
29	Reichenbach	17521	6	8	170	1	4	53	8	9	205	6	7	260	2	10	135	7	9	242	—	—	—	—	29	
30	Suhl	19681	3	5	105	3	3	75	3	7	75	1	1	36	—	4	40	2	7	120	—	—	—	—	30	
31	Aue/Sa.	25836	5	2	121	7	4	95	6	3	120	5	6	165	4	3	100	4	6	234	—	—	—	—	31	
32	Schwenningen	20605	6	1	182	3	4	95	5	11	160	2	3	84	6	7	150	8	12	240	—	—	—	—	32	
33	Anklam/Po.	15923	4	3	—	3	3	—	9	5	—	2	2	—	2	13	—	3	9	—	—	—	—	—	33	
34	Weinheim	17392	8	—	159	3	1	99	—	—	—	3	—	62	6	1	74	7	2	148	—	—	—	—	34	
35	Saalfeld	19143	6	6	—	2	4	—	2	9	—	5	4	—	2	5	—	4	6	—	—	—	—	—	35	
36	Schleswig	20694	4	3	317	2	4	68	7	9	306	3	3	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	
37	Heidenheim	21903	5	4	80	—	—	—	12	9	400	—	—	—	2	2	100	6	5	80	—	—	—	—	37	

Fläche aller Geschosse usw. Die Angaben von 59 Städten konnten ausgewertet werden. Über den größten Flächenraum verfügt Meerane mit 24855 Einwohnern und 4400 m². Den Mindestwert zeigt Mittweida (19128 Einwohner) mit nur 650 m². Der Durchschnitt beträgt 2140 m².

Die Gruppentabelle zeigt 3 stärkere Gruppen, und zwar 10 Einheiten zwischen 1000 und 1300 m², 9 Einheiten zwischen 1800 und 2100 m², 11 Einheiten zwischen 1600 und 3000 m² und eine schwächere Gruppe von 5 Einheiten zwischen 600 und 800 m². Ferner sehen wir noch bedeutende Einzelstreuung von 3200 m² bis zu 4400 m².

Anzahl der Stockwerke. Wir finden Rathäuser mit 2, 2½, 3, 3½ und 4 Geschossen ohne Keller und Dachboden. Drei Geschosse dürften nicht nur der errechnete Durchschnitt, sondern auch die praktisch am häufigsten vorkommende Bauart sein.

Personal. Die Anzahl der innerhalb des Rathauses beschäftigten Beamten und Angestellten beträgt einschließlich des Bürgermeisters und des ersten Beigeordneten im Mittel 78.

Die Gruppentabelle zeigt starke Ballungen von 19 Einheiten zwischen 55 und 80 und von 10 Einheiten zwischen 100 und 120 Personen.

tabelle.

halb des Rathauses.

Laufende Nr.	Friedhofs- amt			Standes- amt			Liegen- schafts- amt			Rechnungs- Prüfungs- amt			Stadt- försterei			Ver- sicherungs- amt			Stati- stisches Amt			Schulbüro			Städtische Sparkasse			Städtische Werke				
	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²	Per- sonal		m²		
	B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
3	5	1	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
4	—	—	—	1	2	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	130	—	—	—	—		
5	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
6	—	—	—	—	—	—	1	2	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
7	—	—	—	1	2	57	—	—	—	2	1	36	2	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
8	—	—	—	1	2	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	182	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
12	—	—	—	1	1	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
13	—	—	—	1	—	46	—	—	—	1	1	16	—	—	—	1	2	20	2	2	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
14	—	—	25	1	1	70	—	—	—	3	—	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
16	—	—	—	1	2	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	40	—	—	—	—	—	—		
17	—	—	—	1	1	51	—	—	—	3	1	104	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	26	234	—	—	—		
18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
19	—	—	—	1	1	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	109		
20	—	—	—	4	—	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	35	—	—	—	8	8	22	—	—	—	9	14	125		
21	—	—	—	2	2	40	—	—	—	2	4	192	—	—	—	7	7	125	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	16	305		
22	—	—	—	2	2	23	1	—	27	—	—	—	1	1	43	—	—	—	—	—	—	3	—	50	—	—	3	16	318	—		
23	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
24	—	—	—	2	5	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
25	—	—	—	2	2	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
26	5	3	46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	10	—		
27	3	—	14	—	—	—	2	4	92	4	10	114	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	22	180		
28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	5	160	1	1	6		
29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
30	—	—	—	1	2	45	—	—	—	1	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	8	60		
31	—	—	—	5	2	52	—	—	—	3	5	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	10		
32	2	1	20	2	1	75	1	2	110	2	1	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	5	200	3	4	250
33	—	—	—	2	2	—	1	—	—	2	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	
34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	
36	—	—	—	—	—	—	2	3	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

Die einzelnen Verwaltungszweige.

Die Vielfalt der Rathautypen und die auf dem ersten Blick verblüffend hohe Spannung zwischen den vorkommenden Mindest- und Höchstwerten der Gesamtflächen aller Geschosse zeigt, daß durch Rundfrage über die Größenverhältnisse der Rathäuser allein die zur Unterbringung des Verwaltungsapparates benötigten Flächen nicht einwandfrei festzustellen waren.

Andererseits leuchtet ein, daß die Verwaltung einer normalen 20000er Stadt des deutschen Kulturgebiets stets eine ungefähr ähnlich starke Kräftebesetzung — natürlich innerhalb eines nicht allzu engherzig begrenzten Spielraumes — verlangt, für deren Unterbringung wieder ein einigermaßen überschlagbarer Raum benötigt wird.

Wir versuchten darum zu ermitteln, welche Verwaltungszweige in den verschiedenen Städten unserer Größenordnung in den Rathäusern selbst und welche außerhalb dieser untergebracht sind. Gleichzeitig zogen wir Auskunft ein über die Anzahl der in den einzelnen Abteilungen beschäftigten Beamten und Angestellten sowie über den von diesen beanspruchten Nutzraum.

Die Ergebnisse der Untersuchung seien wenigstens für die wichtigeren Verwaltungszweige hier mitgeteilt.

Hauptverwaltung.

Nutzfläche. Ausgewertet 33 Städte. Höchstwert: Offenburg/Ba. 500 m², Mindestwert: Siegburg 50 m², Richtwert: 200 m².

Verwaltungszweige innerhalb
des Rathauses. (Fortsetzung.)

Verwaltungszweige

Laufende Nr.	Stadt	Schlacht- hof		Fürsorge		Steueramt		Rechnungs- prüfungs- amt		Stadtkasse, Städtische Sparkasse		Polizei		Arbeiter- u. Angest.- Ver- sicherung		Wohnungs- amt		Laufende Nr.
		Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	Per- sonal	m²	
1	Meiningen																	1
2	Soest																	2
3	Sonneberg																	3
4	Dülken																	4
5	Oranienburg																	5
6	Bobreck-Karf																	6
7	Göppingen													2	32		1	7
8	Offenburg													3	1			8
9	Opladen											21	2	300				9
10	Bitterfeld											2	3	86				10
11	Siegburg									3	9	220						11
12	Neusalz/Od.					2	2	50	3	40	6	2	180					12
13	Eilenburg																	13
14	Unna																	14
15	Wernigerode											12	3	380				15
16	Gronau																	16
17	Sorau																	17
18	Porz a. Rh.																	18
19	Helmstedt																	19
20	Planitz																	20
21	Ansbach	7	6	75														21
22	Neustadt/O.S.																	22
23	Lippstadt																	23
24	Dudweiler/Saar																	24
25	St. Ingbert									7	4	163						25
26	Wolfenbüttel			86														26
27	Völklingen			48						6	12	229						27
28	Oelnitz/Erzgeb.																	28
29	Reichenbach									2	23	340						29
30	Suhl																	30
31	Aue/Sa.				3	6	91					24		99				31
32	Schwenningen																	32
33	Anklam/Po.									7	19							33
34	Weinheim									9	4	179						34
35	Saalfeld																	35
36	Schleswig				1	1	25					26		227				36
37	Heidenheim				3	2	50											37

Personal. Ausgewertet 36 Städte. Höchstwert: Soest mit 23 Personen, Mittelwert: 11 bis 12 Personen.

Steueramt, Steuerkasse, Stadtkasse.

Nutzfläche. Ausgewertet 45 Städte. Höchstwert: Offenburg/Ba. 500 m², Mindestwert: Porz 104 m². Durchschnitt 250 m².

Personal. Ausgewertet 52 Städte. Höchstzahl: Völklingen/S. 62 Personen, Mindestzahl: Saalfeld 10 Personen. Durchschnitt 18—20 Personen.

Rechnungsprüfungsamt.

Nutzfläche. Ausgewertet 11 Städte. Mittelwert: 90 m².

Personal. Ausgewertet 14 Städte. Durchschnitt 4—5 Personen.

Kultur-, Wohlfahrtsamt usw.

Nutzfläche. Ausgewertet: 47 Städte. Höchstwerte: Völklingen/S. 483 m² (davon allerdings 201 m² außerhalb des Rathauses) und Straubing 440 m², Mindestwert: Suhl 40 m². Durchschnitt: 150 m².

Personal. Ausgewertet 49 Städte. Höchstzahl: Völklingen/S. 28, Mindestzahl: Lippstadt und Freising je 3. Durchschnitt: 10—11 Beschäftigte.

außerhalb des Rathauses.

Laufende Nr.	Fürsorgeamt			Vermessungsamt			Standesamt			Garten- und Friedhofs-Verwaltung			Städtische Werke			Schlachthof			Städtisches Krankenhaus			Stadt-bauamt			Verkehrsamt			Personal zusammen	m²
	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²	Personal		m²					
	B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A		B	A			
1																									45	1270			
2							1	1	110		0	2	48		3	9	260		1	1	30		1	2	50		98	1478	
3																										71	1284		
4																										46	620		
5							1	2	66													2	13	168		109	813		
6																										66	715		
7	2	2	110	2	3	95																		2	89	71	1353		
8	8	7	260							5				9	9	250		1	2	60		2	19	100	15	6	320	137	2045
9	4	1	124											3	8												82	1063	
10												2	19			1	40										67	686	
11																1	2	40									60	677	
12	3	5	90								2	19	200			1	2	50									71	1000	
13																3	9	136									88	923	
14																2	6	120		1	1	40					64	1305	
15											1					23	320	2	6	110							119	2550	
16											1	2	20			1	7	50		1	2	40					81	1100	
17																2	18	380									122	1872	
18																											41	342	
19																6	4										56	—	
20																											64	930	
21																											112	1545	
22																											120	1880	
23																4	9	70		2	1	30					56	1053	
24		5	50													2	10	250		1	2	60					111	1455	
25	1	1	48													2	6	173		3		40					62	1119	
26																											77	1343	
27		5	201																								201	2214	
28																											54	485	
29	1	2	210				2	80								1	2	145		2	1						113	1787	
30																											54	578	
31																5	11	209		7	5	115		1	2	45		144	1546
32																				2	2						105	1734	
33																2	19			1	5						134	—	
34																1	4	73		3	1	42		1			54	852	
35																1				2	3						72	—	
36	2	6	105															574									101	2089	
37				3	2	50										4	2	50		1	1	30					68	900	

In vereinzelt Fällen ist dieser Verwaltungszweig oder Teile davon außerhalb des Rathauses untergebracht.

Rechtsamt und Polizeiverwaltung (s. Polizei).

Standesamt.

Auswertbar waren die Angaben von 53 Städten, die in 2 Gruppen zerfallen.
Gruppe 1 (Standesamt mit eigenem Trauungssaal. 27 Städte).

Nutzfläche. Mindestwert: 60 m², Höchstwert: 168 m², Richtwert: 90 m².

Gruppe 2 (der Sitzungssaal des Rathauses wird als Trauungssaal benutzt. 26 Städte).

Durchschnittswert: 40 m².

Unterbringung des Standesamts: Von 56 Städten befinden sich die Standesämter bei 47 innerhalb, bei 9 außerhalb des Rathauses.

Stadtbaupamt usw.

Angaben liegen aus insgesamt 53 Städten vor.

Nutzfläche. Prenzlau mit 672 m² mußte als anormal groß ausfallen. Ausgewertet wurden die Angaben von 47 Städten. Höchstwert: Sorau mit 371 m², Mindestwert: Porz mit 59 m².
Durchschnitt: 200 m².

Personal (53 Städte). Ausgewertet sind nur Beamte und Angestellte. Auf die Auswertung der Lohnempfänger mußte verzichtet werden, da in den meisten Fällen augenscheinlich außerhalb des Bauamts Arbeitende angeführt sind. Durchschnitt: **10—12 Beamte und Angestellte.**

Das Bauamt ist mit Ausnahme von 7 Fällen im Rathaus untergebracht. In Heidenheim befindet sich ein Teil inner-, ein Teil außerhalb des Rathauses. Das außerhalb des Rathauses gelegene Bauamt in Prenzlau weist folgende Flächenmaße auf: Grundstücksfläche 440 m², bebaute Fläche 240 m², Fläche aller Geschosse 672 m².

An Hand dieser Ermittlungen sowie mehrerer uns zuvorkommenderweise von den Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellter Preisausschreiben, Pläne und sonstiger Unterlagen, läßt sich ein durchaus brauchbares Bauprogramm eines für eine 20000er Stadt ausreichenden Rathauses aufstellen.

Bauprogramm.

			m ²
1. Geräumige Vorhalle mit Garderobe, Abort und Waschräumen			150
2. Großer Sitzungssaal (Festsaal)			80
3. Beratungszimmer			50
4. Büroräume			
Hauptverwaltung:			
Zimmer des Bürgermeisters und Vorzimmer	zusammen	11—12	250
Zimmer für 2 Beigeordnete und Vorzimmer			
Bürodirektor			
Hauptbüro			
Personalbüro: Kanzlei und Hauptregistratur			
Steueramt, Steuerkasse, Stadtkasse	18—20	250	
Rechnungsprüfungsamt	4—5	90	
Kultur und Wohlfahrt:			
Schulamt	zusammen	10—11	250
Wohlfahrt und Jugendamt			
Wohnungsamt			
Krankenhausverwaltung			
Grundstücksverwaltung:			
Statistisches Amt	10—12	200	
Standesamt mit Trausaal	3	90	
Stadtbauamt:			
Hochbauamt	zusammen	10—12	315
Tiefbauamt			
Baupolizei			
Vermessungsamt			
Garten- und Friedhofsverwaltung	3	45	
Büroräume zusammen		1490	
5. Botenzimmer und Telephonzentrale	2—3	30	
6. Dienstwohnungen:			
Hausmeister	zusammen	2	90
Gehilfe			
			1610
dazu 25 vH für Treppen, Flure, Nebenräume von Pos. 4—6.			402
		2012	2012
Es wäre zu empfehlen außerdem ins Rathaus zu verlegen:	73—83		2292
7. Polizei (s. dort) Pers. (nur Innendienst) ¹	8		290
8. Feuerwehr und Rettungswache (s. dort) ¹			400
Personal insgesamt	81—91	Fläche aller Gesch. einschl. Treppen, Flure u. Nebenräume	2982

¹ Polizei, Feuerwehr und Rettungswache sind am zweckmäßigsten in Seitenflügeln des Hauptgebäudes mit gesonderten Eingängen unterzubringen.

Auch die Dienstwohnung des Bürgermeisters kann im Rathause vorgesehen werden. Das würde einen Zuschlag auf die Fläche aller Geschosse von etwa 200—300 m² bedeuten.

Verwaltungszweige, die nicht im Rathause untergebracht werden sollten, sind:

1. die städtische Sparkasse (s. diese), die tunlichst über ein eigenes Gebäude in der Nähe des Rathauses verfügen soll;
2. die Verwaltung der städtischen Werke, die besser in ein Bürogebäude auf den Grundstücken dieser Werke selbst zu legen wären;
3. die Schlachthofverwaltung (s. Schlachthof);
4. die Verwaltung des städtischen Krankenhauses, des Pflegeheimes usw. (s. diese);
5. die Verwaltung der städtischen Forsten.

Als Richtwert für die Fläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure und Nebenräume jedoch ausschließlich Keller- und Dachgeschoß empfehlen wir also rd. 3000 m² (gegen durchschnittlich nur 2140 m² in den vorhandenen Rathäusern) bei der Planung einzusetzen. Das entspricht bei dreigeschossiger Bauweise (Keller- und Dachgeschoß) einer bebauten Fläche von rd. 1000—1100 m² (gegen 950 m² in den vorhandenen Rathäusern) und einer Grundstücksfläche von 2000—3000 m² je nach Eingruppierung des Rathauses innerhalb des Stadthauptkerns.

In unserem Vorschlag wurden die Flächen für die Innenräume des Rathauses von vornherein ziemlich großzügig bemessen, da ein Umbau oder Anbau im Stadtzentrum meist schwierig zu bewerkstelligen ist und das Gesamtstadtbild leicht beeinträchtigt. Um gegenüber einer unvorausehbar schnellen und starken Entwicklung der Verwaltungszweige völlig gesichert zu sein, raten wir ferner, das Rathausgrundstück jeweils so groß zu wählen, als es die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen, damit ein vielleicht dennoch späterhin benötigter Erweiterungsbau nicht durch Raumangel behindert wird.

Das Rathaus in Sorau (Abb. 124—128) ist ein typisches Beispiel eines völlig verbauten Grundrisses. Nach dem Dachgeschoß zu schließen, das vier verschiedene unorganisch nebeneinanderliegende Dächer zeigt, sind an den ursprünglichen Baukörper im Laufe der Jahrhunderte im Zusammenhang mit dem ständigen Wachstum der Stadt und dem Hinzutreten neuer Verwaltungsaufgaben abschnittsweise neue Baukörper angefügt worden. Die Folge dieser periodischen Erweiterungen ist ein völlig verschachtelter und unübersichtlicher Grundriß mit dunklen Fluren und unzureichenden, für den Fremden schwer zu findenden Treppen.

Wir finden heute praktisch in den meisten Städten Rathäuser, die verbaut oder zu klein sind.

In den Abb. 129—134 zeigen wir die Rathäuser Göppingen und Anklam und im Gegensatz zu diesen einen modernen Rathausentwurf für Frankfurt a. d. Oder (Abb. 135—137).

Abb. 124—126. Rathaus in Sorau.

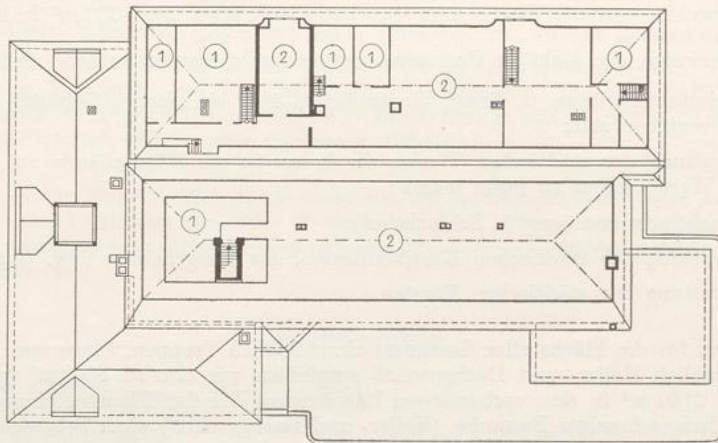
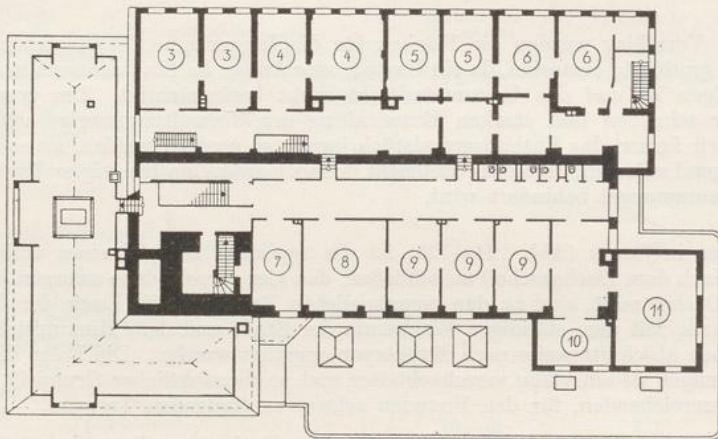
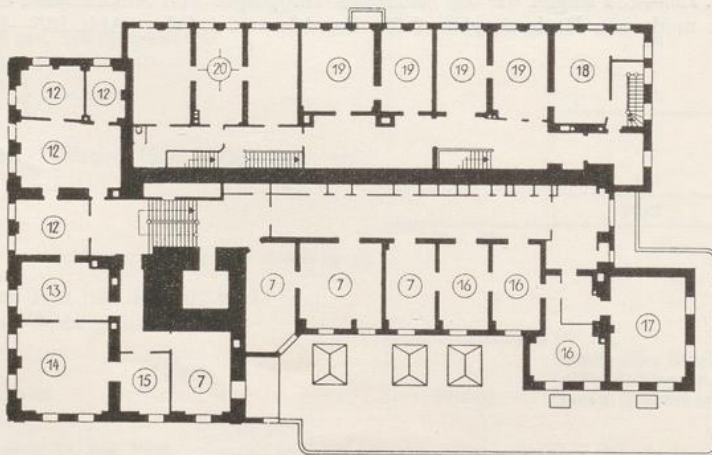
Abb. 124. Dachgeschoß.
1 Kammern, 2 Waschküche.Abb. 125. Drittes Obergeschoß.
3 Revisionsamt, 4 Tiefbauamt, 5 Hochbauamt, 6 Grundstücksamt, 7 Stadtrat, 8 Finanzverwaltung, 9 Stadtbauamt, 10 Helmstättengesellschaft, 11 Stadtbaumeister.Abb. 126. Zweites Obergeschoß.
12 Dienststelle I, 13 Bürodirektor, 14 Bürgermeister, 15 Vorzimmer, 16 Steueramt, 17 Magistratssitzungszimmer, 18 Jugendamt, 19 Wohlfahrtsamt, 20 Hausmeisterwohnung.

Abb. 127 u. 128. Rathaus in Sorau. (Fortsetzung.)

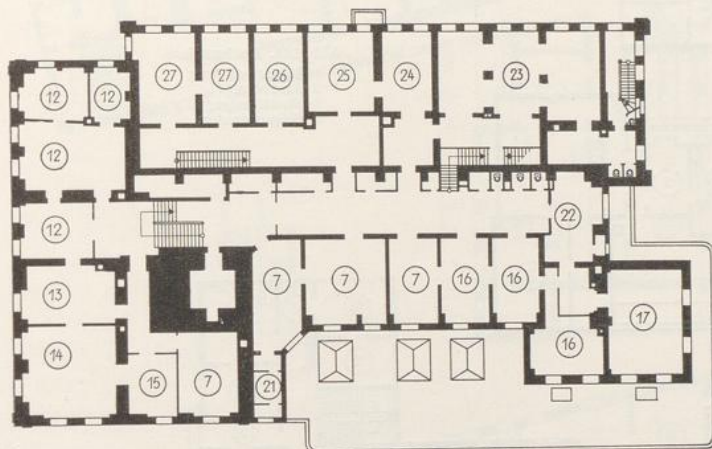


Abb. 127. Ertes Obergeschoß.

21 Telephonzentrale (Klappenschr.), 22 Amtsmeister, 23 Sparkassenbüro, 24 Standesamt, 25 Ausschußsitzungszimmer, 26 Luftschutz, 27 Polizeiverwaltung.

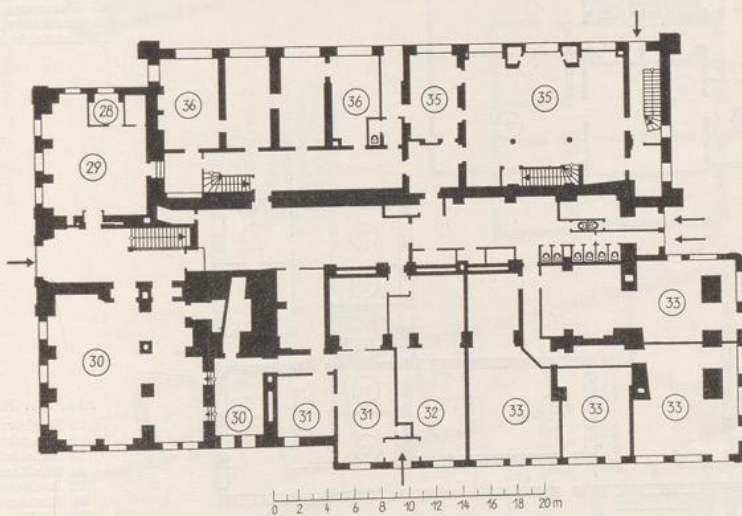


Abb. 128. Erdgeschoß.

28 Telephonzentrale, 29 Polizeiwache, 30 Stadthauptkasse, 31 Städtisches Verkehrsamt, 33 Läden, 34 Stadtparkasse, 35 Sparkassendirektor, 36 Polizeibüro, 37 Kriminalpolizei.

Abb. 129—131. Rathaus Göppingen.

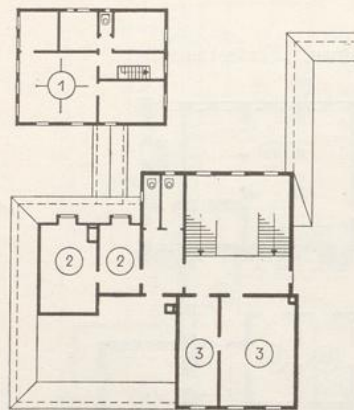


Abb. 129. Dachgeschoß.

- 1 Dienstwohnung,
- 2 Archivar,
- 3 Stadtförster,
- 4 Beigeordneter.

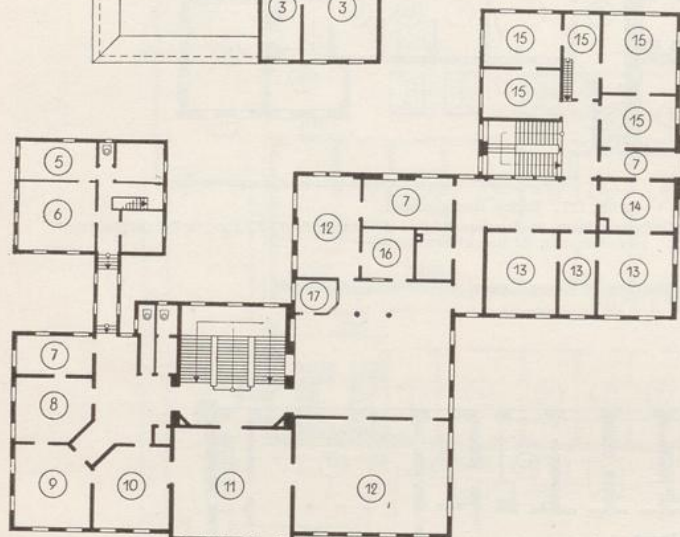


Abb. 130. Erstes Obergeschoß.

- 5 Wohnungsamt,
- 6 Zustellungsbeamte,
- 7 Schreibzimmer,
- 8 Hauptverwaltung,
- 9 Bürgermeister,
- 10 Vorzimmer,
- 11 Stadtvorstand,
- 12 Sitzungssaal,
- 13 Stadtpfleger,
- 14 Grundbuchratsschreiber,
- 15 Steueramt,
- 16 Garderobe,
- 17 Hausmeister.

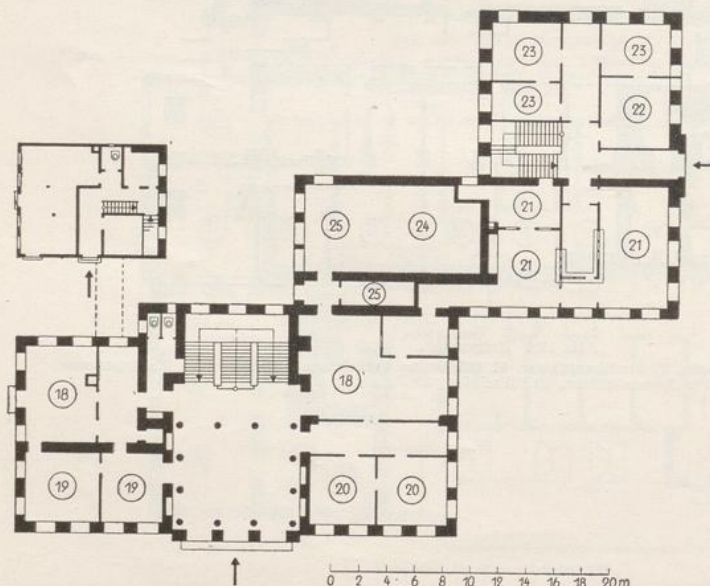


Abb. 131. Erdgeschoß.

- 18 Registratur,
- 19 Grundbuchamt,
- 20 Notariat,
- 21 Stadtkasse,
- 22 Rechnungsamt,
- 23 Standesamt,
- 24 Archiv,
- 25 Telephonzentrale.

Abb. 132—134. Rathaus Anklam.

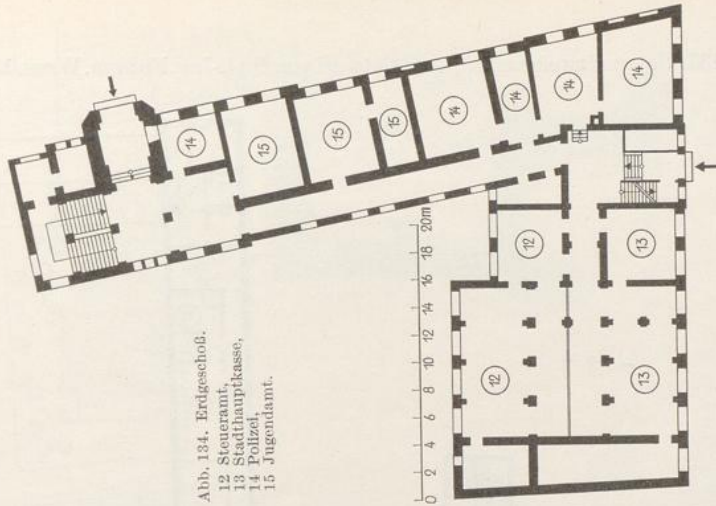
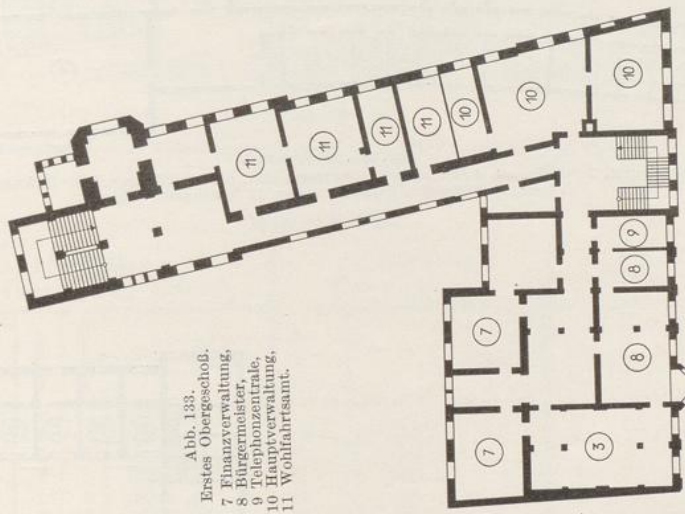
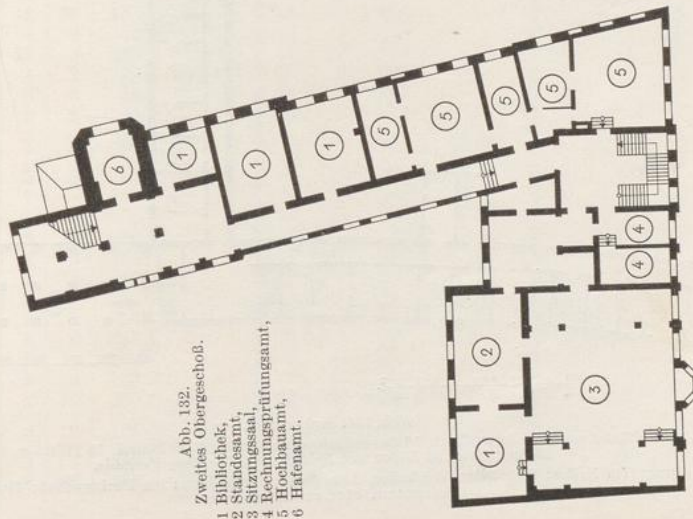


Abb. 135—137. Entwurf zu einem Rathaus (Entwurf von Dipl.-Ing. FRIEDR. WILH. MÜLLER, Berlin).

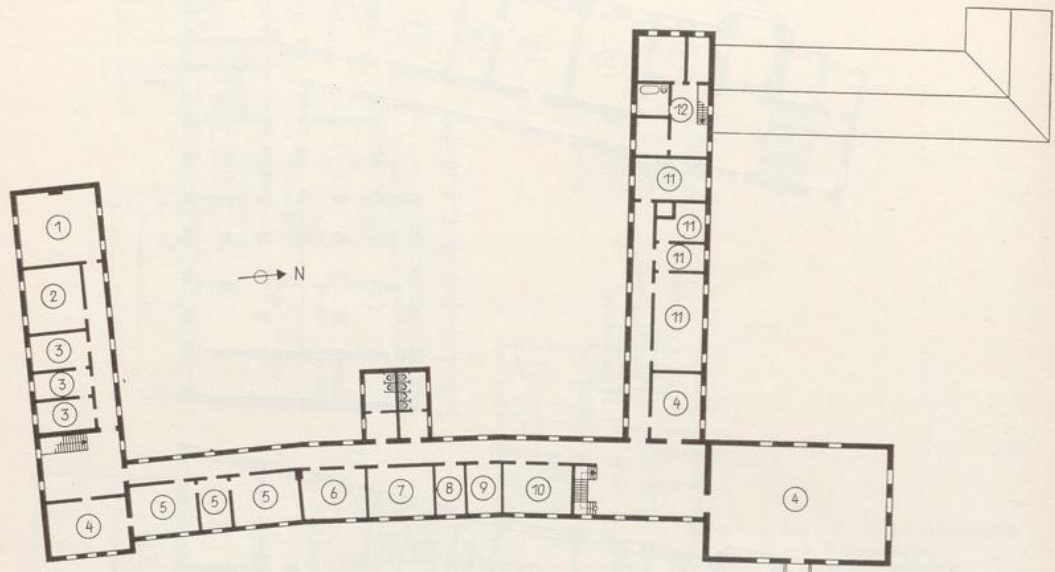


Abb. 135. Obergeschoß.

1 Archiv, 2 Grundstücksamt, 3 Standesamt, 4 Sitzungssaal, 5 Bürgermeister, 6 Schreibzimmer, 7 Stadtkämmerer, 8 Personalstelle, 9 Presse, 10 Bildungsamt, 11 Steuerbüro, 12 Hausmeisterwohnung.

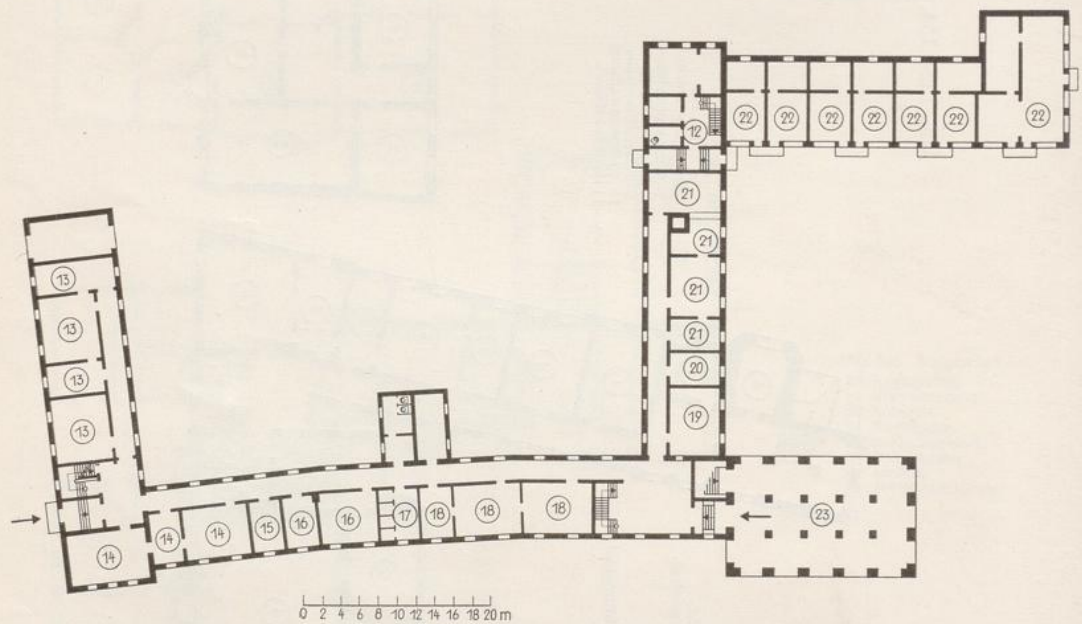


Abb. 136. Erdgeschoß.

13 Baupolizei, 14 Wohlfahrtsamt, 15 Jugendamt, 16 Gesundheitsamt, 17 Arrest, 18 Polizei, 19 Pfortner, 20 Telephonzentrale, 21 Sparkasse, 22 Läden mit Nebenraum, 23 offene Vorhalle.

Bemerkung: Im Keller: Ratskeller, Heizkeller, Aktenkeller, Luftschutz; im Dachgeschoß: Hochbauamt, Tiefbauamt, Stadterweiterungsamt.

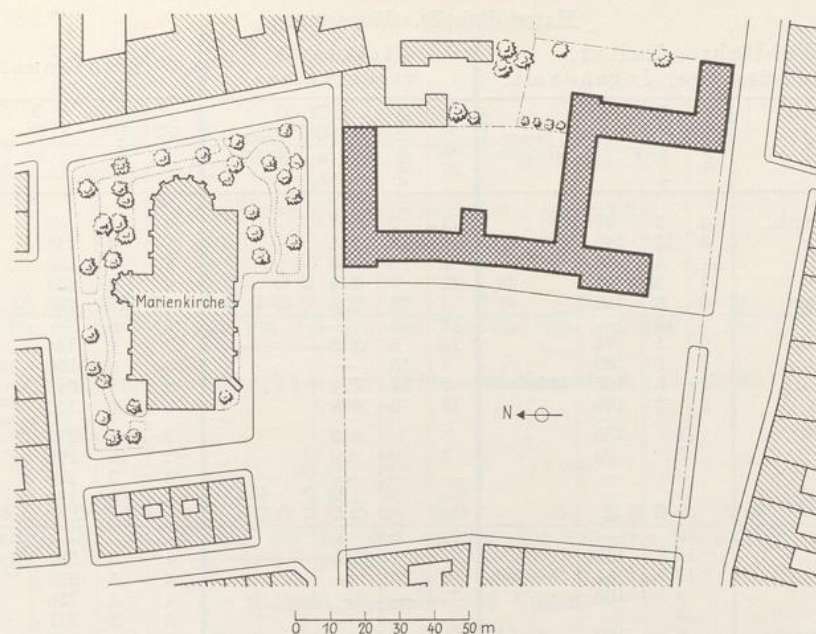


Abb. 137. Lageplan für einen Rathausentwurf in Frankfurt a. d. Oder. (Entwurf Dipl.-Ing. Fr. W. MÜLLER.)

Materialtabelle.

Wohlfahrt, Kultur, soziale Fürsorge, Jugendamt.					Steueramt, Steuerkasse.				Stadtbauamt.			
Stadt	Beamte	Angestellte	m²	Bemerkungen	Beamte	Angestellte	m²	Bemerkungen	Beamte	Angestellte	m²	Bemerkungen
Meiningen	2	4	95		8	7	235		2	9	100	
Soest	3	7	100		7	12	200		8	5	260	
Sonneberg	3	5	150		15	12	285		5	7	172	
Dülken	1	6	80		7	14	146		3	3	70	
Oranienburg	4	10	72		15	20	227		2	13	168	Außerhalb.
Bobrek-Karf	6	10	165		15	10	233		3	5	75	
Göppingen	4	2	142	Außerhalb.	14	8	377		7	10	269	
Offenburg	11	8	260	Außerhalb.	17	14	500		15	6	320	
Opladen	4	1	124	Außerhalb.	13	7	256		3	3	102	
Bitterfeld	3	5	98		11	10	242		4	7	121	
Siegburg	3	6	95		8	12	327	220 m² außerhalb.	6	4	125	
Neusalz	3	5	90		8	4	230	230 m² außerhalb.	3	5	160	
Eilenburg	2	5	94		5	12	161		1	9	115	
Unna	7	—	160		14	4	290		2	5	150	
Wernigerode	—	—	—		10	24	450		7	6	500	
Gronau	3	2	70		5	11	228		2	8	160	
Sorau	4	9	134		9	12	262		—	—	—	
Porz a. Rh.	3	1	59		8	11	104		—	5	59	
Helmstedt	3	4	—		6	5	—		5	3	—	
Planitz	2	2	58		10	3	136		5	1	65	
Ansbach	5	6	268		8	7	240		8	1	170	
Neustadt/O.S.	2	16	189		9	17	360		3	4	162	
Lippstadt	1	2	57		7	6	196		4	3	130	Außerhalb.
Dudweiler	2	15	210	50 m² außerhalb.	11	23	255		6	12	230	
St. Ingbert	5	6	138	48 m² außerhalb.	12	10	245		5	3	144	
Wolfenbüttel	5	4	316		10	1	177		5	4	200	
Völklingen	6	22	483	201 m² außerhalb.	23	29	430		7	15	234	

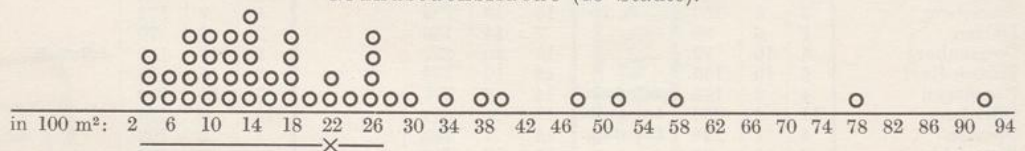
Materialtabelle. (Fortsetzung.)

Wohlfahrt, Kultur, soziale Fürsorge, Jugendamt.				Steueramt, Steuerkasse.				Stadtbauamt.				
Stadt	Beamte	Angestellte	m²	Bemer- kungen	Beamte	Angestellte	m²	Bemer- kungen	Beamte	Angestellte	m²	Bemer- kungen
Oelsnitz/Erzgeb.	2	2	45	Außerhalb.	11	2	114		6	3	63	Außerhalb. 60 m² außerhalb. Außerhalb.
Reichenbach	3	12	345		9	13	258	7	9	242		
Suhl	—	4	40		6	10	150	2	7	120		
Aue/Sa.	4	3	100		13	7	215	4	6	234		
Schwenningen	6	7	150		8	15	255	8	10	240		
Anklam	2	13	—		12	8	—	3	9	—		
Weinheim	6	1	74		12	5	278	7	2	148		
Saalfeld	2	5	60		4	13	—	4	6	190		
Schleswig	2	6	105		9	13	374	8	17	347		
Heidenheim	2	2	100		12	9	400	9	6	140		
Lörrach	15	—	285	Außerhalb.	?	?	412	4	5	275	Außerhalb. Außerhalb.	
Neustettin	5	—	70		3	8	210	2	10	260		
Rastenburg	—	—	—		—	—	—	3	3	100		
Lauenburg	—	—	—		4	7	120	3	3	111		
Klausberg	—	—	—		4	8	—	—	—	—		
Hilden	—	—	—		12	2	—	—	—	—		
Straubing	16	—	440		7	6	350	4	4	231		
Prenzlau	13	—	84		4	8	—	5	5	672		
Rosenheim	9	—	165		—	—	—	4	4	336		
Sorau	—	—	—		—	—	—	5	8	371		
Bad Homburg	9	—	120		—	—	—	4	5	200		
Gummersbach	5	—	100		3	9	260	4	5	200		
Wesel	11	—	—		12	8	—	6	13	—		
Senftenberg	10	—	384		—	—	128	5	5	199		
Arnstadt	15	—	180		6	7	180	5	5	300		
Tübingen	—	—	—		9	5	—	5	8	—		
Rendsburg	8	—	140		4	13	175	—	—	—		
Itzehoe	—	—	—		8	4	—	9	7	—		
Bg.-Gladbach	5	—	120	7	6	210	2	7	150			
Saalfeld	—	—	—	2	8	190	—	—	—			
Freising	3	—	60	—	—	—	3	6	150			
Bunzlau	—	—	—	6	9	181	—	—	—			

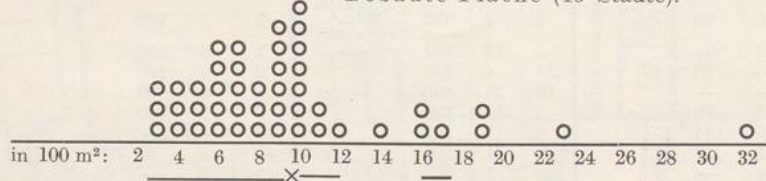
Gruppentabelle.

Rathaus.

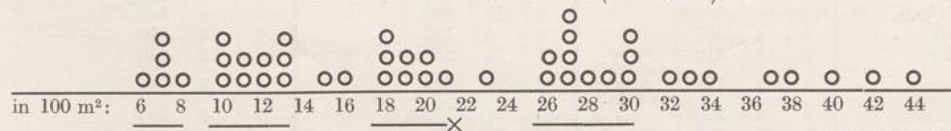
Grundstücksfläche (46 Städte).



Bebaute Fläche (46 Städte).



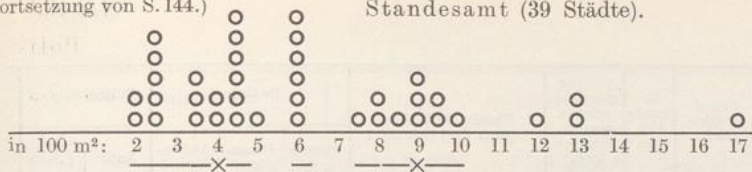
Fläche aller Geschosse (45 Städte).



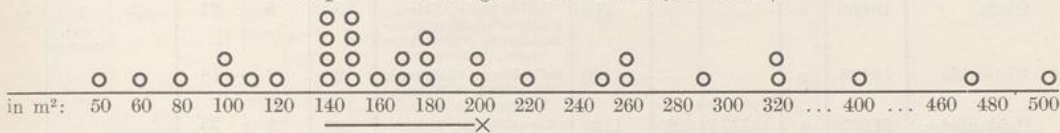
(Fortsetzung S. 145.)

(Fortsetzung von S. 144.)

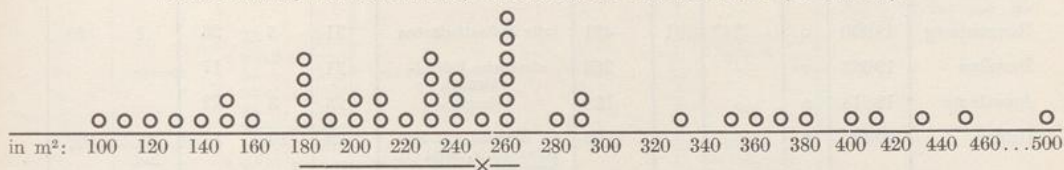
Standesamt (39 Städte).



Hauptverwaltung: Nutzfläche (33 Städte).

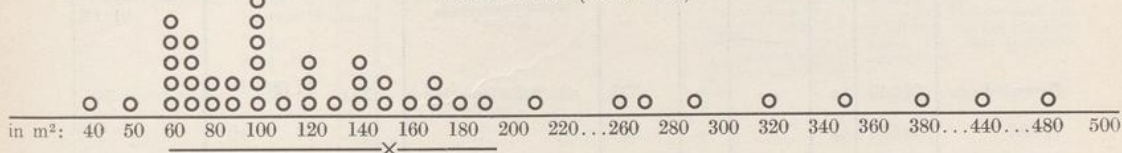


Steueramt, Steuerkasse, Stadtkasse: Nutzfläche (45 Städte).

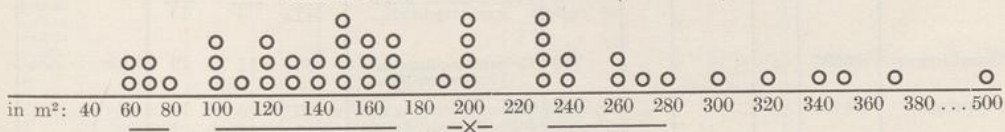


Rathaus, Wohlfahrt und Kultur.

Nutzfläche (45 Städte).

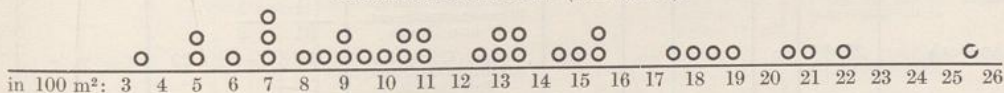


Stadtbauamt: Nutzfläche (47 Städte).

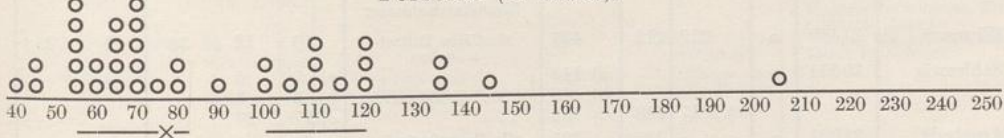


Verwaltungsweige inner- und außerhalb des Rathauses.

Reine Nutzfläche (34 Städte).



Personal (37 Städte).



12. Polizei.

Zur Ermittlung der für die Polizei notwendigen Räumlichkeiten sind 23 Städte (s. Materialtabelle) untersucht worden mit insgesamt 477 632 Einwohnern. Etwa 9 vH der Städte haben *staatliche* Polizei. Eine von diesen Städten hat *staatliche und städtische* Polizei, die Polizei der übrigen Städte ist *kommunal*. Etwa 30 vH der Städte besitzen ein eigenes Polizeidienstgebäude. Bei etwa 56 vH der Städte sind sämtliche Polizeidienstaufgaben im Rathaus

Feder, Die neue Stadt.

Material-
Poli-

Stadt	Ein- wohner	O städtisch * staatlich	Grund- stücks- fläche m²	Be- baute Flä- che m²	Fläche aller Ge- schosse einschl. Treppen usw. m²	Welche Aufgaben werden dort erledigt?	Beamte			Polizeiwachen	
							insge- samt	Innen- dienst	Außen- dienst	Zahl	Fläche
Glatz	19000	o	—	—	265	Polizeiwache, Kripo, Polizeibüro, Einwohnermeldeamt, Wehrmeldestelle, Registratur	30	9	21	3	96 zusammen
Mittweida	19128	o	—	—	180	Polizeiwache (5 Räume), Polizeiamt (1 Raum), Meldeamt (1 Raum)	25	7	18	—	—
Heidenheim	21903	*	1775	423	1125	Verwaltungs-, Sicherheits- und Ordnungspolizei	40	7	33	—	—
Ravensburg	18930	o	762	291	421	alle Polizeiaufgaben	31	5	26	1	40
Bunzlau	19625	o	—	—	365	sämtliche Polizeiaufgaben	21	7	17	—	—
Annaberg	19818	o	—	—	133	desgl.	25	3	22	—	—
Hilden	20350	o	—	—	160	im Rathaus nur Polizeiwache, s. dort! In besonderem Gebäude: Kripo und Verwaltungspolizei	23	10	13	1 (Rathaus)	62
Werdau	21587	o	—	—	190	—	25	4	21	—	—
Wurzen	18961	o *	—	—	142	Polizeiverwaltung, Einwohnermeldeamt, Kripo *	29	13	16	2	a) 209 b) 18
Neuwied	21540	o	—	—	333	alle Polizeiaufgaben	35	11 (8*)	16	1	30
Wesel	24596	o	—	—	325	„ „	47	7	40	—	—
Lörrach	18264	*	—	—	—	a) Schupo und Meldeamt im Bezirksamt b) Kripo im Amtsgerichtsgebäude	a) 34 b) 13 47	3 1 4	31 12 43	1	140 6 Räume im Bezirksamt 90*
Gumbinnen	19987	o	—	—	350	Sicherheits-, Ordnungs-, Verwaltungspolizei	30	11	19	1*	—
Lippstadt	19471	o	—	—	a) 99 b) 93 192	Vollzugspolizei, Kripo, Polit. Polizei, Polizeigefängnis, Verwaltungspolizei, Meldeamt, Gewerbepolizei	a) 20 b) 5 25	5 4 9	15 1 16	—	—
Rendsburg	19521	o	—	—	421	Kripo, Polizeiwache, Polizeiverwaltung, Einwohnermeldeamt, Wehrmeldeamt	30 1 31	7 1 8	23	—	—
Ansbach	23033	o	—	—	209	Schupo, Kripo, Sipo und Ordnungspolizei, Polizeiwache	29	—	29	—	—
Neuruppin	21291	o	—	—	119	Polizeiverwaltung, Kriminalpolizei, Einwohnermeldeamt	36	16	20	1	35
Wismar*	27439	o	219	212	495	sämtliche Polizeiaufgaben	50	12	38	1	34
Schleswig	20694	o	—	—	a) 143 b) 40 c) 2817 288	s.: wo untergebracht?	a) 7 b) 3 c) 27	6 3 27	1	—	—
Arnstadt	22024	o	—	325?	325	alle Polizeiaufgaben	30	5	25	—	—
Rosenheim	19060	o	—	—	a) 206 b) 133	a) Verwaltungspolizei b) Kripo und Gemeindevollzugspolizei, Polizeiwache	26	26	—	1 (s. vorn b)	—
Neustrelitz	19414	o	—	—	242	sämtliche Polizeiaufgaben	33	9	24	2	40
Prenzlau	22357	o	—	192	384	—	38	6	—	—	—

tabelle.

zei.

Einwohnermeldeamt			Wo untergebracht?			Bemerkungen
Wo?	Fläche m²	Per- sonen	Im Rathaus	Mietgebäude	Eigenes Gebäude	
im Rathaus	35 s. vorn!	3 s. vorn!	gesamte Polizei- verwaltung	—	—	Bei der Stadt selbst befindet sich nur Gemeindepolizei (1 Beamter, Feld- und Waldschützen) und Bau- polizei.
„ „	50 s. vorn!	5 s. vorn!	desgl.	—	—	
im Polizeigebäude	31 s. vorn!	1 s. vorn!	—	—	im eigenen Gebäude	
„ „	33 s. vorn!	2 s. vorn!	—	—	im besonderen Gebäude	
im Rathaus	55 s. vorn!	3 s. vorn!	gesamte Polizeiver- waltung	—	—	
„ „	41 s. vorn!	3 s. vorn!	desgl.	—	—	
im Polizeigebäude	49 s. vorn!	6 s. vorn!	s. vorn! nur Polizeiwache	—	Kripo. Verwaltungs- polizei, Einwoh- nermeldeamt	* Die Kriminalpolizei ist staat- lich. Die Polizeiwache im Stadthaus erledigt die Auf- gaben der Gemeindevoll- zugspolizei. * In- und Außendienst.
—	—	—	gesamte Polizei- verwaltung	—	—	
im Stadthaus	45 s. vorn!	3 s. vorn!	im Rathaus: Polizei- wache b)	—	im Stadthaus untergebracht: 1. Kripo*, Polizei- verw., Meldeamt. 2. Polizeiwache u. einschl. Haftzellen	
im Rathaus	58 s. vorn!	4 s. vorn!	gesamte Polizei- verwaltung	—	—	
—	—	—	desgl.	—	—	
im Bezirksamt	—	—	—	a) Schpo im Bezirksamt b) Kripo im Amtsgericht	—	
im Rathaus	25 s. vorn!	1 s. vorn!	mit Ausnahme vom Polizeigefängnis ge- samter Polizeidienst	—	Polizeigefängnis in eigenem Gebäude 140 m²	* Polizeiwache im Rathaus.
Verwaltungs- gebäude	46 s. vorn!	2 s. vorn!	a) Vollzugspolizei, Kripo, Politische Polizei; Polizei- gefängnis	Städtisches Ver- waltungsgebäude b) Verwaltungs- polizei, Einwoh- nermeldeamt, Gewerbepolizei	—	
im Rathaus	52 s. vorn!	2 s. vorn!	gesamte Polizei mit Ausnahme vom Poli- zeigefängnis	—	Polizeigefängnis* bebaute Fläche 232 m² Nutzfläche 211 m²	* Inbegriffen Dienstwohnung, 1 Beamter (in den Zahlen vorn inbegriffen).
im Stadthaus	68*	5	gesamte Polizei mit Ausnahme Einwohner- meldeamt	—	—	* In den vorderen Zahlen nicht inbegriffen.
im städtischen Haus	23 s. vorn!	3 s. vorn!	—	Städtisches Grundstück*	—	* Im selben Gebäude: Wohl- fahrtsamt, Stadtbauamt, Hausmeisterwohnung, Ein- wohnermeldeamt.
im Polizeigebäude	54 s. vorn!	4 s. vorn!	—	—	sämtliche Polizei- aufgaben	* Wismar hat zur Zeit über 34000 Einwohner!
im Rathaus	? s. vorn!	2 s. vorn!	a) Verwaltungspolizei, Einwohnermeldeamt	b) Baupolizei	c) Vollzugs- und Kriminalpolizei	
„ „	29 s. vorn!	1 s. vorn!	sämtliche Polizeistellen	—	—	
„ „	94 s. vorn!	5 s. vorn!	a) Verwaltungspolizei, Einwohnermeldeamt	b) Kripo und Gem.-Voll- zugspolizei	—	
„ „	25 s. vorn!	2 s. vorn!	alle Dienststellen	—	—	
—	—	4	—	—	gesamte Polizei	

10*

untergebracht. (Davon jedoch zweimal mit Ausnahme des Polizeigefängnisses und zweimal mit Ausnahme des Einwohnermeldeamts.) Im übrigen werden die Polizeiaufgaben teilweise im Rathaus und teilweise getrennt davon in anderen Gebäuden erledigt.

Es wird vorgeschlagen, für die Polizei einen abgeschlossenen Teil des Rathauses in unmittelbarer Verbindung mit demselben vorzusehen. Wegen des Publikumsverkehrs scheinen getrennte Eingänge wünschenswert zu sein.

Grundstücksgröße. Genaue Angaben über die Grundstücksgröße eines solchen an das Rathaus angebauten Polizei-Dienstgebäudes lassen sich zunächst noch nicht machen. Die Polizeigebäude mit eigenem Grundstück, die uns Angaben gemacht haben, sind in der Anzahl zu gering, um eine Folgerung zuzulassen. Eine Grundstücksgröße von etwa 1000 m² würde jedoch in Zusammenhang mit dem Rathausgrundstück, natürlich außer diesem, als Normalgröße gelten können.

Noch empfehlenswerter wäre es, das Rathaus von vornherein genügend geräumig zu halten, und dann in einem Seitentrakt die Polizei unterzubringen. Vielleicht sogar in nächster Nachbarschaft des Gerätehauses und der Alarmwache der freiwilligen Feuerwehr sowie der Rettungswache. Auf ein eigenes Polizeigrundstück kann dann verzichtet werden.

Bebaute Fläche. Nur von 6 Orten ist die bebaute Fläche angegeben worden. Sie schwankt zwischen 423 m² bei Heidenheim und 192 m² bei Prenzlau. Ein Anhaltswert von 285 m² kann hiernach für den ersten Entwurf Geltung haben.

Fläche einschließlich Treppen, Flure usw. Hierfür konnte man die Angaben aus 21 Orten bearbeiten. Für eine Stadt von 20000 Einwohnern ergibt sich als Richtwert 285 m². Die bebaute Fläche ist also der Nutzfläche gleich, d. h. es handelt sich um ein eingeschossiges Gebäude bzw. um einen Teil des unteren Stockwerks im Rathaus, wenn man die Polizeidiensträume im Rathaus unterbringen will. Sie müßten allerdings in diesem Falle mit einem gesonderten Eingang versehen sein.

Personal. Aus 21 Städten sind hierfür die Angaben auswertbar. Ausgefallen sind Wismar, das in kurzer Zeit von 27000 Einwohnern auf 34000 Einwohner anwuchs und darum für unsere Forschungsarbeit nur noch beschränkt in Frage kommt, mit 50 Mann. Die Höchstwerte liegen bei Lörrach, 18264 Einwohner (Grenzstadt zur Schweiz und nach Frankreich) und Wesel 24596 Einwohner mit je 47 Mann. Der Mindestwert liegt bei Bunzlau mit 19625 Einwohnern und 25 Mann. Als normale Beschäftigtenzahl kann man etwa 30 Mann annehmen. Davon sind etwa 8 im Innendienst beschäftigt, während die anderen sich auf Streife befinden.

Polizeiwachen. Von 22 Städten haben etwa die Hälfte außer den Diensträumen im Hauptgebäude noch sog. Polizeiwachen kleineren Umfangs an anderen Punkten der Stadt. Eine Stadt verfügt über 3 derartige Polizei-Nebenstellen. Eine solche Polizeiwache hat etwa eine Nutzfläche von 75 m². Es ist ratsam, an verkehrsbetonten Punkten eine derartige Polizei-Nebenstelle einzurichten, besonders wenn das Rathaus und das Hauptpolizei-Dienstgebäude etwas abseits vom hauptsächlichsten Verkehrsknotenpunkt der Stadt angelegt sind.

Einwohnermeldeamt. Hierüber haben 18 Städte Angaben eingesandt. Die Nutzfläche sowohl als auch die Anzahl der Beschäftigten ist in den Angaben für die gesamte Polizei mit enthalten. Das Einwohnermeldeamt befindet sich in den meisten Fällen in demselben Gebäude, in dem auch die Polizeiverwaltung untergebracht ist, am häufigsten also im Rathaus.

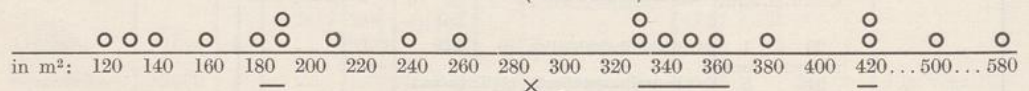
Die ungefähre Nutzfläche beträgt hierfür 45 m². Die Anzahl der Beschäftigten etwa 3.

Die Gruppentabelle weist in der Sparte Personal zwei deutliche Gruppen auf, und zwar 4 Einheiten bei 25 Personen und 7 Einheiten zwischen 29 und 31 Personen. Im übrigen ist starke Einzelstreuung erkennbar.

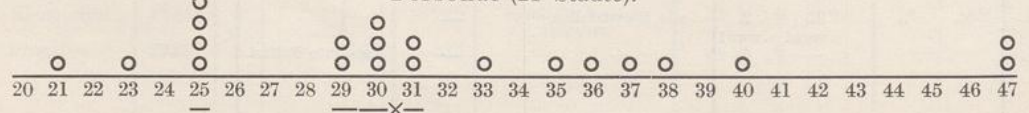
Gruppentabelle.

Polizei.

Nutzfläche (20 Städte).



Personal (21 Städte).



III. Versorgungsbetriebe.

(Gas, Wasser, Elektrizität).

Aus Gründen der Sicherheit ist es am besten, wenn jede Siedlung in bezug auf ihre Versorgungsbetriebe möglichst auf sich selbst gestellt ist. Die Abhängigkeit über größere und längere Leitungen von anderen Gebieten ist nicht wünschenswert. Für die Wasserversorgung lohnt sich die Anlage eines eigenen Werkes, meist schon bei Siedlungen von 500—600 Siedlerstellen, erst recht also bei einer Stadt von 20000 Einwohnern. Auf die Möglichkeit einer eigenen Gasversorgung ist unter „Gaswerk“ genauer hingewiesen. Ebenso auf die Rentabilität eines Elektrizitätswerks.

Die Selbstversorgung der Siedlung bildet in jedem Falle gleichsam den Lebensnerv der Gemeinschaft. Der Planer muß daher darauf achten, daß die Kraftquellen möglichst so angelegt werden, daß eine größtmögliche Sicherheit gegen ihr Versagen gewährleistet ist. Dies hat neben der Erhöhung der Sicherheit den wirtschaftlichen Vorteil, daß die Gemeinde selbst der Nutznießer dieser Anlagen ist und geringere Mittel aus dem städtischen Wirtschaftsbereich in einen anderen auswärtigen überführt zu werden brauchen.

Verwaltung der städtischen Werke. Für die meisten Städte ist die Verwaltung aller städtischen Betriebe zusammengefaßt in einer Abteilung, häufig genannt „Städtische Werke“. Deshalb sind auch die Angaben für die Beschäftigten in den einzelnen nachfolgenden Abschnitten Gas, Wasser und Elektrizität nur mit Einschränkung auswertbar. In Prenzlau z. B. wird zu gleicher Zeit das Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerk zusammen verwaltet mit der Stadtentwässerung und dem städtischen Schlachthof. Ferner wird das See- und Warmbad vom Wasserwerk mit geführt.

Die städtischen Werke liegen auch häufig nicht nur aus organisatorischen Gründen zusammen, sondern auch aus praktischen auf einem Grundstück. Gerade für das Gas- und Elektrizitätswerk z. B., die in Prenzlau beide mit Kohletransport rechnen müssen, ist eine gemeinsame Lage am Gleis recht wirtschaftlich. Das Wasserwerk dagegen liegt häufig in anderen Stadtteilen, weil seine Lage mehr vom günstigsten Fundort des Wassers abhängig ist.

Um zunächst einen Überblick zu bekommen, da die drei Versorgungswerke Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk häufig in Kombination vorkommen, ist eine allgemeine Betrachtung angestellt worden. Das Verfahren ist ähnlich dem der Typenblätter für die Gewerbe. Es ergibt sich nach der Betriebsstatistik eine Betriebszahl von 3 am häufigsten (14 Städte). Von jeder der 3 Werkarten gibt es also meist eines in den Städten von 20000 Einwohnern. Eine Beschäftigtenzahl von etwa 70 im ganzen scheint normal zu sein.

Für die Beschäftigten ergibt sich dabei aus der nachfolgenden Untersuchung im einzelnen für Wasserwerk 10, Gaswerk 35, Elektrizitätswerk 30 Beschäftigte, so daß im ganzen etwa 75 Beschäftigte vorgeschlagen werden können. Die beiden völlig verschiedenen Methoden führen also auf dieselbe Beschäftigtenzahl.

Nachfolgend wird auf die drei Versorgungseinrichtungen näher eingegangen.

13. Wasserwerk.

Die Größe des Wasserwerks hängt ab von der Art des Wassers, welches dem Werk zur Verfügung steht und dem Reinigungsverfahren. Bei reinem Quellwasser sind häufig nur Ausgleichs- und Druckbehälter erforderlich, bei der Benutzung von Wasser aus Sickergalerien, Brunnen oder Oberflächenwasser (Flußwasser) werden nach älteren Verfahren größere Flächen für die Filtration beansprucht. Steht Flußwasser zur Verfügung, so ist eine größere Fläche von 4000 bis 5000 m² für die Aufbereitungsanlage notwendig. Am häufigsten ist die Gewinnung aus Grundwasser mittels Brunnen. Nicht selten muß allerdings hierbei eine Enteisungsanlage eingefügt werden. Dieses Reinigungsverfahren nimmt jedoch nicht allzuviel Raum ein. 22 Städte haben auswertbare Unterlagen für die Wasserwerke abgegeben (s. Tabelle Wasserwerk).

Grundstücksfläche. Sie ist, wie bereits bemerkt, nach der Gewinnungsart sehr unterschiedlich. Mitunter sind wie z. B. auch in Prenzlau (s. Abb. 138) bei geringem Grundwasservorkommen weiter entfernt liegende Brunnenfelder angelegt, aus denen das Wasser durch eine Anzahl von Brunnen gewonnen wird. Bunzlau fällt ebenso aus der Betrachtung wegen anormaler Verhältnisse aus. Bunzlau schreibt hierüber:

„Die Größe der Schutzzone wurde im Einverständnis mit der Preußischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, Berlin-Dahlem, festgelegt, um auf Jahre hinaus auch für spätere Bohrungen ein größeres Wassergewinnungsgelände sicherzustellen. Innerhalb dieses eingefriedigten Wasserwerkgebietes darf kein beackelter Boden vorhanden sein, sondern nur Gras oder Bäume gepflanzt werden, wie dies auch dem Brauch

aller neuzeitlichen Wasserwerke entspricht. Im Interesse der Volkswirtschaft wurde auch das hiesige Gelände des Schutzgebietes mit einer Obstbaumpflanzung versehen.“

Bei Ermittlung von Richtzahlen fällt ferner aus: Meiningen, da es ebenfalls vollkommen aus dem Rahmen fallende Werte angegeben hat. Meiningen teilt uns über seine außerordentlich kleine Fläche von 700 m² mit: „daß die Größe der Fläche stimmt. Die Quellengrundstücke, die auf Dörfern liegen, sind nicht größer als angegeben. Schutzzonen sind nicht notwendig.“ Die Ergiebigkeit des Bodens spielt also bei der Grundstücksbemessung eine wesentliche Rolle. Ohne genaue Untersuchung und Probebohrungen ist ein Wasservorrat in der Erde nicht zu bestimmen.

Die Grundfläche der meisten Werke schwankt zwischen 55000 und 7000 m². Eine Fläche von 30000—32000 m² kann man nach unserer Meinung als normal ansehen und bei Neuanlagen

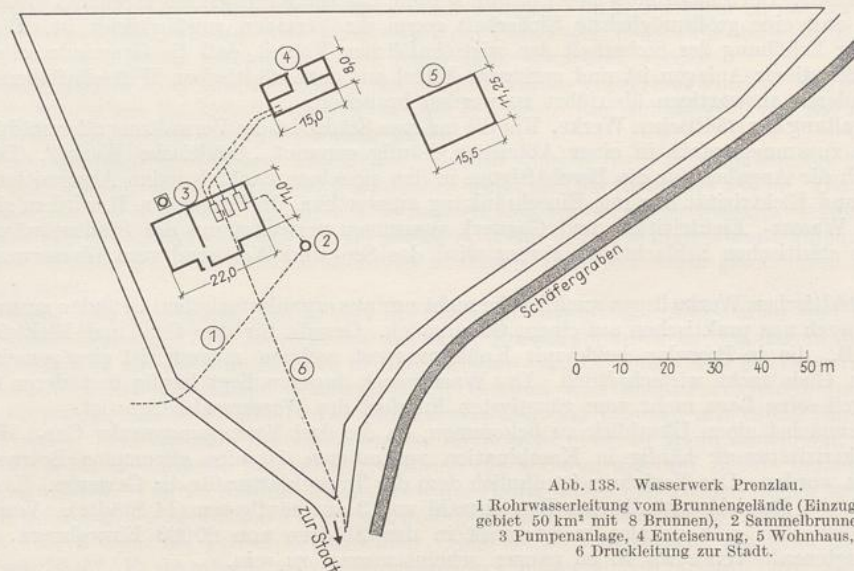


Abb. 138. Wasserwerk Prenzlaw.
1 Rohrwasserleitung vom Brunnengelände (Einzugsgebiet 50 km² mit 8 Brunnen), 2 Sammelbrunnen, 3 Pumpenanlage, 4 Enteisung, 5 Wohnhaus, 6 Druckleitung zur Stadt.

zugrunde legen. Nur bei besonders ungünstigen Umständen wird man ein größeres Gelände benötigen. Häufig wird man vielleicht auch mit kleinerem Gelände auskommen können.

Bebaute Fläche. Die bebaute Fläche ist ebenfalls nach der Gewinnung sehr unterschiedlich und man muß auch hier, wenn man genauere Zahlen haben will, das örtliche Wasservorkommen und seine Gewinnungsmöglichkeiten erst studieren. Die Werte für 21 Städte bewegen sich im allgemeinen zwischen den Zahlen 1700 und 500 m². Als Richtwert für die bebaute Fläche kann die Zahl von etwa 800 m² in Ansatz gebracht werden. Langenbielau mit 1912,49 m² bebauter Fläche schreibt:

„Die außergewöhnliche Größe der bebauten Fläche ergibt sich durch die zwei Hochbehälter und eine gesondert ausgeführte Enteisungsanlage.“

Beschäftigte. Auch die Zahl der Beschäftigten schwankt selbstverständlich recht stark. 18 Städte haben zwischen 6 und 17. Als Anhaltswert für die erste Planung kann hier die Anzahl von 10 Beschäftigten im Wasserwerk angebracht erscheinen.

Wasserabnahme je Kopf der Bevölkerung. Die Wasserabnahme schwankt zwischen 15 und 60 m³ je Kopf im Jahr. Diese Zahl ist sehr abhängig von der Größe und Art der industriellen und gewerblichen Einrichtungen in der Stadt. Sie kann auch bei besonders stark wasserbrauchenden Einzelbetrieben im Ort wesentlich höher sein. In größeren Städten ist die Abnahme je Kopf der Bevölkerung meist etwas höher. Für Mühlheim und Essen z. B. betragen die Zahlen je Kopf 89 und 87 m³ im Jahr. Diese Werte sind fast als Höchstwerte zu betrachten. Der aus den angefragten Städten ermittelte Richtwert für eine 20000er Stadt beläuft sich auf etwa 35 m³.

Gesamtförderung im Jahr. Leider ist hierfür nur eine geringe Anzahl von städtischen Angaben auswertbar. Die Ziffern schwanken zwischen 550000 und 900000. Bei der Kopfzahl

von 35 m³ und 20000 Einwohnern würde sich eine Gesamtförderung von 700000 m³ im Jahr ergeben.

Angeschlossene Haushalte. Hierunter ist von den Städten nur die Anzahl der Hausanschlüsse, nicht die Anzahl der Haushaltungen angegeben worden. Jene ist mit etwa 1500 ungefähr anzunehmen. Sie schwankt zwischen etwa 900 und 2600. Bei einer neuen Stadt mit mehr Einzelhausbebauung wird die Anzahl der Hausanschlüsse natürlich größer sein. Die Zahl der angeschlossenen Haushalte wird sich demgegenüber nicht so stark verändern. Man kann in einer Stadt von 20000 Einwohnern mit etwa 6300 angeschlossenen Haushaltungen rechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mitunter auch über das eigentliche Stadtgebiet hinaus eine Wasserversorgung benachbarter Orte stattfindet.

Rohrleitungslänge. Die Rohrleitungslängen einschließlich der Zuleitung zu den Hydranten für die Feuerwehr bewegen sich zwischen 26000 und 78000 m. Ein Richtwert von 50000 m scheint nach der Betrachtung der Einzelangaben für die Planung etwa zutreffend. Meiningen mit 78240 m teilt hierzu mit:

„Die Quellen, die das Wasser für die Wasserleitungen liefern, befinden sich etwa 20 km von der Stadt Meiningen entfernt. Ferner kommt hinzu, daß in einzelnen Straßen doppelte Druckrohre liegen zur restlosen Sicherheit der Wasserversorgung, die durch die Lage der Wasserhochbehälter bedingt wird.“

Versorgte Personen. Hierüber sind genauere Angaben nicht ohne weiteres möglich, da häufig entlegene Stadtteile nicht mit Wasser versorgt werden. Im allgemeinen kann man aber bei der verhältnismäßig dichten Bebauung in Städten von 20000 Einwohnern (bei Siedlungen mit über 1000 m² Land je Siedlerstelle sind die Verhältnisse anders) annehmen, daß nahezu die ganze Bevölkerung mit Wasser versorgt wird. In vielen Orten ist durch die örtliche Lage auch die Versorgung nahegelegener anderer Gebiete (s. oben) eingetreten.

Hochbehälter. Für die Wasserversorgungsanlagen einer Stadt von 20000 Einwohnern ist es immer notwendig, ein gewisses Wasserreservoir zu haben, um Schwankungen im Verbrauch ausgleichen zu können. Da die Pumpen nur eine bestimmte Stundenleistung bewältigen können, muß bei übermäßiger Inanspruchnahme Wasser sozusagen auf Lager zur Verfügung stehen. Zu gleicher Zeit dienen diese Behälter, soweit sie höher liegen als das Versorgungsgebiet, auch häufig zum Druckausgleich. Die 22 Städte haben alle mindestens einen, drei von ihnen bis 4 Hochbehälter. Die Anzahl der Hochbehälter richtet sich nach der Art des Verbrauchs (bei plötzlichem Verbrauch in der Industrie sind mehr Hochbehälter notwendig) und auch nach der Art des Wasservorkommens. Der Rauminhalt der Hochbehälter schwankt zwischen 250 und 2000 m³. Die Hochbehälter können selbstverständlich auch auf nahegelegenen Bergen in der Erde liegen. Ein Hochbehälter in Form eines Wasserturms mit 600—700 m³ ist schon schwierig in der Konstruktion, so daß man bei größerem Bedarf an Hochbehälterrauminhalt besser mehrere Wassertürme anlegt. Die Türme werden normalerweise immer an einem höher gelegenen Punkte errichtet, um möglichst an Konstruktionshöhe zu sparen. Selbstverständlich ist bei der Auswahl der Lage auch die Entfernung vom Versorgungsgebiet zu berücksichtigen, da lange Zuleitungen die Anlage ebenfalls verteuern.

Auf die Anlage der Wassertürme ist deshalb hier besonders eingegangen, weil sie bei alten Städten meist das städtebauliche Bild besonders ungünstig beeinflussen. Es ist deshalb dringend notwendig, sich über die Lage, Anzahl, Größe und Höhe der Wasserhochbehälter rechtzeitig klar zu werden. Im allgemeinen werden 2 Hochbehälter mit je 400 m³ ausreichend sein. Die Hochbehälter sind schon verschiedentlich, um sie im Stadtbild nicht allzu stark in Erscheinung treten zu lassen, mit anderen Gebäuden kombiniert worden; zum Beispiel mit dem Rathaus, wie in Wilhelmshaven (von Prof. FRITZ HÖGER). Nach unserer Ansicht wäre es denkbar, in einer neu zu errichtenden Stadt den Wasserhochbehälter als Aussichtsturm beim Haus der Jugend, bei der Jugendherberge oder bei einer der Schulen vorzusehen. Auch eine Kombination zwischen Wasserturm und Übungsturm für die Feuerwehr ist sehr gut durchführbar.

Bemerkung. In 41 vH der Städte ist das Wasserwerk mit dem Elektrizitätswerk oder Gaswerk oder mit beiden vereinigt.

Die Gruppentabelle. Die Sparte „bebaute Fläche“ zeigt zwei Gruppen mit 7 Einheiten zwischen 200 und 350 m² und 8 Einheiten zwischen 600 und 900 m².

In Sparte „Wasserabgabe je Kopf der Bevölkerung“ liegt der errechnete Durchschnitt ziemlich in der Mitte der einzigen, deutlich hervortretenden Gruppe von 7 Einheiten zwischen 32 und 36 m³.

Die Sparte „angeschlossene Haushaltungen“ weist eine Gruppe von 10 Einheiten zwischen 6000 und 7000 und zwei kleinere Gruppen von 5 Einheiten zwischen 2000 und 2500, sowie 3 Einheiten bei 4000 auf. Der errechnete Durchschnitt liegt fast in der Mitte der stärksten Gruppe.

In Sparte „versorgte Personen“ wird eine große Gruppe von 13 Einheiten zwischen 19000 und 21000 Personen bemerkbar.

Die Sparte „Rohrleitungen“ zeigt wieder ziemliche Streuung, doch läßt sich zwischen 30 und 44 km eine Neigung zur Gruppenbildung beobachten.

Material- Wasser-

Stadt	1	2	3	4	5	6		7	
	Grund- stücks- fläche	Bebaute Fläche	Davon Ver- waltungs- gebäude	Fläche aller Geschosse, Flure und Treppen	Be- schäf- tigte	Wasser aus		Abnahme je Kopf	
	m ²	m ²	m ²	m ²		Grundstück	anderen Flächen	Bevöl- kerung m ²	versorgte Ein- wohner m ²
Neuwied	104021	831	175	831	28	ja; außerdem Quellwasser Westerwald	29508 m ²	35	35
Wurzen	8530	1720	im Stadthaus unter- gebracht	—	6	1 Hauptbrunnen auf 6583 m ² Hebewerk- grundstück, 1 Ersatz- brunnen 1277 m ²	—	25	—
Langenbielau	7134	7134	—	—	13	Hänge des Eulengebirges 8 km ²	—	33	—
Lauenburg	75000*	900*	203*	580*	6	nein	ja	50	62
Meiningen	700	700	—	—	7	—	—	30	—
Saalfeld	30000	360	—	im Rathaus	9	60 vH	40 vH	23	—
Braunsberg	21800	200	—	—	11	ja	—	17	18
Salzwedel	54800	915	—*	—*	20 ²	ja	—	25	25
Bruchsal	16800	324	—*	—*	8	größtenteils	ferner aus Quellen	—	40
Wesel	31011	1655	—*	—*	10	ja	—	—	34
Kolberg	5500	1550	330	1000	8	insgesamt 180000 m ² Was- serfassungsgelände	—	34	—
Bergedorf	9673	800	—	im Rathaus 70	17	ja 3146 m ²	öffentlicher Grund 1000 m ²	35	35
Neuruppin	109844	1703	—*	—*	17	ja	—	36	je Messer 655
Annaberg	25000	600	—*	Verwaltungs- zimmer* 30	11	ja; ungefähre Fläche des Quellgebietes 300 ha	—	33	—
Prenzlau	8000	359	—	—	5	8000 m ²	—	32	32
Bunzlau	173000	300	—*	—*	12	ja]	—	44	—
Lörrach*	55000	760	Verwaltungsgebäude liegt außerhalb des Wasser- werk-Areals	—	6	ja	—	40	—
Mittweida	9640	581	—*	—*	5	zur Hälfte aus Bergwerks- stollen	—	16	20
Neustettin	10904	330	—	648*	7	ja	—	16	—
Lockstedt	—	—	—	—	—	—	—	27	—
Swinemünde	7540	1049	Büroräume im Stadtver- waltungsgebäude; Wasser- werk 4 km von Stadt ent- fernt	—	3	ja; größtenteils	1280 m ² Pachtland	46	—
Lahr	3835	260	107*	—	6	1 Grundwasser- pumpwerk	3 Quell- gebiete	—	—

Beispiel einer Anlage. Um einen Überblick über eine solche Anlage in einer Stadt von 20000 Einwohnern zu geben, wird ein Plan des Wasserwerks in Prenzlau wiedergegeben (S. 150).

Als Beispiel komplizierterer Art sind hier weiterhin zwei Abbildungen des Wasserwerks in Bunzlau eingeschaltet (Abb. 139 und 140), die der Zeitschrift „Das Gas- und Wasserfach“ 78. Jahrgang 1935, Nr. 14, S. 244f., entnommen sind. Der Artikel nennt sich „Das neuerrichtete, vollautomatische Wasserwerk der Stadt Bunzlau von Direktor DIRKSEN“.

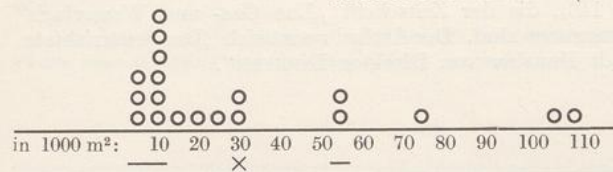
tabelle.
werk.

8		9	10		Ver- sorgte Per- sonen	Ein- wohner	Bemerkungen
An- geschlos- sene Haus- halte	Rohr- leitungen im ganzen m	Welche Art Wassergewinnung	Wieviele Hoch- behälter	mit wieviel Rauminhalt m ³			
6000	65000	Grund- u. Quellwasser	3	1440	21500	21540	
6000	30230	Grundwasser	1	600	19900	18961	
6700	Hauptleit. 41500 Hausleit. 28700	Sicker-Galerien	2	(2000 + 3000) 5000	20000	19666	
4000	40000	mittels artesischen Brunnens	3	900	17500	18962	* Einschließlich Gas und Elek- trizität.
1970	78240	Quellen	6	3350	23000	18833	
6335	71394	Grundwasser, Quell- wasser	4	1660	21902	19148	
1200	26000	Grundwasserwerk mit Druckrohrleitung	1	180	19000	15325	
4200	32529 ohne Haus- anschluß	Grundwasser	1	300 (300)	17000	16123	* Gemeinsam mit Gas-, Elek- trizitäts- und Kanalwerk.
Wasser- messer 2187	42400	Grundwasser, Quell- wasser	3	2750	17000	16903	* Gemeinsam mit Gaswerk.
7100	57957	Grundwasser, 5 Brunnen	1	960	25000	24596	* Gemeinsam mit Gaswerk.
Konsu- menten: 2170	59534	Grundwasser	1	766	36845	33735	
6300	44000	Tiefbrunnen	2	(600 + 230) 830	21000	19962	
6500	36146	Grundwasser	2 †	(150 + 300) 450	un- bekannt	21291	* Gemeinsam mit Gaswerk. † Außerdem 1 Speicherbehälter mit 700 m ³ .
7000	81757	Quell- und Stollen- wasser, 4 Pumpen	4	4500	19900	19818	* Mit Elektrizitäts- und Wasser- werk zusammen.
Häuser 2110	39750	Grundwasserwerk 3 km entfernt, 4 Morgen groß, 9 Brunnen 30 m tief, 3150 m ³ /24 h, erhöht auf 4350	1	400	22000	22357	
Wasser- zähler 1900	6400	Förderung: 886000 m ³ Grundwass. m. Pumpen, 5 Tiefbrunnen	2	(500 + 1500) 2000	20000	19625	* s. Gaswerk. Förderung im Jahr 857780 m ³ .
2625	48700		6	1585	22000	20041	* Gesamtförderung 824000 m ³ im Jahr; Abgabe 767000 m ³ im Jahr.
1566	36119	Grundwasser	1	1500	15372	19128	* Verwaltung im Gaswerks- gebäude.
1350	31400	Tiefbrunnen 60–80 m	1	250	15000	16078	* s. Gas- und Elektrizitätswerk
—	—	Grundwasser und arte- sisches Grundwasser; 3 Tiefbrunnen, 2 Flachbrunnen	2	1000	20000	17868	Förderung im Jahr 543675 m ³ .
5750	—	15 Bohrbrunnen	1	600	19927 *	20514	* Große Schwankungen. 1936 Sommer: 21026 Kurgäste, 13801 Passanten.
4150	32000	Grundwasser 1/2, Quellwasser 1/2	4 †	2100	17500	16807	* Mit Wohnung. † Zur Zeit Behälter mit 250 m ³ .

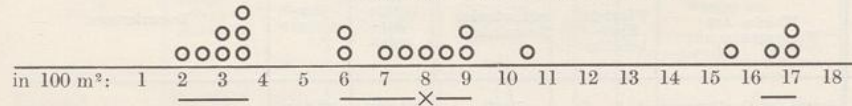
Gruppentabelle.

Wasserwerk.

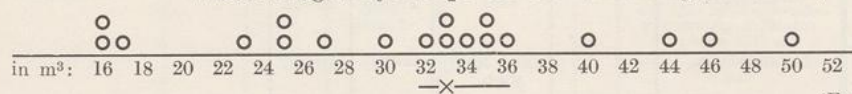
Grundstücksfläche (19 Städte).



Bebaute Fläche (20 Städte).



Wasserabgabe je Kopf der Bevölkerung (19 Städte).



(Fortsetzung S. 155.)

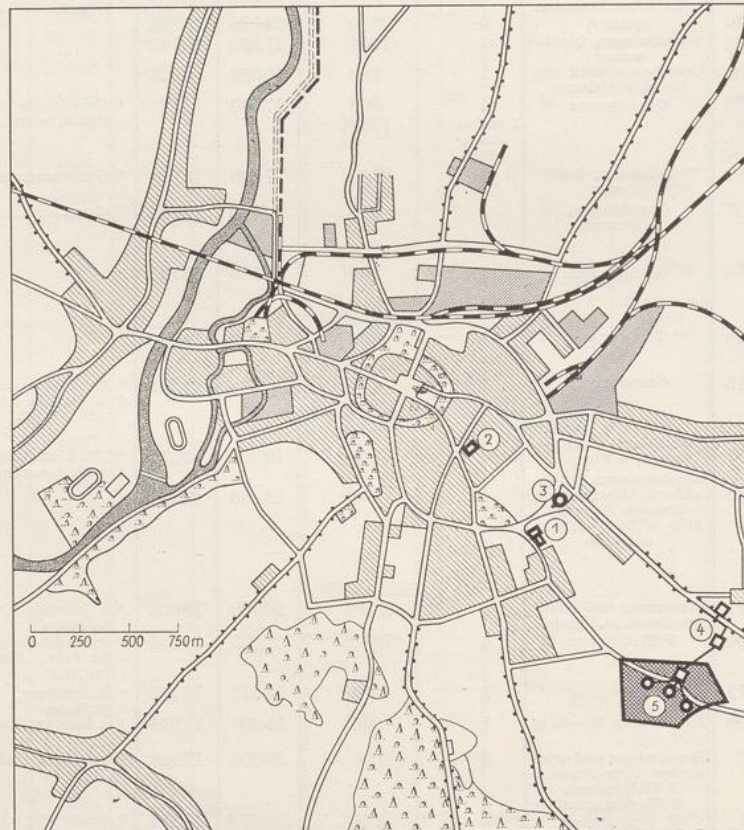
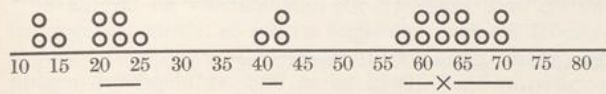


Abb. 139. Wasserwerk Bunzlau.

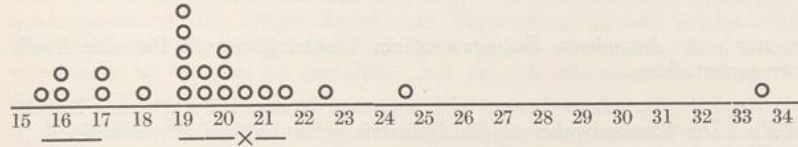
1 Altes Wasserwerk, 2 Quellbrunnen, 3 altes Bohrloch, 4 Hochbehälter, 5 Brunnen, 6 Schutzgebiet,
7 bebautes Wohngebiet, 8 bebautes Industriegebiet.

(Fortsetzung von S. 154.)

Angeschlossene Haushalte in Hunderten (21 Städte).



Versorgte Personen in Tausenden (22 Städte).



Rohrleitungen (20 Städte).

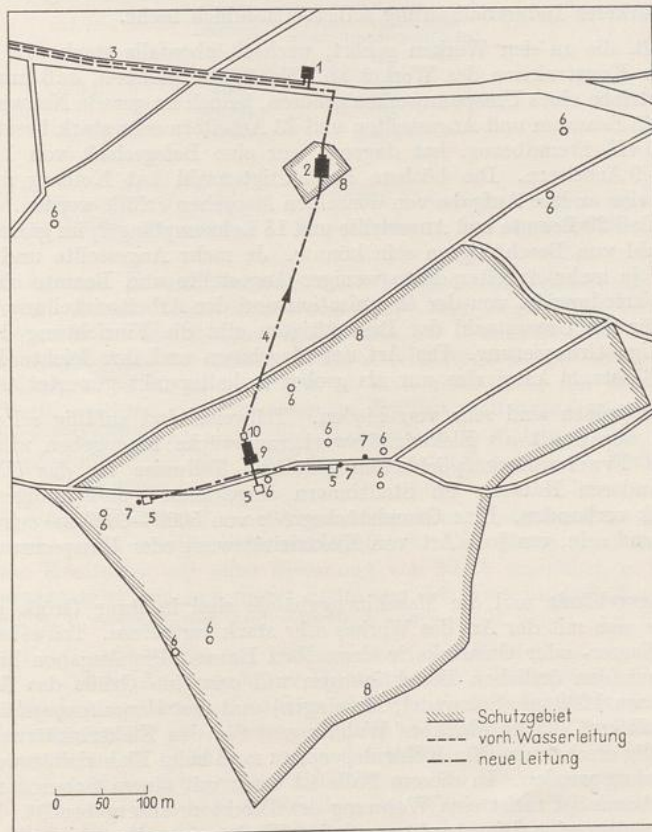
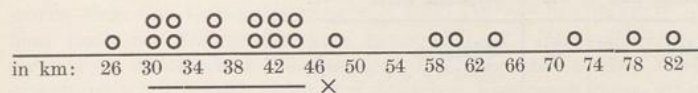


Abb. 140. Wasserwerk Bunzlau. Lageplan.

1 Alter Hochbehälter, 2 neuer Hochbehälter, 3 ——— alte Wasserleitung, 4 ——— neue Wasserleitung, 5 □ Brunnen,
6 ○ Bohrlöcher, 7 • Probebohrung, 8 Schutzgebiet, 9 Entsäuerungsanlage, 10 Wassermesser.

14. Elektrizitätswerk.

18 Städte haben die Anfrage über das Elektrizitätswerk beantwortet. Die Werke sind zum großen Teil keine eigentlichen Elektrizitätswerke, sondern nur Umspannwerke, also Transformatorstationen.

59 vH der untersuchten Städte haben	100 vH Fremdbezug
18 „ „ „ „ „	90 „ „
5,5 „ „ „ „ „	70 „ „
12 „ „ „ „ „	25 „ „
5,5 „ „ „ „ „	17 „ „

Es lohnt sich also nur *unter besonderen Bedingungen* ein Elektrizitätswerk für eine Stadt von 20000 Einwohnern zu errichten.

Die **Stromabgabe** je Kopf der Bewohner bewegt sich zwischen 76 und 170 kWh, der Durchschnitt beträgt 103 kWh. Die Stromabgabe an die Industrie schwankt selbstverständlich je nach dem gewerblichen oder andersgearteten Charakter der Stadt sehr.

Höchster Wert	vH	Niedrigste Werte	vH
Bunzlau . . .	70	Meiningen . .	15
		Kempten . . .	16

Der Gesamtjahresverbrauch für eine Stadt von 20000 Einwohnern beträgt etwa 2,5 Mill. kWh (Prenzlau), bei stärkerer Industrialisierung selbstverständlich mehr.

Die **Belegschaft**, die zu den Werken gehört, wechselt ebenfalls stark. Es kommt hierbei auf die technische Konstruktion des Werkes an. Man sollte glauben, daß am wenigsten Beschäftigte zum Betriebe eines Umspannwerkes gehören, jedoch ist gerade Neuwied trotz 100 vH Fremdbezug mit 35 Beamten und Angestellten und 23 Arbeitern sehr stark besetzt. Neustettin, mit ebenfalls 100 vH Fremdbezug, hat dagegen nur eine Belegschaft von 14 Beamten und Angestellten und 9 Arbeitern. Die höchste Beschäftigtenzahl hat Kolberg mit 72/52. Hier muß jedoch noch eine andere Aufgabe von denselben Menschen erfüllt werden. Im allgemeinen kann man sagen, daß **20 Beamte und Angestellte und 15 Lohnempfänger**, im ganzen 35, vielleicht die normale Anzahl von Beschäftigten sein könnte. Je mehr Angestellte und Beamte, desto weniger Arbeiter, je mehr Arbeiter desto weniger Angestellte und Beamte sind im Betriebe notwendig. Die Verteilung ist von der Organisation und der Arbeitseinteilung abhängig. Den Hauptausschlag für die Gesamtzahl der Beschäftigten gibt die Einrichtung des Werkes und seine arbeitsgünstige Gruppierung. Die Art der Maschinen und ihre leichte Bedienung usw. Die angegebene Richtzahl kann also nur als grober Anhaltspunkt gewertet werden.

Die **Grundstücksgrößen** sind sehr verschieden. Teilweise sind zufällig sehr große Grundstücke im Besitz der Stadt als Elektrizitätswerkgrundstücke hergegeben worden. Man hat besonders an die Erweiterungsmöglichkeiten gedacht. Teilweise ist das Elektrizitätswerk auch zwischen anderen Häusern im Stadtinnern eingeklemmt und infolgedessen nur ein kleines Grundstück vorhanden. Eine Grundstücksgröße von **5000—6000 m²** wird nach unserer Meinung ausreichend sein, um jede Art von Elektrizitätswerk oder Umspannwerk dort unterzubringen.

Die **Verwaltungsgebäude** und die Maschinengebäude sind in ihrer Größe sehr schwer zu beschreiben, da sie sich mit der Art des Werkes sehr stark verändern. Teilweise liegt auch die Verwaltung der Wasser- oder Gaswerke in demselben Hause. Die Angaben hierfür sind mitunter unklar. Nach den örtlichen Besichtigungen will uns eine Größe des *Maschinenhauses mit Nebenräumen von 1200 m²* (Salzwedel, Meiningen) und des *Verwaltungsgebäudes mit Wohlfahrtsräumen von 250 m² Fläche* (darüber Wohnungen) für das Elektrizitätswerk ausreichend und nicht übermäßig erscheinen. Ein Kohlenlagerplatz muß beim Elektrizitätswerk (mit Kohlegrundlage) vorgesehen werden. In diesem Falle ist auch mit einem Schornstein zu rechnen. Im Verwaltungsgebäude ist meist eine Wohnung des Direktors untergebracht. Häufig ist aber auch für den Verwalter eine Dienstwohnung beim Werk vorgesehen.

Über die Zahl der *angeschlossenen Haushaltungen* läßt sich leider nichts Genaueres sagen. Im allgemeinen sind jedoch für fast alle Häuser Hausanschlüsse vorhanden. Nur ganz entlegene

Grundstücke haben zuweilen keinen Anschluß. Die meisten Elektrizitätswerke oder auch Umspannwerke haben versucht, auch die umliegenden Dörfer und Gemeinden, soweit es irgend geht, ebenfalls mit Strom zu versorgen.

Während im vorstehenden ein Überblick über die vorhandenen Anlagen, soweit es möglich ist, gegeben wurde, so soll im folgenden noch ein *Hinweis auf neue Planungsgrundsätze* gegeben werden. Gerade auf dem Gebiete der Elektroversorgung werden laufend immer weitere Neuerungen durchgeführt, und es ist hier besonders nötig, weitzblickend zu sein und die Vorteile der Elektroversorgung für Haushalt und Betrieb zu erkennen. Es kann kaum damit gerechnet werden, daß in neuen Siedlungen oder Städten die Gasversorgung durchgeführt wird, wenn nicht gerade durch die Industrie ein billiges Abgas entsteht. Wenn hierfür wie zur Warmwasserbereitung der billige Nachtstrom Verwendung findet, werden überhaupt erst unsere Elektrizitätswerke richtig, d. h. auch zur Nachtzeit ausgenutzt. Erst dann ist die Elektrizitätsversorgung so rentabel zu gestalten, daß sie sich allgemein als Eigenversorgung den Markt erobern wird.

Für 20000 Einwohner kommt bei normaler Verbrauchsziffer eine beanspruchte Höchstleistung von etwa 2000 kW in Frage, d. h. je Abnehmer etwa 150—400 W, da etwa 6000 Haushaltungen zu versorgen sind. Man rechnet bei gewöhnlichen Haushaltungen 150—200 W je Haushalt, bei vollelektrischen Betrieben etwa 400 W je Haushalt. Bei 400 W würde sich eine Gesamtleistung von 2000 kW ergeben (5000 Haushaltungen). 1000 kW würde man noch als Sicherheitsfaktor hinzuschlagen. *Für vollelektrische Haushalte würde sich die gesamte zu installierende Leistung auf 3000 kW erhöhen.* Die Wirtschaftlichkeit für die Stromerzeugung muß jeweils unter den örtlichen Voraussetzungen eingehend geprüft werden. Über die bebaute Fläche von Steinkohlen-Dampfkraftwerken mögen die folgenden Unterlagen dienen:

Leistung kW	bebaute Grundfläche (nicht Grundstücksfläche)
	m ²
2000	400
10000	700
75000	5000

Der Jahresstromverbrauch in Städten von 20000 Einwohnern ergibt sich im Durchschnitt aus 21 Städten ein Mittel zu 230 kWh je Abnehmer. Die mittlere Zahl der Abnehmer betrug 6200.

Bei Anschluß an eine Überlandzentrale wäre lediglich ein Transformatorengebäude für 3000 kW notwendig. Dieses Transformatorengebäude liegt wegen der Verteilungsleitungen am günstigsten mitten in der Stadt, zumal es sehr klein ist. Jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Hochspannungsleitung bis zum Gebäude durchgeführt werden muß. Handelt es sich hierbei um Freileitungen, so ist zu überlegen, ob man nicht lieber das Transformatorenwerk am Rande der Stadt errichtet, um die störenden Freileitungen wenigstens im Stadtgebiet zu vermeiden. Selbstverständlich ist auch eine Verkabelung in einigen Fällen denkbar, so daß die Hochspannungsleitung unter der Erde bis zum zentral gelegenen Umspannwerk führt. Verkabelung ist allerdings teuer.

Die Verteilung von Transformatorenstationen und deren Platzbedarf ist in dem Stadtplan für eine vorhandene Stadt beispielsweise durchgeführt. Der Strom wird danach von einem auswärts gelegenen Kraftwerk mit einer Spannung von 30 kV zugeführt, in einem Umspannwerk auf 6 kV umgespannt und mit dieser Spannung den Verteilungsstationen zugeführt, in denen er auf 220/380 V umgespannt und von dort aus verteilt wird.

Man muß die Kraftwerke wegen der weiterschreitenden Elektrifizierung immer verhältnismäßig groß anlegen. Da die Anwendung der Elektrizität im Kleinbetrieb beim Bauern und im Haushalt immer stärker zunimmt. Sobald es sich um Elektrizitätswerke handelt und nicht um Transformatorenstationen, ist selbstverständlich ein Wasser- und Gleisanschluß am günstigsten. Der Wasseranschluß nicht nur wegen der billigen Zufuhr der Kohle, sondern besonders für die im großen Maße gebrauchten Kühlwasser. Bei Wasserknappheit kann man evtl. mit Kühltürmen arbeiten, in denen immer dasselbe Wasser durch Luftstrom gekühlt und wieder benutzt wird. Ein Umspannwerk ist von seiner Verkehrslage ziemlich unabhängig, nur der Herantransport des Transformators selbst muß möglich sein. Während des Betriebs ist eine Anfuhr von Materialien nicht zu erwarten.

Als Beispiel für ein Elektrizitätswerk wird die Anlage in Prenzlau (Abb. 141 u. 142) durch einen Lageplan wiedergegeben. Nördlich anschließend auf demselben Grundstück befindet sich ein Gaswerk, dessen Gleisanschluß vom Elektrizitätswerk mitbenutzt wird.

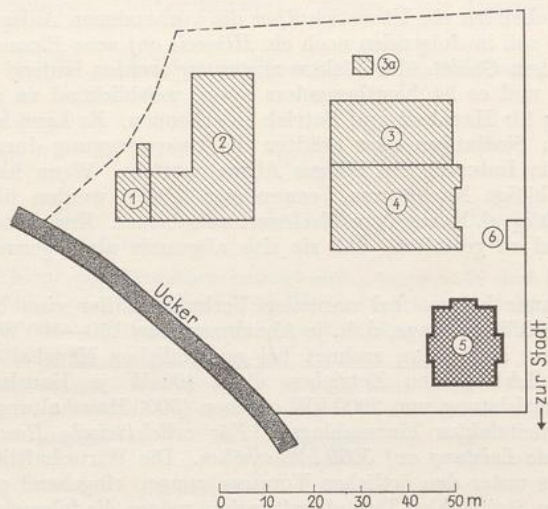


Abb. 141. Elektrizitätswerk in Prenzlau.

1 Uhrenhaus, 2 Apparatehaus, 3 Kesselhaus mit Schornstein (3a), 4 Maschinenhaus, 5 Verwaltung, 6 Pfortner.



Abb. 142. Elektrizitätshauptverteilungsnetz in Greifswald.

1 Umspannwerk 30/6 kV, 2 Verteilerstationen 6 kV, 200 kVA (in dichter bebautem Gebiet), 3 Verteilerstationen 6 kV, 100 kVA (in den weiträumiger bebauten Gebieten).

Materialtabelle.
Elektrizitätswerke.

Stadt	Ein- wohner	1	2	3	4		5	6	7	8	9	10		
		Grund- stücks- fläche m²	Verwaltungsgebäude		Be- schäf- tigte*	Abgabe an Kopf der Bevöl- kerung kWh	Abgabe an Industrie	An- geschlos- sene Ein- wohner	vH Fremd- bezug	Gleis- an- schluß	Noch andere Elektri- zitäts- werke			
			bebaute Fläche m²	Fläche aller Ge- schosse, Treppen und Flure m²								G	L	
Neuwied	21540	1740	926	751	35	23	170	55 vH	—	100	nein	nein		
Itzehoe	20912	4300	1140	312 ¹	22	14	143	52 vH	22000	97	„	„		
Bitterfeld	23000		Überlandwerk				122	44 vH	6462	100	—	—		
Kolberg	33735	5400	1750	2350	72	52	84	796 kWh	293	9044	70,6	nein	nein	
Kempten ²	26473	6550	Verwal- tungs- gebäude 550 4750	552	30	19	170	16 vH	22000	17	„	„		
Lauenburg	18962	9400 ³	330 ³ Verwal- tungs- gebäude 203	580 ³	12	8	53	—	19000	100	ja	„		
Meiningen	18833	13603	1162 Verwal- tungs- gebäude 725	—	31	20	65	15 vH	7500	25	nein	„		
Braunsberg	15325	300	100	—	22	15	76	25 vH	20000	100	„	„		
Salzwedel ⁴	16123	11239	1118 Verwal- tungs- gebäude 484	950	25	8 ⁴	105	60 vH	16500	100	ja	„		
Bruchsal	16903	3700	785	— ⁵	13	11	153	49 vH	17000 ⁶	100	nein	„		
Güstrow	22464		Fremdstrombezug				7	15 ⁷	110	30 vH	20000	90	„	„
Neuruppin	21291		Fremdstrombezug ⁸				19	10	93	17 vH	4400	100	ja	„
Prenzlau	22357	6200	1600	s. Gas- werk	11	39	92	36 vH	5063	25	„	„		
Bunzlau	19625	Fernbezug Nieder- schles. E.-A.-G. Hirschberg	3 Trans- formatoren stationen 300 ⁹	— ⁹	25	17	150	70 vH	5600	100	—	—		
Neustettin	16078	—	—	—	14	9	70	60 vH	65 vH 10451	100	nein	nein		
Oelsnitz/Erzgeb.	16033	3000	insgesamt 500 Verwal- tungs- gebäude 125	170	22	10	150	40 vH	22000	90 ¹⁰	„	„		
Lörrach ¹¹	20041	2200	1000	1800	—	—	—	—	—	100	„	„		
Neustrelitz	19414	2550	624	—	10	20	—	—	—	—	—	—		

15. Gaswerk.

Obleich bei neuen Siedlungen im allgemeinen die Anlage eines Gaswerkes nicht in Frage kommt, da die Gasversorgung der Einwohner nur dann rentabel ist, wenn zufällig ein in der Nähe gelegenes Industriewerk verwendbare Abgase hat, so soll doch in diesem Abschnitt über die vorhandenen Gaswerke in bestehenden Städten etwas berichtet werden. Die Größe des

* G = Gehaltsempfänger; L = Lohnempfänger.

¹ Einschließlich Gas- und Wasserwerk. ² Die Daten stammen aus den Jahren 1925/26. ³ Einschließlich Gas- und Wasserwerk. ⁴ Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und Kanalwerk gemeinsam. ⁵ Gemeinsam mit Gaswerk. ⁶ Davon $\frac{2}{3}$ Haushaltungen. ⁷ Zusammen mit Gaswerk. ⁸ Auf dem Gaswerksgrundstück. ⁹ Siehe Gaswerk. ¹⁰ 10 vH wird zur Abdeckung der Spitze selbst erzeugt. Spitzenlast 1150 kVA. Abdeckung durch Dampfsatz 450 kVA. ¹¹ Transformatorenanlage.

Werkes hängt von der Art der Anlage ab, und zwar handelt es sich darum, ob ein Kammerofensystem oder ein Retortensystem verwandt wird, ob Aufbereitungsanlagen für Derivate und Rückstände vorzusehen sind. Die baulichen Anlagen, wie Öfen, Kohleaufbereitungsanlage und Gasometer sind nicht eng aneinander zu bauen, sondern möglichst locker anzuordnen, um bei Explosionen die Feuerverbreitungsgefahr möglichst herabzusetzen.

Die Lagerflächen für Kohle und Koks betragen etwa 400—500 m². Von 20 Städten sind von den städtischen Gaswerken Angaben eingegangen (s. Materialtabelle).

Die Auswertung der zum Abdruck gebrachten Materialtabelle sieht folgendermaßen aus:

Grundstücksfläche. Aus 19 Städten ist hierfür eine Auswertung möglich. Es fällt aus: Bunzlau, da mit Wasser- und Elektrizitätswerk vereinigt. Der Höchstwert für 20000 Einwohner tritt auf bei Lörrach mit etwa 19000 m², der Mindestwert bei Bad Homburg mit 2300 m². Lörrach schreibt auf unsere Anfrage:

„Bei unserem Werk handelt es sich nicht um ein solches für eine Stadt von 20000 Einwohnern, sondern um ein Werk für ein Versorgungsgebiet mit über 80000 Einwohnern. Somit ist die Ihnen angegebene Zahl von 76 Beschäftigten, davon 50 Lohnempfänger, erklärlich.“

Material- Gas-

Stadt	1 Grund- stücks- fläche m ²	2 Bebaute Fläche m ²	3 davon Ver- waltungs- gebäude m ²	4 Fläche aller Geschosse einschl. Treppen und Flure des Ver- waltungs- gebäudes m ²	5 Be- schäftigte insgesamt	6 davon Lohn- emp- fänger	7 Ab- nahme je Kopf der Be- völke- rung m ³	8 Abnahme je versorger Einwohner m ³	9 An- geschlos- sene Haus- haltungen
Güstrow	9976	3400	182	630	45	38	Verkauftes Gas* 72		5200
Bad Homburg	3849	1190	314	177 ?	32	23	70	378	3658
Kolberg	20400	5800	420*	1680*	69	64	66,19	—	6725
Wesel	5901	5901	240	374	26	21	45	—	3500
Neuwied	4873	1544	175	751	29	17	105	150	4400
Lörrach	19010	4718	294	1175	76	50	58	92	13505
Kempten	14820	4330	1600 ?	353 ?	43	27	65	—	5315
Neuruppin	14328	2741	251*	251*	40	29	124	Abnahme je Messer 505	5800
Lauenburg	9400*	1600	203†	—	25	21	54	62	2700
Meiningen	8195	2200	—	—	42	36	40	—	3670
Itzehoe	12000	2100	220	220	38	29	108	—	6200
Idar-Oberstein	9070	4000	500	300	37*	27*	62	90	3700
Braunsberg	12000	3000	200	200	34	27	46	80	2100
Salzwedel	10273	1632	—*	—*	27*	12*	50	56	2720
Bruchsal	14380	3827	365*	365*	41	36	—	106	4500
Prenzlau	6600	2340	228	360	60	35	50	je Haushalt: 300	3200
Bunzlau	20000*	3500*	370*	645*	33	24	(Erzeugung: 1740260 m ³) 88,5	—	Gasmesser: 5830 Haus- anschluß: 2180 5818
Mittweida	11810	2725	176*	880*	31	23	54	71	5124
Neustettin	14900	1473	—	648	22	16	44	—	2800
Lahr	8654	1770	77	110	18	13	73	95	3556

Bad Homburg teilt mit:

„... daß wir seit 1913 keine eigene Gaserzeugung mehr haben und aus diesem Grunde mit der kleinen Fläche für Verwaltungsgebäude, Werkstätte und Gasbehälter zurechtkommen. Seit 1913 beziehen wir das Gas von der Hessen-Nassauischen Gas A.-G. in Höchst a. M.“

Die meisten Städte haben Grundstücksflächen von 14000—6000 m². Es ergibt sich hieraus ein Anhaltswert als Richtgröße von 8900 m². Dieser Wert wurde an drei weiteren Städten noch kontrolliert, diese 3 Städte ergaben einen Durchschnittswert von 7920 m². Man kann also die angegebene Faustgröße als einigermaßen zutreffend bezeichnen.

Bebaute Fläche. Hierfür sind die Angaben von 18 Städten verwendbar. Es fielen aus: Wesel, wegen unklarer Angabe, Bunzlau, weil mit Wasser- und Elektrizitätswerk vereinigt. Der Höchstwert liegt wieder bei Lörrach mit 4700 m², der niedrigste Wert bei Bad Homburg mit 1190 m² (auf 20000 umgerechnet, Erklärungen geben die oben angeführten Zeilen). Die meisten Städte haben zwischen 2000 und 3500 m². Eine bebaute Fläche von 2300 m² scheint durchaus möglich. Hierbei sind an sich die Maschinenanlagen, die Behälter und das Verwaltungsgebäude alles zusammen als bebaute Fläche anzusehen.

tabelle.

werke.

8	9	10		11	Ein- wohnerzahl	Bemerkungen
Rohr- leitungen	Nach welcher Methode wird Gas fabriziert?	Wie- viel Be- hälter?	Wieviel Rauminhalt?	Anzahl der versorgten Personen		
m			m ³			
42421	trockene Destillation im Horizontal-Kammerofen	2	(1000 + 4000) 5000	19000	22464	* Etwa 80 vH Straßenbeleuch- tung.
50859	Ferngasbezug	1	6000	13000	16840	
45648	nasse Steinkohlenentgasung in Großraumöfen	2	7600	36845	33715	* Gemeinsames Verwaltungs- gebäude für Gas- und Was- serwerk.
40358	Fernversorgung	2	6600	16000	24596	
48000	Fernversorgung	1	10000	15000	21540	
259000	Concordia-Hütte, Bendorf	1	6000	51300	20041	
44967	Entgasung in Schrägkammer- öfen	2	(8000 + 2500) 10500	23900	26473	
49766	Vertikalkammeröfen	2	(6000 + 3000) 9000	unbekannt	21291	* Gemeinsam Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk.
25000	Horizontal-Kleinkammeröfen und Goffin-Verfahren	2	3000	17500	18962	* Einschließlich Elektrizitäts- werk. † Einschließlich Elektrizitäts- und Wasserwerk.
46000	Kammerofen Dr. C. Otto & Co., Bochum	2	9000	4000 ?	18833	
72491	Vertikalkammerofen	1	10000	22000	20912	
44000	Vertikalkammerofen	3	6500	16000	22540	* Einschließlich Wasserwerk.
21000	Steinkohlengas-Vertikalkam- merofen in Trockendestillation	2	(2000 + 600) 2600	12000	15325	
25531	Steinkohlengas-Vertikal- kammerofen mit Dampfung	2	(2000 + 800) 2800	15000	16123	* Gemeinsam mit Elektrizitäts-, Wasser-, Kanalwerk.
31000	Vertikalkammeröfen, Trockne Destillation	1	5000	—	16903	* Einschließlich Wasser- und Elektrizitätswerk.
27800	Horizontal-Kammeröfen	1	5000	—	22357	Gesamterzeugung 1,3 Mill. m ³ , davon an Industrie 54000 m ³ = 4,3 vH.
46315	Vertikal-Kammeröfen	3	7000	20000	19625	* Zusammen mit Wasser- und Elektrizitätswerk.
37310	Vertikal-Kammeröfen	2	4800	15372	19128	* Mit Wasserwerk zusammen.
35500	Vertikal-Kammeröfen	2	1800	12000	16078	
30000	Goffin-Verfahren	2	5800	13200	16807	

Feder, Die neue Stadt.

Verwaltungsgebäude, bebaute Fläche. Hierfür waren Angaben von 10 Städten auswertbar. Die Angaben bewegen sich zwischen 77 und 500 m². Die meisten Städte haben zwischen 200 und 300 m² angegeben, so daß uns eine bebaute Fläche von etwa 250 m² als Richtzahl richtig erscheint.

Beschäftigte. Hierfür sind die Angaben von 18 Städten auswertbar (Idar-Oberstein und Salzwedel fielen aus, weil die Anlagen mit Wasser- und Elektrizitätswerk kombiniert sind). Die Zahl der Beschäftigten schwankt nach der Art der Fabrikation sehr stark. Der Höchstwert bei Güstrow beläuft sich auf 82 Beschäftigte (davon 62 Lohnempfänger). Der Mindestwert tritt auf bei Lahr mit 18 Beschäftigten (davon 13 Lohnempfänger). Als Richtwert könnte man hier 30 Beschäftigte, davon etwa 20 Lohnempfänger, ansetzen.

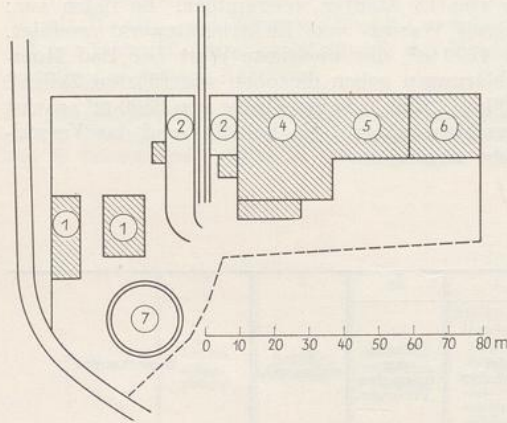


Abb 143. Gaswerk Prenzlau.

1 Schuppen, 2 Rampe, 3 Anschlußgleis, 4 Ofenhaus, 5 Kohlenlager, 6 Werkstatt, 7 Gasbehälter.

Gasabgabe je Kopf der Bevölkerung. Hierfür haben 19 Städte Angaben gemacht. Der Höchstwert tritt auf bei Neuruppin mit 124 m³ im Jahr, der Mindestwert zeigt sich bei Neustettin mit 44 m³ je Kopf im Jahr. Diese Zahlen sind außerordentlich schwankend, da die Gasversorgung wie schon gesagt, von dem Anfall des Gases als Nebenprodukt abhängig ist. Aber auch die Notwendigkeit der Gasfabrikation als Energiequelle für ein Industriewerk führt häufig zur Versorgung der Einwohner des Ortes mit Gas, um die Produktion des Gases rentabler zu gestalten. Eine durchschnittliche Abgabe von 65 m³ je Kopf der Bevölkerung im Jahr kann man als Faustwert gelten lassen. Die nachträglich eingegangenen Resultate von weiteren 3 Städten ergaben übrigens einen Durchschnittswert von etwa 61,5 m³ je Kopf im Jahr.

Angeschlossene Haushalte. Die Angaben von 19 Städten konnten ausgewertet werden. Es fiel aus: Lörrach wegen unklarer Angaben. Der Höchstwert liegt bei Itzehoe mit 6200 Haushaltungen, der Mindestwert bei Braunsberg mit 1370 Haushaltungen auf 20000 Einwohner. Als mittleren Wert für die Anzahl der angeschlossenen Haushaltungen kann man 4130 annehmen.

Rohrleitungslängen. Hier sind 19 Städte auswertbar. Lörrach fällt aus, der Höchstwert liegt bei Itzehoe mit 72491 m und der Mindestwert bei Braunsberg mit 21000 m. Die Hälfte der Städte haben 40000 m. Als Faustwert kann 45000 m gelten.

Methode der Gasfabrikation. 17 Städte ausgewertet. Bei Lörrach fehlt die Angabe, Bad Homburg und Wesel haben Ferngasbezug. Etwa 53 vH der Städte arbeiten mit Vertikal-Kammeröfen, die übrigen mit anderen Fabrikationsmethoden.

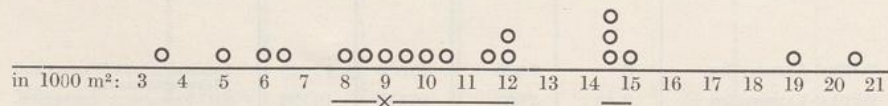
Behälter. Die Angaben von 220 Städten schwanken zwischen 1 und 3 Behältern. 12 Städte haben 2 Behälter. Man kann also 2 Behälter ansetzen. Die Größe der Behälter schwankt zwischen 1300 und 6000 m³. Behälter von 5000 m³ sind recht häufig und können als normal gelten.

Bemerkung. Es wird noch darauf hingewiesen, daß etwa 40 vH der Gaswerke mit den anderen Einrichtungen, Wasser- und Elektrizitätswerk einzeln oder mit beiden zusammenliegen. Wir bringen als Beispiel das Gaswerk in Prenzlau (Abb. 143).

Gruppentabelle.

Gaswerke.

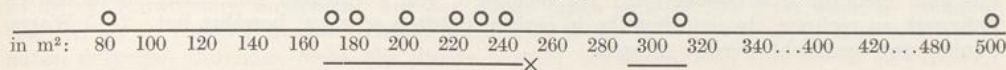
Grundstücksfläche (19 Städte).



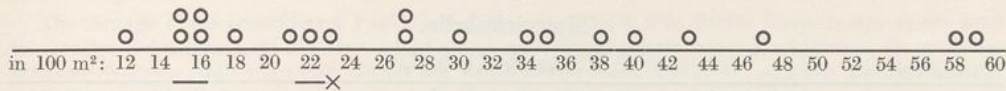
(Fortsetzung S. 163.)

(Fortsetzung von S. 162.)

Bebaute Fläche, Verwaltungsgebäude (10 Werke).



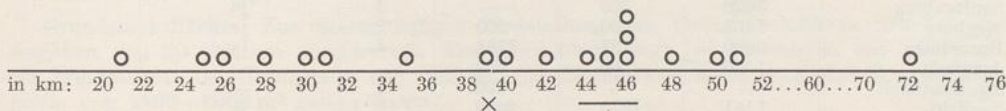
Bebaute Fläche insgesamt (20 Städte).



Personal (18 Werke),



Rohrleitungen (19 Werke).



16. Städtischer Wirtschaftshof.

Zur Ermittlung des ungefähren Umfangs eines städtischen Wirtschaftshofs für eine Stadt von 20000 Einwohnern konnten die Angaben von 19 Städten ausgewertet werden (s. Materialtabelle). Der städtische Wirtschaftshof beherbergt im allgemeinen den städtischen Fuhrpark. Falls eigene Straßenreinigung in der Stadt vorhanden ist, ist der hierzu nötige Fuhrpark im Wirtschaftshof untergebracht. Auch die sonstigen Personenkraftwagen, z. B. für den Bürgermeister, sind auf dem städtischen Wirtschaftshof stationiert. Der Fuhrpark für die städtische Müllbeseitigung, falls eine solche durchgeführt ist, hat häufig ebenfalls sein Quartier im städtischen Wirtschaftshof. Häufig dienen die Wirtschaftshöfe in den Städten auch zur Lagerung von Baumaterialien aller Art. In 3 Städten von den untersuchten 19 ist kein besonderer Wirtschaftshof eingerichtet.

Grundstücksfläche. Von 23 Städten tritt der Höchstwert des Grundstücks auf in Straubing mit 12354 m². Auch Bad Homburg hat ein sehr großes Grundstück für diesen Zweck in Benutzung (11800 m²). Der kleinste Wert tritt auf in Siegburg mit 1400 m². Am häufigsten findet sich eine Grundstücksgröße von etwa 4000—5000 m². Als Richtwert kann man ungefähr 4500 m² bei der Neuplanung benutzen.

Bebaute Fläche (24 Städte). Die bebaute Fläche unterliegt größeren Schwankungen. In vielen Städten ist die Motorisierung nur bis zu einem gewissen Grade durchgeführt. Man hilft sich häufig dadurch, daß man für die städtischen Fuhren einen Privatunternehmer zeitweilig heranzieht. Der Höchstwert liegt hier bei Kempten mit 2250 m². Eine sehr kleine bebaute Fläche weist Osterode mit 168 m² auf. Unter Berücksichtigung der Entwicklung kann man eine bebaute Fläche von etwa 800 m² zugrunde legen. Dies hängt jedoch sehr davon ab, zu welcher Art von Straßenreinigung und Müllabfuhr man sich entschließt (s. dort).

Fläche aller Geschosse. Von 15 Städten weist Kempten mit 3200 m² den Höchstwert auf. Am wenigsten Nutzfläche einschließlich Treppen, Flure usw. findet sich in Bg.-Gladbach mit 220 m². Man kann annehmen, daß es sich im allgemeinen um eingeschossige Bauten handelt, bei denen nur eine Wohnung für den Platzmeister über einem der Gebäude im 2. Geschöß angeordnet ist. Eine Gesamtnutzfläche von etwa 1000—1100 m² wird ausreichend sein.

Fuhrpark. Von 20 Städten haben 60vH einen motorisierten Fuhrpark. 15vH der Städte arbeiten nur mit Pferdefuhrwerken. 25 vH besitzen einen teilweise motorisierten Fuhrpark. Für eine moderne Stadtanlage wird vorgeschlagen, von vornherein mit einem motorisierten Fuhrpark zu rechnen, da sich derselbe in einigen Städten sehr gut bewährt hat. 2—5 Wagen werden untergebracht werden müssen.

Die Gruppentabelle zeigt nur in den Sparten „Grundstücksfläche“ und „Bebaute Fläche“ starke Neigung zur Gruppenbildung.

Materialtabelle.

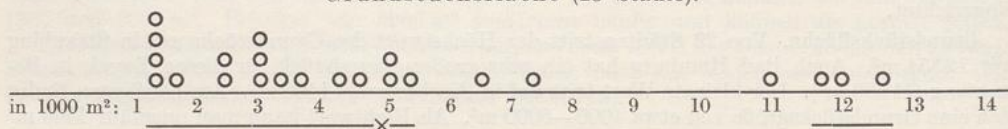
Wirtschaftshof.

Stadt	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse m ²	Be- schäftigte	Motorisiert?	Bemerkung
Zweibrücken	12100	1108	—	4	teils M., teils Pf.	
Osterode	1600	168	148	10	ja	
Wernigerode	10900	2000	2000	—	Pferde	5 Lagerplätze
Heidenheim	5249	636	—	—	ja	
Wismar	3100	280	280	2	teils M., teils Pf.	
Fulda		mit Bauamt im Rathaus			teils M., teils Pf.	
Eilenburg	1722	566	2322	—	Motor	
Sonneberg	3186	323	300	2	Motor	
Kempten	6600	2250	3200	5	Motor	
Salzwedel	4126	320	320	1	—	
Idar-Oberstein	320	100	—	—	—	
Senftenberg	3620	360	—	5	ja	
Siegburg	1400	600	900	2	ja	
Rosenheim	2400	738	1188	4	ja	
Arnstadt	1500	200	400	—	—	
Bg.-Gladbach	—	—	220	1	—	
Saalfeld	7161	1970	2200	10	ja	
Lippstadt	—	325	325	—	—	
Rastenburg	3000	400	—	1	nein	
Straubing	12354	1552	2404	6	teils Pf., teils M.	
Lörrach	4575	1410	1590	4	teils Pf., teils M.	
Neustettin	3000	300	300	1	ja	
Sorau	5077	1635	1850	1	nein	
Bad Homburg	11800	400	480	—	—	
Wesel	4500	600	1000	—	ja	
Freising	2400	800	1200	—	—	
Bunzlau	1411	432	600	—	ja	

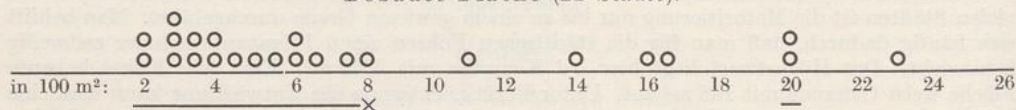
Gruppentabelle.

Städtischer Wirtschaftshof.

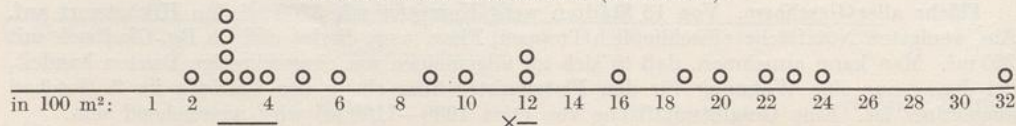
Grundstücksfläche (23 Städte).



Bebaute Fläche (24 Städte).



Fläche aller Geschosse (20 Städte).



17. Schlacht- und Viehhof.

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Größe sind 21 städtische Schlachthöfe in Orten von rd. 20000 Einwohnern untersucht worden. Dabei ergab es sich, daß zwar auch in kleineren Städten bis zu 10000 Einwohnern abwärts mitunter schon *Schlachthöfe* vorhanden sind. Doch haben deswegen durchaus nicht alle Städte unserer Größenordnung eine solche Einrichtung, sondern nur diejenigen, in welchen ein Schlachthofzwang für die Schlächtermeister eingeführt ist. Es ist jedoch erforderlich, daß bei der Neuplanung einer Stadt ein Schlachthof von vornherein vorgesehen wird.

Die Anlage eines besonderen *Viehhofs* ist für eine Stadt von 20000 Einwohnern meist kein dringendes Erfordernis, da die Tiere nicht sehr lange lebend gehalten werden müssen. In größeren Städten dagegen muß man sich durch die Einrichtung eines Viehhofes gewisse Ausgleichsmöglichkeiten in der Nahrungsversorgung schaffen. Viehhöfe in so kleinen Städten treten zumeist nur in Gegenden auf, in denen eine starke Viehproduktion vorherrscht. Die Tiere werden dann hier aus der Umgebung gesammelt und mit der Bahn in die bevölkerungsreichen, lebensmittelarmen Industriegebiete versandt.

Lage. Die günstigste Lage des Schlachthofs in einem Stadtwesen ist die Nähe des Güterbahnhofs. Wie dieser soll der Schlacht- und gegebenenfalls auch der Viehhof an der äußersten Peripherie der Stadt, und zwar auf ihrer windabgekehrten Seite liegen, also der in Deutschland vorherrschenden westlichen Windrichtung entsprechend im Osten, damit die Geruch- und Geräuschbelästigungen möglichst wenig in Erscheinung treten.

Eine Zusammenlegung des Schlachthofes mit den anderen öffentlichen Versorgungseinrichtungen, z. B. mit dem Wasserwerk, Gaswerk, Elektrizitätswerk oder auch dem städtischen Wirtschaftshof, ist erstrebenswert.

Grundstücksfläche. Zur überschlägigen Feststellung der Grundstücksfläche wurden die Angaben von 20 Städten ausgewertet. Der Höchstwert liegt bei Rosenheim mit 17050 m², der Mindestwert bei Braunsberg mit 1665 m². Als Normalwert kann man eine Grundstücksgröße von 7800—8000 m² gelten lassen.

Bebaute Fläche. Die bebaute Fläche auf dem städtischen Schlachthofgelände wurde aus 20 Städten ermittelt. Sie wechselt selbstverständlich mit der Art der technischen Einrichtungen und mit dem Verarbeitungssystem, das der Anlage zugrunde liegt. Den Höchstwert an bebauter Fläche zeigt Siegburg mit 3120 m². Die städtische Schlachthofverwaltung Siegburg teilte uns auf unsere Anfrage mit, daß der dortige Schlachthof in der Tat relativ sehr groß sei, da er allein 11 Lagerräume hat, dazu „eine sehr geräumige Kaldaunenwäscherei, eine im Verhältnis zu den Schlachtungen viel zu große Schweine-Schlachthalle und 3 Dienstwohnungen. Hinzu kommt der Umstand, daß wegen des Grundwasserstandes, ausgenommen in den Dienstwohnungen, keine Kellerräume gebaut worden sind“.

Der Mindestwert liegt bei Lippstadt mit nur 1000 m². Nach Mitteilung des Bürgermeisters ist der Schlachthof in Lippstadt veraltet und viel zu klein. Ein Neu- bzw. Erweiterungsbau ist geplant.

Als ausreichenden Normalwert kann man 2200 m² annehmen. Schlachthöfe dieser ungefähren Größe haben z. B. Neustettin (2240 m²), Rosenheim (2440 m²), Lörrach (2400 m²).

Nutzfläche. Die Nutzfläche ist aus den Angaben von 17 Städten ermittelt worden. Den Höchstwert weist Gummersbach mit 4000 m² auf und den Mindestwert Braunsberg mit 1065 m². Als Richtwert für die Nutzfläche aller Geschosse einschließlich Treppen, Flure usw. kann man etwa 2500 m² setzen.

Es handelt sich, wie aus einem Vergleich mit den bebauten Flächen hervorgeht, im allgemeinen um eingeschossige Hallen oder werkstattartige Anlagen, in denen nur geringe Teile ein zweites Stockwerk aufweisen. Zweigeschossig sind meist auch die Wächterbehausungen oder andere Dienstwohnungsbauten, die sich mitunter auf dem Schlachthofgelände vorfinden.

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte Grundstücksfläche bei geringer Einzelstreuung eine starke Gruppenbildung von 10 Einheiten zwischen 7000 und 8000 m². Der errechnete Durchschnitt fällt mit dem Schwerpunkt der Gruppe fast zusammen. Etwas größere Auflockerung findet sich in der Sparte bebaute Fläche. Doch bemerkt man auch hier eine deutliche Gruppe von 10 Einheiten zwischen 2000 und 2400 m². Der errechnete Durchschnitt liegt dicht hinter der stärksten Ballung. Die Sparte Nutzfläche dagegen ist verhältnismäßig stark gestreut, der angegebene Richtwert darum nur mit erhöhter Vorsicht zu verwenden.

Personal. Von 20 Städten konnten die Angaben ausgewertet werden. Als Richtwert darf eine Beschäftigtenzahl von 8—9 Personen gelten, einschließlich der oft nebenamtlich tätigen Fleischbeschauer.

Anzahl der Schlachtungen. Um einen ungefähren Begriff zu geben von der Leistung der Schlachthöfe wurden Auskünfte über die Anzahl der Schlachtungen eingeholt. Von 15 Städten lagen Angaben vor. Von diesen führt Neustrelitz mit 1175 Schlachtungen. Die kleinste Zahl weist Lippstadt mit 475 im Monat auf. Durchschnittlich kommen auf den Monat 900.

Bei Feststellung der monatlichen Schlachtungen nach Stückzahl spielt natürlich die Art der Tiere (Rinder, Schweine, Hammel) eine große Rolle. Über die Gewichtsmengen, die die

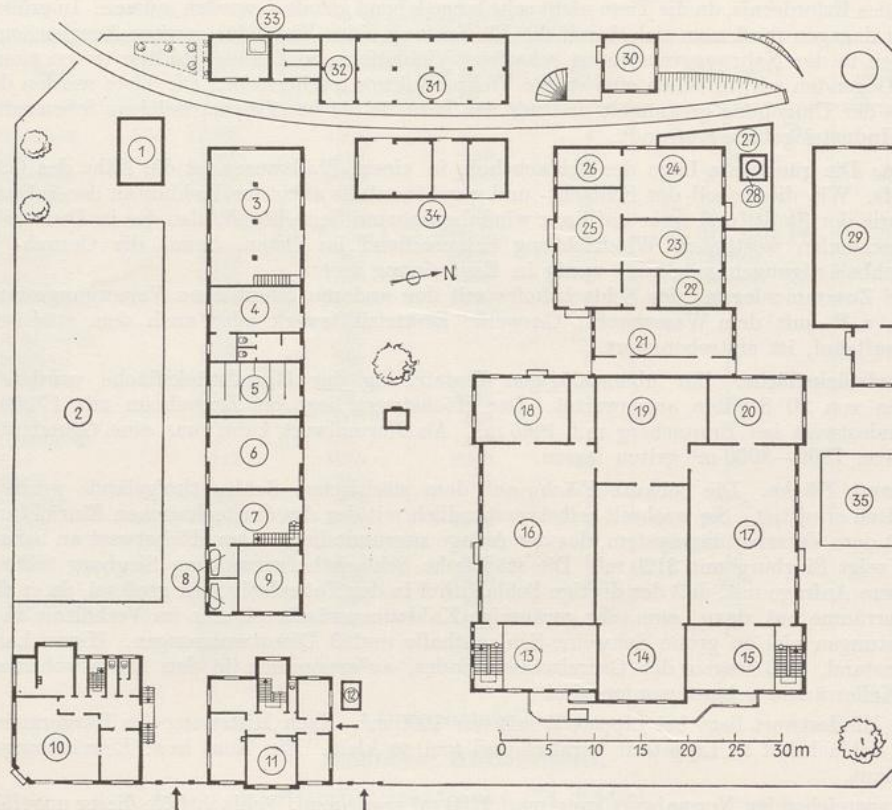


Abb. 144. Schlachthof Ravensburg.

1) Düngergrube, 2 Gemüsegarten, 3 Häutesalzerel, 4 Salzlager, 5 Pferdestall, 6 Stall für Groß- und Kleinvieh, 7 Ankleideraum, 8 Bäder, 9 Freibank, 10 Wirtschaft, 11 Verwaltung, 12 Waage, 13 Stallung für Kleinvieh, 14 Kühlraum, 15 Schweineställe, 16 Schlachthalle für Großvieh, 17 Schlachthalle für Kleinvieh, 18 Kaldaunenwäsche für Großvieh, 19 Vorkühlraum, 20 Kaldaunenraum für Kleinvieh, 21 Hackerei, 22 Eisdapot, 23 Eisgenerator, 24 Kesselhaus, 25 Maschinenraum, 26 Lagerraum, 27 Kohlenbunker, 28 Kamin, 29 Pöckehaus mit Vorraum, 30 Düngerhaus, 31 Wagenschuppen, 32 Autoschuppen, 33 Pferde- und Notschlachtereil, 34 Salzlager, 35 Waschplatte für Viehtransportwagen.

monatlichen Schlachtungen ergaben, sei es nun Lebendgewicht, sei es Schlachtgewicht, konnten wir irgendwelche Angaben nicht erhalten. Eine solche Berechnung würde zwar genauere Bestimmungen zulassen, aber immer noch erhebliche Schwankungen zwischen Höchst- und Mindestwert zeigen, da die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Gebieten Deutschlands erhebliche Abweichungen aufweisen, dann aber auch die landesübliche Art der Ernährung eine verschiedene ist.

Als Beispiel zeigen wir in Abb. 144 den Schlachthof in Ravensburg.

In der Gruppentabelle bildet die Sparte „Zahl der Schlachtungen“ wieder eine ganz starke Gruppe. 13 von 16 Einheiten liegen zwischen 700 und 1000 Stück Schlachtvieh. Diese Spannung würde noch geringer sein, wenn statt der Stückzahl das Gewicht der Schlachttiere zu ermitteln gewesen wäre.

Materialtabelle.

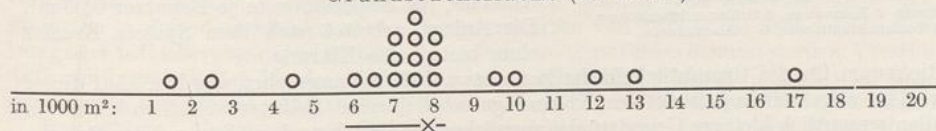
Schlachthof.

Stadt	Ein- wohner	An- zahl	Grund- stücks- fläche	Be- baute Fläche	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw.	Beschäftigte				Schlach- tungen monatlich	Bemerkungen
						Be- amte	An- ge- stell- te	Ar- bei- ter	Zu- sam- men		
Lörrach	18264	1	4500	2200	2400	2	1	4	7	—	
Neustettin	16078	1	7500	2040	2240	1	2	2	5	1000	
Rastenburg	16021	1	8000	2000	—	2	2	2	6	900	
Lauenburg	18962	1	7500	2300	1900	1	6	2	9	899	15 Pferde, 1 Ochse, 8 Bullen, 109 Kühe, 28 Jungrinder, 11 Fresser, 52 Kälber, 550 Schweine, 122 Schafe, 1 Ziege, 2 Hunde.
Straubing	25893	1	10000	2665	3460	3	4	—	7	—	14 Stiere, 40 Kühe, 35 Jung- rinder, 400 Kälber, 30 Schafe, 900 Schweine, 30 Ziegen, 35 Pferde.
Prenzlau	22357	1	7000	1800	1800	3	4	5	12	—	
Lippstadt	19471	1	2700	1000	1200	1	2	1	4	450—500	
Neustrelitz	19226	—	—	—	—	—	—	—	—	1175	
Rosenheim	19060	1	17050	2150	2440	1	4	4	9	—	29 Ochsen, 66 Bullen, 47 Kühe, 18 Rinder, 294 Kälber, 586 Schweine.
Sorau	19285	1	7236	2364	2550	1	2	6	9	1022	10 Pferde, 504 Schweine, 105 Rinder, 102 Kälber, 62 Schafe, 15 Ziegen.
Bad Homburg	16840	1	7911	2200	2800	1	4	4	9	700	
Gummersbach	19339	1	8000*	3000*	4000	—	3	5	8	680	* Mit Viehhof!
Wesel	24596	1	6300	3047	3628	2	1	9	12	950	
Braunsberg	15325	1	1665	1065	1065	2	2	3	7	580	100 Rinder, 40 Kälber, 400 Schweine, 40 Schafe.
Arnstadt	22024	1	12000	2000	3000	1	3	5	9	825	
Siegburg	20446	1	9680	3120	3800	1	1	4	6	770	
Bg.-Gladbach	20446	1	7500	2000	1840?	—	3	4	7	—	
Saalfeld	19148	1	7432	2300	1800?	2	2	5	9	800	
Meiningen	18833	1	7000	1600	1000	3	2	3	8	800	
Freising	16211	1	6000	1320	1485	2	—	2	4	850	
Bunzlau	19625	1	13069	2800	3000	1	3	3	7	1000	

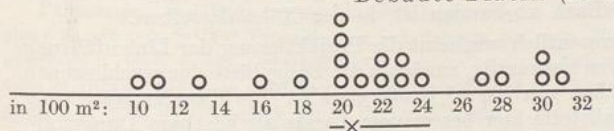
Gruppentabelle.

Schlachthof.

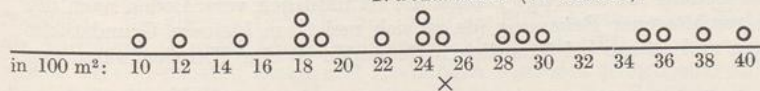
Grundstücksfläche (20 Städte).



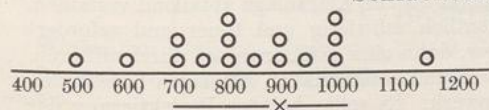
Bebaute Fläche (20 Städte).



Nutzfläche (17 Städte).



Schlachtungen (16 Städte).



18. Entwässerung (Kanalisation).

Über die Schmutzwasserentwässerung in einer Stadt von 20000 Einwohnern lassen sich allgemeine Angaben nur mit größter Einschränkung machen. Es gibt zuviel verschiedene Arten von Schmutzwasserbeseitigung. Ferner sind die Städte in ganz verschiedenem Umfange auf die Einrichtung einer Kanalisation eingegangen. Außerdem ist durch die Überwindung von Höhenunterschieden im Gelände häufig die Einrichtung mehrerer Pumpwerke notwendig, während an anderen Stellen das natürliche Gefälle bei der Kanalisation benutzt werden kann. Mitunter können die Abwässer auch nicht in Vorfluter geleitet werden, weil diese zu klein sind, um die verunreinigte Wassermenge aufzunehmen, ohne daß eine Störung der am Vorfluter anliegenden

Besitzer stattfindet. In diesem Falle wird dann das Abwasser verrieselt und der Schlamm auf Schlammbeete gebracht. Diese Form der Schmutzwasserbeseitigung dürfte am meisten Raum in Anspruch nehmen und muß auch wegen der Geruchsbelästigung am weitesten vom Wohngebiet entfernt angeordnet werden. Am hygienischsten ist eine Vorklärung der Abwässer in Absitzbecken und Faulräumen mit daran anschließender biologischer Klärung. Die so behandelten Abwässer können nach Verhandlung mit dem Kulturbauamt in vorhandene Flüsse oder Bäche eingeleitet werden.

Um für eine derartige Anlage ziemlich großräumiger Natur ein Beispiel zu geben, ist die Kläranlage in Prenzlau abgebildet (Abb. 145). Dazu ist noch zu bemerken, daß der Hauptsammler nur 60 auf 90 m groß ist. Die Anstalt ist augenblicklich ausgebaut für 27000 Personen und leicht erweiterungsfähig auf 56000. 12292 Einwohner sind augenblicklich angeschlossen, das sind 4774 Familien auf etwa 1000 Grundstücken. Die Schlammbeete umfassen eine Fläche von 1500 m². Die Prenzlauer Anlage arbeitet mit 4 Pumpwerken, die in der Stadt stehen. Es werden täglich 6450 m³ in den Uckerfluß eingeleitet. Die Schlammfaulräume betragen je Benutzer 0,055 m³, die Schlammbeete je Benutzer 0,05 m². Die Anlage arbeitet nach dem System Kremer ohne biologische Klärung.

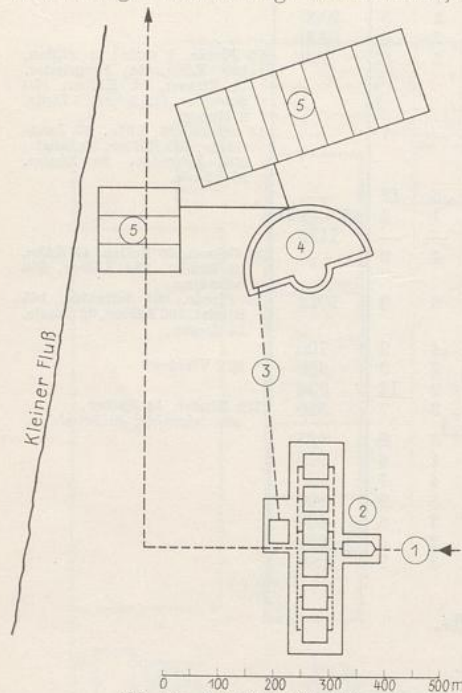


Abb. 145. Kläranlage Prenzlau.
1 Zuleitung, 2 Kläranlage, 3 Schlammdruckleitung,
4 Schlammfaulräume, 5 Schlammbeete.

Als Richtwert für die Grundstücksfläche kann etwa 4000 m² angegeben werden. Auf dieser Fläche wird im allgemeinen jede Art von Kläranlage möglich sein. Selbstverständlich können in Sonderfällen wesentlich kleinere Grundstücke ausreichen bzw. auch noch größere notwendig sein.

Die Lage der Kläranlage wird am günstigsten am höhenmäßig tiefsten Punkt des Stadtgebietes gewählt. Falls ein Fluß oder Bach vorhanden ist, in der Nähe desselben.

Linienführung. Als ganz besonders wesentlich erscheint die Projektierung der Linienführung für die Abwasserrohrleitung. Hierbei ist es notwendig, zunächst die Baugebiete der geschlossenen Bebauung zu kennen. Bis zu Grundstücken von 700 m² Größe etwa ist eine Kanalentwässerung nicht unbedingt notwendig, da die Abfallstoffe hier besser dem Lande als kostbare Dungstoffe zugeführt werden. Möglichkeiten hierzu bietet das Trockenklosett oder eventuell die Hausgrube. Die Aufnahmefähigkeit des Bodens für derartige Dungstoffe ist natürlich verschieden nach der Eigenart der Böden. Bei geschlossener Bebauung (da es sich meist um kleinere Grundstücke handelt) bei Mietwohnungen und ebenso bei öffentlichen Gebäuden ist eine Kanalentwässerung meist unumgänglich.

Die Kanallinienführung soll also möglichst entlang den Straßen mit geschlossener Bebauung von den höchstgelegenen Punkten der Stadt beginnend bis zur Kläranlage abfallend verlaufen. Die Einschaltung eines Pumpwerkes ist außerordentlich schwierig und teuer und erfordert erhebliche laufende Unkosten. Häufig ist es günstiger, dann eine Teilkläranlage durchzuführen. Solche Teilkklärungen können bei 5000—6000 Anliegern und einigermaßen günstigen Umständen schon rentabler sein als ein ewig betriebenes Pumpwerk. Es sollte bei der Projektierung der

ganzen Stadt besonders auf diese Gedanken Wert gelegt werden, zumal sehr häufig durch eine andere Anordnung der geschlossenen Bauweise nach diesem Gesichtspunkt genau dieselben städtebaulichen Wirkungen erzielt werden könnten.

Die **Gesamtrohrlänge** in Städten von 20000 Einwohnern dürfte etwa gegen 25000—30000 m betragen. Diese Angaben stützen sich auf eine Untersuchung von 6 Städten.

Die größten in 7 Städten auftretenden Kanalquerschnitte liegen bei etwa $1 \times 1,5$ m.

19. Straßenreinigung.

Die Straßenreinigung in den Städten von 20000 Einwohnern wird teilweise durch die Stadt aber auch häufig durch ein Privatunternehmen im Auftrage der Stadt betrieben. Vielfältig findet sich auch noch der Gebrauch, daß die Anlieger vor ihrem eigenen Hause kehren müssen und nur ein Wagen von Zeit zu Zeit durch die Stadt fährt, der den zu Haufen zusammengefügten Schmutz abholt. In einer neuen Stadtanlage dieser Größe wird man selbstverständlich die Straßenreinigung öffentlich betreiben. Bei den Städten, in denen die Stadtverwaltung selbst die Straßenreinigung durchführt, werden dazu benötigt: *ein Gespann, ein Elektrokarren und ein Sprengwagen*. Im allgemeinen kann man mit etwa 12—15 Beschäftigten rechnen. Die Wagen und Geräte sind meist auf dem städtischen Wirtschaftshof (s. dort) untergebracht. 2—3 Boxen mit einem kleinen Stall scheinen auf alle Fälle für die Straßenreinigung notwendig zu sein. Diese Angaben stützen sich auf die Beantwortung dieser Frage durch 7 Städte. Es ist auch möglich, die für die Straßenreinigung notwendigen Gebäude (etwa 60—70 m² bebaute Fläche) auf dem Grundstück eines der städtischen Werke unterzubringen, falls man von einem städtischen Wirtschaftshof absehen will.

20. Müll.

Auch an die Beseitigung des Mülls muß bei neuen Siedlungen rechtzeitig gedacht werden. Immer wieder tritt der Fall ein, daß bei einem neu bebauten Straßenzuge die Anlieger ihren Müll im nächstgelegenen Wald oder auf freiem Felde solange ablagern, bis der hiervon betroffene Besitzer die Polizei zu Hilfe holt. Die Gemeinde muß sich dann erst später nach einem geeigneten Gelände oder nach anderen Möglichkeiten für die Beseitigung des Mülls umsehen. Aus 4 Städten liegen auswertbare Unterlagen für die Müllbeseitigung vor. Sie wird häufig ebenso wie die Straßenreinigung durch Privatunternehmer durchgeführt. Im allgemeinen kann man etwa 600 m³ Müll im Monat für (etwa 0,03 m³ je Kopf) 20000 Einwohner erwarten. Diese Menge ist natürlich sehr abhängig von dem zusätzlichen Müllanfall bei besonders abfallreichen Gewerben.

Lage. Für die Müllbeseitigung muß möglichst im Osten der Stadt wegen der Geruchsbelästigung eine Gelände ausfindig gemacht werden, auf welchem im Laufe eines längeren Zeitabschnittes eine Kuhle oder ein Tal aufgefüllt werden kann. Auch die Aufhöhung von nassen Geländeteilen durch Müll ist denkbar, besonders wenn er, wie das neuerdings der Fall ist, auf verwertbare Eisenteile durchgesehen ist und durch Mahlen oder eventuell auch nur durch Stampfen genügend zerkleinert wird. Besondere Arten von Müll (z. B. Asche) können auch als Dung oder Auflockerungsmittel bei besonders minderwertigen Böden benutzt werden. Verschiedenste Aufbereitungsmethoden für den Müll sind schon durchgeführt worden. Jedoch wird sich im allgemeinen eine regelrechte Aufarbeitung für eine Stadt von 20000 Einwohnern noch nicht lohnen.

Beschäftigte. Man kann zur Beseitigung des Mülls in einer Stadt von 20000 Einwohnern mit etwa 8 Beschäftigten rechnen.

Fahrzeuge. Bei Beseitigung des Mülls durch die Stadtverwaltung (diese Art dürfte sich bei einer Stadt von 20000 Einwohnern empfehlen, da man dies nicht mehr dem einzelnen Anlieger überlassen darf) werden etwa 2 Gespanne oder ein Kraftwagen notwendig sein. Die Fahrzeuge sind ebenfalls auf dem städtischen Wirtschaftshof (s. dort) untergebracht, sie können allerdings auch auf dem Grundstück eines der städtischen Werke liegen.

Fläche. Da bei einem Müllanfall von 600 m³ im Monat eine Fläche von 300 m² bereits 2 m hoch aufgeschüttet werden müßte, so ist die Fläche für die Müllbeseitigung ziemlich groß zu bemessen. Bei ebenem Gelände, also ohne die Möglichkeiten einer Nutzbarmachung des Mülls als Auffüllung (s. unter Lage), wird vorgeschlagen, eine Fläche von etwa 1—2 ha dafür vorzusehen. In den meisten Orten und Siedlungen wird sich jedoch eine Möglichkeit finden lassen, die anfallenden Müllmassen für die Ausgleichung von Terrainunterschieden usw. zu benutzen.

21. Bedürfnisanstalten.

Wir schlagen für eine Stadt von 20000 Einwohnern die Anlage von 5—6 öffentlichen Bedürfnisanstalten vor, die möglichst gleichmäßig über die einzelnen Stadtkerne verteilt werden sollten.

Es genügt jedoch bei den geringen Entfernungen in einer solch kleinen Stadt, wenn nur 2 Anstalten, je eine Frauen- und Männerabteilung, mit W.C.-Anlage und Waschgelegenheit versehen sind; für diese schlagen wir eine **bebaute Fläche** von **35 m²** vor. Die übrigen können bedeutend kleiner gehalten werden.

Die Bedürfnisanstalten sollten geschickt getarnt sein, jedoch nur soweit, daß sie auch für die Ortsfremden auffindbar sind.

22. Die Feuerwehr.

Eine Stadt von 20000 Einwohnern hat keine Pflichtfeuerwehr, sondern Freiwillige Feuerwehr. Halberstadt mit 50371 Einwohnern ist die kleinste Gemeinde Deutschlands, welche neben der Freiwilligen Feuerwehr über eine Berufsfeuerwehr von 8 Mann verfügt. Man wird erst bei einer Stadt über 60000 mit einer Berufsfeuerwehr rechnen können (Angaben von Oberbaurat MÜLLER, Städtische Feuerwehr, Berlin). Im allgemeinen soll eine *gemischte* Feuerwehr (Freiwillige

Material-

Feuerwehr.

Stadt	Anzahl der Anlagen	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure, usw. m ²	Mannschaften	Untergebracht	Bemerkungen
Lörrach	5	892	492	582	Freiwillige F.-W. 300	—	Motorisiert.
Neustettin	1	400	400	400	—	auf gemeinschaftlichem Grundstück des Stadtbades	3 motorisierte Fahrzeuge, 2 Pferdengespanne.
Rastenburg	—	—	100	—	—	—	—
Lauenburg	—	159	159	249	Freiwillige F.-W. 110	—	1 Handdruckspritze, 1 Zubringer, 1 Gerätewagen, 2 Motorspritzen.
Klausberg	—	—	1 Gerätehaus	—	Freiwillige F.-W. 40	—	Motorspritze und Löschgeräte sind Gemeindeeigentum. Außerdem besteht Feuerwehr der Grube.
Wurzen	—	560	350	600	Freiwillige F.-W.	eigenes F.-W.-Zeughaus	Feuerwehrdepot, davon 63 m ² Dienstwohnung.
Prenzlau	—	—	—	—	—	—	257 Hydranten, 31 Meldestellen.
Straubing	2	1355	544	564	—	dazu 2 Dienstwohnungen zusammen 140 m ²	2 Motorspritzen.
Lippstadt	3	—	160	160	—	im städtischen Wirtschaftshof, außerdem 1 Steigerturm, 1 Spritzenhaus	Teilweise motorisiert.
Rosenheim	4	170	170	190	—	—	—
Sorau	—	—	290	232	Freiwillige F.-W.	—	Motorisiert.
Bad Homburg	3	450	300	300	Freiwillige F.-W.	—	Teils motorisiert.
Schleswig	4	328	168*	107*	—	—	* Spritzenhaus.
Gummersbach	1	500	200	200	Freiwillige F.-W.	—	Teilweise motorisiert. Außerdem in den Vororten 15 kleine Spritzenhäuser.
Wesel	1	165	165	303	Freiwillige F.-W.	—	Teilweise motorisiert.
Senftenberg	1	—	—	333	Freiwillige F.-W.	—	—
Arnstadt	1	350	300	300	1	—	Motorisiert.
Rendsburg	1	390	210	150	1	—	—
Siegburg	3	200	140	140	Freiwillige F.-W.	—	Motorisiert.
Itzehoe	1	810	375	375	1	—	Motorisiert.
Freising	5	—	—	500	Freiwillige F.-W.	—	—
Meiningen	1	—	—	500	—	im Rathaus	Motorbetrieb.
Saalfeld	3	274	274	380	—	—	Zum Teil motorisiert.
Bg.-Gladbach	1	1800	220	210	—	—	Motorisiert.
Bunzlau	—	580 ?	580 ?	513 ?	Freiwillige F.-W.	—	1 Lastkraftwagen.

Feuerwehr zuzüglich einiger Mann Berufsfeuerwehr) vermieden werden, da eine solche Organisation erfahrungsgemäß leicht zur Vernachlässigung der Ausbildung der Freiwilligen führt.

Bei normaler Löschwasserversorgung (ausreichende Hochdruckwasserleitung) genügen für eine Gemeinde von 20000 Einwohnern 3 Kleinmotorspritzen. Diese sind einer einzigen Großmotorspritze vorzuziehen: „Mehrere Kleinmotorspritzen haben den wesentlichen Vorteil . . ., daß in ihnen eine höhere Reserve und damit Sicherheit vorhanden ist“ (Landesbranddirektor Dr. MEYER: Bau und Pflege des Feuerwehrgerätehauses).

Das Feuerwehrhaus enthält außer einer geräumigen Garage für die Löschgeräte eine Schlauchwaschanlage, Werkwohnungen für Fahrer und Gerätewart und einen Wachraum für einen Führer, 2 Fahrer und 4 Mann in Alarmbereitschaft. Schließlich gehört dazu ein Rauchschutz-Übungsraum und ein Steigturm, der auch die Schlauchtrockenanlage enthält.

Die Lage des Gerätehauses. Als günstigste Lage gilt der Mittelpunkt der Stadt. Hier können sich bei Alarm die Feuerwehrleute am schnellsten zusammenfinden, und von hier ist jede Brandstelle in verhältnismäßig kurzer Anfahrtzeit zu erreichen. Ein den Erfordernissen der Neuzeit

tabelle.

Rettungswache.

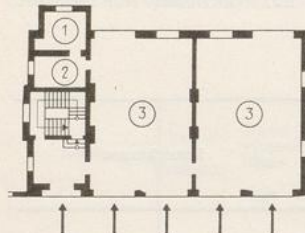
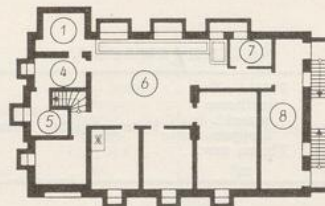
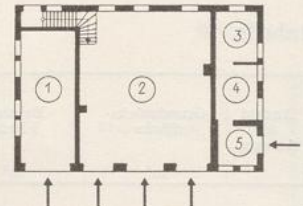
Anzahl der Anlagen	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Fluren usw. m ²	Untergebracht	Personal	Bemerkungen
1	144	144	144	im städtischen Gebäude	1	
—	—	nicht vorhanden	—	—	—	
—	—	nicht vorhanden	—	—	—	
—	—	nicht vorhanden	—	—	—	
1*	—	—	1 Raum	Rathaus, Erdgeschoß	—	* Sanitätswache der Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes. Außerdem Grubenrettungswache.
—	—	im Feuerwehrdepot	—	—	—	
1	200	70	—	—	2	1 Kraftwagen, 1 Personenwagen, 1 Motorboot.
1	am See (Motorboot)	—	—	—	1	
1	648 ?	342 ?	580 ?	—	2	Freiwillige Sanitätskolonne des Roten Kreuzes, 2 Auto.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	175	städtisches Gebäude	—	Freiwillige Sanitätskolonne.
1	—	—	40	—	—	Sanitätswache.
1	—	41	35	bei Polizeiwache	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
1	im Feuerwehr-Grundstück	—	40	in Privathaus	2	
—	150	120	60	—	2	
—	—	—	100	—	—	Freiwillige Sanitätskolonne.
1	—	30	30*	—	—	* Auto-Einstellraum des Roten Kreuzes.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
1	—	23	18	—	—	

entsprechendes geschmackvoll erbautes und gut gehaltenes Feuerwehrhaus, wie es MEYER in seinem oben genannten Buche in mehreren Abbildungen vorführt, würde mit seinem schmucken Steigturm das Stadtbild durchaus nicht verunstalten. Eine Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß der unbedingt nötige Übungsplatz in einer Größe von 1000—1200 m² wenn möglich unmittelbar neben dem Spritzenhaus liegen sollte.

Eine geschickte Lösung fand man bisweilen dadurch, daß das Spritzenhaus neben einem Schulgebäude oder besser neben bzw. auf dem Schulhof errichtet wurde, der dann in den schulfreien Stunden als Übungsplatz zur Verfügung stand. Für uns ist dieser Weg nicht gangbar, weil bei einer Neuplanung aus guten Gründen niemals eine Schule im Zentrum der Stadt errichtet werden darf.

Empfehlenswert dagegen ist, sei es selbst unter Verzicht auf ein eigenes Gerätehaus, die Unterbringung der Feuerwehr in einem Seitenflügel des Rathauses möglichst neben der Polizei.

Abb. 146—148. Feuerwehrgebäude.

Abb. 146. Erdgeschoß.
1 Turm, 2 Werkstatt, 3 Geräteraum.Abb. 147. Keller.
4 Heizung, 5 Kohlen, 6 Schlauchwäsche,
7 Gummischläuche, 8 Gaskeller.Abb. 148. Kleines Feuerwehrgebäude.
1 Motorspritze, 2 Wagenhalle,
3 Ausrüstung, 4 Schläuche, 5 Turm.

Bei dieser Anordnung besteht insbesondere die Möglichkeit, „eine Feuermelde- und Alarmeinrichtung in billiger und zweckmäßiger Form mit dem Polizeiwachtdienst zu verbinden“ (MEYER). Als Übungsplatz kann der Rathaushof verwendet werden. Einem geschickten Architekten wird es keine allzugroßen Schwierigkeiten machen, den Steigturm in nichtstörender Weise dem Rathausbau anzugliedern.

Man kann endlich auch von der zentralen Lage absehen und mehrere kleinere Feuerwehrhäuser in den verschiedenen Stadtteilen einrichten, doch ist dies nur unter ganz besonderen Verhältnissen ratsam.

Die benötigte Grundstücksgröße berechnet sich aus dem Übungsplatz mit 1000—1200 m² zuzüglich der bebauten Fläche des Gerätehauses und Steigturms.

Untersucht wurden im ganzen 24 Städte. Den Höchstwert von diesen weist Bg.-Gladbach mit 1800 m² auf. Eine weitere Auswertung der Angaben ließ sich nicht durchführen, da offensichtlich die meisten Städte den Übungsplatz bei der Grundstücksfläche nicht mitgerechnet haben.

Bebaute Fläche. Die Angaben von 19 Städten waren auswertbar. Der Höchstwert liegt bei Straubing mit 544 m², der Mindestwert bei Rastenburg mit nur 100 m². Der Durchschnitt beträgt rd. 270 m².

Fläche aller Geschosse. Von 21 Städten, die zuverlässige Angaben gemacht haben, hat Wurzen mit 600 m² den Höchstwert und Siegburg mit 140 m² den Mindestwert. Schleswig mit 107 m² mußte unberücksichtigt bleiben, da lediglich die Fläche der eigentlichen Wagenremisen angegeben ist. Der Richtwert beträgt 350—400 m².

Nicht enthalten ist in diesen Zahlen das Kellergeschoß, das zweckmäßig als Luftschutzraum ausgebaut wird und leicht in Friedenszeiten als Rauchschutz-Übungsraum Verwendung findet.

Personal. Es handelt sich wie gesagt stets nur um Freiwillige Feuerwehr. Wohl aus diesem Grunde wurde unsere Rundfrage in diesem Falle nur von 3 Städten beantwortet, deren Angaben außerdem noch zum Teil recht unwahrscheinlich klingen. So gibt Lörrach 300 Mann an und Lauenburg 110, Klausberg meldet 40 Mann. Nach Angaben des Oberbaurats MÜLLER dürfte eine Freiwillige Feuerwehr von etwa 35 Mann für eine Stadt von 20000 Einwohnern ausreichen.

Als Beispiel bringen wir aus dem Buche „Bau und Pflege des Feuerwehrgerätehauses“ von Landesbranddirektor Dr. MEYER, Weimar, Verlag Neuenhahn, Jena, den Grundriß eines Feuerwehrgerätehauses (Abb. 146 u. 147), zu dem der Verfasser folgende Erläuterung gibt:

„Eine recht gute Lösung zeigt die Abbildung, die das Gerätehaus einer Industriestadt von 15000 Einwohnern darstellt. Die Gesamtanlage mit einem Gesamtkostenaufwand, einschließlich ausgebautem 1. Obergeschoß, von etwa 60000 RM., Baujahr 1933, erscheint vielleicht etwas zu groß im Hinblick auf die Einwohner-

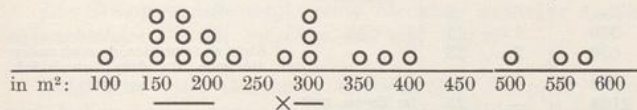
zahl. Es ist in diesem Fall jedoch zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Industrie Holz und andere leicht brennbare Stoffe verarbeitet. Allgemein würde der Bau auch ausreichend sein für Städte bis 30000 Einwohner.“

Abb. 148 zeigt den Erdgeschoßgrundriß eines kleineren Feuerwehrhauses aus demselben Buche.

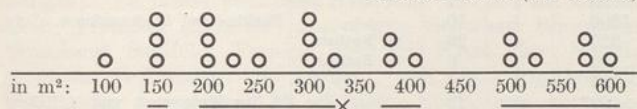
Gruppentabelle.

Feuerwehr.

Bebaute Fläche (20 Städte).



Nutzfläche (22 Städte).



23. Rettungswache.

Die Rettungswache kann im Feuerwehrgerätehaus (wie z. B. in Meiningen und Wurzen) untergebracht werden, jedoch nur wenn dieses zentral, d. h. richtig gelegen ist, oder noch besser neben der Polizei und Feuerwehr in einem Seitenflügel des Rathauses. Dieser Station würden als Wirkungskreis die inneren Stadtbezirke und Teile der äußeren zufallen, während die westlichen Außenbezirke vom Krankenhaus aus betreut werden könnten. Falls im Osten der Stadt größere Industrien entstehen, müßten werkseigene Sanitätswachen den Dienst für diese Stadtteile übernehmen.

In 25 untersuchten Städten haben nur 13 = 52 vH Rettungsstationen eingerichtet. Der Dienst wird meist von einer freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes versehen. In Klausberg ist außerdem noch eine Grubenrettungswache vorhanden. Der Fuhrpark, der meistens aus 1—2 Krankenwagen besteht, ist fast durchgängig motorisiert. Prenzlau besitzt außerdem ein Rettungsmotorboot auf dem Uckersee.

Über die von der Rettungswache beanspruchte Nutzfläche machen nur 8 Städte einigermaßen klare Angaben. Über die größte Fläche verfügt Siegburg mit 100 m², während sich Bunzlau mit nur 18 m² bescheidet. Als Richtwert kann man etwa 50 m² aufstellen.

IV. Geld und Verkehr.

24. Die städtische Sparkasse.

Die günstigste Lage für die Stadtparkasse ist am Rande des innersten Stadtkerns (Hauptkerns) im Banken- und Behördenviertel, also in nächster Nachbarschaft der Hauptpost, des Finanzamts, der Reichsbankanstalt, etwaiger privater Bankinstitute und der Kreis- oder Bezirkssparkasse (falls die Stadt eine Kreishauptstadt ist).

Die räumliche und verwaltungstechnische Verschmelzung der städtischen Sparkasse mit der Bezirkssparkasse ist nur dann zu empfehlen, wenn die Stadt selbst verhältnismäßig wenig Industrie hat, und die nähere Umgebung überwiegend landwirtschaftlichen Einschlag aufweist, wie etwa in Straubing, Rosenheim, Freising. In solchen Städten pflegt das kurzfristige Kreditgeschäft (Städtische Sparkasse!) nicht so stark ausgeprägt zu sein, während das langfristige Ausleihgeschäft (Kreis- oder Bezirkssparkasse!) eine große Rolle spielt.

Die Unterbringung der Stadtparkassen im Rathaus, wie es bisher des öfteren üblich war, kann nur als ein Notbehelf bezeichnet werden, der bei Neuplanung einer Stadt unter allen Umständen zu vermeiden ist.

Raumanordnung. Die eigentlichen Geschäftsräume einer städtischen Sparkasse bestehen in der Regel aus einer großen Schalter- und Kassenhalle, einem Buchhaltungs- und Registraturraum, Warteraum, Sitzungssaal, dem Zimmer des Direktors und einer Hypothekenabteilung.

Materialtabelle.

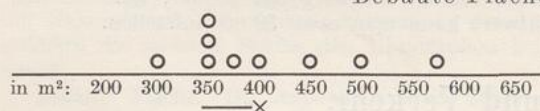
Städtische Sparkasse.

Stadt	Grund- stücksfläche	Bebaute Fläche	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw.	Be- amte	Ange- stellte	Wo untergebracht?	Bemerkungen
	m ²	m ²	m ²				
Straubing*	—	—	300	3	12	im Stadtthea- tergebäude	* Außerdem Bezirkssparkasse.
Hilden	—	—	—	6	8	—	
Rastenburg	1977	360	360	1	11	—	
Neustettin	1380*	507	630	2	23	—	* Nicht zu verwerten, da noch andere Gebäude auf dem Grundstück.
Lauenburg	508 ?	351	208	1	14	—	
Prenzlau	2350	1600	2168	—	25	im Hause meh- rere Büroräume und Wohnungen für Mieter	
Lippstadt	630	460	690	3	17	—	
Rosenheim	390	390	1200	4	10	—	Bezirks- und Stadtparkasse.
Soran	—	—	320	4	26	im Rathaus	
Bad Homburg	—	—	130	4	6	im Rathaus	
Schleswig	1355	365	924	2	31	—	
Gummersbach	2000	300	450*	4	22	—	* Nur Erdgeschoß und 1/2 Keller, darüber 4 Wohnungen.
Wesel	—	—	—	3	19	—	Bauamt, Städtisches Steueramt, Wohlfahrtsamt, Städtische Spar- kasse im selben Gebäude zus., G.F. 1298, b.F. 536, N.F. 1519 m ² .
Senftenberg	—	—	282	4	22	—	
Braunsberg	—	—	—	2	10	im Rathaus mit untergebracht	
Arnstadt	—	—	340	4	23	dem Rathaus angegliedert	
Itzehoe	472*	413	413	4	24	—	* Anfangs größer. Durch Durch- legung von Straße und Platz verkleinert worden.
Rendsburg	2370	350	440	7	1	—	
Meiningen	720	570	500	2	44*	—	* Einschließlich mit 4 Zweigstellen.
Saalfeld*	535	348	510	—	39	—	* Mit Kreissparkasse zusammen.
Freising*	—	—	200	3	12	im Rathaus	* Mit Bezirkssparkasse zusammen.

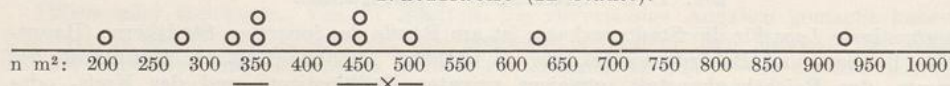
Gruppentabelle.

Städtische Sparkasse.

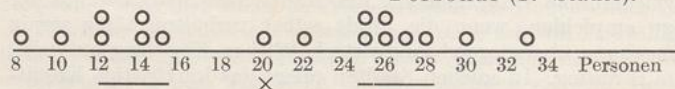
Bebaute Fläche (9 Städte).



Nutzfläche (12 Städte).



Personal (17 Städte).



Der Tresor mit den Kundensafes und die Nebenräume, wie Kleiderablage, Waschraum, Aktenkammer usw. liegen meist im Kellergeschoß. In den oberen Stockwerken befinden sich die Dienstwohnungen des Direktors und des Hausmeisters. Vielfach ist es üblich, auch an Privatpersonen Wohnungen im Sparkassengebäude zu vermieten. Einen Neubau sollte man jedoch tunlichst auf Abmessungen beschränken, wie sie von der Kasse selbst und ihren Dienstwohnungen beansprucht werden.

Grundstücksfläche. Untersucht wurden insgesamt 21 Städte. Von diesen haben in 10 die städtischen Sparkassen ein *eigenes Grundstück*. Das sind 47,5 vH der Städte. Nur 6 Städte machten auswertbare Angaben. Der Richtwert liegt zwischen 1200 und 1300 m².

Bebaute Fläche. Nur die 10 Städte mit *eigenem* Gebäude könnten berücksichtigt werden. Von diesen mußte noch Prenzlau mit 1600 m² sowohl als anormal groß ausfallen, als auch wegen der Mietwohnungen, die im Sparkassenhause untergebracht sind. Von den 9 Städten mit auswertbaren Angaben zeigt Meiningen den Höchstwert von 570 m² und Gummersbach den Mindestwert von 300 m². Der Richtwert beträgt rd. 400 m².

Die Gruppentabelle zeigt wenig Streuung und eine deutlich wahrnehmbare Gruppe zwischen 350 und 400 m².

Nutzfläche (alle Geschosse einschließlich Treppen, Flure und Nebenräume, soweit sie für den eigentlichen Geschäftsbetrieb benötigt werden, aber ausschließlich der Dienstwohnungen). Es fallen aus: Bad Homburg (130 m²) als anormal klein; Prenzlau (2168 m²) aus obigen Gründen; Rosenheim, Straubing, Saalfeld, Freising, weil mit Kreis- bzw. Bezirksparkasse verbunden; die übrigen, weil ohne Angaben. Es blieben zur Auswertung 12 städtische Sparkassen mit einem Durchschnitt von 470 m² Nutzfläche.

Von den 10 Sparkassen mit *eigenem* Gebäude muß wieder Prenzlau ausfallen. Den Höchstwert weist Schleswig mit 924 m² auf, den Mindestwert Lauenburg mit 208 m². Als Richtwert für die Planung können 500 m² gelten.

Die Gruppentabelle gibt wegen der geringen Anzahl der untersuchten Sparkassen kein deutliches Bild. Doch läßt sich bei 350 und 450 m² eine schwache Neigung zur Gruppenbildung erkennen.

Personal. Von 17 Städten liegen Angaben vor. Ausfallen mußte Meiningen mit 2 Beamten und 44 Angestellten, da hier die Beschäftigten an sämtlichen Nebenstellen mitgezählt wurden und überhaupt besondere Verhältnisse eine hohe Personalzahl bedingen. Nach Ausfall von Meiningen liegt der Höchstwert bei Schleswig mit 33 Beschäftigten und der Mindestwert bei Rendsburg mit nur 8 Beschäftigten. Im allgemeinen kann man mit etwa 20 Beamten und Angestellten für den Betrieb einer städtischen Sparkasse rechnen.

Von den 21 untersuchten Städten sind in 5 die Sparkassen im Rathaus untergebracht; bei 2 weiteren in anderen städtischen Gebäuden. In 4 ist die städtische Sparkasse mit der Kreis- bzw. Bezirksparkasse zusammengelegt. Abb. 149 veranschaulicht die Städtische Sparkasse in Lippstadt.

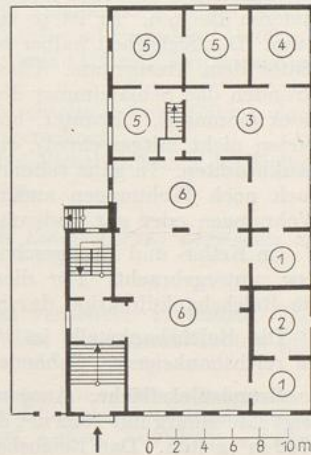


Abb. 149. Stadtsparasse Lippstadt. Erdgeschoß.

1 Schreibmaschinen, 2 Tresor, 3 Buchhaltung und Registratur, 4 Hypotheken, 5 Vorstand, 6 Schalterraum.

25. Reichsbanknebenstelle.

In einer Stadt von 20000 Einwohnern befindet sich stets eine Reichsbankanstalt, und zwar in den weitaus meisten Fällen eine *Nebenstelle*, während eine selbständige und erheblich größere *Reichsbankstelle* kaum in Orten dieser Größenordnung auftritt. Von 18 untersuchten Städten befindet sich eine solche nur in Lippstadt. Die gehobene Bedeutung einer Reichsbankstelle gegenüber den Nebenstellen kommt am wenigstens bei der Grundstücks- und bebauten Fläche, mehr schon bei der Nutzfläche der Geschäftsräume und der Gesamtfläche der Dienstwohnungen, am stärksten aber bei der Fläche aller Geschosse und der Personalzahl zum Ausdruck.

Unsere Untersuchungen fanden dankenswerte Unterstützung und Bestätigung vom Reichsbankdirektorium, insbesondere durch Herrn Baurat SIGORSKI, Reichsbankbauamt, Berlin.

Die Lage der Reichsbankanstalt muß am besten in den um den innersten Kern mit Rathaus und Hauptmarktplatz herumgelagerten Behörden- und Bankengürtel gewählt werden. Die Nachbarschaften der Stadt- und Kreissparkasse, der größeren Finanz- und Wirtschaftsinstitute, aber auch die der Hauptpost, des Amtsgerichts, Landratsamts usw. ist erforderlich. Daraus

würde sich auch die Nähe des Geschäftszentrums ergeben. Wir gehen hierin mit den Wünschen der Reichsbankdirektion durchaus konform, wie überhaupt unsere Ermittlungen auch im folgenden deutliche Übereinstimmung mit den Angaben des Direktoriums zeigen.

Raumprogramm. Das Bankgebäude beherbergt im Erdgeschoß den Schalter- und Kassensaal mit dem Publikumverkehrsraum, ein großes Geschäftszimmer und ein kleineres für den Bankleiter, den Tresor und die Wohnung des Zählmeisters, eines „gehobenen unteren Beamten“, der etwa zwischen dem Kassenboten und dem Kassierer steht. Der Tresor, neben dem sich mitunter noch ein kleiner Packraum befindet, enthält keine dem Kunden vermietete Safes wie in anderen Banken. Er ist so eingebaut, daß seine Lage vom Publikum nicht bemerkt werden kann. Der Sicherheit halber befindet sich das Schlafzimmer des Zählmeisters stets neben oder hinter dem Tresorraum. Über diesem im ersten Obergeschoß des Hauses ist aus denselben Gründen das Schlafzimmer des Bankleiters gelegen, dessen Wohnung meist den ganzen Oberstock einnimmt. Mitunter, besonders wenn das Haus mehr als zweigeschossig ist (Keller und Boden nicht mitgerechnet), enthält es eine dritte Dienstwohnung für einen weiteren Reichsbankbeamten. In ganz seltenen Fällen finden sich bei übernormaler Geräumigkeit des Hauses auch noch Wohnungen anderer Reichsbeamten in der Bankanstalt. Niemals aber werden Wohnungen oder gar Ladenräume an Privatpersonen vermietet.

Im Keller- und Dachgeschoß sind Kleiderablagen, Waschräume und Aborte, Aktenkammern usw. untergebracht. Für diese dem Geschäftsbetrieb unentbehrlichen Nebenräume rechnet die Reichsbankdirektion durchschnittlich 100 m².

Die Reichsbankstelle ist stets, die Reichsbanknebenstelle mit ganz wenigen Ausnahmen, im reichsbankeigenen Gebäude untergebracht.

Grundstücksfläche. Ausgewertet wurden die Angaben von 18 Städten. Den Höchstwert zeigt Lauenburg mit 1622 m², den Mindestwert Siegburg mit 285 m². Als Richtwert können etwa 1000 m² gelten. Das Reichsbankdirektorium schreibt:

„Die Grundfläche beträgt im allgemeinen 1000—1200 m², von der je nach dem Raumbedarf der Nebestelle etwa 250—350 m² bebaut sind. Die übrige Fläche ist als Vorgarten, Dienstwohnungsgarten, Hof mit Einfahrt angelegt.“

Bebaute Fläche. Untersucht wurden dieselben Städte wie oben. An der Spitze steht die Reichsbankstelle Lippstadt mit 429 m². Dann folgt als Reichsbanknebenstelle Wesel mit 384 m². An letzter Stelle steht Siegburg mit nur 192 m² (aber 4 Geschossen, außer Keller und Dachgeschoß). Der Durchschnitt beträgt 296 m², als Richtwert möchten wir rd. 300 m² vorschlagen. Nach den Angaben des Reichsbankdirektoriums, Berlin, beträgt die bebaute Fläche 250—350 m² (s. oben).

Die Gruppentabelle zeigt eine einzige festgeschlossene Gruppe aus der nur die Reichsbankstelle Lippstadt ein wenig nach oben herausspringt.

Nutzfläche der Geschäftsräume einschließlich der Flure und Treppen (18 Städte). Übertragend ist wieder Lippstadt mit 363 m². Von den Reichsbanknebenstellen liegt der Höchstwert bei Straubing mit 270 m² und der Mindestwert bei Neustettin mit 152 m². Der von uns festgestellte Richtwert beträgt 220 m² (bei einem genauen Durchschnitt von 216 m²).

Nach Angabe des Reichsbankdirektoriums: 110—140 m² für Haupträume, 100 m² für Nebenräume.

Die Gruppentabelle zeigt ein ähnliches Bild wie bei der bebauten Fläche.

Gesamtflächen der Dienstwohnungen. (Zu den Wohnungen gehörende Keller- und Bodenräume sowie Treppen, Flure und alle Nebengelasse sind eingerechnet.) Bei der Auswertung der vorliegenden Angaben müssen hier Lippstadt mit 1319 m² und Straubing mit 1190 m² ausfallen, da sie als anormal groß das Gesamtbild beeinträchtigen würden. Es bleiben dann noch 16 Reichsbanknebenstellen. Von diesen weist Neustettin mit 940 m² den Höchstwert und Hilden mit 495 m² den Mindestwert auf. Als Richtwert schlagen wir 700 m² vor.

Auf der Gruppentabelle kommt deutlich zum Ausdruck, daß meist 2 Dienstwohnungen (9 Einheiten zwischen 600 und 750 m²), mitunter aber auch 3 und mehr Wohnungen (4 Einheiten zwischen

900 und 950 m²) in den Bankanstalten untergebracht sind. Straubing mit 5 Wohnungen und 1190 m² muß als anormal gelten. Allen voran steht jedoch die Reichsbankstelle Lippstadt mit zwar nur 3 Wohnungen, aber 1318 m².

Die Anzahl der Dienstwohnungen beträgt, wie aus obengesagtem hervorgeht, in den meisten Fällen 2. Von Straubing und Lippstadt abgesehen, haben in allen von uns untersuchten Städten nur noch Siegburg 3 und Meiningen 4 Wohnungen im Bankgebäude untergebracht.

Fläche aller Geschosse (Geschäftsräume und Wohnungen zusammen) einschließlich Treppen, Flure usw. (auch hier sind, da es besonders schwierig war, getrennte Angaben zu erhalten, Keller- und Bodenräume inbegriffen). Nach Ausfall von Lippstadt (1682 m²) und Straubing (1460 m²) verbleiben noch 16 Städte zur Auswertung. Hier führt Meiningen mit 1129 m². Den geringsten Wert zeigt Hilden mit 686 m². Der Richtwert beträgt rd. 900 m².

Nach Angabe des Reichsbankdirektoriums, Berlin, ist der Durchschnittswert 850 m², doch ist hierbei die vom Mauerwerk eingenommene Fläche nicht mitgerechnet.

Die Bankanstalten sind also in der Mehrzahl 2—3geschossig bei Nichtbeachtung des Keller- und Bodengeschosses oder 4—5geschossig bei Einbeziehung dieser.

Auf der Gruppentabelle ist die immer deutlicher zutage tretende Sonderstellung Lippstadts als Reichsbankstelle bemerkenswert.

Personal. Ohne Lippstadt mit 18 Beamten und Angestellten verbleiben 17 Städte. Den Höchstwert weist weitaus Arnstadt mit 17 Beschäftigten auf. Das Reichsbankbaubüro gibt über Arnstadt folgende Auskunft:

„Zur Zeit sind bei der Nebenstelle Arnstadt 17 Gefolgschaftsmitglieder tätig. Dieser Personalstand geht weit über das normale Maß hinaus. Er ist aber bis auf weiteres erforderlich, weil der Geschäftsbetrieb der Reichsbankanstalt infolge der Devisenbewirtschaftung und anderer besonderer Aufgaben zwangsläufig größer geworden ist.“

Den Mindestwert weist Lauenburg mit nur 3 Beschäftigten auf. Den Mittelwert dürften 7 Beamte und Angestellte bilden. Diese Zahl reicht wohl auch für die oben angedeuteten erhöhten Aufgaben aus, die zur Zeit von den Reichsbanknebenstellen zu bewältigen sind. Die von uns errechnete Zahl stimmt wiederum ziemlich mit den Angaben des Reichsbankdirektoriums, das je nachdem 5—7 Beamte und Angestellte für nötig hält, überein.

Die Gruppentabelle zeigt eine kompakte Gruppe von 13 Einheiten zwischen 4 und 8 Personen. Arnstadt mit 17 und Lippstadt mit 18 Personen stehen ganz abseits.

Materialtabelle.

Reichsbanknebenstelle.

Bankanstalt	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Reine Nutz- fläche der Geschäfts- räume m ²	Dienstwohnungen		Fläche aller Geschosse usw. m ²	Stock- werk	Be- amte	Ange- stellte	Bezeich- nung der Stelle ¹	Bemerkungen
				Zahl	Gesamt- fläche m ²						
Straubing	1228	340,00	270,00	5	1190,00	1460,00	6	5	1	RBN	
Hilden	768	193,82	191,23	2	494,78	686,01	5	3	1	RBN	
Rastenburg	762	310,00	184,41	2	751,82	936,23	5	4	—	RBN	
Lörrach	1538	344,33	198,67	2	880,53	1079,20	4	7	4	RBN	
Neustettin	938	356,00	152,45	2	940,00	1092,45	4	4	1	RBN	
Lauenburg	1622	286,17	201,92	2	646,40	848,32	4	3	—	RBN	
Lippstadt	1266	429,31	363,36	3	1318,70	1682,06	5	15	3	RBS	
Rosenheim	1180	228,00	235,51	2	561,64	797,15	5	3	3	RBN	
Sorau	969	300,33	267,00	2	739,44	1006,44	4	5	—	RBN	
Schleswig	864	333,17	177,02	2	815,17	992,19	4	5	1	RBN	
Gummersbach	729	316,56	178,97	2	747,30	926,27	4	6	2	RBN	
Wesel	740	384,00	172,29	2	600,25	772,54	4	5	1	RBN	
Arnstadt	1387,5	247,00	231,68	2	739,90	971,59	5	9	8	RBN	
Itzehoe	304	205,00	249,11	2	609,82	858,93	5	6	1	RBN	
Siegburg	285	192,00	156,51	3	688,00	844,51	6	5	2	RBN	
Rendsburg	1359	345,40	162,15	2	928,30	1090,45	4	7	1	RBN	
Saalfeld	1113	263,52	255,75	2	584,69	840,44	5	8	3	RBN	
Meiningen	691	261,00	240,38	4	888,31	1128,69	5	7	—	RBN	Einschl. Nebengebäude.

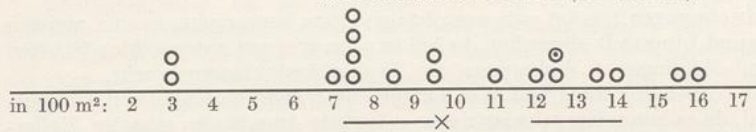
¹ RBN = Reichsbanknebenstelle; RBS = Reichsbankstelle.

Feder, Die neue Stadt.

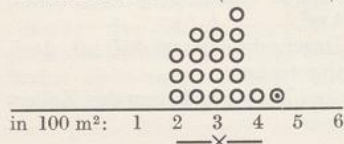
Gruppentabelle.

Reichsbanknebenstelle.

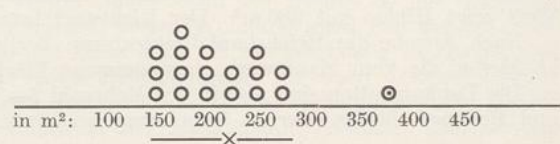
Grundstücksfläche (18 Stellen).



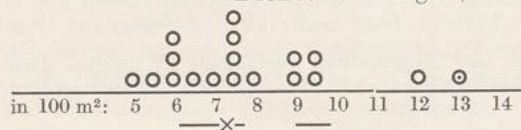
Bebaute Fläche (18 Stellen).



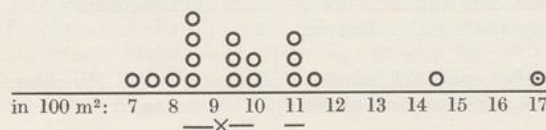
Nutzfläche der Geschäftsräume (18 Stellen).



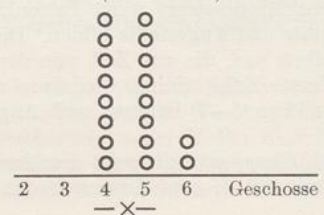
Dienstwohnungen, Gesamtfläche (18 Stellen).



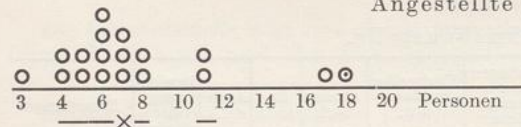
Fläche aller Geschosse
einschl. Treppen, Keller, Boden
(18 Stellen).



Zahl der Geschosse
einschl. Keller und Boden
(18 Stellen).



Angestellte (18 Stellen).



○ Reichsbanknebenstelle; ⊙ Reichsbankstelle.

26. Märkte.

Zum Verkauf der Lebensmittel aber auch anderer kleinerer Gegenstände sind in allen Städten, auch sogar in Großstädten, Märkte eingerichtet: hierfür müssen die entsprechenden Flächen und Möglichkeiten vorgesehen werden.

Der Markt ist ursprünglich entstanden dadurch, daß die auf dem Lande erzeugten Lebensmittel an einem bestimmten Tage der Bevölkerung in den Städten feilgeboten wurden. Heute versuchen die kleineren Geschäfte der Stadt oder bei größeren Städten die Vororte ihren Absatz durch die Beteiligung am Markt zu ergänzen. Teilweise handelt es sich auch um Unternehmungen, die nur auf Märkten verkaufen und so von Ort zu Ort ziehen. Über dieses Gebiet müßten noch genauere Erhebungen und Untersuchungen angestellt werden, bevor Endgültiges gesagt werden kann. Die Gebräuche sind in den einzelnen Gegenden Deutschlands hierin sehr verschieden. Man kann jedoch sagen, daß der Hauptplatz der Stadt, der sowieso meist auch Marktplatz heißt, als Stätte für den Wochenmarkt gedacht werden muß. In seinen Ausmaßen und in seiner Anlage muß also der Hauptplatz der Stadt auch für diesen Zweck geeignet sein.

Neben dem sog. *Wochenmarkt* gibt es in Städten von 20000 Einwohnern immer noch einen *Jahrmarkt* mit bedeutend größerem Umfang. Er ist stets verbunden mit anderen Veranstaltungen. In vielen Städten reicht der Hauptplatz oder Marktplatz hierfür nicht aus, so daß man damit auf größere Plätze an der Peripherie der Stadt geht. Meist sind dies die Flächen für die Volksbelustigung in der Nähe des Schützenhauses, die heute gleichzeitig als Aufmarschplätze angelegt werden müssen (s. dort).

27. Aufmarschplätze.

Für die Veranstaltungen der Partei und der Jugend sowie der Gliederungen der Partei sind in jeder Stadt von 20000 Einwohnern Aufmarschplätze notwendig.

Angenommen, daß sich etwa die Hälfte der Stadtbevölkerung teils aktiv, teils auch nur als Zuschauer an einer Veranstaltung beteiligt, und daß die Zahl der vom flachen Lande zuströmenden Schaulustigen derjenigen der Städter gleichkommt, so müßte für rd. 20000 Menschen Raum genug vorhanden sein.

Rechnet man nun auf 1 m² 4 Menschen (dicht beieinanderstehend können auf dieser Fläche sogar 5—6 untergebracht werden), so kommen wir auf eine Fläche von 5000 m².

Finden Aufmärsche statt, deren Formationen naturgemäß einen weit größeren Raum benötigen, und rechnen wir die Hälfte der Gesamtfläche für die Zuschauer ab, so bleiben 2500 m², auf denen man bequem 1000 und zur Not 2000 Mann in Formationen aufmarschieren lassen kann.

Da der *Hauptplatz des Ortes* meist größeres Ausmaß hat, und in Zukunft, wenn man alle Umstände bedenkt, etwa 4000—5000 m² groß sein kann (60×80 m=4800 m²), so wird auf dem Hauptplatz meist eine gute Gelegenheit für Aufmärsche vorhanden sein. Durch das Rathaus am Hauptplatz ist auch die Möglichkeit gegeben, von einem Balkon den Redner sprechen zu lassen. Hiermit ist auch der überlieferte Gedanke wieder aufgegriffen und kann neue Gestalt gewinnen.

Auch der Jahrmarkt und sonstige Volksbelustigungen aller Art wie Vorführungen, Trachtenfeste u. dgl. können auf diesem Hauptplatz stattfinden.

Will man für größere Veranstaltungen Raum schaffen, so muß man in der Nähe des westlichen Hauptkerns der Stadt im Zusammenhang mit den Sportplatzflächen eine Volkswiese vorsehen, die ebenfalls zu gleicher Zeit als Aufmarschplatz geeignet ist. Sie muß dann allerdings schon 8000—10000 m² groß sein. Den repräsentativen Hindergrund für die Aufmärsche bildet hierbei dann vielleicht das Haus der Jugend (s. dort), das ja ebenfalls im Zusammenhang mit den Sportplätzen steht. Der sog. westliche Hauptkern (s. „Städtebauliche Gliederung“) kann selbstverständlich mehr nach dem Süden oder Norden der Stadt liegen, jedoch wird eine Lage im Osten nicht in Frage kommen, da sich dort doch immer mehr oder weniger die gewerblichen und industriellen Einrichtungen mit störendem Geräusch und Geruch befinden sollten.

In der Nähe eines solchen peripher gelegenen Aufmarschplatzes kann ein *Schießstand* vorgesehen werden. Für den Schießstand ist ein Gelände von 70—80 m Länge und 10—20 m Breite notwendig. Als Kugelfang dient am besten ein aufgeschütteter Hügel. In der Schußrichtung sollten möglichst keine bewohnten Gebäude und viel begangene Wege liegen. Die Anordnung des Schießplatzes an der Längsseite des Sportplatzes oder des Aufmarschplatzes ist durchaus denkbar.

In der Nähe des Aufmarschplatzes muß eine der unter Gewerbe (s. Gaststätten) aufgezählten Schankstätten größeren Umfangs untergebracht werden. Es scheint angebracht, bei diesem *Schützenhaus* auch einen größeren Saal oder eine offene Halle für die Abhaltung von Veranstaltungen bei Regenwetter vorzusehen (s. auch Theater und Säle). Abb. 150 zeigt den Hauptmarktplatz, eine Volkswiese und einen Sportplatz.

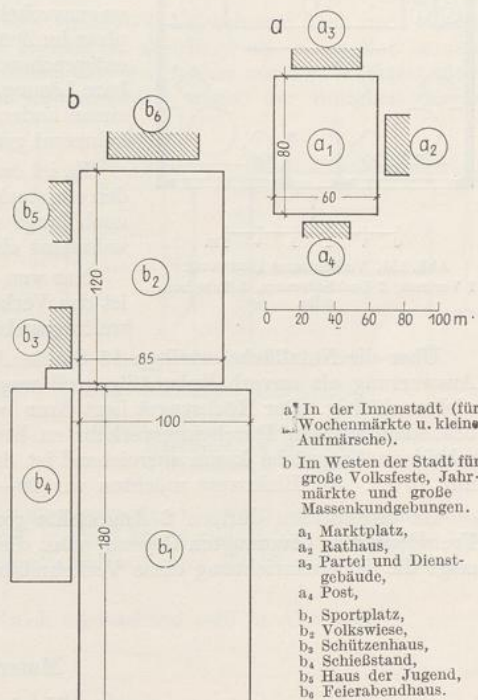


Abb. 150. Aufmarschplatz, Marktplatz
(schematische Darstellung).

28. Verkehrsamt.

Das Verkehrsamt dient Einheimischen und Auswärtigen als Auskunftsstelle für alle Reise- und Verkehrsangelegenheiten, hat aber außerdem vor allem die Aufgabe, den eigentlichen Fremdenverkehr zu regeln, zu fördern oder ihn der Stadt und ihrer Umgebung zuzuleiten, sowie für Unterkunftsmöglichkeiten zu sorgen usw. Es versieht also den Reklame- und Propagandadienst für die Gemeinde.

Diese Aufgaben bedingen die Lage und Einrichtung des Verkehrsamts oder Verkehrsbüros. Am geeignetsten erscheint uns ein ladenartiger Raum mit Hinterzimmer für den internen Betrieb

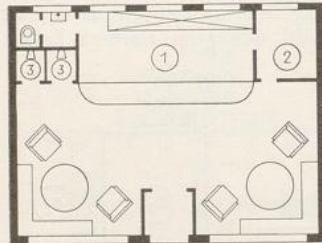


Abb. 151. Verkehrsamt (Entwurf).
1 Verkauf, 2 Umkleideraum, 3 Telefonzelle.

unmittelbar in der Eingangshalle des Hauptbahnhofs oder in einem Pavillon auf dem Bahnhofplatz. Sollte jedoch der Bahnhof allzuweit abseits des Ortes und des Hauptstroms des Kraftwagenverkehrs liegen, kommt auch ein Kiosk auf dem Hauptplatz im Zentrum der Stadt in Frage. Schließlich bieten einige entsprechende Räume im Erdgeschoß des Rathauses eine denkbare Lösung. Nicht anzuraten ist die Unterbringung in irgendeinem Laden in der Innen- oder gar äußeren Stadt, da das Verkehrsamt gerade für den Ortsfremden leicht zu finden sein muß.

Es ist erstaunlich, daß trotz des offensichtlichen Vorteils, den ein starker Fremdenverkehr einem Gemeinwesen bringt, noch lange nicht alle Städte unserer Größenordnung ein Verkehrsamt eingerichtet haben.

Nur von 17 Städten liegen uns Angaben vor. In 7 davon ist das Verkehrsbüro im Rathaus oder einem städtischen Verwaltungsgebäude untergebracht.

Über die Nutzfläche erteilten 15 Städte Auskünfte. Braunschweig mit 140 m² mußte für die Auswertung als unverhältnismäßig groß wegfallen und Rendsburg mit nur ganzen 11 m² als viel zu dürftig. Der Höchstwert liegt dann bei Lörrach (82 m²), das wohl als Grenzstadt einen besonders starken Durchgangsverkehr zu bewältigen hat. Sehr klein und wohl auch für bescheidene Ansprüche kaum ausreichend ist die Nutzfläche des Verkehrsamts in Gummersbach mit 15 m². Als Richtwert möchten wir 40–60 m² vorschlagen.

Im allgemeinen dürften 2 Angestellte genügen. Liegt die Stadt in einer besonders vom Fremdenstrom bevorzugten Gegend, wäre die Personalzahl entsprechend zu erhöhen. Abb. 151 zeigt die Inneneinrichtung eines Verkehrsbüros.

Materialtabelle.

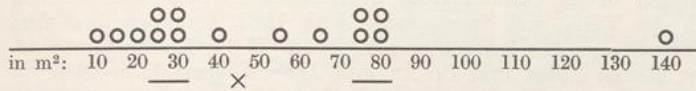
Verkehrsamt.

Stadt	Einwohner	Anzahl	Grundstücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Nutzfläche m ²	Wo untergebracht	Personal
Lippstadt	19471	1	—	—	54	im Verwaltungsgebäude (Erdgeschoß)	—
Prenzlau	22357	1	—	—	25	—	—
Neustettin	16078	1	—	—	30	—	2
Hilden	20350	1	—	—	—	—	—
Lörrach	18264	1	82	82	82	im Miethaus	2
Straubing	25893	1	—	—	30	im Rathaus (Erdgeschoß)	2
Sorau	19285	1	—	—	77	im Rathaus	3
Bad Homburg	16840	1	—	—	20	im Rathaus	1
Schleswig	20694	1	—	—	24	im Rathaus	1
Gummersbach	19339	1	—	—	15	—	—
Wesel	24596	1	—	—	75	im Rathaus	3
Senftenberg	17803	1	—	—	64	—	1
Braunschweig	15325	1	80	80	140	—	2
Rendsburg	19521	1	—	—	11	Rathaus	1
Siegburg	20446	1	60	40	40	—	2
Meiningen	18833	1	—	—	75	n städtischem Gebäude	3
Saalfeld	19148	1	—	—	—	im Rathaus	2

Gruppentabelle.

Verkehrsamt.

Nutzfläche (15 Städte).



29. Kioske.

Als kleinere Verkaufsstände müssen in einer Stadt von 20000 Einwohnern auch noch einige Kioske vorgesehen werden. Die Einrichtung der Kioske ist allerdings aus einer Not heraus entstanden. Bei Mangel an Ladenräumen in der Innenstadt sind früher aus den Marktständen Dauerstände zum Verkauf geworden. Jedoch ist wahrscheinlich wegen der Billigkeit dieser Art von Verkaufsräumen gegenüber richtigen Ladenräumen die Anlage von einigen Dauerverkaufsständen (Kiosken) nicht zu vermeiden. Es müssen also deshalb besser von vornherein die Punkte für die Aufstellung von Dauerverkaufsstellen in der Stadt festgelegt werden, und ebenso muß auch die Ausbildung der Dauerverkaufsstände in architektonischer Hinsicht vorher bestimmt werden. In den Kiosken werden verkauft: Zeitungen, Zeitschriften, Ansichtskarten, Reiseandenken, Zigarren, Zigaretten, Blumen, Erfrischungen; Eintrittskarten für öffentliche Veranstaltungen, Konzerte, Lotterielose usw.

Lage. Am besten sind die Kioske auf die hauptsächlichsten Verkehrspunkte der Stadt zu verteilen.

Anzahl. Wenn es sich nicht gerade um Städte mit ausgesprochen viel Fremdenbetrieb handelt, so kann eine Anzahl von 6—8 Dauerverkaufsständen in einer Stadt von 20000 Einwohnern als normal angesehen werden. Häufig sind die Dauerverkaufsstände nur als Filialen von anderen Ladengeschäften ausgebildet.

Bebaute Fläche. 4—5 m² dürften für jeden Kiosk ausreichend sein (s. Abb. 152).

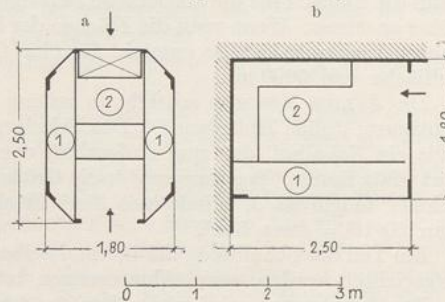


Abb. 152 Kioske (Entwurfsskizzen).
a freistehend, b eingebaut.
1 Ausstellung, 2 Verkauf.

V. Bildung und Kultur.

Schulen (Allgemeines.)

Für die Ausbildung der heranwachsenden Jugend sind in Städten von 20000 Einwohnern Schulen verschiedenster Art notwendig:

1. Gemeindeschulen oder Volksschulen,
2. Hilfsschulen für schwachbegabte Kinder,
3. Mittelschulen,
4. höhere Schulen (Gymnasium, Lyzeen),
5. Berufs- und Fachschulen.

Über die **Lage der Schulen** im Stadtgebiet kann man allgemein folgendes sagen. Die Schule soll möglichst für den Bereich, für den sie Geltung hat, zentral gelegen sein, jedoch auch möglichst so, besonders für Volks- und Hilfsschulen (jüngere Jahrgänge), daß die Schüler und Schülerinnen nicht den Gefahren des Verkehrs ausgesetzt sind.

Über die Lage der Klassenzimmer gehen die Meinungen auseinander. Nur darin herrscht Übereinstimmung, daß reine Nordlage unter allen Umständen zu vermeiden ist. Zur Berechnung der Größe des Klassenzimmers dient in Preußen die Norm von 1 m² je Schüler und in Sachsen von 1,4 m² je Schüler. Bei beweglichem Gestühl wird mehr Raum benötigt.

Die ideale Forderung der Lehrer ist, eine Klasse aus pädagogischen Gründen nicht größer als zu 25 Schülern zu gestalten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist dies leider schwer durchführbar.

Die bebaute Fläche kann mit etwa 700 m² veranschlagt werden. Mitunter ist auch selbst bei kleinen Filmtheatern ein Rang eingerichtet.

Beschäftigte. Die Anzahl der Beschäftigten beträgt bei kleinen Kinounternehmen etwa 4, bei größeren bis zu 8. Als Beispiel für ein Theater mit 630 Plätzen wird das Delhi-Kino in Prenzlau (Abb. 180 u. 181) dargestellt. Die beiden vorgeschlagenen größeren Filmtheater sind also etwas geräumiger zu gestalten.

Abb. 180 u. 181. Kino in Prenzlau.

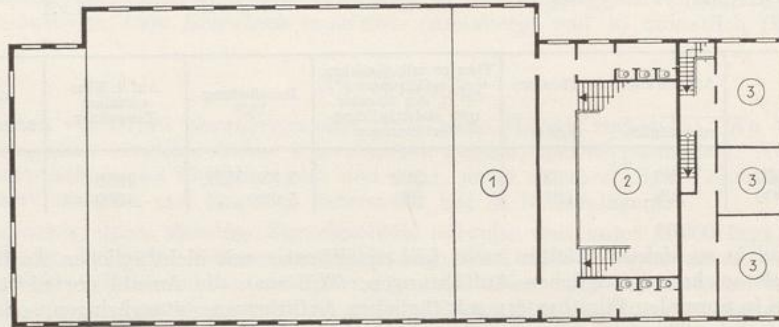


Abb. 180. Obergeschoß.

1 Balkon, 2 Luftraum der unteren Halle, 3 Nebenräume.

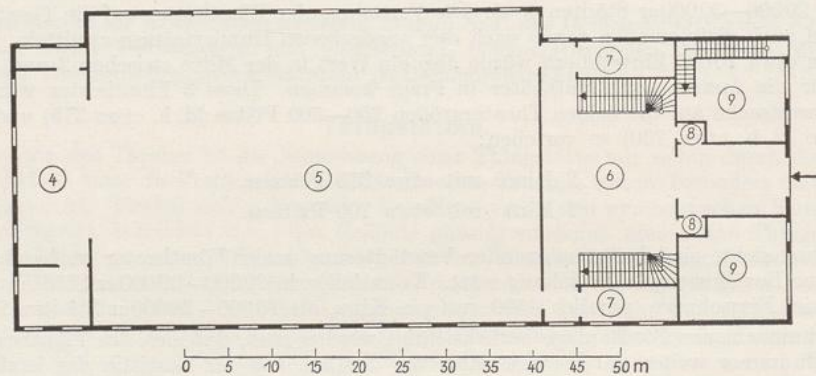


Abb. 181. Erdgeschoß.

4 Bühne, 5 Zuschauerraum, 6 Halle, 7 Garderobe, 8 Kasse, 9 Laden.

41. Kirchen.

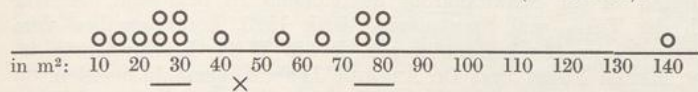
Es liegen Angaben vor von 30 Städten. Die evangelischen und die katholischen Kirchen wurden zuerst getrennt untersucht. Dabei ergab sich jedoch ein falsches Gesamtbild. Vorhanden sind in diesen 30 Städten 64 evangelische bzw. reformierte usw. Kirchen, gleich rd. 2 Kirchen, und 87 katholische, gleich rd. 3 Kirchen je Stadt. Daraus könnte man den Trugschluß ableiten, daß die evangelische Bevölkerung in den untersuchten Städten sich zur katholischen wie 2:3 verhalte. Auch ein Vergleich der Größenverhältnisse der Kirchen und ihres Fassungsvermögens (Sitz- und Stehplätze) ergibt kein klares Bild. Die Erklärung hierfür ist unter anderem folgende: Die katholischen Gemeinden haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl mehr und auch räumlich größere Kirchen als die evangelischen. So kann das katholische Straubing mit seinen 9 Kirchen und 22500 Plätzen fast seine gesamte Bevölkerung dort versammeln, das erzbischöfliche Freising hat für seine 16211 Einwohner gar 13 Kirchen mit 5,5 ha Grundstücksfläche, während in fast rein evangelischen Gemeinden die Anzahl der evangelischen Kirchen nur zwischen 1 und 3 (nur in Prenzlau 4) schwankt, wozu aber, auch wenn die Zahl der ansässigen Katholiken noch so klein ist, stets noch eine katholische Kirche kommt.

Man kann ferner mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß, je älter eine Stadt ist und je größer ihre Bedeutung als kultureller und kirchlicher, wirtschaftlicher, politischer oder auch

Gruppentabelle.

Verkehrsamt.

Nutzfläche (15 Städte).



29. Kioske.

Als kleinere Verkaufsstände müssen in einer Stadt von 20000 Einwohnern auch noch einige Kioske vorgesehen werden. Die Einrichtung der Kioske ist allerdings aus einer Not heraus entstanden. Bei Mangel an Ladenräumen in der Innenstadt sind früher aus den Marktständen Dauerstände zum Verkauf geworden. Jedoch ist wahrscheinlich wegen der Billigkeit dieser Art von Verkaufsräumen gegenüber richtigen Ladenräumen die Anlage von einigen Dauerverkaufsständen (Kiosken) nicht zu vermeiden. Es müssen also deshalb besser von vornherein die Punkte für die Aufstellung von Dauerverkaufsstellen in der Stadt festgelegt werden, und ebenso muß auch die Ausbildung der Dauerverkaufsstände in architektonischer Hinsicht vorher bestimmt werden. In den Kiosken werden verkauft: Zeitungen, Zeitschriften, Ansichtskarten, Reiseandenken, Zigarren, Zigaretten, Blumen, Erfrischungen; Eintrittskarten für öffentliche Veranstaltungen, Konzerte, Lotterielose usw.

Lage. Am besten sind die Kioske auf die hauptsächlichsten Verkehrspunkte der Stadt zu verteilen.

Anzahl. Wenn es sich nicht gerade um Städte mit ausgesprochen viel Fremdenbetrieb handelt, so kann eine Anzahl von 6—8 Dauerverkaufsständen in einer Stadt von 20000 Einwohnern als normal angesehen werden. Häufig sind die Dauerverkaufsstände nur als Filialen von anderen Ladengeschäften ausgebildet.

Bebaute Fläche. 4—5 m² dürften für jeden Kiosk ausreichend sein (s. Abb. 152).

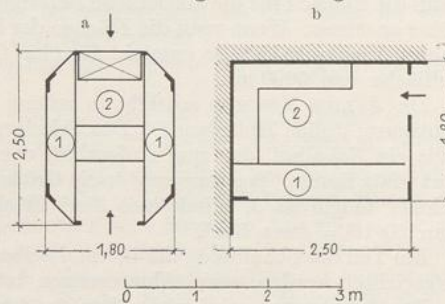


Abb. 152 Kioske (Entwurfsskizzen).
a freistehend, b eingebaut.
1 Ausstellung, 2 Verkauf.

V. Bildung und Kultur.

Schulen (Allgemeines.)

Für die Ausbildung der heranwachsenden Jugend sind in Städten von 20000 Einwohnern Schulen verschiedenster Art notwendig:

1. Gemeindeschulen oder Volksschulen,
2. Hilfsschulen für schwachbegabte Kinder,
3. Mittelschulen,
4. höhere Schulen (Gymnasium, Lyzeen),
5. Berufs- und Fachschulen.

Über die **Lage der Schulen** im Stadtgebiet kann man allgemein folgendes sagen. Die Schule soll möglichst für den Bereich, für den sie Geltung hat, zentral gelegen sein, jedoch auch möglichst so, besonders für Volks- und Hilfsschulen (jüngere Jahrgänge), daß die Schüler und Schülerinnen nicht den Gefahren des Verkehrs ausgesetzt sind.

Über die Lage der Klassenzimmer gehen die Meinungen auseinander. Nur darin herrscht Übereinstimmung, daß reine Nordlage unter allen Umständen zu vermeiden ist. Zur Berechnung der Größe des Klassenzimmers dient in Preußen die Norm von 1 m² je Schüler und in Sachsen von 1,4 m² je Schüler. Bei beweglichem Gestühl wird mehr Raum benötigt.

Die ideale Forderung der Lehrer ist, eine Klasse aus pädagogischen Gründen nicht größer als zu 25 Schülern zu gestalten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist dies leider schwer durchführbar.

Bei jeder Schule muß die Möglichkeit zu Spiel und Sport im Freien und in einer Halle vorgesehen werden. Mit Ausnahme der Fach- und Fortbildungsschulen ist dies für alle Schulen neuerdings zu fordern, wenn auch bei den bestehenden Einrichtungen die Gelegenheiten zur körperlichen Ertüchtigung häufig noch sehr unzureichend sind.

Schulhofgröße. Zum mindesten ist die Schulhofgröße ausreichend zu bemessen. Hierfür können nähere Angaben nach der Turn- und Sportplatzstatistik 1925, herausgegeben vom Generalsekretariat des Reichsausschusses für Leibesübungen, Berlin W 35, Kurfürstenstr. 48, bearbeitet von Dr. CARL DIEM, PETER FORST und Dr. ARTHUR JENSCH, gemacht werden.

Je Kopf der Schüler im Reichsdurchschnitt.

	Schulhoffläche	Turnhallenfläche
Volksschulen	4,17 m ²	0,228 m ²
Staatliche, mittlere und höhere Schulen	10,65 m ²	0,656 m ²

Diese Zahlen sind durch die augenblickliche Entwicklung allerdings bereits überholt. Man kann die Flächen für die körperliche Betätigung der Schuljugend mit gutem Gewissen noch etwas höher ansetzen. Wenn man die Flächen der Schulhofgrößen, die 1925 für die staatlichen Schulen galten, zugrunde legt, so entsteht für eine Gemeindeschule von 500—600 Schülern eine Schulhoffläche von 6000 m².

Dr. JULIUS VISCHER schreibt in seinem Buch „Der neue Schulbau im In- und Ausland“, Stuttgart: Julius Hoffmann: „Das Schulgrundstück muß so groß sein, daß außer dem Schulhaus ein Schulhof, der zum Aufenthalt der Kinder in den Pausen dient, und ein *Schulgarten* dort Platz finden. Bestimmend für die Größe des Schulhofs ist die Forderung, nach der für jeden Schüler möglichst 5, mindestens 3 m² Fläche angenommen werden soll. In England rechnet man 50 ft² = etwa 5 m².

Ein Teil des Schulhofes, der in unmittelbarer Nähe der Turnhalle gelegen ist, muß als Turnhof eingerichtet werden, seine Abmessungen betragen mindestens 2000 m².

Der *Schulgarten* wird nur selten in den Abmessungen angelegt werden können, die den Idealforderungen nahe kommen. Am ehesten können diese auf Schulgrundstücken an der Grenze der Stadt¹ verwirklicht werden, da dort meist mehr Land verfügbar ist.

Der Schulgarten besteht aus einem biologischen Garten mit 200—300 m² und einem Arbeitsschulgarten (für jede Klasse ein Beet von 200—300 m²; für die obersten Klassen jeweils Einzelbeete von 8—10 m² je Schüler), Planschbecken und überdeckte Plätze zum Unterricht im Freien.

Höhere Schulen haben meist nur Gärten für biologischen Unterricht.“

Für die *Turnhallenfläche* hat man ebenfalls einen Anhaltspunkt, wenn man die Zahl von 0,7 m² je Kopf der Schüler in höheren Schulen auch für die Gemeindeschule in Zukunft zugrunde legt. Eine Turnhalle von 16×25 m² = 400 m² einschließlich Nebenräume würde also für eine normale Gemeindeschule mit 600 Schülern wünschenswert sein.

30. Gemeindeschulen.

Zur Ermittlung der Anzahl und Größen der Gemeindeschulen sind 35 Städte mit insgesamt 786 857 Einwohnern untersucht worden. Die beigefügte Materialliste gibt Auskunft über die Anzahl der Schulen, Klassen und Lehrkräfte. Auf die Städte im ganzen entfallen 207 Schulen mit 2016 Klassen, 87 311 Schülern und 1939 Lehrern. Auf einen Lehrer kommen demnach im allgemeinen etwa 45 Schüler.

Anzahl der Schulen. Der höchste Wert liegt hier bei Bg.-Gladbach mit 20 446 Einwohnern und 12 Schulen. Der niedrigste bei Fulda mit 27 753 Einwohnern und 3 Schulen. Als normal ergibt sich eine Anzahl von 5 Gemeindeschulen.

Anzahl der Schüler. Der Höchstwert liegt hier bei Klausberg mit 20 229 Einwohnern und 3364 Schülern. Der niedrigste Wert bei Schw.-Gmünd mit 20 131 Einwohnern und 1662 Schülern. Die Anzahl der Schüler ist nach dem Kinderreichtum in den einzelnen Gegenden sehr verschieden. Die Gemeindeschulen insbesondere sind in reinen Industriestädten verhältnismäßig stärker besucht (s. Klausberg, Nordhorn). Nach dem Durchschnitt aus den 35 untersuchten Städten kann man auf 20 000 Einwohnern etwa mit einer Volksschülerzahl von 2200—2300 rechnen.

Anzahl der Lehrer. Der Höchstwert liegt hier bei Hilden mit 20 350 Einwohnern und 70 Lehrern. Der Mindestwert tritt auf in Swinemünde mit 20 514 Einwohnern und 44 Lehrern, ähnlich wie in Tübingen mit 28 686 Einwohnern und 48 Lehrern. Man kann etwa 50 Lehrer für eine 20 000er Stadt nach dem augenblicklichen Stand als normal annehmen.

¹ Anmerkung des Verfassers: also auch in Städten von 20 000 Einwohnern.

Die Anzahl und Größe der Gemeindeschulen in einer Stadt von 20000 Einwohnern läßt sich danach ungefähr bestimmen. Dabei muß die verschieden große Kinderzahl im einzelnen noch berücksichtigt werden. Nach dem Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden 1935, S. 144f. und S. 175 ist bei 20000 Einwohnern die Anzahl der volksschulpflichtigen Kinder auf etwa 2700 zu bemessen. Eine normale Gemeindeschule mit 8 Doppelklassen (im ganzen also 16 Klassen) hat in der Regel 500—600 Schüler. Es werden also etwa 5—6 Volksschulen in einer solchen Stadt notwendig sein. Dies ist allerdings auf einem Bevölkerungsstand aufgebaut, wie er augenblicklich vorliegt. Da die Zahl der schulpflichtigen Kinder eines wachsenden Volkes von einer 20000er Stadt auf etwa 4000 steigt, so sind Schulen für 1300 Kinder zusätzlich notwendig, d. h. 2 Volksschulen müssen außer den 6 für den augenblicklichen Bevölkerungsstand angegebenen, für einen späteren Ausbau geplant werden.

Diese generellen Betrachtungen stimmen mit unseren Ermittlungen aus etwa 35 Städten der untersuchten Größenordnung überein (s. Materialtabelle). Die Anzahl der Schüler beläuft sich im Mittel auf etwa 2300, die Anzahl der Schulen im allgemeinen auf 5. Diese geringe Anzahl der Schulen beruht darauf, daß bisher häufig viel größere Schulen gebaut wurden, deren Errichtung erst bei engerer Besiedlung in Erwägung gezogen werden sollte. Die neuen Schulbauten jedoch halten sich mit einigen Ausnahmen im wesentlichen an die Form der acht-klassigen Doppelschule (eine Schule für Mädchen und für Knaben).

Für eine Gemeindeschule mit 8 Doppelklassen ergeben sich folgende Richtwerte für die erste Planung.

Grundstückgröße. Der Schulhof muß bei neuen Anlagen wesentlich größer als bisher angelegt werden, so daß man einschließlich des Schulgebäudes auf eine Fläche von etwa 8000 m² kommt.

Bebaute Fläche. Über die Organisation einer Schule und den Aufbau des Gebäudes gibt es zahlreiche Literatur, deshalb ist auf diese Darstellung nicht so großer Wert gelegt worden wie bei den anderen öffentlichen Einrichtungen. Die bebaute Fläche hingegen, wie sie augenblicklich vorhanden ist, gibt auch für die Bauten der Zukunft Anhaltspunkte. Etwa 800 m² werden ungefähr als Mittelwert für die bebaute Fläche einer solchen Gemeindeschule zu nennen sein. Die als Beispiel dargestellte viergeschossige Schule in Breslau-Pilsnitz von Herrn Oberbaurat SCHIRMER hat eine bebaute Fläche von 873 m². Leider konnte nur ein Schulbau mit 4 Geschossen und flachem Dach als Beispiel gebracht werden. Bei nur zweigeschossiger Bauweise muß die bebaute Fläche entsprechend größer angesetzt werden, etwa 1200 m².

Die Gesamtflächen aller Geschosse werden sich ungefähr auf 2400—2500 m² ohne Keller belaufen.

Die Nutzfläche aller Geschosse kann mit etwa 1700 m² beziffert werden. Hierbei sind allerdings nur die eigentlichen Schulräume erfaßt. Die Nebenräume, Keller, Aborte, Heizung usw. sind nicht mitgerechnet.

Beschäftigte Lehrkräfte. Auf einen Lehrer entfallen etwa 40—50 Schüler, so daß eine Schule etwa 12—13 Lehrer hat.

Die Gruppentabelle zeigt in der Sparte „Anzahl der Schulen“ stärkste Ballung mit 25 von 35 Einheiten zwischen 4 und 7 Schulen. Der errechnete Durchschnitt fällt genau mit dem Schwerpunkt der Masse zusammen. Eine gutes Bild bietet auch die Sparte „Anzahl der Schüler“. Noch klarer wird es in der Sparte „Anzahl der Schüler umgerechnet auf 20000 Einwohner“. „Die Anzahl der Klassen“ zeigt dagegen starke Streuung.

Um ein Bild über eine Volksschule in dieser Größe zu geben, ist aus „Deutsche Bauzeitung“ 1936, Heft 21, S. 422, die Volksschule in Breslau-Pilsnitz (Oberbaurat SCHIRMER, Breslau) zur Darstellung gebracht (Abb. 153—156). Diese Schule ist dreigeschossig und zu einem Teil viergeschossig, also ausgesprochen städtisch in ihrem Charakter. Im ganzen 17 Klassen und 873 m² bebaute Fläche, Turnhalle ist nicht vorhanden. Die Baukosten betrugen 375000 RM. mit etwa 24—25 RM. je m³ umbauten Raumes.

Zusammenfassend wird noch bemerkt, daß nach unserer Meinung für die sechs zunächst vorzusehenden Gemeindeschulen eine Geländefläche von $6 \times 8000 = 48000$ m² vorgesehen werden müßte. In allen Schulen zusammen sind beschäftigt 70—80 Lehrer. Für die weiteren erst später bei Bedarf zu errichtenden Schulen kommen noch einmal $2 \times 8000 = 16000$ m² Fläche hinzu. Die Zahl der Lehrkräfte erhöht sich um weitere 25 oder 26 Lehrer.

Sollen, was sehr wünschenswert wäre, bei den Gemeindeschulen auch Schulgärten errichtet werden, so kommen abermals entsprechende Flächen hinzu. Die Ausmaße lassen sich von Fall zu Fall nach den im vorhergehenden Abschnitt gemachten Angaben errechnen.

Abb. 153—156. Volksschule in Breslau-Pilsnitz. (Architekt: Oberbaurat SCHIRMER.)

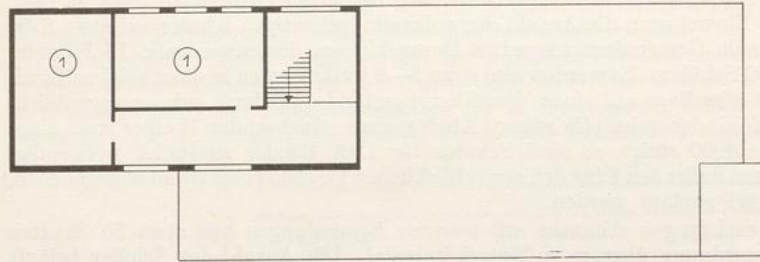


Abb. 153. Dachgeschoß.

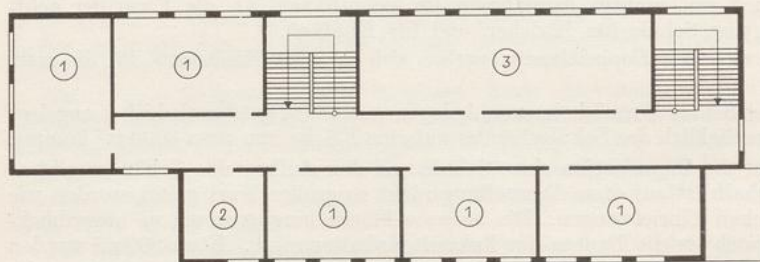


Abb. 154. Zweites Obergeschoß.

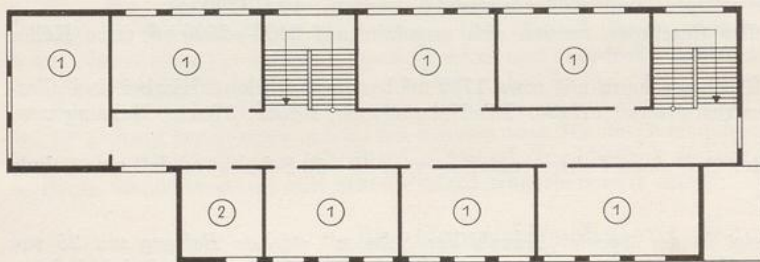


Abb. 155. Erstes Obergeschoß.

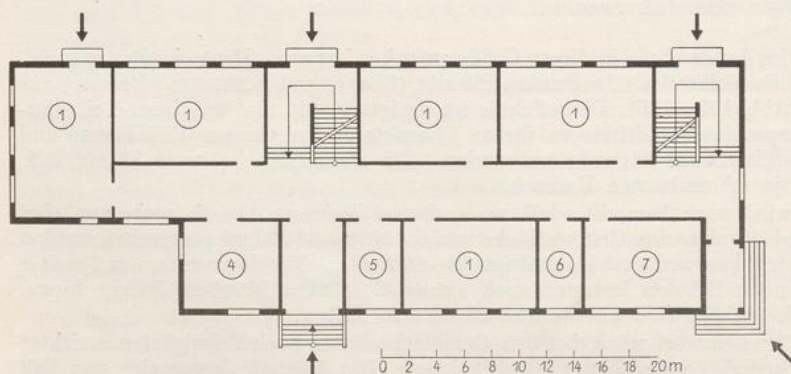


Abb. 156. Erdgeschoß.

Bebaute Fläche: 873 m²,
 Fläche aller Geschosse:
 2870 m².
 Anzahl der Klassen: 17,
 davon: 9 Mädchenklassen,
 8 Knabenklassen.
 1 Klassenräume, 2 Lehrer,
 3 Zeichensaal, 4 Knaben-
 W.C., 5 Rektor, 6 Sprech-
 zimmer, 7 Mädchen-W.C.

Als zweites Beispiel wird noch eine den heutigen Anforderungen entsprechende Schule von Oberbaurat KARL BONATZ nach Bauwelt, Heft 11, Jg. 1936, abgebildet (Abb. 157). Der mittlere Hauptteil ist zweigeschossig gestaltet. Einige prinzipielle Ausführungen hierzu bringt in der oben angegebenen Zeitschrift Oberbaurat BONATZ:

„Sehr wesentlich für die Neubauten war die Festsetzung eines neuen Raumprogramms für alle diese Schulen, die vorwiegend zu Gemeindeschulen bestimmt waren. Man ging dabei davon aus, daß diese Schulen in ihrem Grundriß im allgemeinen eine Größe von 16 bis höchstens 20 Klassen nicht überschreiten sollten.“

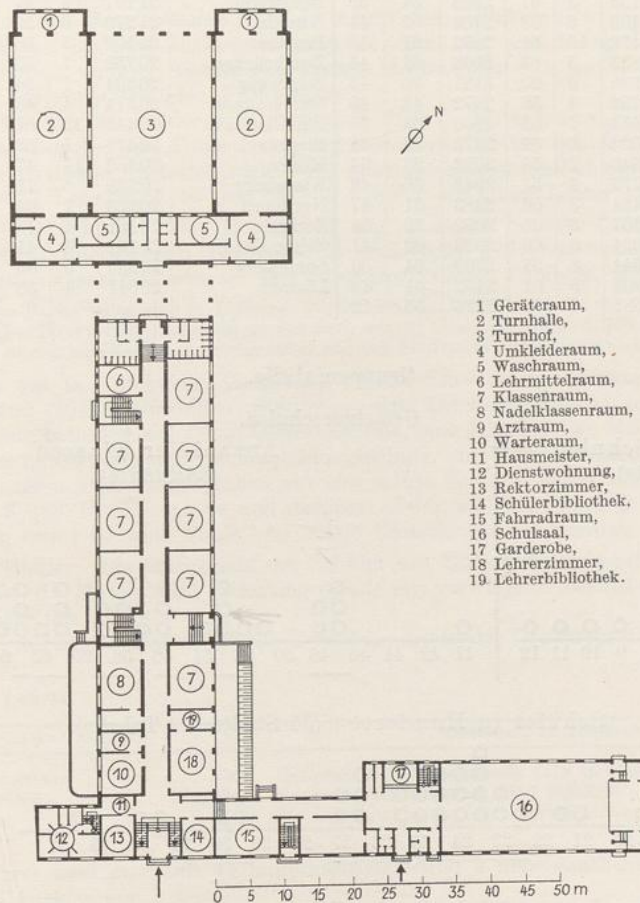
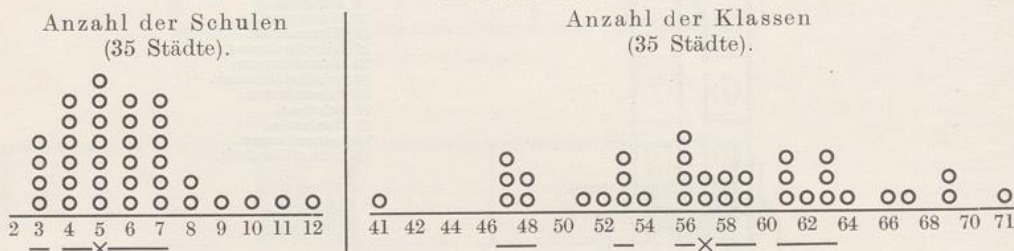
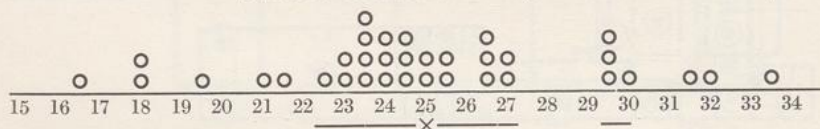
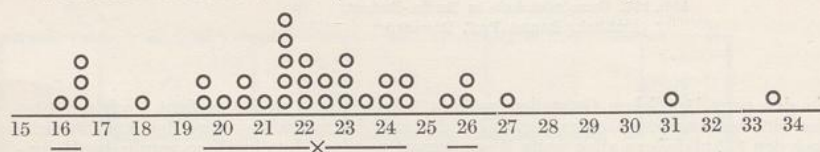


Abb. 157. Gemeindeschule in Berlin-Rudow.
(Architekt Baurat Prof. BONATZ.)

Es sollten jedenfalls in den ganz ländlichen Ortsteilen größere Schulsysteme weder geplant noch errichtet werden; vielmehr schien eine bestimmte Dezentralisation bei der aufgelockerten Bauweise der Außenbezirke am Platze, wodurch auch den Schulkindern allzu weite Wege erspart wurden. Im einzelnen wurde das Raumprogramm gemeinsam von den Haupt- und Bezirksschul- und Hochbauverwaltungen festgesetzt. Es enthält gleichmäßig neben 16–20 Stammklassen die erforderlichen Räume für die Verwaltung, ferner 1 Zeichensaal, 1 Gesangssaal (zugleich Vorführungsraum für Lichtbilder), einige Räume für naturkundlichen Unterricht, 1 Schulküche, Speisenausgaberaum, Werkklassen und die notwendigen Aborte. Zu jeder Schule sollte zunächst eine Turnhalle mit Nebenräumen und gegebenenfalls ein Aula mit Nebenräumen kommen. Die Hoffläche war reichlich zu bemessen, was bei den niedrigen Bauplatzwerten in den Außenbezirken keine Schwierigkeiten machte. Die Baustelle wurde naturgemäß immer aus städtischem Besitz entnommen. Das durchschnittliche Größenmaß betrug etwa 10000–12000 m². Die Ausführung sämtlicher Schulen wurde, da die Baumittel sehr beschränkt waren, von vornherein in Abschnitten vorgesehen, und zwar in 2–3 Bauabschnitten für den eigentlichen Schulbauteil. Einen weiteren Bauabschnitt stellte die eine Turnhalle mit Nebenräumen und die Aula dar.“

Materialtabelle.
Gemeindeschulen.

Stadt	Ein- wohner	Schulen	Klassen	Schüler	Lehr- kräfte	Schüler je Lehrer	Stadt	Ein- wohner	Schulen	Klassen	Schüler	Lehr- kräfte	Schüler je Lehrer
Tübingen	28686	5	48	2373	48	49	Neuwied	21540	8	53	2496	52	48
Marburg	28439	5	53	2306	52	44	Bitterfeld	21328	5	62	2346	56	42
Fulda	27753	3	67	2958	54	55	Neuruppin	21291	4	47	1780	45	39
Wismar	27493	5	58	2709	62	44	Küstrin	21270	6	59	2283	54	42
Kempten	26473	10	61	2632	61	43	Itzehoe	21102	5	56	2376	54	44
Straubing	25893	5	63	2968	67	44	Zweibrücken	20759	7	53	2414	54	45
Wesel	24596	9	69	3187	70	45	Schleswig	20694	7	54	2461	55	45
Wernigerode	23282	4	56	2372	48	49	Swinemünde	20514	4	48	1974	44	45
Ansbach	23033	7	63	2660	68	39	Bg.-Gladbach	20446	12	51	2493	53	47
Schwelm	23020	6	59	2470	56	44	Siegburg	20446	7	52	2229	50	45
Idar-Oberstein	22540	7	58	3022	56	54	Hilden	20350	11	47	2110	70	30
Weiden	22775	4	57	2942	60	49	Klausberg	20229	6	71	3364	66	51
Güstrow	22464	3	56	2383	51	47	Nordhorn	20220	7	64	3153	57	55
Prenzlau	22357	6	61	2672	50	54	Zerbst	20151	4	47	1817	44	41
Arnstadt	22024	6	69	2529	62	41	Schw.-Gmünd	20131	3	41	1662	47	35
Gevelsberg	21944	8	57	2705	54	50	Sonneberg	20083	6	63	2529	58	44
Heidenheim	21903	5	61	2452	61	40	Lörrach	20041	4	56	2158	45	48
Werdau	21587	3	66	2326	55	42							

Gruppentabelle.**Gemeindeschulen.****Schüler in Hunderten (35 Städte der Tabelle).****Schüler in Hunderten (35 Städte der Tabelle umgerechnet auf 20000 Einwohner).**

31. Fortbildungs-, Berufs- und Fachschulen.

Die Fortbildungsschulen sind Pflichtschulen. Der Besuch der Fachschulen ist nur für denjenigen Pflicht, der sie an Stelle der Fortbildungsschule besucht. Die Bezeichnung Berufsschule hat in den einzelnen Reichsgebieten verschiedene Bedeutung. Zumeist ist Berufsschule mit Fortbildungsschule gleichzusetzen. In manchen Gegenden scheint sich jedoch der Begriff eher mit dem einer *Fachschule* zu decken. Häufig ist auch eine Fortbildungs- mit einer Fach-

schule zusammengelegt. Dann benennt der unklare Begriff „Berufsschule“ diese Mischung. Unser erster Versuch, die einzelnen Schulgattungen getrennt zu untersuchen, scheiterte an dieser Verschiedenheit der Benennung durch die Gemeinden, noch mehr aber daran, daß es nicht zu erkennen war, wie weit sich die verschiedenen Einrichtungen überdecken. So blieb nichts anderes übrig, als die Fortbildungs-, Berufs- und Fachschulen als eine geschlossene Gruppe zu behandeln und die uns vorliegenden Angaben in diesem Sinne auszuwerten.

Von den obengenannten Einrichtungen ist in den Städten unserer Größenordnung zumindest eine stets vorhanden. Am häufigsten findet sich neben der allgemeinen Fortbildungsschule eine Handelsschule, die besonders von Besuchern weiblichen Geschlechts bevorzugt wird.

Soweit es sich um Berufsschulen handelt, hängt die Schülerzahl und der Charakter der Anstalt sehr von der im Orte ansässigen Industrie, ihrer Art und Belegschaftszahl ab.

Das Vorhandensein anderer Bildungsstätten wie Hochschulen u. ä. hat mehr Einfluß auf die Art und Größe der vorbereitenden Fachschulen.

Untersucht wurden 34 Städte mit insgesamt 766628 Einwohnern. Auf diese kommen 83 Fortbildungs-, Berufs- und Fachschulen mit zusammen 41099 Schülern, davon rd. 36000 Pflichtschülern. An diesen Anstalten wirken 464 Lehrkräfte hauptamtlich und 290 nebenamtlich oder insgesamt 757 Lehrkräfte, so daß 54—55 Schüler auf einen Lehrer kommen.

Die Anzahl der Schulen. Die Höchstzahl der Schulen besitzt Tübingen (28686 Einwohner, Städtetyp: überwiegend Berufslose Selbständige, Universitätsstadt) mit 3 Berufs- und 3 Fachschulen, zusammen also 6. Das Bürgermeisteramt Tübingen schreibt hierzu:

„An städtischen Fachschulen sind in Tübingen vorhanden: die Gewerbeschule, die Handelsschule und die Frauenarbeitsschule. Davon entfallen allein an Schülern auf die Gewerbeschule rd. 750 und auf die Handelsschule rd. 200. Es ist dies eine Zahl, welche gegenüber anderen Städten Württembergs nicht besonders auffällt.“

Dann folgen mit je 5 Schulen: Sonneberg (20083 Einwohner, Städtetyp: Industriestadt) und Schw.-Gmünd (20131 Einwohner, Städtetyp: dem Durchschnittsbild ähnliche Stadt). In letzterer Gemeinde befinden sich: eine Gewerbeschule, eine Mittelschule, eine staatliche höhere Fachschule, eine hauswirtschaftliche Fortbildungsschule, eine Frauenarbeitsschule.

27 vH der untersuchten Städte haben nur eine solche Schule. 35 vH weisen 2 Schulen auf, 20 vH besitzen 3 und 18 vH sogar 4 und darüber. Zwei, vielleicht auch 3 Berufs- und Fachschulen scheinen somit für eine Stadt von 20000 Einwohnern das normale zu sein.

Anzahl der Schüler. Die Höchstzahl der Schüler hat Bitterfeld (Industriestadt, 21328 Einwohner) mit 2968, die Mindestzahl Straubing (Stadt mit vorwiegend Berufslosen Selbständigen, 25893 Einwohner) mit 510.

Umgerechnet auf eine Stadt von 20000 Einwohner ergibt der Durchschnitt etwa 1050 Berufs- bzw. Fachschüler.

Anzahl der Lehrer.

Höchstzahl der Lehrkräfte	Mindestzahl der Lehrkräfte
Hauptamtlich Sonneberg 42	Hauptamtlich Wernigerode (519 Schüler) 3
Nebenamtlich Weiden 47	Hauptamtlich Güstrow (646 Schüler) 3
Insgesamt Weiden 57	Die nebenamtlichen Lehrer mitgerechnet: Wernigerode . . . 5

Im allgemeinen wird man mit 14 hauptamtlichen und 9 nebenamtlichen Lehrkräften, im ganzen also 23, auskommen.

Als Beispiel für eine *Berufsschule* wird der 1. Preis des Wettbewerbs für eine solche in Peine zur Abbildung gebracht, der Herrn Prof. Dr. FIEDERLING zuerkannt wurde (Abb. 158).

Bebaute Fläche: 2255 m².

Fläche aller Geschosse: 4155 m².

Die *Prenzlauer Schule* enthält eine Handelsschule mit 116 Schülern und Schülerinnen im zweijährigen Lehrgang mit Vollschulbetrieb zu 36 Wochenstunden. Ferner eine Berufsschule mit 1095 Schülern und Schülerinnen mit 8 Wochenstunden. Hier werden die Lehrlinge aller Berufe neben ihrer Lehrzeit geschult. Die Räumlichkeiten werden von den Direktoren der Schule als unzureichend bezeichnet. Die Schule hat eine *Grundstücksfläche von 1500 m², bebaute Fläche von 410 m² und Fläche aller Geschosse von 1230 m²*. Eine Gelegenheit zur sportlichen Betätigung ist bei dieser Art Schulen nicht unbedingt erforderlich.

Vorgeschlagen werden bei neuen Siedlungen von 20000 Einwohnern: 2 Schulen, 1 Berufsschule und 1 Fachschule mit je einem Grundstück von 1500 m². Die Schulen selbst müssen dem örtlichen Bedarf angepaßt werden. Über ihre Größe läßt sich generell Genaueres nicht sagen.

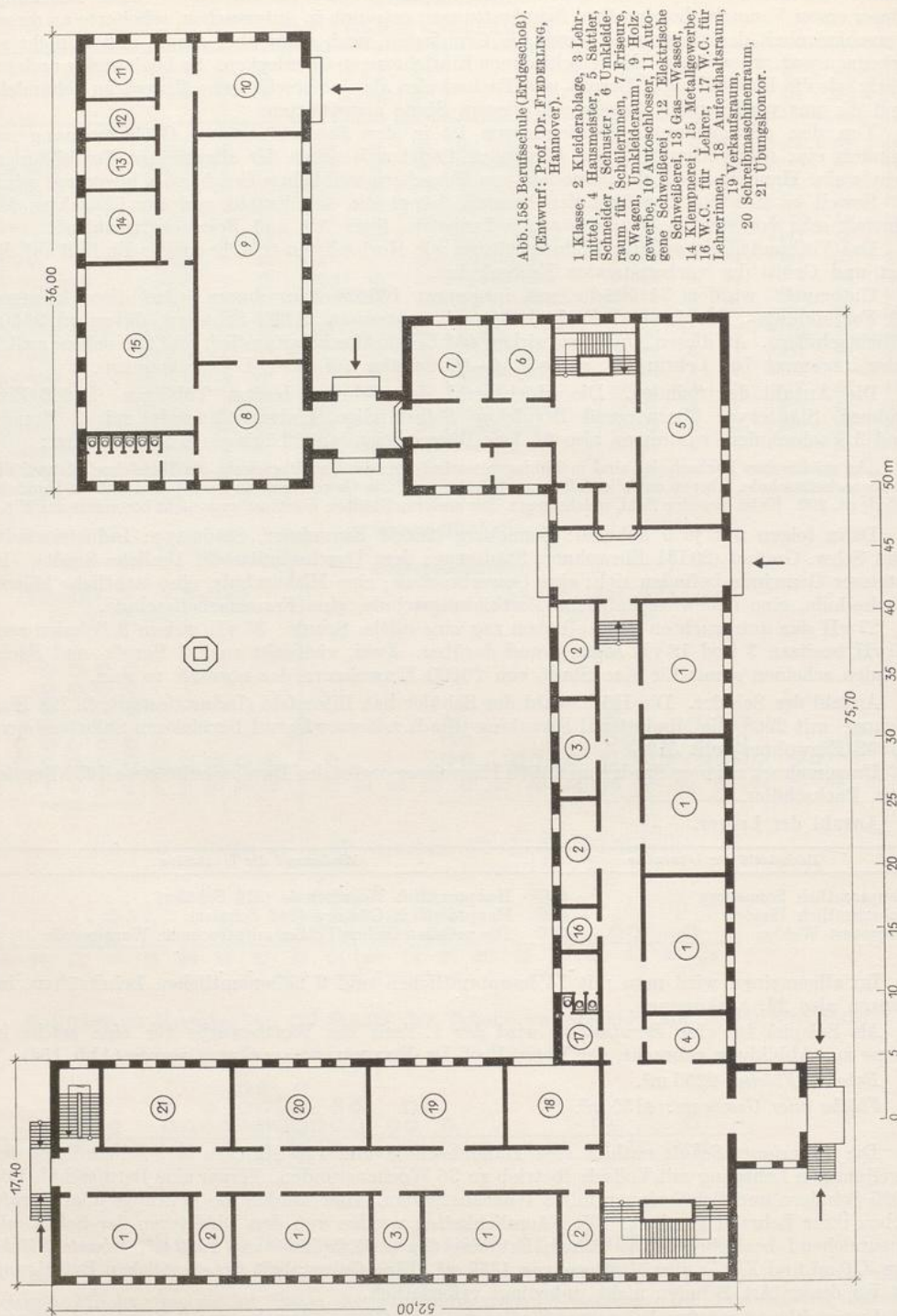


Abb. 158. Berufsschule (Brüderstraße).
(Entwurf: Prof. Dr. FRIEDERLING,
Hannover).

1 Klasse, 2 Kleiderablage, 3 Lehrmittel, 4 Hausmeister, 5 Sattler, 6 Schneider, 7 Schuster, 8 Umkleerraum für Schüler, 9 Friseur, 10 Wagon, 11 Umkleerraum, 12 Holzgewerbe, 13 Autoschlosser, 14 Friseur, 15 Holzgewerbe, 16 Schweißer, 17 Gas-Wasser, 18 Klempner, 19 Metallgewerbe, 20 W.C. für Lehrer, 21 W.C. für Lehrerinnen, 22 Verkaufsraum, 23 Schreibmaschinenraum, 24 Übungsraum.

In jeder Stadt und so auch bei neuen Anlagen ist durch die Besonderheit ihres gewerblichen Aufbaues und dadurch, daß bestimmte Berufe einer Ausbildung bedürfen, die Berufs- und Fachschule verschieden groß. Es ist anzunehmen, daß allerdings die fachliche Ausbildung der Lehrlinge in Zukunft einen bedeutenden Aufschwung erleben wird. Dabei muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Schulen für dieselbe Schülerzahl in verschiedenen Berufszweigen auch verschiedene Größe aufweisen. Für technische Schulen z. B. sind im allgemeinen viel mehr Zeichensäle und Ausstellungsräume notwendig als für kaufmännische Schulen usw.

Es muß in diesem Falle dem Planer überlassen werden, die richtige Größe für die vorzusehenden Flächen und die Anzahl der Schulen festzulegen, nachdem er den wirtschaftlichen Charakter der Stadt näher studiert hat.

Materialtabelle.

Berufs- schulen.						Fach- schulen.				Berufs- schulen.						Fach- schulen.			
Stadt	Ein- wohner	Schulen	Lehrer		Pflicht- schüler	Schulen	Lehrer		Schüler	Stadt	Ein- wohner	Schulen	Lehrer		Pflicht- schüler	Schulen	Lehrer		Schüler
			Ha.	Na.			Ha.	Na.					Ha.	Na.			Ha.	Na.	
Tübingen	28686	3	4	—	237	3	22	—	1119	Neuwied	21540	2	18	4	1893	1	3	1	160
Marburg	28439	2	17	7	1366	2	11	1	372	Bitterfeld	21328	2	23	9	2968	—	—	—	—
Fulda	27753	2	11	8	1451	—	—	—	—	Neuruppin	21291	1	14	3	1150	1	1	—	21
Wismar	27413	2	6	20	931	1	10	2	145	Küstrin	21270	1	9	1	1257	—	—	—	—
Kempten	26473	1	5	21	869	—	—	—	—	Itzehoe	21102	1	8	10	778	—	—	—	—
Straubing	25893	1	5	5	510	—	—	—	—	Zweibrücken	20759	1	4	9	878	1	1	—	32
Wesel	24596	2	10	7	792	1	3	—	107	Schleswig	20694	1	9	4	669	—	—	—	—
Wernigerode	23282	1	3	2	519	—	—	—	—	Swinemünde	20514	1	7	6	1200	—	—	—	—
Ansbach	23033	2	6	22	912	2	2	5	97	Bg.-Gladbach	20446	1	11	3	1406	1	1	4	78
Schwelm	23020	1	9	1	1006	—	—	—	—	Siegburg	20446	1	7	4	843	1	4	—	132
Idar-Ober- stein	22540	1	10	4	932	1	6	1	163	Hilden	20350	1	5	—	435	1	2	—	180
Weiden	22775	2	7	47	1196	1	2	—	30	Klausberg	20229	—	—	—	—	—	—	—	—
Güstrow	22464	2	3	19	646	—	—	—	—	Nordhorn	20220	1	10	—	1237	1	1	—	22
Prenzlau	22357	1	9	2	1024	1	4	—	120	Zerbst	20151	1	7	8	743	1	11	1	62
Arnstadt	22024	3	17	5	1161	2	5	—	52	Schw.- Gmünd	20131	5	22	13	1635	—	—	—	—
Gevelsberg	21944	1	9	—	1050	—	—	—	—	Sonneberg	20083	3	27	6	1525	2	15	1	225
Heidenheim	21903	2	20	9	1236	1	6	5	274	Lörrach	20041	1	3	—	418	2	?	?	1100
Werdau	21587	1	17	4	1483	2	2	6	253										

Mittlere und höhere Schulen.

Auch die mittleren und höheren Schulen können leider nur gemeinsam betrachtet werden. Überhaupt sind die Angaben hierüber recht unzulänglich. Die Besetzung der Städte mit mittleren und höheren Schulen ist sehr uneinheitlich (s. Materialtabelle). Man kann höchstens sagen, daß in den untersuchten Städten entweder höhere Schulen oder eine Mittelschule auf alle Fälle vorhanden sind. Von den untersuchten 35 Städten hat nur Klausberg keine höhere Schule, dafür aber eine Mittelschule. Für Klausberg liegen die höheren Schulen in den sehr nahe gelegenen Großstädten. 13 von 35 Städten haben außer der höheren Schule eine Mittelschule.

32. Mittelschulen.

Wertet man die Angaben der 13 Städte mit Mittelschulen für die *Mittelschulen* allein aus, so ergibt sich, daß etwa 37 vH der untersuchten Städte Mittelschulen besitzen und daß von den 13 Städten 6 je eine, 7 je 2 Mittelschulen aufweisen. Auf insgesamt 20 Mittelschulen entfallen 134 Klassen, 4104 Schüler und 134 Lehrkräfte. Auf eine Lehrkraft kommen also ungefähr 30 Schüler.

Anzahl der Schüler. Der Höchstwert liegt bei Wismar mit allerdings 27493 Einwohnern und 583 Schülern. Die Schuldeputation Wismar (Verkehrs- und Handelsstadt) begründet diese Erscheinung mit den guten Leistungen der Mittelschulen Mecklenburgs:

„Schüler, die auf der Mittelschule die mittlere Reife erhalten haben, werden im allgemeinen sehr gern in handwerklichen und kaufmännischen Kreisen als Lehrling angenommen. Da der Andrang zu diesem Beruf ziemlich groß ist, erklärt sich auch daraus die hohe Schülerzahl.“

Dem Höchstwert sehr nahe kommt Zerbst (Landwirtschaftliche Stadt) mit 20151 Einwohnern und 510 Schülern. Der Oberbürgermeister der Stadt Zerbst äußert sich hierzu:

„Die besondere Pflege der Mittelschulen in Anhalt, wo Volks- und Mittelschulen staatliche Einrichtungen sind, erklärt die weite Verbreitung (auch Orte mit 3000—4000 Einwohnern haben Mittelschulen) und ihre

Bevorzugung. Es ist deshalb verständlich, daß die Mittelschule, die eine abgeschlossene Bildung vermittelt, gegenüber der höheren Schule bevorzugt wird, weil hier der Abschluß in der Mittelstufe fehlt. Deshalb sind Realschulen in Anhalt so gut wie nicht vorhanden und Lyzeen nur schwach besucht.

Zerbst hat viel bäuerliches Hinterland und daher viel auswärtige Mittelschüler, das sind bei der Knabenmittelschule 15 vH und in der Mädchenmittelschule 10 vH. Schließlich ist das niedrige Schulgeld von 6.— RM. je Monat sicher nicht ohne Einfluß.“

Den Mindestwert weist Schwenningen mit 20605 Einwohnern und 108 Schülern auf. Die Mädchen-Mittelschule in Schwenningen schreibt hierzu:

„Schwenningen ist reine Industriestadt; die Eltern nehmen ihre Kinder aus der Schule in die Betriebe, sobald die erste gesetzliche Möglichkeit besteht. Dieser allgemeine Umstand tritt hier durch die Eigenart der Bevölkerung verstärkt in Erscheinung. Das bürgerliche Element in der Bevölkerung fehlt. Aus Unternehmer und Arbeiter setzt sich das Gros der Einwohnerschaft zusammen.“

Der Mittelwert liegt bei 280 Schülern.

Anzahl der Lehrer. Die Höchstzahl tritt in Zerbst auf mit 21 Lehrern (s. oben). Den Mindestwert zeigt Schwenningen mit 4 Lehrern (s. oben).

Eine normale Mittelschule für 20000 Einwohner würde etwa 280 Schüler, 9—10 Klassen und 10 Lehrer haben. Auf einen Lehrer entfallen demnach ungefähr 28 Schüler.

Um einen Eindruck zu geben von dem Aufbau wird als Beispiel die Mittelschule von Prenzlau dargestellt, die allerdings nur 184 Schüler und 8—9 Lehrer hat.

Vorschlag für eine 20000er Stadt: Eine Mittelschule (nach Beispiel Prenzlau).

Geländebedarf: etwa 3000—4000 m², *bebaute Fläche:* 400 m², *Fläche aller Geschosse* 900 m².
Klassen: 6, *Aula:* 1, *Schüler:* 184, *Lehrer:* 9.

33. Höhere Schulen.

Wenn man das neuzeitliche Bestreben nach möglichst guter Ausbildung der Jugend in Rechnung zieht, so ist es angebracht in einer neuen Siedlung von 20000 Einwohnern beide Schulformen, Mittelschule und höhere Schule, vorzusehen. Das Reichserziehungsministerium hat, soviel bekannt geworden ist, die Absicht, außer der Gemeindeschule nur noch 2 Schulen, die Oberschule und die höhere Schule einzuführen, so daß die Zwischenlösungen der Oberrealschule, des Realgymnasiums und all der anderen verschiedenen Schularten in Zukunft wegfallen werden (inzwischen durchgeführt!).

Höhere Schule. Die Angaben von insgesamt 34 Städten mit höheren Schulen wurden ausgewertet. In diesen Städten gibt es im ganzen 73 höhere Schulen mit 762 Klassen und 19020 Schülern sowie 1152 Lehrkräften. Es entfallen also etwa 16—17 Schüler auf einen Lehrer.

Anzahl der Schulen. Die meisten höheren Schulen hat Kempten (26473 Einwohner) als Hauptstadt des Allgäus mit 4 Schulen. 25,8 vH der Städte haben 3 Schulen, 51,4 vH der Städte haben 2 Schulen und 17,1 vH der Städte besitzen nur eine höhere Schule. Zwei Schulen scheinen also für eine Stadt von 20000 Einwohnern tragbar zu sein.

Anzahl der Schüler. Der Höchstwert liegt bei Weiden mit 22 775 Einwohnern mit 1113 Schülern. Der Mindestwert bei Zerbst (20151 Einwohner) mit 128 Schülern. Im allgemeinen kann man wohl mit 500 Schülern und Schülerinnen in einer Stadt von 20000 Einwohnern rechnen.

Anzahl der Lehrer. Die größte Anzahl der Lehrer weist Kempten mit 26473 Einwohnern und 67 Lehrern auf, während die geringste Anzahl von Lehrern in Nordhorn (20220 Einwohner und 10 Lehrer) auftritt.

Für 20000 Einwohner kann man also augenscheinlich etwa mit 2 höheren Schulen (Knaben und Mädchen) rechnen, die zusammen 19—20 Klassen haben bei etwa 500 Schülern und 30 Lehrer.

Grundstücksfläche. Für die höheren Schulen ist ein Grundstück von 7000—8000 m² (s. Schulhofffläche) angebracht. Um einen Eindruck zu vermitteln vom Aufbau einer höheren Schule ist als Beispiel das Gymnasium in Berlin-Neukölln zur Abbildung gebracht. Hier sind 2 Schulen mit im ganzen 17 Klassen vereinigt. Die Schule ist gegenüber dem normalen Bedarf sehr klein.

Vorschlag für höhere Schulen. Zwei höhere Schulen (ohne Mittelschule):

Geländebedarf: 7500, besser 8000 m², *bebaute Fläche:* 1000 m², *Fläche aller Geschosse:* 3200.
Schülerinnen: 580, *Klassen:* 27, *Lehrkräfte:* 43.

Es dürfte sich empfehlen, zunächst eine Schule in der Größe von 17 Klassen zu bauen aber zugleich einen Anbau zu planen, der eine Erweiterung auf 27 Klassen zuläßt. Möglichst getrennte Zugänge für Knaben und Mädchen bei gemeinsamer Benutzung der Physik-, Zeichensäle usw.

Betrachtet man die mittleren und höheren Schulen zusammen, so ergeben sich durchschnittlich im ganzen nur etwa 600 Schüler in 23 Klassen mit 33 Lehrern für 20000 Einwohner. Auf Grund unserer Erfahrungen und Untersuchungen sowie der Besprechungen mit einigen örtlichen Behörden können wir also nur folgenden *Vorschlag* machen:

Eine *Mittelschule* mit etwa 200—250 Schülern und 9 Lehrern und

2 *höhere Schulen*, eine für Knaben und eine für Mädchen, mit je etwa 300 Schülern und etwa 18 Lehrern.

Die Schüler und Schülerinnen, welche eine über die Gemeindeschule hinausgehende höhere Bildung genießen, werden anzahlmäßig steigen, da man bestrebt ist, das allgemeine Bildungsniveau des deutschen Volkes zu heben. Wir möchten daher eine Schülerzahl von 800 statt von 600 Schülern in Ansatz bringen. Die Größe der Anstalten ist natürlich im einzelnen von den örtlichen Verhältnissen sehr abhängig. Eine nahegelegene Großstadt mit einer höheren Schule läßt das Bedürfnis nach einer solchen in der Stadt mit 20000 Einwohnern verschwinden. Auch die sonstige Einstellung der Bevölkerung spielt eine wesentliche Rolle. So ist z. B. in Rentnerstädten oder Städten mit gutem Wohlstand der Besuch der höheren Schulen stärker. Der genaue Umfang der mittleren und höheren Schulen kann also nur durch eingehende örtliche Untersuchungen festgestellt werden.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die in diesem Abschnitt gebrachten Angaben sich nicht so sehr auf den vorhandenen Zustand in 20000er Städten stützen konnten, sondern unter Berücksichtigung einer gesteigerten Schulung wie sie allgemein jetzt gefordert wird, gemacht wurden. Ergänzend sei hierzu noch bemerkt, daß eine Mittelschule für Mädchen in einer solchen Stadt nicht notwendig ist, da diese meist, wenn sie die Schule weiter besuchen wollen, auf eine private oder öffentliche Handelsschule gehen.

Unsere Abb. 159 u. 160 zeigen das Gymnasium in Berlin-Neukölln.

Materialtabelle.

Mittelschulen.						Höhere Schulen.				
Stadt	Einwohner	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Schüler	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Schüler	Schüler je Lehrer
Tübingen	28686	—	—	—	—	3	39	49	950	19
Marburg	28439	—	—	—	—	3	41	59	899	15
Fulda	27753	—	—	—	—	3	30	48	856	18
Wismar	27493	2	22	18	583	2	36	48	835	18
Kempten	26473	1	6	7	193	4	35	67	1025	15
Straubing	25893	—	—	—	—	3	32	62	1010	16
Wesel	24596	—	—	—	—	2	24	34	488	14
Wernigerode	23282	2	15	17	513	2	21	26	405	16
Ansbach	23076	—	—	—	—	3	26	42	720	17
Schwelm	23033	—	—	—	—	2	15	20	382	19
Weiden	22775	—	—	—	—	3	36	63	1113 ¹	18
Idar-Oberstein	22540	—	—	—	—	1	15	22	340	16
Güstrow	22464	1	6	7	177	3	26	37	653	18
Prenzlau	22357	1	6	7	176	2	18	24	387	16
Arnstadt	22024	—	—	—	—	2	21	28	548	20
Gevelsberg	21944	—	—	—	—	1	12	16	268	17
Heidenheim	21903	—	—	—	—	2	23	30	638	21
Werdau	21587	2	10	—	303	1	12	20	255	13
Bitterfeld	21328	2	12	11	434	2	17	33	502	15
Neuwied	21540	—	—	—	—	2	26	43	651	15
Neuruppin	21291	2	12	9	285	3	22	36	394	11
Küstrin	21270	2	13	17	407	2	14	21	393	19
Itzehoe	21102	—	—	—	—	2	30	41	722	18
Zweibrücken	20759	—	—	—	—	3	29	54	726	13
Schwenningen	20605	1	4	4	108	1	11	12	280	23
Swinemünde	20514	—	—	—	—	2	19	31	511	16
Bg.-Gladbach	20446	—	—	—	—	2	9	14	185	13
Siegburg	20446	—	—	—	—	2	22	33	716	22
Hilden	20350	—	—	—	—	1	9	12	260	22
Klausberg	20229	1	6	8	217	—	—	—	—	—
Nordhorn	20220	1	6	7	198	1	6	10	151	15
Zerbst	20151	2	16	21	510	2	12	17	128	8
Schw.-Gmünd	20131	—	—	—	—	2	26	30	524	17
Sonneberg	20083	—	—	—	—	2	21	27	525	19
Lörrach	20041	—	—	—	—	2	27	43	580	14

¹ Darunter 487 auswärtige.

Abb. 159 u. 160. Gymnasium Berlin-Neukölln (Architekt C. Beckmann.)

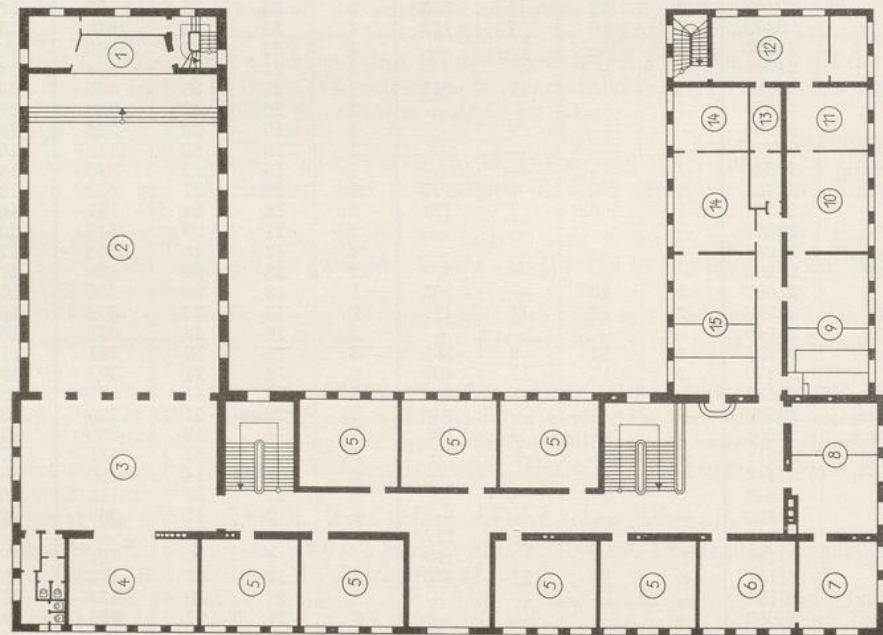


Abb. 159. Obergeschoß.

1 Bühne, 2 Aula, 3 Aula-Vorraum, 4 Gesangsraum, 5 Klasse, 6 Chemie-Sammlung, 7 Chemie-Vorbereitung, 8 Chemie-Lehrsaal, 9 Physik-Lehrsaal, 10 Physik-Vorbereitung, 11 Physik-Sammlung, 12 Physik-Übungen, 13 Dunkelkammer, 14 Biologie-Sammlung, 15 Biologie-Lehrsaal.

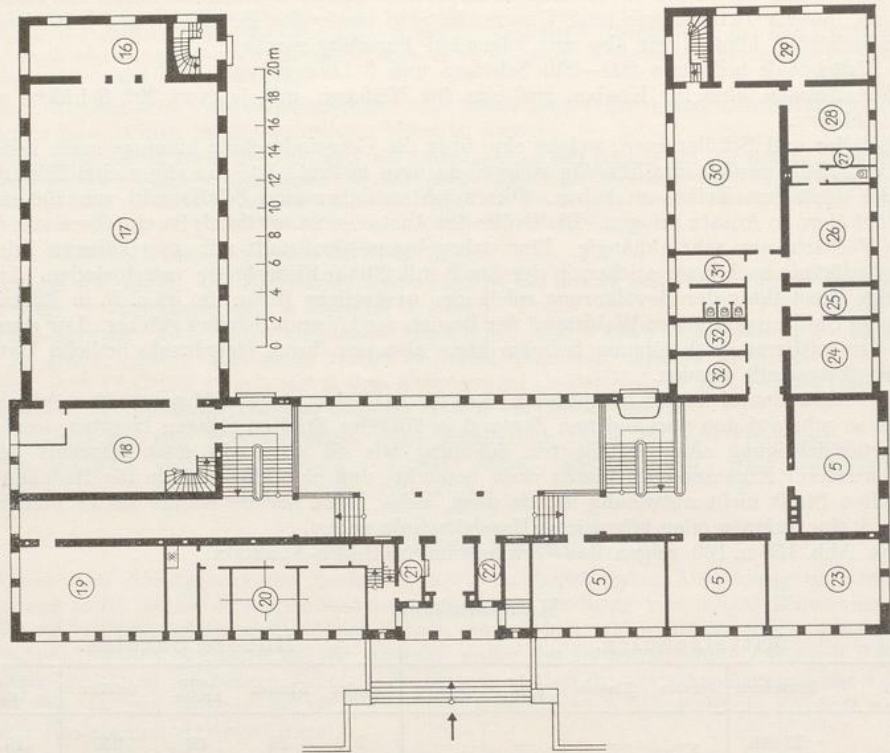


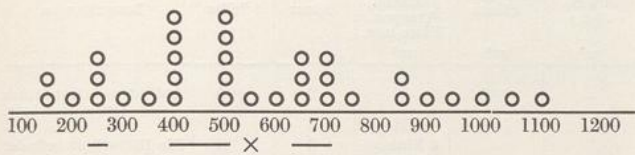
Abb. 160. Erdgeschoß.

16 Geräteraum, 17 Turnhalle, 18 Auskleideraum, 19 Zeichensaal, 20 Dienstwohnung, 21 Flörner, 22 Kleiderablage, 23 Parkunterkassse, 24 Oberstudienrat, 25 Anmeldung, 26 Direktor, 27 Akten, 28 Lehrer-A-Bedienungsraum, 29 Lehrer-Büddel, 30 Konferenzzimmer, 31 Lehrer-W.C., 32 Elternsprechzimmer.

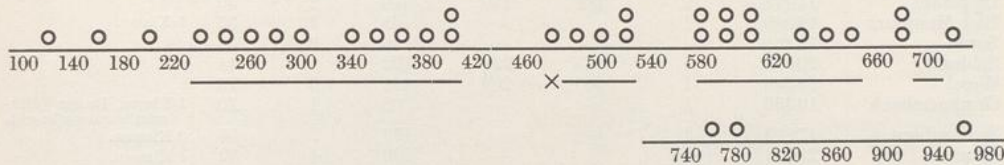
Gruppentabelle.

Höhere Schulen.

Anzahl der Schüler (34 Städte der Materialtabelle).



Anzahl der Schüler umgerechnet auf 20000 Einwohner (34 Städte).



34. Hilfsschulen.

Die Hilfsschulen sind Einrichtungen für die minderbegabten Kinder. 22 Städte sind hierfür untersucht worden. In fast allen Städten (s. Materialtabelle) ist die Hilfsschule der Gemeindeschule angegliedert. Die Zahl der Hilfsschüler und der Lehrkräfte hierfür ist also in den Angaben für die Gemeindeschulen mit einbegriffen. Die Größe der Grundstücksfläche und der Nutzfläche ist von vielen Städten mißverständlich angegeben worden. Nach den Angaben von Bunzlau z. B. würden für 103 Hilfsschüler mit 3 Lehrern 1116 m² Nutzfläche vorhanden sein.

Aus den Angaben der 11 auswertbaren Städte ergibt sich ein Richtwert von etwa 140 m² Nutzfläche für die Hilfsschule.

Zahl der Hilfsschüler. Hierfür können 22 Städte mit im ganzen 1457 Hilfsschülern auf 451538 Einwohner in Betracht gezogen werden. Die Höchstzahl der Hilfsschüler tritt auf in Bunzlau mit 19625 Einwohnern und 103 Hilfsschülern. Auch Neustettin mit 16078 Einwohnern und 100 Hilfsschülern hat eine ziemlich hohe Schülerzahl. Am wenigsten Hilfsschüler besitzen Gummersbach mit 19339 Einwohnern und 20 Hilfsschülern und Tübingen mit 28686 Einwohnern und 21 Hilfsschülern. Im allgemeinen kann man bei 20000 Einwohnern mit etwa 65 Hilfsschülern rechnen.

Anzahl der Lehrer. Die normale Anzahl der Lehrer kann man etwa mit 3 annehmen. Arnstadt hat auf 89 Schüler 4 Lehrer. Auf einen Lehrer entfallen im allgemeinen 28 Schüler.

Lage. Die Zusammenlegung der Hilfsschule mit der Gemeindeschule ist an sich aus psychologischen Gründen nicht erwünscht. Es wird deshalb für eine Stadt von 20000 Einwohnern die Errichtung eines besonderen kleinen Gebäudes vorgeschlagen. In Prenzlau ist die Hilfsschule ebenfalls in einem Sondergebäude untergebracht.

Diese Anlage wird als Beispiel vorstehend zur Abbildung gebracht (Abb. 161). Die Grundstücksgröße für die Hilfsschule in Prenzlau beträgt 730 m², die bebaute Fläche einschließlich Wohnungen etwa 260 m², die Fläche aller Geschosse ohne Wohnungen etwa 255 m², die Fläche aller Geschosse mit Wohnungen etwa 510 m² bei 79 Schülern und 3 Lehrern.

Feder, Die neue Stadt.

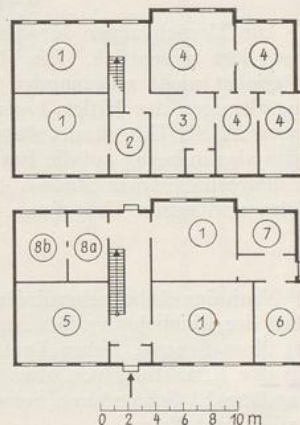


Abb. 161. Hilfsschule Prenzlau.
1 Klasse, 2 Vorzimmer, 3 Küche, 4 Zimmer, 5 Lehrküche, 6 Lehrmittel, 7 Lehrerinnen, 8 Wohnung des Hausmeisters, 8a Küche, 8b Zimmer.

Materialtabelle.

Hilfsschulen.

Stadt	Einwohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Lehrer	Schüler	Bemerkungen
Neustettin	16078	1	—	185	175	3	100	Auf dem Grundstück der Gemeindeschule.
Lauenburg	18962	1	—	148	354	3	78	
Klausberg	20229	1	—	—	3 Klassen- räume	3	93	Die Hilfsschule befindet sich in einer Ge- meindeschule.
Hilden	20350	1	—	—	—	3	69	
Straubing	25893	1	—	—	84	2	90	
Prenzlau	22357	1	730 ?	176 ?	272 ?	3	79	5 Klassen.
Lippstadt	19471	1	300	120	240	2	30	
Bad Homburg	16840	1	—	—	68	1	35	1 Klasse.
Sorau	19285	—	—	—	180	3	56	
Schleswig	20694	1	535	222	192	2	44	
Wesel	24596	1	381	200	456	3	76	
Gummersbach	19339	1	—	—	60	1	20	1 Klasse. In der Volks- schule untergebracht.
Senftenberg	17803	1	—	—	138	2	56	3 Klassen.
Arnstadt	22024	1	—	—	200	4	89	4 Klassen.
Tübingen	28686	1	—	—	—	1	21	
Itzehoe	20912	1	—	in Schule	—	2	64	
Siegburg	20446	1	2200	380	700	3	74	
Rendsburg	19521	—	—	150	170	2	52	
Meiningen	18833	1	—	—	150	4	97	
Saalfeld	19148	1	—	—	151	2	74	In Gemeindeschule.
Bg.-Gladbach	20446	1	—	—	150	—	57	
Bunzlau	19625	1	1152	279	1116	3	103	

Jugendheim — Jugendherberge.

Die Einrichtungen für die Jugend, das Hitler-Jugend-Heim und die Jugendherberge sind besonders wesentlich. Die Reichsjugendführung hat den Wunsch, daß diese beiden Organe möglichst nicht miteinander vereinigt werden. Das Jugendheim dient lediglich für die Veranstaltungen der Hitler-Jugend und des Bundes Deutscher Mädel. Die Jugendherberge hingegen ist die Unterkunftsstätte für die wandernde auswärtige Jugend. Während das Jugendheim also in bezug auf die Bevölkerung fast überall gleich groß sein wird, ist die Jugendherberge in ausgesprochenem Maße abhängig von dem Zustrom der Gäste und der Anziehungskraft des Ortes und seiner Umgebung.

35. Jugendheim.

Nach den Arbeitsrichtlinien des Arbeitsausschusses für HJ.-Heimbeschaffung (Verordnungsblatt der Reichsjugendführung, Sonderdruck I/37) und nach den Angaben des Sachbearbeiters für diese Fragen, Herrn Dipl.-Ing. WINTER, muß man in einer Stadt von 20000 Einwohnern mit der Errichtung von etwa 3 Jugendheimen rechnen. Für 20000 Einwohner sind im ganzen ungefähr 16 Scharräume notwendig. Der Aufbau eines solchen Heimes würde sich folgendermaßen gestalten:

- 5—6 Scharzimmer,
- 1 Gemeinschaftsraum, für den gemeinsamen Dienst einer Gefolgschaft,
- 1 Brausebad,
- 1 Fahrradunterstellraum,
- 1 Kleiderablage,
- 1 Führerzimmer,
- 1 Führerinnenzimmer.

Einem dieser 3 Heime müßte außerdem noch ein Feiertag angegliedert werden. Dieses Heim würde möglichst zentral angelegt werden müssen, jedoch ist außerdem die Verbindung mit einer größeren Grünfläche oder Sportanlage sehr wichtig. Für Veranstaltungen größeren Umfangs oder Zeltlager sind überhaupt Grün- oder Sportplätze in der Nähe der Heime oder noch besser anschließend daran sehr erwünscht. Die anderen zwei nichtzentralen Heime sollten

möglichst so angelegt werden, daß die Wege der Jugendlichen nicht zu weit sind und jedes der Heime ein bestimmtes Wohngebiet erfaßt.

Es besteht auch die Möglichkeit, die 3 Jugendheime in einem Bau zu vereinigen, um eine größere Anlage zu schaffen. Dies ist jedoch nicht so vorteilhaft, da der Weg des einzelnen zum

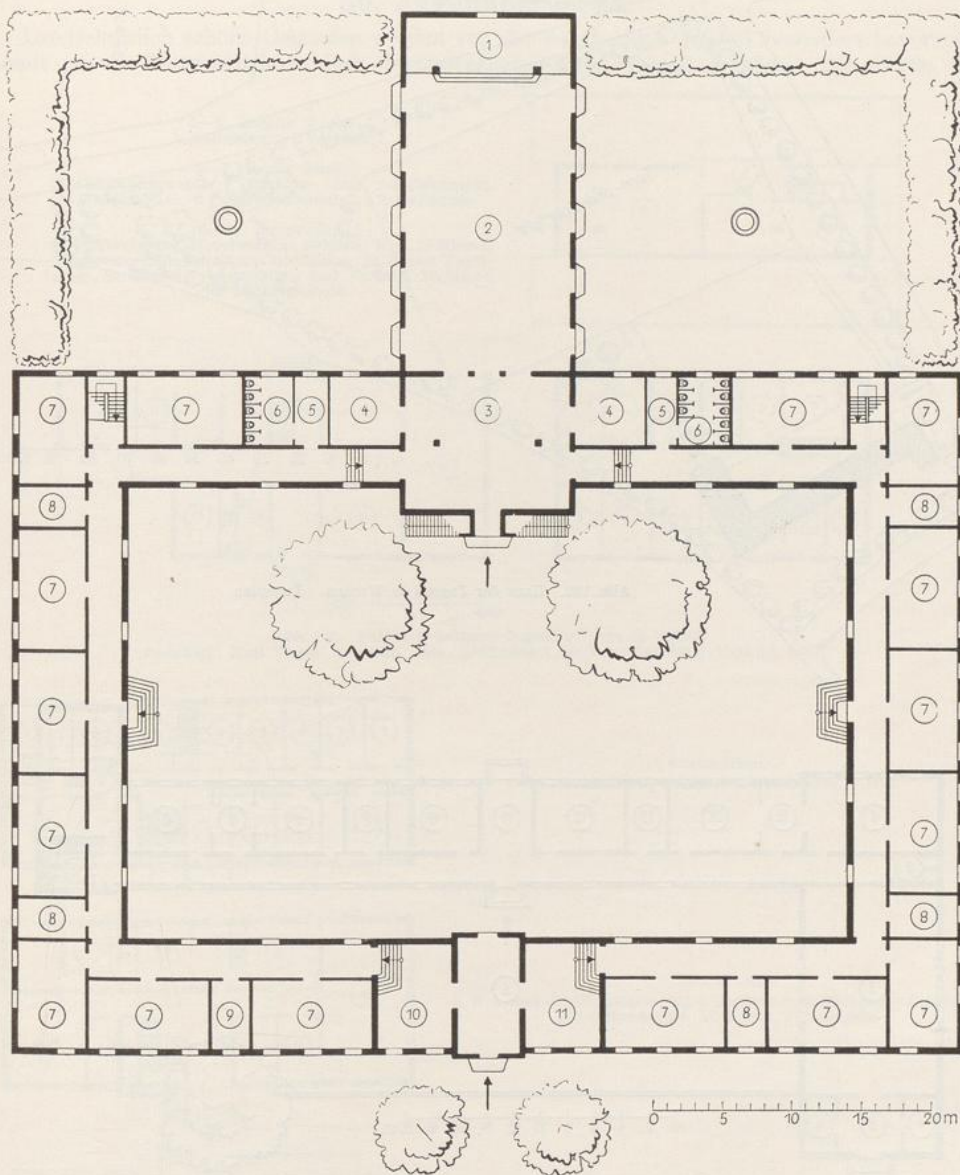


Abb. 162. HJ.-Heim in Herringen. Erdgeschoß. (Aus: Werkhefte für den Heimbau der Hitler-Jugend, Bd. 1)
1 Podium, 2 Feierraum, 3 Große Halle, 4 Garderobe, 5 Vorraum, 6 Aborte, 7 Scharraum, 8 Zimmer, 9 Führerzimmer,
10 HJ.-Ehren- und Fahnenraum, 11 BDM.-Ehren- und Fahnenhalle.

Heim weiter wird. Bei dichterem Bebauung in größeren Städten (50000 oder 100000) würde diese Art Heime eher in Frage kommen. Für die Städtebauer, die eine solche Anlage in Erwägung ziehen wollen, ist ein Beispiel ebenfalls zur Abbildung gebracht (Abb. 162). Es handelt sich um das Jugendheim in Herringen. (Die Abbildungen auch über Werdau sind entnommen dem für dieses Gebiet sehr instruktiven Werkheft für den Heimbau der Hitler-Jugend I, herausgegeben

von der Reichsjugendführung.) Für jedes der 3 Jugendheime wird von der Reichsjugendführung eine Grundstücksgröße von 6000—10000 m² ohne Sportplatz angegeben. Als Richtwert kann also gelten: etwa 8000 m² (ein guter Sportplatz benötigt 25000 m²).

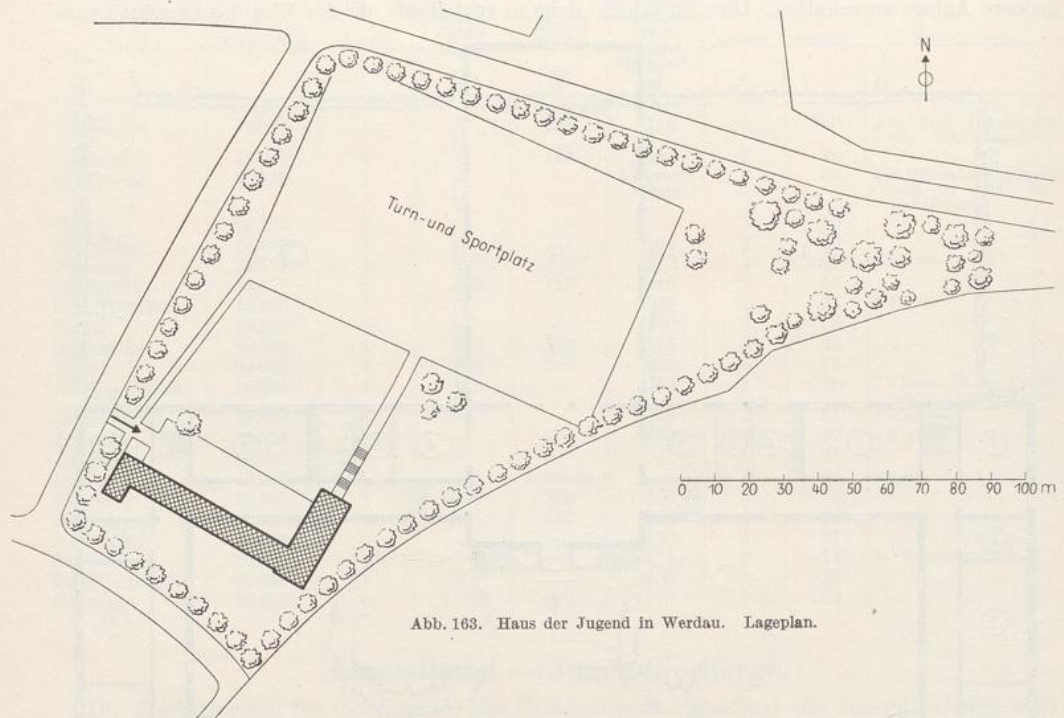


Abb. 163. Haus der Jugend in Werdau. Lageplan.

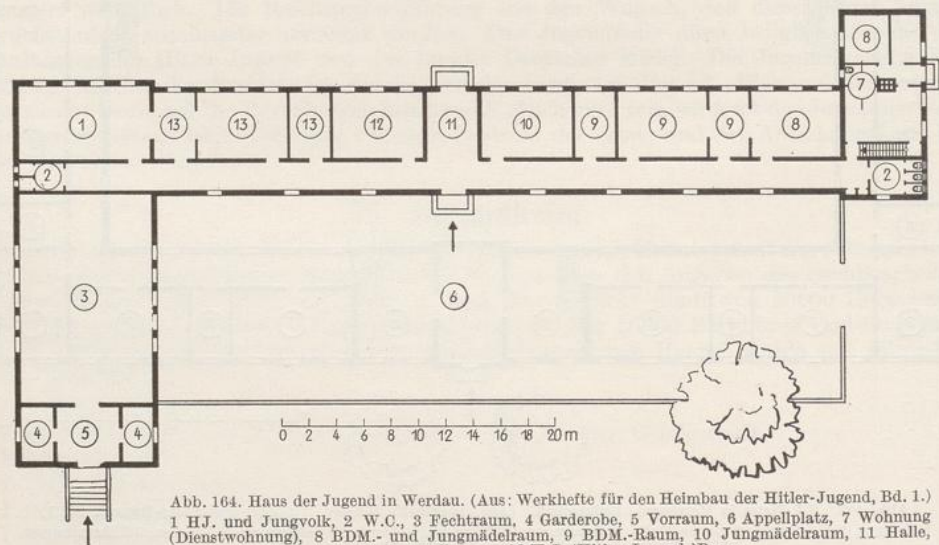


Abb. 164. Haus der Jugend in Werdau. (Aus: Werkhefte für den Heimbau der Hitler-Jugend, Bd. 1.)
1 H.J. und Jungvolk, 2 W.C., 3 Fechttraum, 4 Garderobe, 5 Vorraum, 6 Appellplatz, 7 Wohnung (Dienstwohnung), 8 BDM- und Jungmädelsraum, 9 BDM-Raum, 10 Jungmädelsraum, 11 Halle, 12 Jungvolkraum, 13 H.J.-(Hitler-Jugend-)Raum.

Zur Beaufsichtigung, Sauberhaltung und Kontrolle jedes Heimes ist die Einbeziehung einer Hausmeisterwohnung von 2½ Zimmern, Küche, Diele, Bad in den Bau notwendig. Um einen Eindruck zu geben von der baulichen Gestaltung eines Jugendheimes wird hier ein Beispiel aus der Stadt Werdau, das sehr zutreffend ist, zur Darstellung gebracht (Abb. 163 u. 164). Es handelt sich um ein Heim mit Feierbau in der oben angegebenen Größe.

Bebaute Fläche ohne Feierbau = 700 m², mit Feierbau (350 m²) = 1050 m². Der Bau ist eingeschossig.

Zwei weitere Heime müßten so ähnlich, aber ohne Feierbau ausgebildet werden.

36. Jugendherberge.

Landschaftlich schöne Gegenden werden von der wandernden Jugend besonders bevorzugt. Somit ist die Notwendigkeit einer Jugendherberge nicht überall gegeben. Die Größe der

- 1—2. Zweiter Stock:
1 Massenlager, 2 Vorplatz.
- 3—7. Erster Stock:
3 Mädawaschraum, 4 Kranken- und Ausgleichraum,
5 Jungen-W.C., 6 Jungenwaschraum, 7 Schlafräume.
- 8—14. Erdgeschoß:
8 Dienstwohnung, 9 Trockenraum, 10 Mäd.-W.C., 11 Kleiner
Tagesraum und Selbstverpflegrküche, 12 Großer Tages-
raum, 13 Küche, 14 Anmeldung und Verkauf, Wohnung
der Herbergsehtern.

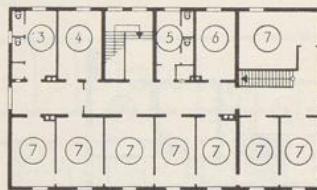
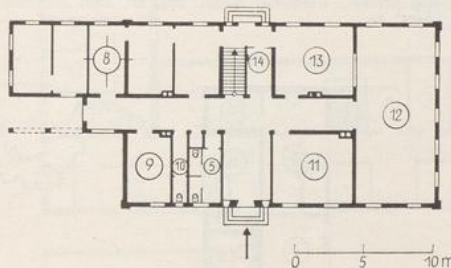
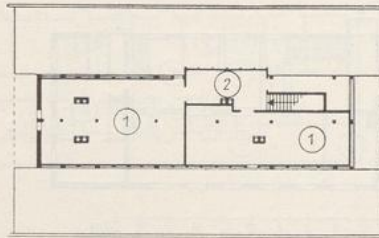
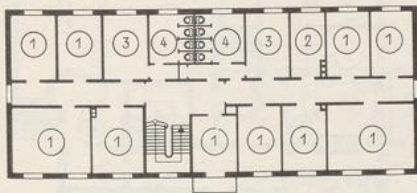
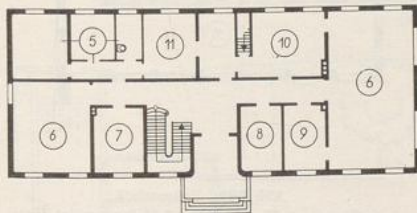


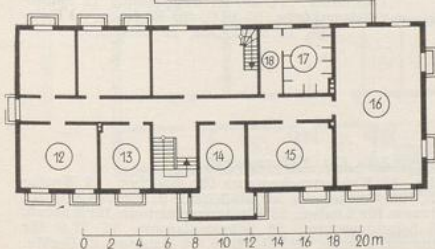
Abb. 165. Baldur-v.-Schirach-Jugendherberge in Urfeld.
(Architekt: Karl Vessar, München. Aus: Zentralblatt der Bauverwaltung. Heft 29, 1937.)



Obergeschoß.
1 Schlafräum, 2 Helfer, 3 Waschraum, 4 W.C.

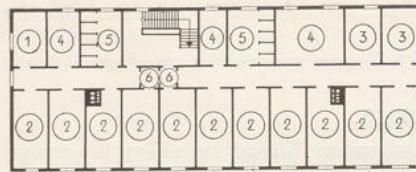


Erdgeschoß.
5 Wohnung des Herbergsvaters, 6 Tagesraum, 7 Bücherei, 8 Leseraum,
9 Selbstversorger, 10 Küche, 11 Anmelde.



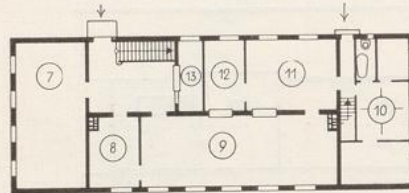
Keller.
12 Waschraum, 13 Werkraum, 14 Putzraum, 15 Gepäck,
16 Fahrräder, 17 Dusche, 18 Umkleideraum.

Abb. 166. Jugendherberge Schleswig.
(Aus MAX KOCHSKÄMPER: Herbergen der neuen Jugend,
Bauwelt-Verlag 1937.)
Architekt: Carl Schöning, Eutin. Baukosten 75000 RM. Umbauter
Raum 3300 m². m²-Preis: 22,70 RM. Zahl der Betten: 120.
Zahl der Lager: 50.



Obergeschoß.

1 Führerinnenraum, 2 Schlafrum, 3 Führerraum, 4 Waschraum, 5 W.C., 6 Ausgleich.



Erdgeschoß.

7 Schulungsraum, 8 Selbstversorger, 9 Tagesraum, 10 Wohnung des Herbergsvaters, 11 Küche, 12 Spüle, 13 Anmelde.

0 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20m

Abb. 167. Jugendherberge St. Annaberg. (Aus MAX KOCHSKÄMPER: Herbergen der neuen Jugend. Bauwelt-Verlag 1937.)
Architekten: Dipl.-Ing. Böhmer und Dipl.-Ing. Petrich, Berlin und Breslau. Umbauter Raum: 2092 m², Zahl der Betten: 172,
Zahl der Lager: 45.

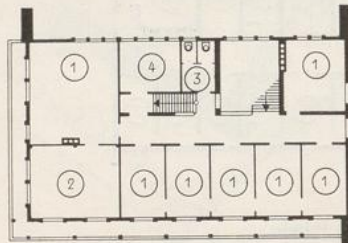


Abb. 168. Zweites Obergeschoß.

1 Schlafrum, 2 Schulungsraum, 3 W.C., 4 Waschraum.

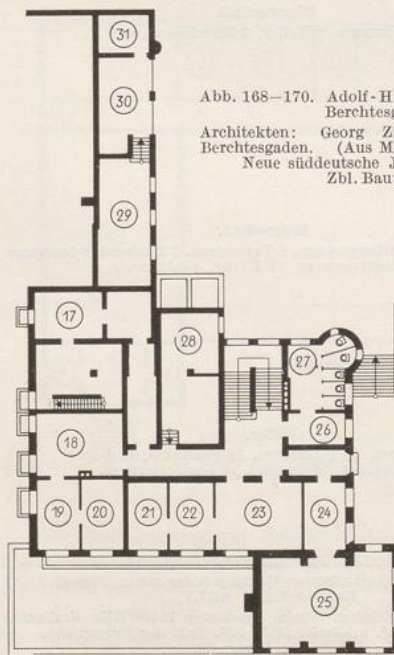


Abb. 168–170. Adolf-Hitler-Jugendherberge Berchtesgaden.

Architekten: Georg Zimmermann & Sohn, Berchtesgaden. (Aus MAX KOCHSKÄMPER: Neue süddeutsche Jugendherbergen. Zbl. Bauverw.)

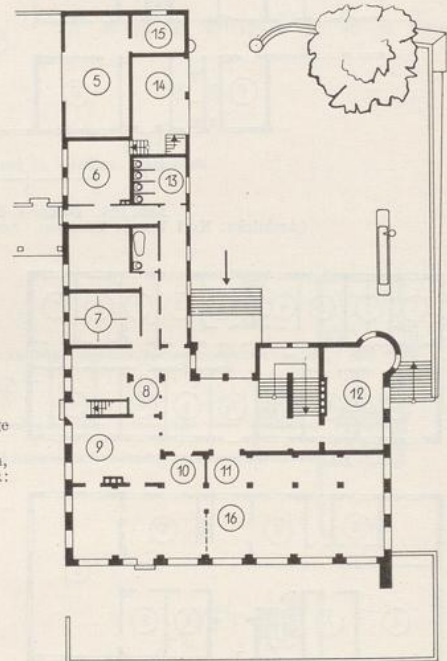


Abb. 169. Erdgeschoß.

5 Garage, 6 Waschküche, 7 Wohnung des Herbergsvaters, 8 Anmelde, 9 Küche, 10 Kleiner Tagesraum, 11 Großer Tagesraum, 12 Selbstversorgerküche, 13 W.C. für Mädchen, 14 Holzlege, 15 Werkstatt, 16 Osterasse.

Abb. 170. Kellergeschoß.

17 Wirtschaftskeller, 18 Kleiderdortrockenraum für Mädchen, 19 Waschraum für Mädchen, 20 Brauseraum für Mädchen, 21 Brauseraum für Knaben, 22 Waschraum für Knaben, 23 Kleiderdortrockenraum für Knaben, 24 Garderobe, 25 Schulungsraum, 26 Schuhputzraum, 27 W.C. für Knaben, 28 Heizung und Kohlen, 29 Fahrräder, 30 Holzlege, 31 Geräte.

Abb. 171—174. Haus der Jugend in Tübingen. (Architekten: Dipl.-Ing. Ernst Breitling, Tübingen, und Dipl.-Ing. Hans Bruhn, Stuttgart.)

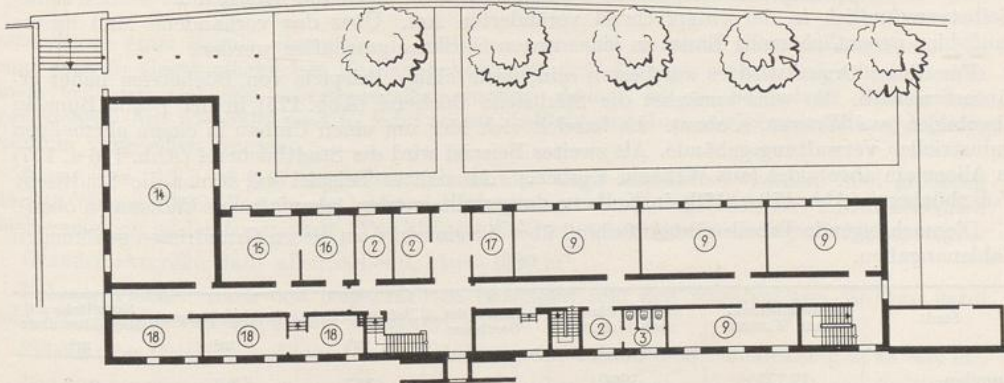
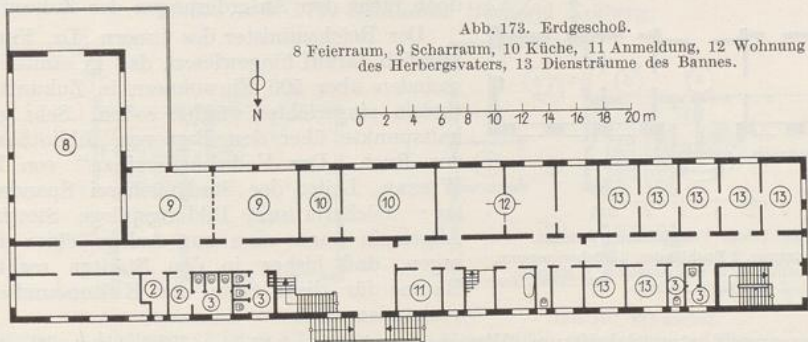
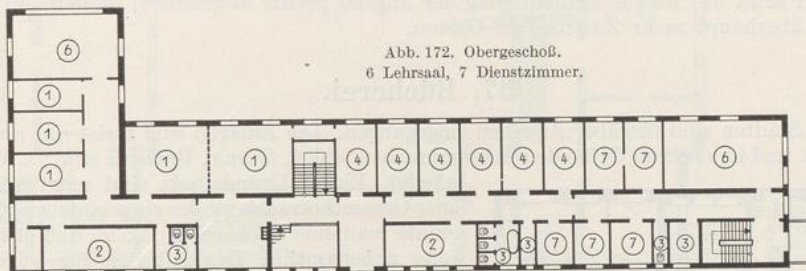
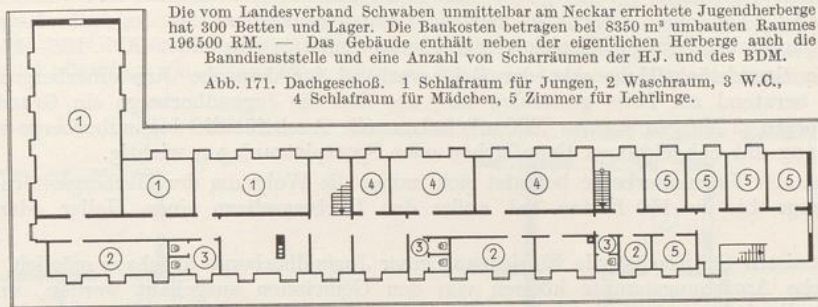


Abb. 174. Keller.
14 Luftschutzraum, 15 Waschküche, 16 Bügelstube, 17 Schuhputzraum, 18 Heizung.

Herbergen steht nicht im Zusammenhang mit der Einwohnerzahl des Ortes. Es läßt sich also für das Organ der Jugendherberge überhaupt kein Richtwert angeben. Als sehr aufschlußreiches Buch wird hierfür genannt: „Herbergen der neuen Jugend“ von Bannführer M. KOCHSKÄMPER Bauwelt-Verlag. Um einen Überblick über die Größenverhältnisse der Jugendherbergen zu geben, sind nachstehend einige Beispiele verschiedenen Umfangs abgebildet (Abb. 165—174).

Über die Grundstücksfläche gibt der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen, der uns hierfür beratend zur Seite gestanden hat, an, daß die Jugendherberge ein Grundstück von 2—3 Morgen (3 Morgen = etwa 7500 m²) haben soll. Auch für die Jugendherberge ist der Zusammenhang mit nahegelegenen Grünflächen oder Sportplatzanlagen wichtig.

Im Hause der Jugendherberge befindet sich immer die Wohnung der Herbergseltern. Die Jugendherberge bis zu 150 Betten hat außer den Herbergseltern einen Helfer oder eine Helferin.

In den meisten Städten ist die Einrichtung einer Jugendherberge durchaus möglich. Viele landschaftliche Anziehungspunkte können von den Gemeinden ausgebaut werden, um die Stadt durch die Anlage einer neuen Jugendherberge etwas bekanntzumachen. Die Ausgaben hierfür sind nicht nur für die Ertüchtigung der Jugend positiv angewandt, sondern sie bringen der Stadt überhaupt mehr Zustrom an Gästen.

37. Bücherei.

Aus 14 Städten sind hierüber Angaben eingegangen. Die Anlagen sind meist nur notdürftig eingerichtet und in anderen Gebäuden untergebracht (Schloß, Schule, Rathaus usw.; s. Materialtabelle). Eigene Grundstücke sind sehr selten. Bei einer Gesamtbetrachtung des eingelaufenen Materials könnte man eine Bücherei von 90 m² und etwa 2 teilweise nebenamtlich Beschäftigten für ausreichend halten. Der augenblickliche Zustand entspricht jedoch nicht den Anforderungen der Zukunft.

Der Reichsminister des Innern (Dr. FRICK) hat kürzlich darauf hingewiesen, daß in sämtlichen Gemeinden über 500 Einwohnern in Zukunft Bibliotheken eingerichtet werden sollen. Sehr gute Anhaltspunkte über den Bau von Bibliotheken gibt das Buch „Der Volksbüchereibau“ von Dr. MAX WIESER, Leiter der Stadtbücherei Spandau, Verlag: Bücherei und Bildungspflege Stettin 1930. Allgemein kann man zur Anlage einer Bücherei sagen, daß bisher in den Städten recht wenig Räume für diese Seite der Kultur und Bildung vorhanden sind.

Im oben angeführten Schrifttum (WIESER) wird darauf hingewiesen, daß in England ein Volksbüchereityp eingeführt ist, der im Prinzip auch in Deutschland nachgeahmt werden sollte. Selbstverständlich in der entsprechend veränderten Art. Über das vorhandene Maß hinaus muß hier wesentlich mehr Raum in einer neuen Siedlung geschaffen werden.

Für dieses Organ wird es am besten sein, wenn einige Beispiele von Büchereien näher erläutert werden. So wird zunächst die Städtische Bücherei (Abb. 175) in der Stadt Bunzlau abgebildet (aus WIESER, s. oben). Es handelt sich hier um einen Umbau in einem ehemaligen industriellen Verwaltungsgebäude. Als zweites Beispiel wird die Stadtbücherei (Abb. 176 u. 177) in Allenstein abgebildet (aus WIESER, s. oben.) Als drittes Beispiel soll ferner die Städtische Volksbücherei (Abb. 178 u. 179) in Kolberg dargestellt werden (ebenfalls aus WIESER, s. oben).

Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluß über die einzelnen zu diesen Grundrissen gehörenden Zahlenangaben.

Stadt	Einwohnerzahl nach WIESER	Wieviel Bände nach WIESER	Anzahl der Geschosse	Bebaute Fläche m ²	Geschoßflächen m ²	Nutzfläche auf 1000 Einwohner m ²
Bunzlau . . .	17 777	5 000	1	367	367	20,8
Alenstein . . .	38 000	11 000	2	300	600	15,8
Kolberg . . .	34 601	10 000	2	231	462	13,8

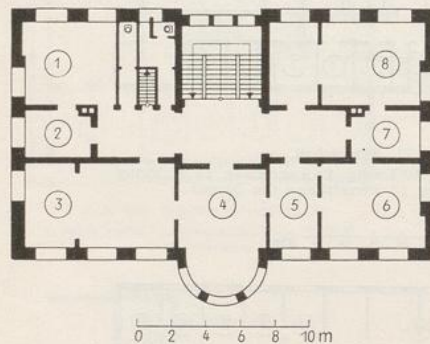


Abb. 175. Städtische Volksbücherei Bunzlau.
1 Volksbüchereizimmer, 2 Buchbinder, 3 Bücherleseraum,
4 Zeitungslesezimmer, 5 Büchereileiter, 6 Magazin,
7 Kartei, 8 Ausleihe.

Die Bücherei in Kolberg ist der Größe nach als Typ für eine neue 20000er Stadt am geeignetsten. Es ist sehr deutlich zu beobachten, wie mit größer werdender Gemeinde die auf 1000 Einwohner entfallende Nutzfläche geringer wird, d. h., daß die Anlage von Büchereien in kleinen Orten relativ zur Bevölkerung etwas teurer ist als in größeren. Jedoch ist die Anlage einer Bücherei in Städten von 20000 Einwohnern durchaus schon angebracht. Auch in kleineren Städten ist allerdings die Anlage einer Bücherei kleineren Umfangs möglich. Häufig kann man

Abb. 176 u. 177. Stadtbücherei Allenstein. (Neubau, Anbau an altes Rathaus.)

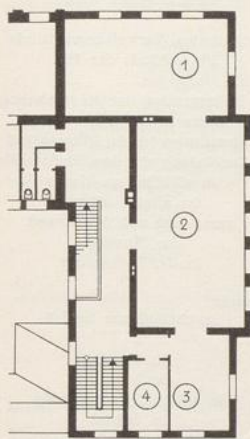


Abb. 176. Obergeschoß.

- 1 Zeitungslesesaal,
- 2 Lesesaal,
- 3 Leiter,
- 4 Schreibzimmer.

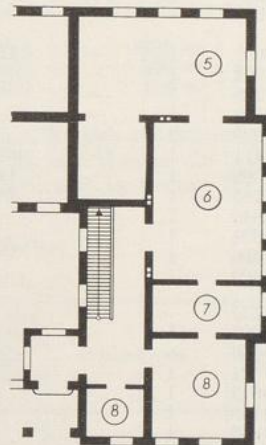


Abb. 177. Erdgeschoß.

- 5 Bücherspeicher,
- 6 Ausleihe,
- 7 Arbeitsraum,
- 8 Verwaltung.

Abb. 178 u. 179. Städtische Bücherei Kolberg.

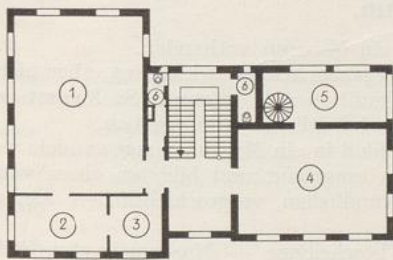


Abb. 178. Obergeschoß.

- 1 Vortragsraum, 2 Arbeitsraum, 3 Leiter, 4 Lesesaal,
- 5 Technische Handbücherei, 6 W.C.

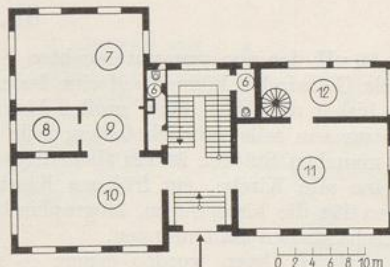


Abb. 179. Erdgeschoß.

- 7 Bücherspeicher, 8 Bücherrückgabe, 9 Bücherausgabe,
- 10 Ausleihe, 11 Lesesaal, 12 Wissenschaftlich-volkstümliche Handbücherei.

Nebenräume einer Schule oder eines Jugendheims zunächst zu einer Bücherei ausbauen. Sie kann auch in einem glücklichen Zusammenhang mit dem Museum stehen und mit diesem in einem größeren Gebäude zusammengelegt werden. Jedoch ist ein besonderer Büchereibau vorzuziehen. Auf alle Fälle muß in jeder neuen Siedlung eine Jugendbücherei und ein Jugendleseraum vorgesehen werden.

Lage. Die Bücherei soll möglichst in zentraler Lage angeordnet werden. Bei größeren Städten über 100000 Einwohnern lohnt sich die Anlage von Zweigstellen mit einem zentralen Büchermagazin in der Innenstadt. Für kleinere Städte wird meist eine einzige Anlage genügen.

Grundstücksgröße, falls alleinstehend, etwa 1300 m².

Bebaute Fläche. Nach den beigebrachten Beispielen und den Angaben von WIESER kann wohl eine Fläche von 270 m² als Richtwert gelten.

Fläche aller Geschosse. Unter Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung etwa 450 m².

Das Raumprogramm kann man sehr gut aus den drei beigegebenen Grundrissen entwickeln.

Personal. 2, davon 1 vollbeschäftigt, 1 nebenamtlich.

Materialtabelle.
Öffentliche Bücherei.

Stadt	Einwohner	Zahl	Grund- stücks- fläche	Bebaute Fläche	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw.	Personal	Untergebracht
			m ²	m ²	m ²		
Lörrach	18269	1	140	72	72	—	in städtischer Handelsschule
Neustettin	16078	1	—	—	46	2	in städtischer Schule
						Helferinnen	
Rastenburg	16021	1	—	120	—	2	städtisches Verwaltungsgebäude
Lauenburg	18962	1	—	—	36	1	im Gebäude der HJ.
Klausberg	20229	3	—	—	—	1	—
Hilden	20350	1	—	—	—	1	im Kellergeschoß der Oberrealschule
Straubing	25893	2	—	—	130	2	in einem städtischen Gebäude
Lippstadt	19471	1	—	unklar	unklar	ehrenamtl.	Verwaltungsgebäude, Obergeschoß
Rosenheim	19060	1	—	140	140	2	in Verbindung mit dem Stadtarchiv
Sorau	19285	1	—	243	180	3	in städtischem Hause
Bad Homburg	16840	1	—	—	65	1	im alten Rathaus
Schleswig	20694	1	—	—	245	3	zusammen mit Arbeitsamt
Wesel	24596	1	—	—	—	3	im Museum
Senftenberg	17803	1	—	—	70	1	im NSV.-Gebäude
						ehrenamtl.	
Braunsberg	15325	—	—	—	—	im Verkehrsamt untergebracht	
Arnstadt	22024	1	—	—	45	2	in ehemaligem Schloß
Siegburg	20446	—	—	—	—	—	—
Rendsburg	19521	1	—	—	60	1	in Schule
Itzehoe	20912	1	—	—	—	2	in Schule
Saalfeld	19148	1	—	—	50	—	in städtischem Gebäude
Meiningen	18833	1	—	—	—	—	im Schloß
Freising	16211	1	—	—	70	—	in Schule
Bunzlau	19625	—	—	—	180	2	in Miethaus

38. Museum.

In 80 vH der von uns untersuchten Städte ist ein Museum vorhanden.

Viele Gemeinden können auf eine bedeutende Vergangenheit zurückblicken, aber nicht alle haben bisher den Wert einer großen historischen Tradition voll erkannt. So kommt es, daß Heimatmuseen teils gänzlich fehlen, teils ein wenig einheitliches Bild ergeben.

In manchen Städten ist ein ehemaliges Fürstenschloß in ein Museum umgewandelt worden, oder eine alte Kirche, ein früheres Kloster wurden umgebaut und bildeten einen würdigen Rahmen für die historischen, biographischen, volkskundlichen, vorgeschichtlichen oder naturwissenschaftlichen Sammlungen.

In anderen Orten wurden eigene — natürlich bescheidene — Museumsbauten errichtet, oder ein der Stadt angefallenes Privathaus, das oft selbst schon unter Denkmalsschutz steht, bietet den Kunst- und Erinnerungsschätzen Unterkunft. Mitunter treten auch Fach- oder Berufsmuseen auf, wie z. B. in Annaberg, das ein vielbesuchtes Bergmannsmuseum besitzt.

In vielen Fällen endlich ist der Stadt durch Schenkung oder Erbschaft eine oft recht beachtliche Privatsammlung zugefallen. Da aber die Mittel für deren würdige Unterbringung fehlten, wurde sie in irgendwelchen Räumen des Schulgebäudes, eines städtischen Miethauses oder sonstwo notdürftig eingestellt. Zu diesen stiefmütterlich behandelten Traditionswerten kann man leider auch manchmal die städtischen Archive rechnen, deren oft hochinteressante und wertvolle Urkunden in Speicher- oder Kellergelassen des Rathauses verstauben und vermodern. Wertvolles Kulturgut fällt so der Vergessenheit anheim.

Zur Vermeidung solch unwürdiger Zustände schlagen wir vor, in jeder neu zu bauenden Stadt von vornherein ein bescheidenes aber zweckentsprechend eingerichtetes Museumsgebäude zu errichten. Es sei denn, daß sich auf dem gewählten Stadtbaugelände schon ein historisch und künstlerisch wertvolles, leicht für den neuen Zweck umzugestaltendes Bauwerk befindet, was aber wohl nur äußerst selten der Fall sein dürfte.

Lage. Dieser Museumsbau wird sich am vorteilhaftesten am äußeren Rande des Stadthauptkerns in ruhiger Lage und, wenn möglich, in Nachbarschaft der Volksbücherei und ähnlicher spezifisch kultureller Institute erheben.

Glaubt man jedoch aus Sparsamkeits- oder sonstigen Gründen auf ein eigenes Museumsgebäude verzichten zu müssen, so sollte wenigstens versucht werden, die Sammlungen mit anderen

kulturellen Einrichtungen baulich zusammenzulegen. Durchaus am Platze ist in diesem Falle eine Kombination mit der städtischen Bücherei. Auch eine Verbindung mit einer höheren Schule läßt sich noch rechtfertigen, besonders wenn in dieser genügend Raum vorhanden ist, und ein eigener Eingang für den Museumsteil geschaffen werden kann; letzteres, um Störungen des Schulbetriebes zu vermeiden, und auch weil das Museum am Sonntag geöffnet sein muß.

Aus 26 Städten liegen Angaben über Größe, Personalzahl und Besucherzahl der dortigen Museen vor. Die Größenverhältnisse sind so voneinander abweichend, daß ein allgemeiner Durchschnitt nur irreführend wäre. Dagegen lassen sich einigermaßen deutlich drei Gruppen unterscheiden, innerhalb deren folgende Durchschnittszahlen für Nutzfläche gebildet werden können:

Gruppe I (von 1060—2000 m ² ; 5 Städte)	1650 m ²	} im Durchschnitt.
Gruppe II (von 310—900 m ² ; 13 Städte)	520 m ²	
Gruppe III (von 70—160 m ² ; 4 Städte)	100 m ²	

In Gruppe I dürften diejenigen Museen auftreten, die sich aus früheren Schlössern, Klöstern und ähnlichem entwickelt haben. In Gruppe II findet man Museen, die in eigenen, in städtischen oder gemieteten Privatgebäuden untergebracht sind, und in Gruppe III solche Sammlungen,

Materialtabelle.

Museum.

Stadt	Ein- wohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Untergebracht	Per- sonal	Bemerkungen
Lörrach	18264	1	225	180	360	in städtischem Gebäude	1	
Neustettin	16078	1	—	200	310	auf dem Schloßgrund- stück gemeinsam mit anderen Gebäuden	1	
Rastenburg	16021	—	—	—	—	—	—	
Lauenburg	18962	—	—	—	—	—	—	
Klausberg	20229	—	—	—	—	—	—	
Hilden	20350	1	—	—	—	im Erdgeschoß eines gemieteten Privathauses	1	
Straubing	25893	1	—	—	1060	in städtischem Gebäude	1	
Lippstadt	19471	1	400	300	160	in Privatgebäude	ehren- amtlich	
Prenzlau	22357	2	—	—	a) 510 b) 330	im Pflegeheim in alter Kirche	1	
Neuwied	21540	1	—	—	—	—	—	Besucher monatlich 150—200.
Annaberg	19818	2	—	—	—	—	—	Besucher monatlich 1500.
Mittweida	19128	1	740	330	85 ?	—	3	Verein! Besucher je Monat 250.
Neustrelitz	19414	1	—	—	—	—	—	Besucher monatlich 90—100.
Ravensburg	18930	1	450	450	450	—	1	Besucher monatlich 15.
Werdau	21587	1	—	—	70	in der alten Schule	—	Besucher monatlich 20.
Wurzen	18961	1	—	—	500	im Stadthaus	—	
Rosenheim	19060	1	640	3200 ?	900	in Mietgebäude	—	In Verbindung mit der Polizeiwache.
Sorau	19285	1	—	3270	1720	im Stadtschloß	—	
Bad Homburg	16840	1	—	460	550	im ehemaligen Schloß	1	
Schleswig	20694	1	1742	259	336	—	1	
Wesel	24596	1	2018	557	1895	—	1	Zusammen mit Bücherei.
Zerbst	20151	1	—	—	—	im Schloß	—	
Senftenberg	17803	—	—	752	752	im Schloß	1 ehren- amtlich	
Braunsberg	15325	1	420	420	370	—	—	
Arnstadt	22024	1	—	—	2000	in einem Privathaus	2	
Siegburg	20446	1	500	350	440	in Abteigebäude	—	
Rendsburg	19521	1	—	—	364	im alten Rathaus	1	
Itzehoe	20912	—	—	—	—	—	—	
Saalfeld	19148	1	1126	—	1564	—	2	In früherer Kirche.
Meiningen	18833	5	—	—	—	—	2	Schloß, Landestheater, 2 städtische Häuser, Oberschule.
Freising	16211	1	—	—	70	im Schulhaus	—	Eigentum des Histori- schen Vereins.
Bunzlau	19625	1	1375	185	555	—	—	Eigenes Grundstück.

die als Anhängsel anderer Einrichtungen oder irgendwo z. B. in früheren Wohnräumen usw. mehr oder weniger provisorisch Unterkunft erhalten haben.

Über die **Grundstücksfläche** lagen so mangelhafte und unklare Auskünfte vor, daß nur eine Schätzung möglich war. Auf Grund einer solchen geben wir als ungefähren Richtwert an für **Gruppe I 3000 m²**, für **Gruppe II 1000 m²**.

Personal. Eine Anzahl von 1—2 **Beschäftigten** (mitunter nur teilweise oder auch ehrenamtlich) dürfte ausreichend sein.

Die **Besucherzahl** haben nur 6 Städte angegeben. Die Angaben schwanken außerordentlich, und zwar zwischen **1500 Besuchern** monatlich (Annaberg) und 15 monatlich (Ravensburg).

39. Theater.

In Städten von 20000 Einwohnern sind meist keine Theater vorhanden. Wo Versuche zur Unterhaltung einer *ständigen* Bühne unternommen wurden, sind sie gescheitert. Nur in einigen Orten finden sich solche Einrichtungen, und zwar, wenn ein ehemaliger Landesherr dort ein „Hoftheater“ errichtet und finanziell unterstützt hat (z. B. Meiningen).

In Badeorten, deren ständige Einwohnerzahl teilweise weit unter 20000 liegt, findet man dagegen häufig *Kur-* oder *Sommertheater*, die manchmal auch in eigens zu diesem Zweck errichteten leichten Baulichkeiten untergebracht sind. Diese sind nur während der „Saison“ im Betriebe, also zu einer Zeit, in der die großen Bühnen ihre Pforten meist geschlossen haben.

Im allgemeinen ist jedoch ein Theater in einer 20000er Stadt nicht lebensfähig. Erst bei 60000 Einwohnern und darüber kann unter Umständen an den Bau eines kleinen Theaters gedacht werden.

Es wird darum als Ersatz vorgeschlagen, in dem Saal des Gemeinschaftshauses eine Bühne einzubauen, damit Laienspielern und gastierenden Schauspieltruppen dort eine Möglichkeit gegeben ist, Vorführungen zu veranstalten (s. Gemeinschaftshaus).

Thingstätten.

Ebenso wie das Theater ist die Einrichtung einer Thingstätte nur selten durch den Bedarf bedingt. Jedoch kann die Freilichtbühne an Stelle eines Theaters treten, besonders da sie in der Anlage billiger ist. Finden sich z. B. starke Beteiligungen in den gymnastischen Kursen usw., so ist es angezeigt, besonders wenn das Gelände günstig erscheint, eine kleine Thingstätte als Tanzfreilichtbühne zu bauen. Hier können bei gutem Wetter Volksversammlungen und auch Theateraufführungen stattfinden. Für Orte mit Fremdenverkehr ist dies ein guter Anziehungspunkt. Fahnenweihen und ähnliche Kundgebungen können hier sehr gut vonstatten gehen. Die Anlage einer solchen Freilichtbühne oder Thingstätte ist häufig ohne große Mühe und Kosten auszuführen. Es kann unter Umständen der Arbeitsdienst hierfür eingesetzt werden, da es sich meist nur um Erdarbeiten handelt. Für diese Einrichtung ist das Vorhandensein einer Bodensenke oder eines kleinen Tales notwendig. Kleine Bodensenken von 8—15 m Tiefe und einem Durchmesser von etwa 50—80 m sind hierfür sehr geeignet. Die Thingstätten sollten in landschaftlich schöner Umgebung als eine Art Kultstätte mit guten Baumkulissen angelegt werden, jedoch nicht allzuweit von der Stadt selbst. Auf die gute Akustik muß hierbei besonderer Wert gelegt werden.

Die Freilichtbühne braucht im allgemeinen nicht mehr als 3000 oder 4000 Personen zu fassen. Das Areal beträgt etwa **10000 m²**. Mitunter ist es möglich, ein historisches Gebäude, Burg, Kloster u. dgl. zu einer solchen Feierstätte auszubauen.

Man wird die Anlage nur ausführen, wenn die Umstände besonders günstig sind, d. h. wenn die Erstellung sich mit wenig Mitteln durchführen läßt und die Verhältnisse für eine gewisse Benutzung durch die Gemeinde oder irgendeines Vereins sprechen.

40. Lichtspielhäuser.

Das Kino ist mit der Erfindung des Tonfilms endgültig aus dem ehemaligen kitschig-primitiven Rahmen heraus und als hervorragender Kulturfaktor ebenbürtig an die Seite des Theaters getreten. Es kann und soll dieses zwar nicht völlig ersetzen, hat dafür aber einen viel weiter gezogenen Aufgabenkreis. Der nationalsozialistische Staat stellt nach erfolgter Säuberung der Lichtspielbühnen von ihren üblen Auswüchsen dem Film als Bildungs-, Aufklärungs-, Lehr- und Propagandamittel eine hohe künstlerische und volkserzieherische Aufgabe.

Nach der Zeitschrift „Der Film“ 22. Jahrg. Nr. 4 vom 23. Januar 1937 erhält man einen Überblick über die Anzahl der Filmtheater und deren Plätze in Gemeinden von 10000 bis 20000 und 20000—30000 Einwohnern.

Verteilung der Gesamtzahl der Theater auf die Größen nach Platzzahlen.

Einwohner	Plätze bis 250	Plätze von 250—500	Plätze von 500—900	Plätze über 900
10000—20000	12 vH	66 vH	22 vH	—
20000—30000	5,5 vH	53 vH	37,5 vH	4 vH

Einwohner	Aufführungen in Theatern		Theater mit täglichen Vorführungen + $\frac{1}{4}$ der Theater mit nichttäglichen Vorführungen	Bevölkerung 1933	Auf 1 Kino entfallen Einwohner	Anzahl der Kinos auf 20 000 Einwohner
	nichttäglich	täglich				
10000—20000	480	293	389	3,930 Mill.	9950	2
20000—30000	225	181	226	5,028 „	4500	4,5

Leider sind in so kleinen Städten mehr Lichtspieltheater mit nichttäglichen Aufführungen vorhanden, als solche mit täglichen Aufführungen. Will man die Anzahl der nichttäglichen Aufführungen in normalen Filmtheatern mit täglichen Aufführungen unterbringen, so kann man etwa ein Fünftel der Theater in Ansatz bringen. Nach der in dieser Spalte auftretenden Anzahl von Lichtspieltheatern sind dann durch Ansetzen der jeweiligen etwaigen Bevölkerungszahl die nächsten Spalten errechnet worden. Die Anzahl der Kinos in 10000—20000er Städten beträgt also 2, in 20000—30000er Städten 4—5. Die Verteilung der Filmtheater auf die Theatergrößen kann man auch einigermaßen genau nach den angegebenen Hundertsätzen ermitteln. Auf eine Stadt von etwa 20000 Einwohnern würde also ein Wert in der Mitte zwischen 2 und 4,5, d. h. etwa 3 für die Anzahl der Filmtheater in Frage kommen. Diese 3 Filmtheater würden sich in der Hauptsache auf die beiden Theatergrößen 250—500 Plätze (d. h. etwa 375) und 500 bis 900 Plätze (d. h. etwa 700) so verteilen:

- 2 Kinos mit etwa 375 Plätzen,
- 1 Kino mit etwa 700 Plätzen.

Wie man sieht, sind bei zunehmender Verstädterung mehr Filmtheater vorhanden, wenn man sie zur Bevölkerung in Beziehung setzt. Es entfallen in 20000—30000er Städten nur etwa halb so viel Einwohnern, nämlich 4500, auf ein Kino, als 10000—20000er Städten 9950.

Da bei einer neuen Stadtanlage berücksichtigt werden muß, daß sich das Filmtheater auch in Zukunft immer weiter durchsetzen wird, wie deutlich aus der Statistik der letzten Jahre ersichtlich ist, so scheint es angebracht, auch für eine Stadt von 20000 Einwohnern mindestens den Satz, der augenblicklich in den Städten von 20000—30000 Einwohnern eingehalten wird, vorzusehen. Es wird deshalb für eine 20000er Stadt an Filmtheatern vorgeschlagen:

- 3 Kinohäuser mit etwa 375 Plätzen,
- 2 Kinohäuser mit etwa 700 Plätzen.

Diese Angaben können als Anhaltspunkte für die Anlage von Filmtheatern in einer Stadt von 20000 Einwohnern durchaus verwandt werden. Selbstverständlich ist der Filmbesuch in industriellen Städten häufig wesentlich stärker als in landwirtschaftlichen Städten. Auch die Handels- und Verkehrsstädte haben etwas stärkeren Kinobesuch. In den Städten der übrigen Typen scheint mehr Interesse für Liebhabervorstellungen, für das Auftreten gastierender Künstlertruppen, Konzerte usw. vorhanden.

Die Lage des größten Kinos im Stadtgebiet sollte möglichst im Geschäftszentrum der Innenstadt angenommen werden. Die anderen Filmtheater sind am besten in den weiteren dichtbebauten Unterkernen der Stadt in guter Verkehrslage unterzubringen. Ein Kino verlangt möglichst eine in die Augen springende Ecklage, damit besonders abends die Lichtreklame von verschiedenen Seiten und schon von weitem sichtbar ist.

Die Grundstückgröße für ein Kino sollte nicht unter 2000 m² gewählt werden. Dadurch wird ermöglicht, den Bau mit Freiflächen zu umgeben, was schon wegen der Feuergefahr für anschließende Gebäude wünschenswert ist.

Die bebaute Fläche kann mit etwa 700 m² veranschlagt werden. Mitunter ist auch selbst bei kleinen Filmtheatern ein Rang eingerichtet.

Beschäftigte. Die Anzahl der Beschäftigten beträgt bei kleinen Kinounternehmen etwa 4, bei größeren bis zu 8. Als Beispiel für ein Theater mit 630 Plätzen wird das Delhi-Kino in Prenzlau (Abb. 180 u. 181) dargestellt. Die beiden vorgeschlagenen größeren Filmtheater sind also etwas geräumiger zu gestalten.

Abb. 180 u. 181. Kino in Prenzlau.

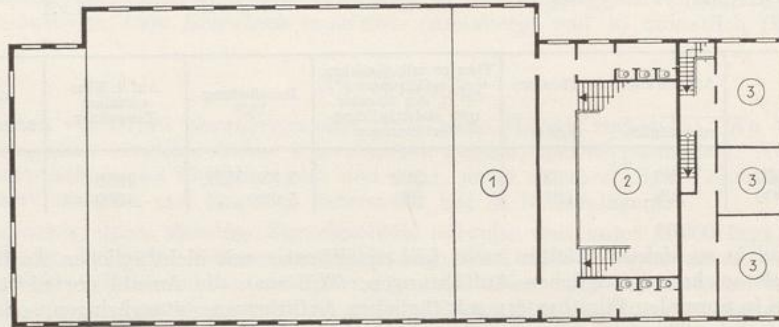


Abb. 180. Obergeschoß.

1 Balkon, 2 Luftraum der unteren Halle, 3 Nebenräume.

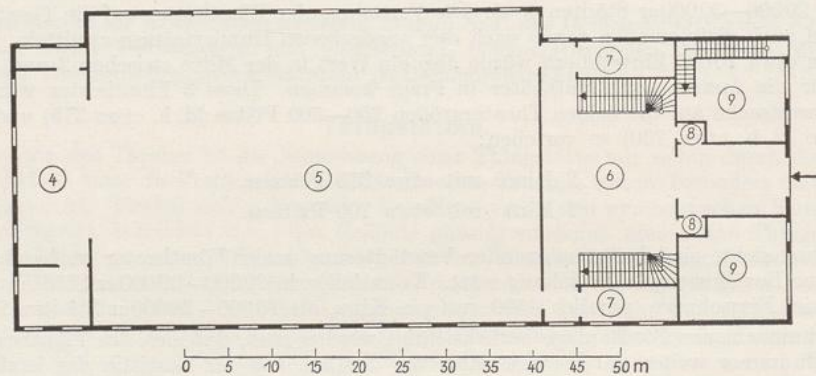


Abb. 181. Erdgeschoß.

4 Bühne, 5 Zuschauerraum, 6 Halle, 7 Garderobe, 8 Kasse, 9 Laden.

41. Kirchen.

Es liegen Angaben vor von 30 Städten. Die evangelischen und die katholischen Kirchen wurden zuerst getrennt untersucht. Dabei ergab sich jedoch ein falsches Gesamtbild. Vorhanden sind in diesen 30 Städten 64 evangelische bzw. reformierte usw. Kirchen, gleich rd. 2 Kirchen, und 87 katholische, gleich rd. 3 Kirchen je Stadt. Daraus könnte man den Trugschluß ableiten, daß die evangelische Bevölkerung in den untersuchten Städten sich zur katholischen wie 2:3 verhalte. Auch ein Vergleich der Größenverhältnisse der Kirchen und ihres Fassungsvermögens (Sitz- und Stehplätze) ergibt kein klares Bild. Die Erklärung hierfür ist unter anderem folgende: Die katholischen Gemeinden haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl mehr und auch räumlich größere Kirchen als die evangelischen. So kann das katholische Straubing mit seinen 9 Kirchen und 22500 Plätzen fast seine gesamte Bevölkerung dort versammeln, das erzbischöfliche Freising hat für seine 16211 Einwohner gar 13 Kirchen mit 5,5 ha Grundstücksfläche, während in fast rein evangelischen Gemeinden die Anzahl der evangelischen Kirchen nur zwischen 1 und 3 (nur in Prenzlau 4) schwankt, wozu aber, auch wenn die Zahl der ansässigen Katholiken noch so klein ist, stets noch eine katholische Kirche kommt.

Man kann ferner mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß, je älter eine Stadt ist und je größer ihre Bedeutung als kultureller und kirchlicher, wirtschaftlicher, politischer oder auch

militärischer Mittelpunkt schon im Mittelalter war, um so größer die Zahl der Kirchen ist und um so imposanter deren Ausmaße! Doch auch diese Regel bleibt nicht ohne Ausnahme.

Viele im späten Mittelalter und in der Reformationszeit aufblühende Städte sind in der Folge nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt worden, sondern oft zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Hauptursache bildet in weitaus den meisten Fällen der 30jährige Krieg. Dieser aber verwüstete im allgemeinen die evangelischen und gemischt-konfessionellen Gebiete Deutschlands noch intensiver als die katholisch verbliebenen.

Nur wenn man von einer Trennung der Konfessionen absieht und Freising (mit 13 Kirchen) als anormal ausfallen läßt, kommt man zu einem einigermaßen brauchbaren Mittel. Es ergeben sich dann 4—5 Kirchen je Stadt von 20000 Einwohnern.

Die Durchschnittsgröße der Grundstücksflächen aus den Angaben von 24 Städten, von denen allein brauchbare Auskünfte vorliegen, ergeben, wenn man die sämtlichen in der Stadt vorhandenen Kirchengrundstücke zusammenrechnet, eine Gesamtfläche von 6550 m² je Stadt.

Auf jede einzelne Kirche kommen, wenn man 5 Kirchen rechnet, rd. 1300 m², bei 4 Kirchen rd. 1650 m².

Bebaute Fläche. 25 Städte wurden ausgewertet. Die verschiedenen Kirchen zusammen gerechnet ergibt auf jede Stadt insgesamt 3200 m². Auf jede einzelne Kirche kommen rd. 650 m² bei 5 und rd. 800 m² bei 4 Kirchen.

Diese 4—5 Kirchen einer Stadt bieten an Sitz- und Stehplätzen insgesamt etwa 4600 Personen Raum. Jede Kirche umfaßt also 900—1200 Plätze¹.

Die Fläche aller Geschosse ist wegen völligen Mangels an zuverlässigen Angaben nicht festzustellen, dürfte aber gerade bei Kirchen ziemlich der bebauten Fläche entsprechen.

In den weitaus meisten Fällen sind dicht bei den Kirchen Pfarrhäuser vorhanden, ebenso Sakristeien und andere notwendige Nebenräume in den Kirchen selbst oder als Anbau.

Die oben angeführten Zahlen können nicht den Anspruch erheben, für eine neuzugründende Stadt Richtwerte zu sein. Sie sind nichts als die Durchschnittswerte der von uns untersuchten Städte, die großenteils schon auf eine jahrhundertealte Entwicklung zurückblicken.

Im Mittelalter dienten die Kirchen und Dome nicht nur religiösen Zwecken, sondern bildeten in hervorragendem Maße den Mittelpunkt der Gemeinde, um den sich fast das gesamte öffentliche Leben abspielte. Erst später traten teilweise die Stadt-, Gilden- und Zunft Häuser an deren Stelle.

Heute und in erhöhtem Maße in der Zukunft haben die Gemeinschaftshäuser die Aufgabe zu übernehmen, Sammelstätten der Volksgemeinschaft zu sein. Die Kirchen aber haben nur noch ihren ureigensten rein kultischen Zwecken zu dienen. Ihren verminderten Aufgaben gemäß können sie darum an Zahl und Ausmaßen starke Einschränkungen erfahren.

2—3 geräumige Kirchen mit einem Gesamtfassungsvermögen von 2000—3000 Sitz- und Stehplätzen, dazu noch eine Friedhofskapelle dürfte im allgemeinen ausreichend sein. Die Verteilung auf die beiden Hauptkonfessionen richtet sich natürlich nach dem Zahlenverhältnis. Nur besondere örtliche oder konfessionelle Gegebenheiten lassen vielleicht einmal eine Aufteilung der 2000—3000 Plätze auf 4 kleinere Kirchen ratsam erscheinen.

Als günstigste Lage schlagen wir den um den eigentlichen Stadtkern herum gelagerten engeren Wohngürtel vor, innerhalb dessen die Verteilung in einer dem Bevölkerungs- und Verkehrsverhältnissen entsprechenden Weise vorzunehmen wäre.

Abschließend sei noch bemerkt, daß der Bauplatz auch von ästhetischen Gesichtspunkten aus gewählt werden muß, da die Konturen der Kirchen meist am stärksten die künstlerische Schönheit der gesamten Stadtsilhouette beeinflussen.

¹ Nach Abschluß unserer Untersuchung gingen noch durch Vermittlung der Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche, Berlin-Charlottenburg, von der Landessuperintendentur Güstrow über die Kirchen in Güstrow folgende Angaben ein: „Güstrow hatte nach der letzten städtischen Feststellung rd. 23000 Einwohner, inzwischen ist ein neuer starker Zuzug gewesen. Fast alles sind Evangelische, Katholiken gibt es wenig, aus der Kirche Ausgetretene zahlenmäßig auch nur wenig. Vorhanden sind: 3 evangelische Kirchen, 1 katholische Kirche.“

Die 3 evangelischen Kirchen haben zusammen eine bebaute Fläche von 3750 m². Die bebaute Fläche stimmt also ungefähr mit dem von uns errechneten Mittelwert (3200 m²) überein, zumal wenn man die etwas über unsere Größenordnung liegende Einwohnerzahl Güstrows in Betracht zieht.

Zu der Anzahl der Plätze ist zu bemerken, daß Güstrow nur die Sitzplätze anführt. Die Anzahl der Plätze muß um so höher liegen, als die Landessuperintendentur die katholische Kirche (in der die Zahl der Stehplätze verhältnismäßig hoch zu sein pflegt) überhaupt nicht erfaßt hat.

Die bebaute Fläche kann mit etwa 700 m² veranschlagt werden. Mitunter ist auch selbst bei kleinen Filmtheatern ein Rang eingerichtet.

Beschäftigte. Die Anzahl der Beschäftigten beträgt bei kleinen Kinounternehmen etwa 4, bei größeren bis zu 8. Als Beispiel für ein Theater mit 630 Plätzen wird das Delhi-Kino in Prenzlau (Abb. 180 u. 181) dargestellt. Die beiden vorgeschlagenen größeren Filmtheater sind also etwas geräumiger zu gestalten.

Abb. 180 u. 181. Kino in Prenzlau.

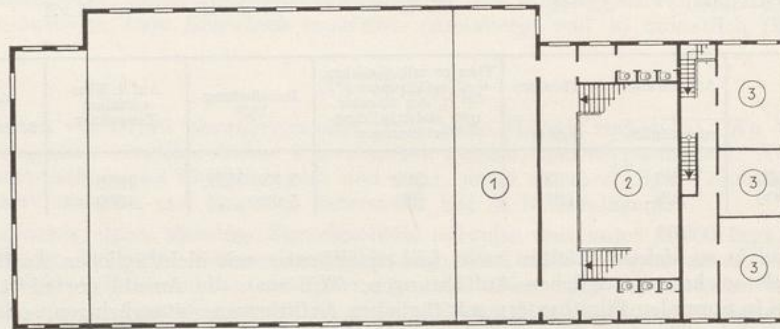


Abb. 180. Obergeschoß.

1 Balkon, 2 Luftraum der unteren Halle, 3 Nebenräume.

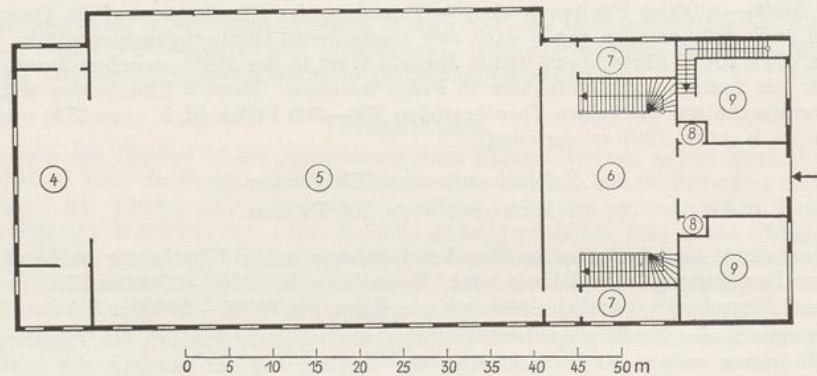


Abb. 181. Erdgeschoß.

4 Bühne, 5 Zuschauerraum, 6 Halle, 7 Garderobe, 8 Kasse, 9 Laden.

41. Kirchen.

Es liegen Angaben vor von 30 Städten. Die evangelischen und die katholischen Kirchen wurden zuerst getrennt untersucht. Dabei ergab sich jedoch ein falsches Gesamtbild. Vorhanden sind in diesen 30 Städten 64 evangelische bzw. reformierte usw. Kirchen, gleich rd. 2 Kirchen, und 87 katholische, gleich rd. 3 Kirchen je Stadt. Daraus könnte man den Trugschluß ableiten, daß die evangelische Bevölkerung in den untersuchten Städten sich zur katholischen wie 2:3 verhalte. Auch ein Vergleich der Größenverhältnisse der Kirchen und ihres Fassungsvermögens (Sitz- und Stehplätze) ergibt kein klares Bild. Die Erklärung hierfür ist unter anderem folgende: Die katholischen Gemeinden haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl mehr und auch räumlich größere Kirchen als die evangelischen. So kann das katholische Straubing mit seinen 9 Kirchen und 22500 Plätzen fast seine gesamte Bevölkerung dort versammeln, das erzbischöfliche Freising hat für seine 16211 Einwohner gar 13 Kirchen mit 5,5 ha Grundstücksfläche, während in fast rein evangelischen Gemeinden die Anzahl der evangelischen Kirchen nur zwischen 1 und 3 (nur in Prenzlau 4) schwankt, wozu aber, auch wenn die Zahl der ansässigen Katholiken noch so klein ist, stets noch eine katholische Kirche kommt.

Man kann ferner mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß, je älter eine Stadt ist und je größer ihre Bedeutung als kultureller und kirchlicher, wirtschaftlicher, politischer oder auch

militärischer Mittelpunkt schon im Mittelalter war, um so größer die Zahl der Kirchen ist und um so imposanter deren Ausmaße! Doch auch diese Regel bleibt nicht ohne Ausnahme.

Viele im späten Mittelalter und in der Reformationszeit aufblühende Städte sind in der Folge nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt worden, sondern oft zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Hauptursache bildet in weitaus den meisten Fällen der 30jährige Krieg. Dieser aber verwüstete im allgemeinen die evangelischen und gemischt-konfessionellen Gebiete Deutschlands noch intensiver als die katholisch verbliebenen.

Nur wenn man von einer Trennung der Konfessionen absieht und Freising (mit 13 Kirchen) als anormal ausfallen läßt, kommt man zu einem einigermaßen brauchbaren Mittel. Es ergeben sich dann 4—5 Kirchen je Stadt von 20000 Einwohnern.

Die Durchschnittsgröße der Grundstücksflächen aus den Angaben von 24 Städten, von denen allein brauchbare Auskünfte vorliegen, ergeben, wenn man die sämtlichen in der Stadt vorhandenen Kirchengrundstücke zusammenrechnet, eine Gesamtfläche von 6550 m² je Stadt.

Auf jede einzelne Kirche kommen, wenn man 5 Kirchen rechnet, rd. 1300 m², bei 4 Kirchen rd. 1650 m².

Bebaute Fläche. 25 Städte wurden ausgewertet. Die verschiedenen Kirchen zusammen gerechnet ergibt auf jede Stadt insgesamt 3200 m². Auf jede einzelne Kirche kommen rd. 650 m² bei 5 und rd. 800 m² bei 4 Kirchen.

Diese 4—5 Kirchen einer Stadt bieten an Sitz- und Stehplätzen insgesamt etwa 4600 Personen Raum. Jede Kirche umfaßt also 900—1200 Plätze¹.

Die Fläche aller Geschosse ist wegen völligen Mangels an zuverlässigen Angaben nicht festzustellen, dürfte aber gerade bei Kirchen ziemlich der bebauten Fläche entsprechen.

In den weitaus meisten Fällen sind dicht bei den Kirchen Pfarrhäuser vorhanden, ebenso Sakristeien und andere notwendige Nebenräume in den Kirchen selbst oder als Anbau.

Die oben angeführten Zahlen können nicht den Anspruch erheben, für eine neuzugründende Stadt Richtwerte zu sein. Sie sind nichts als die Durchschnittswerte der von uns untersuchten Städte, die großenteils schon auf eine jahrhundertealte Entwicklung zurückblicken.

Im Mittelalter dienten die Kirchen und Dome nicht nur religiösen Zwecken, sondern bildeten in hervorragendem Maße den Mittelpunkt der Gemeinde, um den sich fast das gesamte öffentliche Leben abspielte. Erst später traten teilweise die Stadt-, Gilden- und Zunft Häuser an deren Stelle.

Heute und in erhöhtem Maße in der Zukunft haben die Gemeinschaftshäuser die Aufgabe zu übernehmen, Sammelstätten der Volksgemeinschaft zu sein. Die Kirchen aber haben nur noch ihren ureigensten rein kultischen Zwecken zu dienen. Ihren verminderten Aufgaben gemäß können sie darum an Zahl und Ausmaßen starke Einschränkungen erfahren.

2—3 geräumige Kirchen mit einem Gesamtfassungsvermögen von 2000—3000 Sitz- und Stehplätzen, dazu noch eine Friedhofskapelle dürfte im allgemeinen ausreichend sein. Die Verteilung auf die beiden Hauptkonfessionen richtet sich natürlich nach dem Zahlenverhältnis. Nur besondere örtliche oder konfessionelle Gegebenheiten lassen vielleicht einmal eine Aufteilung der 2000—3000 Plätze auf 4 kleinere Kirchen ratsam erscheinen.

Als günstigste Lage schlagen wir den um den eigentlichen Stadtkern herum gelagerten engeren Wohngürtel vor, innerhalb dessen die Verteilung in einer dem Bevölkerungs- und Verkehrsverhältnissen entsprechenden Weise vorzunehmen wäre.

Abschließend sei noch bemerkt, daß der Bauplatz auch von ästhetischen Gesichtspunkten aus gewählt werden muß, da die Konturen der Kirchen meist am stärksten die künstlerische Schönheit der gesamten Stadtsilhouette beeinflussen.

¹ Nach Abschluß unserer Untersuchung gingen noch durch Vermittlung der Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche, Berlin-Charlottenburg, von der Landessuperintendentur Güstrow über die Kirchen in Güstrow folgende Angaben ein: „Güstrow hatte nach der letzten städtischen Feststellung rd. 23000 Einwohner, inzwischen ist ein neuer starker Zuzug gewesen. Fast alles sind Evangelische, Katholiken gibt es wenig, aus der Kirche Ausgetretene zahlenmäßig auch nur wenig. Vorhanden sind: 3 evangelische Kirchen, 1 katholische Kirche.“

Die 3 evangelischen Kirchen haben zusammen eine bebaute Fläche von 3750 m². Die bebaute Fläche stimmt also ungefähr mit dem von uns errechneten Mittelwert (3200 m²) überein, zumal wenn man die etwas über unsere Größenordnung liegende Einwohnerzahl Güstrows in Betracht zieht.

Zu der Anzahl der Plätze ist zu bemerken, daß Güstrow nur die Sitzplätze anführt. Die Anzahl der Plätze muß um so höher liegen, als die Landessuperintendentur die katholische Kirche (in der die Zahl der Stehplätze verhältnismäßig hoch zu sein pflegt) überhaupt nicht erfaßt hat.

Material-
Evangelische

Stadt	Ein- wohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m²	Bebaute Fläche m²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m²	Geist- liche	An- ge- stellte	Sitz-	Steh-
								Plätze	
Rastenburg	16021	2	3000	1200	—	3	2	kleine Kirche 300 St.-Georgs-K. 1200	50 200
Neustettin	16078	1	6750	1040	1330	4	2	1200	250
Straubing	25893	1	1430	390	270	1	—	500	300
Klausberg	20229	1	800	300	250	—	—	250 Personen	—
Lörrach	18264	1	3920	800	800	2	1	—	—
Lauenburg	16962	1	3000	797	632	4	7	900—1000 Plätze	—
Prenzlau	22397	4	je Kirche im Durchschnitt: 1400	875	—	7	6	5000 Plätze	—
Gummersbach	19339	3	je 2500	je 400	je 600	—	—	je 800	—
Lippstadt	19471	3	{ 5000 1500 3600	{ 1500 800 600	{ — — —	2	—	{ 1200 500 250	{ 1500 600 500
Neustrelitz	19291	3	—	—	—	—	—	{ a) 2500 b) 1200 c) 1400	—
Hilden	20350	1	—	—	—	—	—	500	100
Sorau	19285	2	—	{ 2316 155	{ 2272 185	{ 6 1	{ 3 1	{ 1100 50	{ — —
Bad Homburg	16840	3	zusammen 8445	zusammen 2220	zusammen 2080	5	4	zusammen 1750	450
Schleswig	20694	3	durchschnittl. 5204	durchschnittl. 407	durchschnittl. 415	—	—	durchschnittl. 420	—
Wesel	24596	4	{ 2250 1582 600 207	{ 2250 1582 509 207	{ 2300 1700 1000 207	4 Pfarrer 3 Beamte	{ 5 — — —	{ 1000 1300 1000 300	{ 500 100 — —
Senftenberg	17803	2	—	durchschnittl. 800	—	4	2	zusammen 1044	640
Braunsberg	15325	1	4700	—	—	—	—	—	—
Arnstadt	22024	3*	durchschnittl. 1500	durchschnittl. 800	—	4	4	{ 1030 1060 630	{ — — —
Rosenheim	19060	1	4620	390	390	2	1	340	80
Tübingen	28686	6	—	—	—	8	—	—	—
Itzehoe	20912	1	3800	1375	1375	9	16	1350	—
Siegburg	20446	1	3600	600	—	1	1	800	—
Rendsburg	19521	2	—	—	—	1	5	—	—
Bg.-Gladbach	20446	1	1600	200	180	—	—	—	—
Meiningen	18833	3	{ 600 1095	{ 150 325	{ 150 325	{ 4 —	—	{ 1100 235	{ 200 100
Saalfeld	19148	2	{ 3600 1200	{ 560 1200	{ 521 1063	{ 1 3	{ 2 —	{ 1400 800	{ — —
Freising	16211	1	3700	270	270	—	—	—	—
Bunzlau	19625	2	{ 3800 1250	{ 990 345	{ 990 345	{ 3 —	4	{ 1300 150	{ 500 100
Idar-Oberstein	22540	2	{ 1000 4500	{ 235 248	{ 235 248	{ 4 —	5	{ 400 400	{ — —
Osterode	17977	3	1800	1543	2000	3	6	2000	—

tabelle.

Kirchen.

Nebenträume	Innenraum- fläche m²	Pfarrwohnung bei der Kirche?	Freiflächen um die Kirche m²	Bemerkungen
Gemeindehaus, Konfirmanden- saal, Gemeindegewerkschafts- station	kleine Kirche 300 St.-Georgs-K. 700	ja	4000 bzw. 3500	
5 Treppenhäuser, Sakristei mit Vorraum, Konfirmandensaal Sakristei und Empore 270 m²	745	ja, jedoch nicht unmittelbar bei der Kirche	5710	Friedhofsverwaltung: 1 Beamter, 1 An- gestellter, 10 Arbeiter.
—	—	ja	—	Wird von der Kirchengemeinde Hinden- burg verwaltet.
—	—	nein	—	
—	—	ja	2760	
—	—	„	—	
—	—	—	—	
je 1 Sakristei	durchschnittl. je 350	ja	durchschnittl. je 2000	2 davon in Vororten.
—	—	teilweise ja	2500—5000	
a) 1 Sakristei	800	—	—	
b) 1 Taufkapelle		—	—	
c) 1 Sakristei		—	—	
Gemeindeamt	—	—	—	
—	—	ja	—	
2 größere und 4 kleinere Säle	zusammen 1587	„	zusammen 6225	
1 Sakristei, Heizräume	—	nein	—	Die Angaben beziehen sich auf eine Kirche als Typus der anderen.
je 1 Sakristei	—	„	durchschnittl. je 2200	
—	—	ja	—	
—	—	„	—	
—	—	—	—	* Plus 1 Kirche (600 m² Grundstück; 180 m² bebaute Fläche, 1 Angestellter)?
1 Sakristei, 1 Abstell-, 1 Auf- bewahrungsraum	230	—	—	
—	—	ja	600	
—	775	—	—	
Sakristei, Toiletten	+ Empore 440	„	2433	
—	500	„	3100	Außerdem 1 Synagoge: Grundstück 750 m² bebaute Fläche 250 m², 1 Rabbiner, Innen- raum 200 m², Plätze 300, Freifläche 500 m².
—	—	„	—	
—	—	„	s. Grundstücks- fläche	
—	—	nein	—	Außerdem 1 Synagoge mit 328 Sitzplätzen.
Sakristei und Türmerwohnung	—	ja	{ 3040 2900	
Sakristei und Aufbewahrungs- räume	—	—	—	
2 Nebenräume	{ —	{ nein	{ 2200	
1 Nebenraum	{ —	{ ja	{ —	
—	{ —	{ nein	{ —	Außerdem 1 Synagoge: Grundstücksfläche 540 m², bebaute Fläche 190 m², Fläche aller Geschosse 190 m².
—	{ —	{ „	{ —	
Sakristeien	—	ja	—	

Feder, Die neue Stadt.

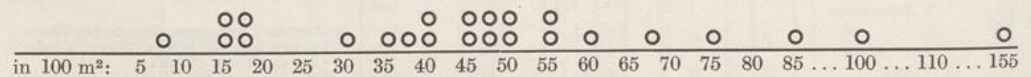
Katholische

Stadt	Ein- wohner	Anzahl	Grund- stücks- fläche m²	Bebaute Fläche m²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m²	Geist- liche	An- ge- stellte	Sitz-	Steh-
								Plätze	
Lauenburg	16962	1	5840	954	697	2	2	500—600	
Lörrach	18264	2	durchschnittl. 4200	durchschnittl. 720 *	durchschnittl. 720 *	4	1	—	—
Klausberg	20229	2	{ 10000 5000	{ 2000 1000	—	4	—	{ 3000 1000	
Gummersbach	19339	3	je 2500	je 400	je 600	—	—	—	—
Straubing	25893	9	durchschnittl. 1300	durchschnittl. 1300	durchschnittl. 1000	2	1	durchschnittlich 500	2000
Neustettin	16078	1	6100	408	330	1	1	—	—
Rastenburg	16021	1	2700	750	—	2	—	400	450
Prenzlau	22357	1	4027	1596	1596	—	—	500	300
Lippstadt	19471	3	{ 4200 8500 5600	{ 1400 1050 750	—	{ 7	—	{ 1000 500 500	{ 1500 600 600
Neustrelitz	19226	1	—	—	—	—	—	300	
Hilden	20350	1	—	—	—	—	—	500	300
Sorau	19285	1	—	748	996	2	1	400	—
Bad Homburg	16840	2	zusammen 8037	zusammen 2460	zusammen 1630	2	2	zusammen 1100	380
Schleswig	20694	1	3886	450	—	—	—	—	—
Wesel	24596	3	{ 3550 2500 1221	{ 1800 870 315	{ 1900 950 350	{ 10	2	{ 800 450 200	{ 1000 1000 450
Senftenberg	17803	1	—	500	—	3	—	352	132
Braunsberg	15325	2*	—	—	—	{ 4 2	{ 5 3	{ 781 154	—
Arnstadt	22024	1	1000	600	600	—	1	500	300
Rosenheim	19060	4*	durchschnittl. 1500	durchschnittl. 875	durchschnittl. 875	4	1	—	—
Tübingen	28686	1	—	—	—	5	—	—	—
Itzehoe	20912	1	3263	400	400	1	5	80	70
Siegburg	20446	4	10450	2700	2700	7	3	3200	
Rendsburg	19521	1	606	536	536	—	2	130	35
Bg.-Gladbach	20446	7	16000	3200	2800	—	—	—	—
Meiningen	18833	1	300	300	300	2	—	200	—
Saalfeld	19148	1	1875	400	340	—	—	400	—
Freising	16211	13	54300	9300	9300	—	—	4500	5000
Bunzlau	19625	2	{ 3696 550	{ 1260 168	{ 1260 168	2	1	{ 480 50	{ 800 20
Idar-Oberstein	22540	2	{ 1200 850	{ 253 430	{ 253 430	1	1	{ 400 600	—
Osterode	17977	1	650	312	460	—	—	—	—

Gruppentabelle.

Evangelische Kirchen.

Grundstücksfläche (24 Städte).



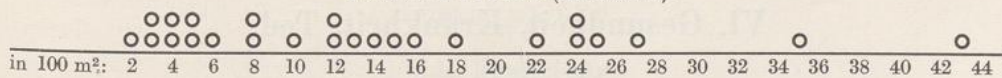
(Fortsetzung S. 211.)

Kirchen.

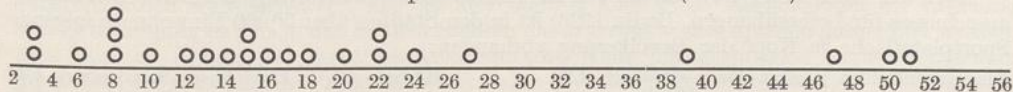
Nebenräumen	Innenraum- fläche m ²	Pfarrwohnung bei der Kirche?	Freiflächen um die Kirchen m ²	Bemerkungen
—	—	ja	—	
—	—	„	2760 *	* Sämtliche Zahlen sind Durch- schnittszahlen und beziehen sich nur auf 1 Anlage ohne Pfarr- und Mesnerhaus.
{ zweigeschossiges Jugendheim, 1 Küsterwohnung	—	{ „	{ 8000	
je 1 Sakristei	durchschnittl. je 350	ja	durchschnittlich je 2000	2 davon in Vororten.
Sakristei und Empore	durchschnittl. 1000	„	150—600 *	* bei 5 Kirchen keine!
Gemeindeschwesterstation	500	„	3500	
2 Sakristeien	—	„	—	
{ —	—	teilweise ja	2500—5000	
2 Sakristeien	220	—	—	
keine	—	—	—	
—	—	ja	—	
4 Sakristeien	zusammen 1360	„	zusammen 5577	
—	—	—	—	
{ je 1 Sakristei und 1 Paramentenraum	—	ja	durchschnittlich je 2200	
—	—	„	—	
{ 2 Sakristeien	—	—	—	* Plus 2 Kirchen?
1 Sakristei	—	—	—	
—	—	ja	durchschnittlich 650	
—	—	—	—	* Plus 4 Kapellen.
—	—	ja	600	
Sakristei und Schulklasse	230	„	2863	
—	2300	„	7500	
—	—	„	—	
—	—	„	s. Grund- stücksfläche	
—	—	nein	—	
—	—	ja	1475	
Sakristei und Aufbewahrungsräume	—	—	—	
{ Sakristei	{ 510	{ nein	{ —	
„	{ 110	{ ja	{ 2436	
—	{ —	{ nur bei 1 Kirche	{ —	
—	{ —	{ —	{ —	
Sakristei	—	ja	—	

(Fortsetzung von S. 210.)

Bebaute Fläche (25 Städte).



Sitz- und Stehplätze in Hunderten (24 Städte).

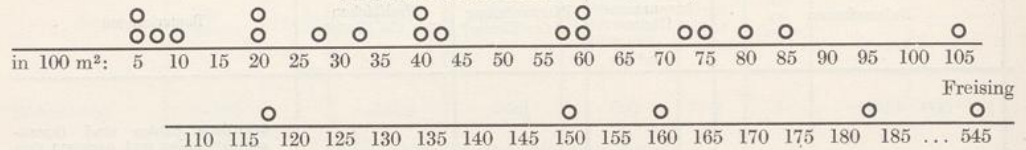


(Fortsetzung S. 212.)

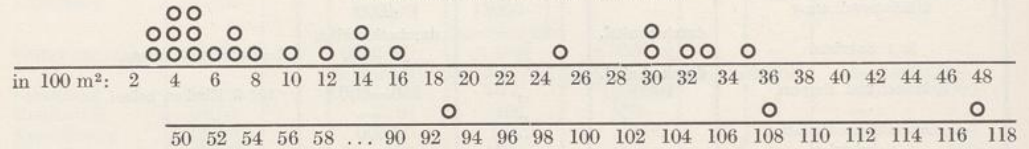
(Fortsetzung von S. 211.)

Katholische Kirchen.

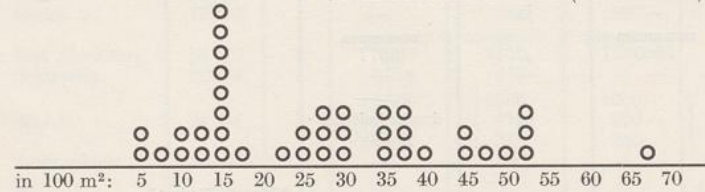
Grundstücksfläche (24 Städte).



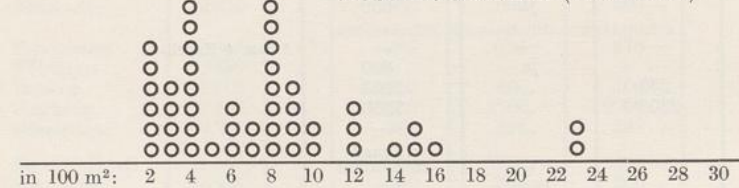
Bebaute Fläche (26 Städte).

**Evangelische Kirchen einzeln.**

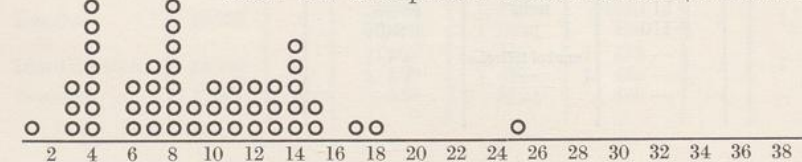
Grundstücksfläche (43 Kirchen).



Bebaute Flächen (48 Kirchen).



Sitz- und Stehplätze in Hunderten (50 Kirchen).

**VI. Gesundheit, Krankheit, Tod.****42. Sportplatz.**

Nach der Turn- und Sportstatistik von Dr. KARL BRANDT (im Auftrage des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Berlin 1926) ist in den Städten über 50000 Einwohnern folgende Sportplatzfläche je Kopf der Bevölkerung vorhanden:

Mindestkopffzahlen je Einwohner: Gladbeck 1,99
Görlitz . 1,17
Hamburg 1,21

Höchstwerte je Einwohner: Brandenburg 4,42
Rostock . . 4,47
Koblenz . . 7,32
Hildesheim . 5,68

Nach Umfrage des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen vom 1. Januar 1925, S. 36f. wird von den leitenden Stellen der Sportwelt unter allgemeiner Zustimmung der Öffentlichkeit seit langem als Mindestmaß der Spielflächenausstattung unserer Gemeinden eine Fläche von 3 m^2 je Kopf gefordert und als erstrebenswertes Ziel ein Normalsatz von 5 m^2 Rasenspielfläche bezeichnet. Nach dem amtlichen Quellenwerk des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, herausgegeben von Min.-Rat Dr. med. A. MALLWITZ, ist im Jahre 1928 im Reichsdurchschnitt auf einen Einwohner nur $2,53 \text{ m}^2$ Spiel- und Sportplatzfläche vorhanden. Wir müssen also bei neuen Siedlungen versuchen, das erstrebte Ziel, soweit es geht, zu verwirklichen. Die Sportplatzverhältnisse sind in kleinen Gemeinden von 20000 Einwohnern im allgemeinen schon besser. Um einen Anhalt zu geben über die Fläche je Kopf des Einwohners und die Anzahl der Plätze werden hier 14 Städte dargestellt (nach Umfrage des D.R.f.L. 1925):

m^2 je Kopf	Anzahl der Plätze	Stadt	m^2 je Kopf	Anzahl der Plätze	Stadt
2,25	7	Ansbach	3,71	3	Marburg
3,76	3	Bitterfeld	3,03	4	Offenbach/Ba.
6,96	4	Elmshorn	3,66	2	Pasewalk
3,00	7	Gevelsberg	4,20	4	Rendsburg
6,10	3	Gumbinnen	3,85	3	Riesa
3,30	2	Helmstedt	2,55	4	Sonneberg
4,28	3	Itzehoe	2,39	3	Torgau

Bei einer Je-Kopf-Fläche von $2,5 \text{ m}^2$ entsteht eine Sportplatzfläche für 20000 Einwohner von etwa 50000 m^2
 Bei einer Je-Kopf-Fläche von $3,5 \text{ m}^2$ Sportplatzfläche 70000 m^2
 Bei einer Je-Kopf-Fläche von 4 m^2 Sportplatzfläche 80000 m^2

Auf 75000 m^2 lassen sich bereits 3 Sportplätze einrichten. Wir schlagen also vor, etwa **7,5–8 ha Sportplatzfläche für eine Stadt von 20000 Einwohnern** in Ansatz zu bringen. Wenn man die Sportplatzfläche besonders gut gestalten will, so kann man bis zu $100000 \text{ m}^2 = 10 \text{ ha}$ gehen.

Die Lage der 3 oder 4 Sportplätze wird am besten so festgelegt, daß 2 von ihnen zusammen auf einem größeren Gelände in der westlichen Vorstadt mit anderen Einrichtungen verbunden sind und ein Sportplatz an einem anderen günstigen Punkt im Stadtbild untergebracht wird. Die Entfernungen aus der Innenstadt zum Sportplatz sollten möglichst nicht über 15 Minuten Laufzeit hinausgehen. Wenn die Entfernung besonders günstig ausfällt, kann man auch dazu übergehen, die gesamte Sportfläche auf einem Gelände zusammenhängend unterzubringen.

Als Beispiel wird hierfür die Sportanlage in Prenzlau mit etwa 50000 m^2 zur Abbildung gebracht (Abb. 182).

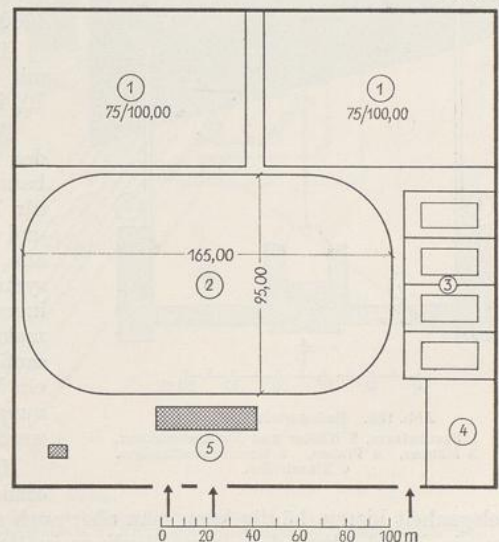


Abb. 182. Sportplatz in Prenzlau.
 1 Ballspielplätze, 2 Kampfbahnanlage, 3 Tennisplätze,
 4 Bauplatz für Turnhalle, 5 Tribüne.

43. Turnhalle.

(Siehe Schulen.)

44. Freibäder.

In fast allen Städten von 20000 Einwohnern befinden sich auch Freibäder. Es ist deshalb außerordentlich wünschenswert, um der Bevölkerung auch diese Möglichkeiten für Erholung und Ertüchtigung zu geben, daß in allen Städten dieser Größe solche Anlagen ausgeführt werden. Dies kann im Anfang auf verhältnismäßig einfache Weise durch zunächst kleine Holzbauten geschehen, die man allmählich im Laufe der Jahre erweitert. Auch für eine neue Siedlung über 5000 Einwohner wird sich immer eine kleine Badeanstalt durchführen lassen, wenn die Umstände nicht allzu schwierig sind.

Die Städte Prenzlau, Werdau, Mittweida, Lörrach und Zerbst sind für das Gebiet der Freibadeanlagen näher betrachtet worden und man kann folgende Faustwerte angeben:

Grundstücksfläche. Die Grundstücksflächen kann man etwa mit 20000 m² bemessen. (In Mittweida 22000 m², Werdau 20000 m², Wurzen 14000 m², Lörrach 17000 m².)

Die **bebaute Fläche** kann man mit etwa 500 m² bemessen (Lörrach 350 m², Mittweida 380 m², Werdau 500 m², Prenzlau 655 m²). Es handelt sich meist nur um eingeschossige Gebäude.

Die **Wasserflächen** sind verschieden groß, da es sich mitunter um eine Badeanstalt in einem See oder Fluß handelt, aber auch häufig künstliche Badebecken geschaffen worden sind. Künst-

liche Badebecken haben eine Fläche von etwa 1600 m². Die Abmessungen der Fläche müssen den sportgerechten Maßen entsprechen. Dabei ist die Hauptsache, daß die Länge von 50 m eingehalten wird, eine normale Breite ist 22 m. In NEUFERTS „Bautenlehre“, S. 248, sind nähere Angaben über die Einrichtung des Sprungturms, der Beckentiefen, höchste Tiefe 4,5 m usw., gemacht.

Man kann auf 40000—50000 Besucher im Jahr rechnen (Werdau 45000, Wurzen 38000, Lörrach 60000, Neustrelitz 70000).

Die **Höchstbesucherzahl** im Sommer wird von Werdau angegeben mit 1500 am Tag, Neustrelitz 1000, Lörrach 2000, Prenzlau 800.

Die **Beschäftigten** in diesen Bädern kann man mit etwa 5 Personen ansetzen. Es sind in Werdau 10, in Wurzen 3, Neustrelitz 6, Lörrach 3.

Allgemeines. Bei den Bauten auf dem Gelände des Freibades handelt es sich meist um Holzbauten. Es muß jeweils immer eine Abteilung für Nichtschwimmer im Wasser abtrennbar sein und ebenso eine Herren- und Damenabteilung. Daraus ergibt sich für fast alle diese Gebäude eine symmetrische Zweiteilung. In dem Gebäude müssen immer untergebracht werden: 1. Einzelzellen, 2. Gemeinschaftszellen, 3. Aborte und Duschen. Ferner muß in der Nähe des Eingangs ein Friseur und ein Wäscheverleih vorgesehen werden. Die Wohnung des Bademeisters muß ebenfalls mit errichtet werden, auch ein Sanitätsraum muß vorhanden sein.

Die **Lage** der Freibadeanstalt ist natürlich örtlich sehr bedingt. Ein See oder Fluß gibt

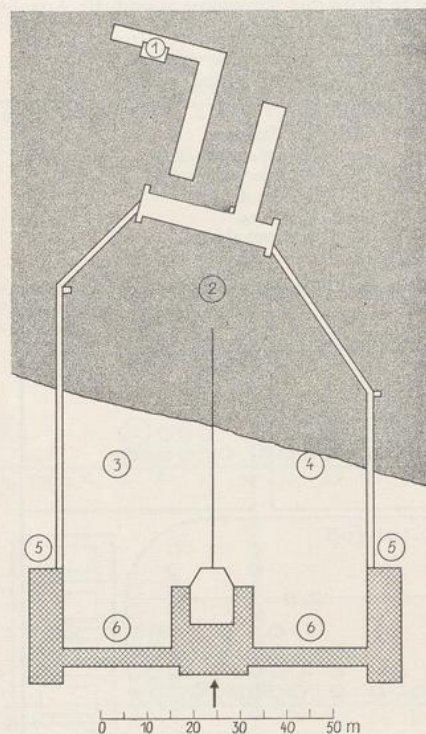


Abb. 183. Badeanstalt in Prenzlau.

1 Sprungturm, 2 Kinder und Nichtschwimmer, 3 Männer, 4 Frauen, 5 Gemeinschaftszellen, 6 Einzelzellen.

Gelegenheit hierzu, häufig kann man aber auch einen kleineren Bach durch Aufstau benutzen, um ein Badebecken, das dann allerdings in Beton ausgeführt werden muß, anzulegen. Die teuersten Einrichtungen sind natürlich die frei im Gelände künstlich angelegten Becken, die aus dem Wasser der Wasserversorgungsleitungen versorgt werden müssen. In den Orten mit guter Badegelegenheit, die zu gleicher Zeit Garnisonstädte sind, muß für die Soldaten eine gesonderte Militärbadeanstalt errichtet werden, deren Baukosten von der Wehrmachtbehörde übernommen werden.

Als **Beispiel** für städtische Freibadeanlagen wird vorstehend die Seebadeanstalt in Prenzlau zur Abbildung (Abb. 183) gebracht. Dort ist durch einen Bohlenbelag, der auf Pfählen ruht, in den See hinaus ein Laufsteg entwickelt, an dessen Ende mit seitlichem Vorsprung der Sprungturm angeordnet ist, so daß sich auf diese Art eine kleine Kampfbahn bildet. Die Zuschauer-möglichkeit bei Beckenanlagen für die als Beispiel nachstehend das Bad in Zerbst abgebildet (Abb. 184) ist, läßt sich im allgemeinen leichter lösen. In Zerbst finden wir die Vereinigung des Sportplatzes mit der Badeanstalt, die als außerordentlich glücklich zu bezeichnen ist. Über die Anzahl der Einzelzellen, Gemeinschaftszellen und die Bemessung der anderen Räume für eine Stadt von 20000 Einwohnern gibt der Grundriß der Badeanstalt in Prenzlau ungefähre Anhaltspunkte.

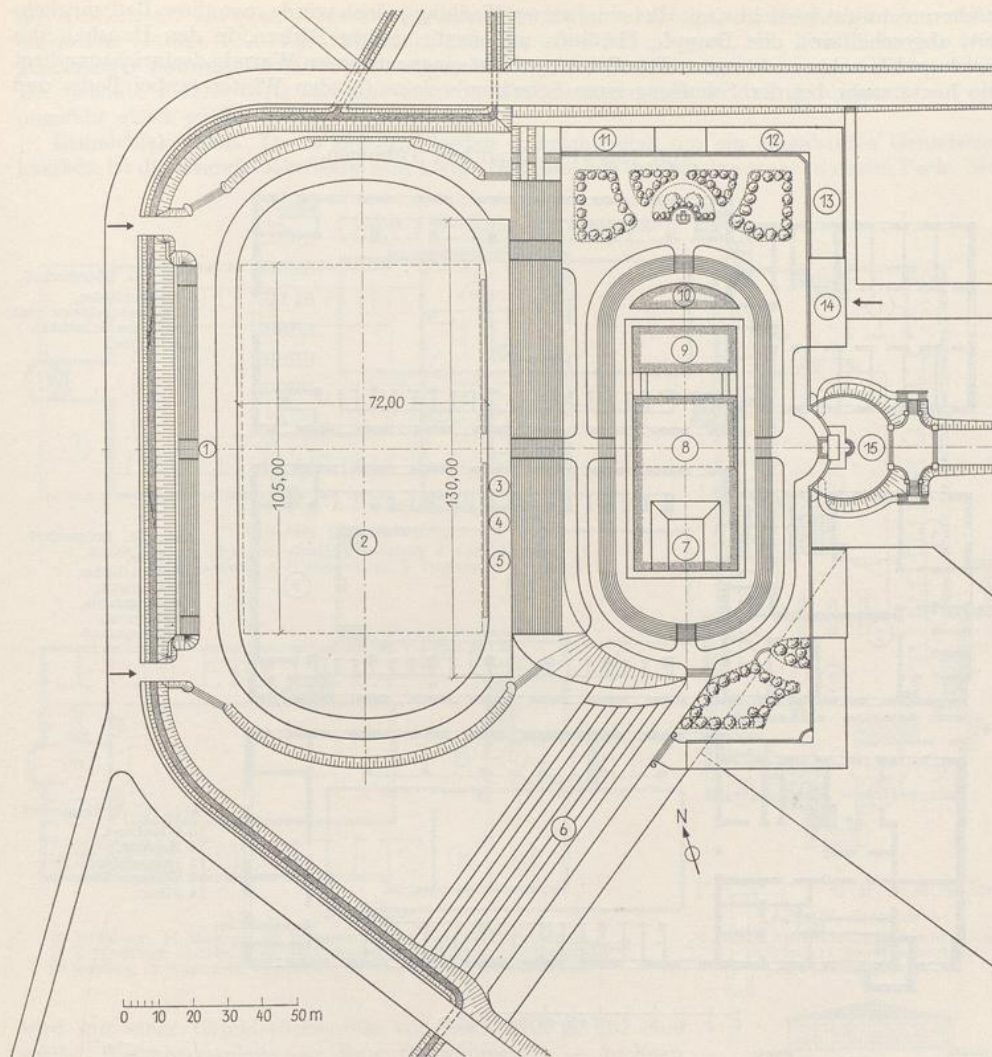


Abb. 184. Freibad Zerbst.

1 Hindernisbahn, 2 Fußball-, Handball-, Hockeyplatz, 3 100-m-Bahn, 4 110-m-Hürdenlaufbahn, 5 400-m-Bahn, 6 Liegeterrassen, 7 Sprunggrube, 8 Schwimmer, 9 Nichtschwimmer, 10 Planschbecken, 11 Filter und Maschinenraum, 12 Auskleidehallen, 13 Wechselzellen, 14 Wirtschaftsgebäude, 15 Ehrenmal.

45. Hallen-Warmbad.

Unter Warmbad im engeren Sinne ist hier zunächst eine Einrichtung verstanden, in der die Einwohner des Ortes Warmbäder, heiße Luft- oder Dampfbäder und auch medizinische Bäder nehmen können. Ein eigentliches Hallenbad, mit einem Schwimmbecken ist leider noch nicht in sehr vielen Städten unserer Größenordnung vorhanden. Hier ist in Zukunft noch viel Arbeit zu leisten, um dem Wassersport auch im Winter eine Möglichkeit zu geben, besonders da die meisten Sporttreibenden sowieso im Winter aussetzen.

Für die sog. Warm- oder Wannenbäder finden sich in Wurzen, Werdau und Prenzlaw ganz gute Beispiele. Diese Badeanstalten sind allerdings meist in ihrer Heizungsanlage ziemlich überholt. Sie dienen in der Hauptsache den bessergestellten Einwohnern, die zwar kein Bad im Hause haben, die aber dennoch gern hin und wieder ein warmes Bad nehmen möchten. Leider ist in den Städten von 20000 Einwohnern die größte Anzahl der Wohnungen noch nicht mit einer Badeeinrichtung versehen, so daß im allgemeinen diese Warm- oder Wannenbäder in solchen

Städten recht gut besucht sind. Bei einer neuen Siedlung jedoch würde man diese Bademöglichkeit, abgesehen von den Dampf-, Heißluft- und medizinischen Bädern, in den Haushalt des einzelnen Einwohners verlegen. Das Schwergewicht einer modernen Warmbadeeinrichtung liegt also heute mehr bei der Schaffung eines Schwimmbeckens für den Winter (s. bei Bade- und

Abb. 185—188. Stadtbad Tübingen.

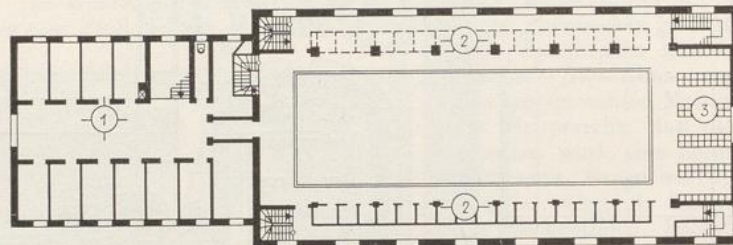


Abb. 185. Obergeschoß.
1 Wannenbäder,
2 Umkledekabinen (mit
und ohne Schränke),
3 Schränke.

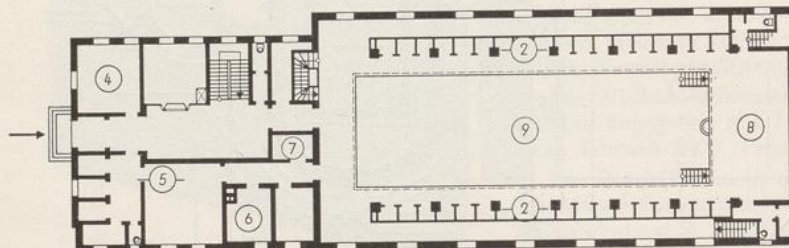


Abb. 186. Erdgeschoß.
4 Friseur,
5 Schwitzbäder,
6 Warteraum,
7 Massageraum,
8 Reinigung,
9 Schwimmbad.

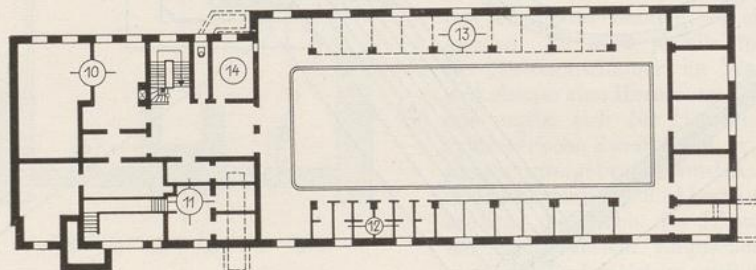


Abb. 187. Untergeschoß.
10 Wäscherei,
11 Heizung,
12 Brausebäder,
13 Wannenbäder,
14 Filter.

0 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20 m

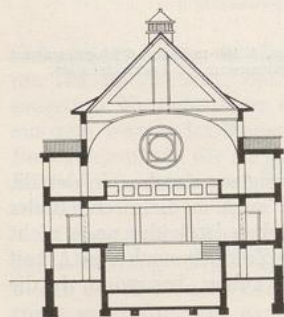


Abb. 188. Querschnitt.

Schwimmanstalt). Neben dieser der öffentlichen Gesundheit dienenden Einrichtung können dann die Badeeinrichtungen für die Spezial- und Wannenbäder (s. oben) sehr gut eingebaut werden.

Um von solchen Warmbädern (ohne Schwimmhalle) ein Bild zu geben, wird diese Einrichtung in Wurzen, Werdau und Prenzlau kurz etwas näher beschrieben. In Wurzen z. B. gibt es ein Warmbad mit 16 Wannenbädern. Es befindet sich im Gebäude der Ortskrankenkasse. Außerdem können dann Moor-, Mineral- und Schwefelbäder und Höhensonne verabreicht werden. Von der Stadt Werdau wird berichtet, daß das städtische Wannenbad eine Grundstücksfläche von 650 m² hat, eine bebaute Fläche von 350 m², eine Nutzfläche von 265 m². Die

durchschnittliche Besucherzahl im Rechnungsjahr 1936/37 betrug je Tag 23. Die Höchstzahl der Besucher am Tage 100. Am eingehendsten können wir berichten über das Warmbad in Prenzlau. Von dieser Anlage sind nachstehend Grundrißskizzen abgebildet. In Prenzlau sind 8 Wannen aufgestellt, 16 Brausebäder, ferner eine Abteilung für Heißluft und Dampfbad

mit Ruheraum. Im ganzen werden im Jahr 3000 Bäder verabfolgt, die Höchstbesucherzahl an einem Tag beträgt 120. Die bebaute Fläche ist etwa 310 m² groß, die Nutzfläche bei zweigeschossiger Bauweise etwa 620 m², abgesehen von der Bademeisterwohnung im Dachgeschoß. Die bebaute Fläche trifft fast mit der von Werdau zusammen, so daß man hieraus auf eine ungefähr gleich große Anlage schließen kann.

Grundstücksgröße. Da es sich in Werdau wahrscheinlich um ein eingebautes Grundstück handelt, ist die Grundstücksfläche sehr klein. Das Gebäude in Prenzlau steht in einem Park. Man

Abb. 189—192. Schwimmbad.

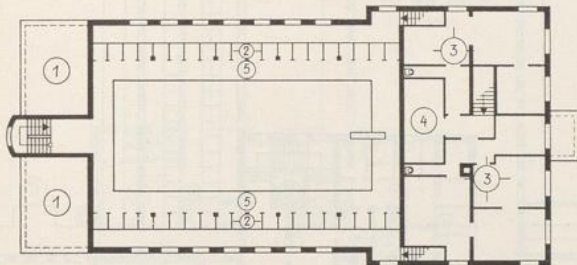


Abb. 189. Obergeschoß.

1 Auskleideraum oder evtl. Schülersonnenbad, 2 Auskleidezellen, 3 Wohnung, 4 Hochbehälter, 5 Umgang.

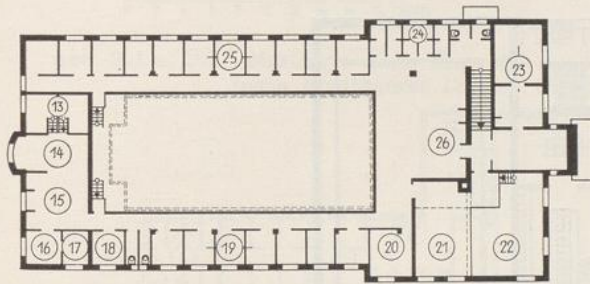


Abb. 191. Untergeschoß.

13 Vollbäder, 14 Massage, 15 Römisch-irisches Bad, 16 Warmluftbad, 17 Heißluftbad, 18 Dampfbad, 19 Ruheräume, 20 Wärter, 21 Apparate, 22 Heizung, 23 Wäscherei, 24 Brausen, 25 Wannenbäder, 26 Warteraum.

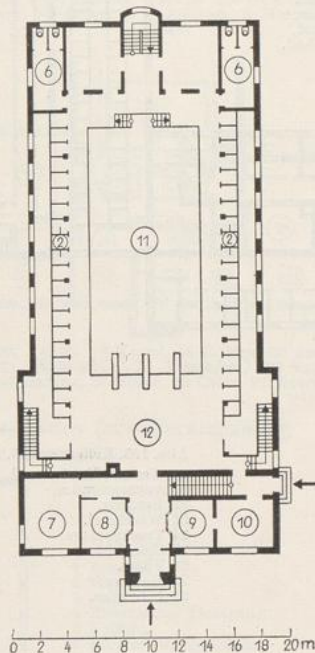


Abb. 190. Erdgeschoß.

6 Aborte, 7 Erfrischung, 8 Friseur, 9 Kasse, 10 Büro, 11 Schwimmbecken, 12 Trockenunterricht.

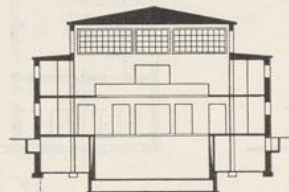


Abb. 192. Querschnitt.

wird mit einer Grundstücksgröße von etwa 1700 m² für eine solche Warmbadeanlage — ohne Schwimmhalle — rechnen können.

Die bebaute Fläche scheint bei zwei Geschossen (und einer Wohnung im Dach) mit 350 m² ungefähr getroffen.

An Beschäftigten wird ein solches Warmbad etwa 3 Personen haben müssen.

Der Grundriß des Prenzlauer Warmbades ist zur Unter- richtung hier abgebildet.

Bade- und Schwimmanstalt. Nach dieser Art der Auffassung von modernen Schwimm- und Badeanstalten für den Winter ist von Herrn Stadtbaurat Dr.-Ing. ERBS, Brandenburg, in der „Deutschen Bauzeitung“, Heft 34 und 37, eine kleine Abhandlung veröffentlicht worden, die einen sehr guten Überblick über die Möglichkeiten von solchen Badeanstalten in kleinen Städten gibt. Bei dieser Gelegenheit soll darauf hingewiesen werden, wie wichtig es für die Städte- bauer ist, wenn mehrere solcher Arbeiten über die anderen öffentlichen Einrichtungen eben- falls gemacht würden, um festzustellen, was für den Städtebauer das wesentlichste an diesen Bauten ist, und wie sie unter veränderten Bedingungen und unter veränderter Einwohnerzahl sich prinzipiell verändern.

Einige Abbildungen aus der Arbeit von Herrn Stadtbaurat ERBS werden vor- und nach- stehend zum Abdruck gebracht (Abb. 185—202).

Abb. 193—197. Badeanstalt (nach Stadtbaurat Dr.-Ing. ERBS in der Bauwelt).

Abb. 193. Obergeschoß.

- 1 Vollbad,
- 2 Ruheräume,
- 3 Buchten,
- 4 Zuschauer,
- 5 Reinigung,
- 6 Elektrisches Bad,
- 7 Dampfbad,
- 8 Heißluftbad,
- 9 Warmluft,
- 10 Massage,
- 11 Duschen,
- 12 Lichthof,
- 13 Fangobad.

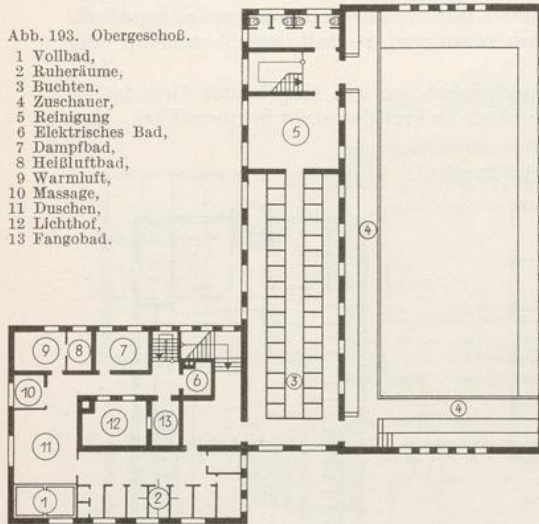


Abb. 194. Erdgeschoß.

- 14 Wannenbäder,
- 15 Büro,
- 16 Eingangshalle,
- 17 Schwimmhalle,
- 18 Kasse,
- 19 Warteraum,
- 20 Wärter.

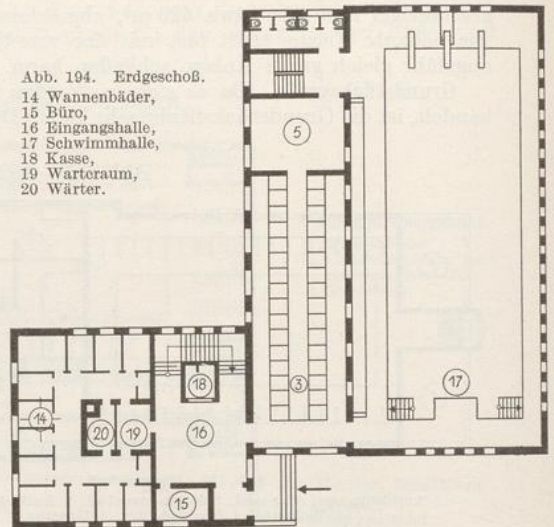
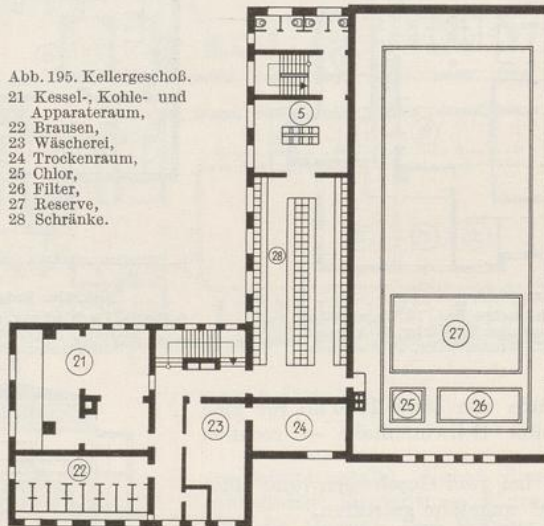


Abb. 195. Kellergeschoß.

- 21 Kessel-, Kohle- und Apparateraum,
- 22 Brausen,
- 23 Wäscherei,
- 24 Trockenraum,
- 25 Chlor,
- 26 Filter,
- 27 Reserve,
- 28 Schränke.



0 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20 m

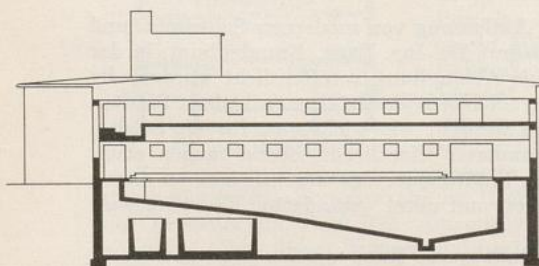


Abb. 196. Längsschnitt.

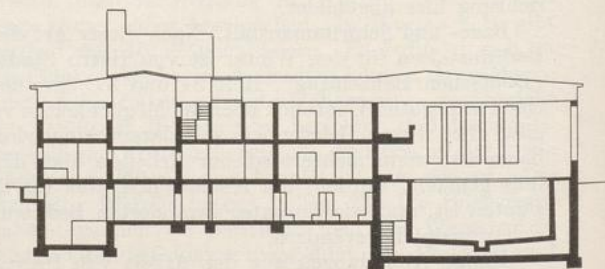


Abb. 197. Querschnitt.

Abb. 198—200. Badeanstalt für Kleinstädte
(nach Stadtbaurat Dr.-Ing. ERBS in der Bauwelt).

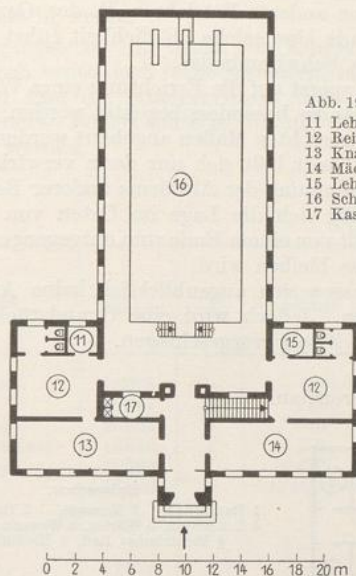


Abb. 199. Erdgeschoß.
11 Lehrer,
12 Reinigung,
13 Knabenschränke,
14 Mädchenschränke,
15 Lehrerin,
16 Schwimmbecken,
17 Kasse.

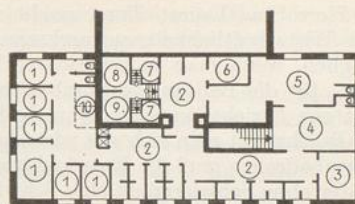


Abb. 198. Obergeschoß. 1 Wannenbad, 2 Brause,
3 Wärter, 4 Warteraum, 5 Raum mit Ruhebetten,
6 Massage, 7 Vollbad, 8 Dampfbad, 9 Warmbad,
10 Lichtbad.

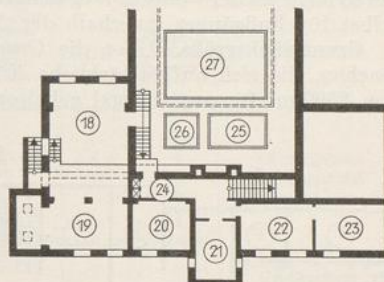


Abb. 200. Keller. 18 Kessel, 19 Kohlen, 20 Appa-
rate, 21 Plättstube, 22 Wäscherei, 23 Lager,
24 Wäscheaufzug, 25 Filter, 26 Chlor, 27 Reserve.

Abb. 201 u. 202. Mustertyp eines Schwimm- und Wannenbades (erweiterungsfähig)
(nach Stadtbaurat Dr.-Ing. ERBS in der Bauwelt).

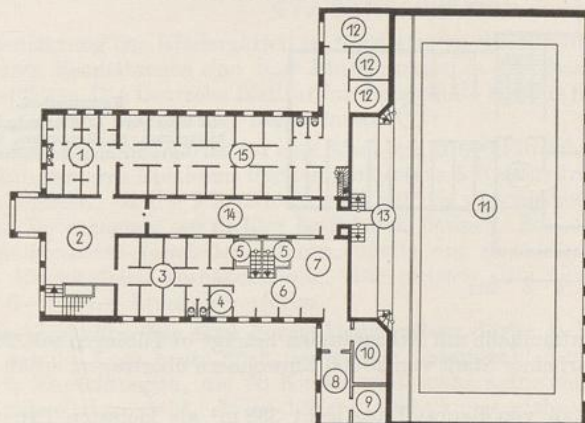


Abb. 201. Obergeschoß.

- 1 Brausen,
- 2 Warteraum,
- 3 Ruheräume,
- 4 Elektrisches Lichtbad,
- 5 Vollbad,
- 6 Römisch-irisches Bad,
- 7 Massage,
- 8 Warmluftbad,
- 9 Heißluftbad,
- 10 Dampfbad,
- 11 Schwimmhalle,
- 12 Medizinische Bäder,
- 13 Zuschauergalerie,
- 14 Durchgang für Zuschauer,
- 15 Wannenbäder.

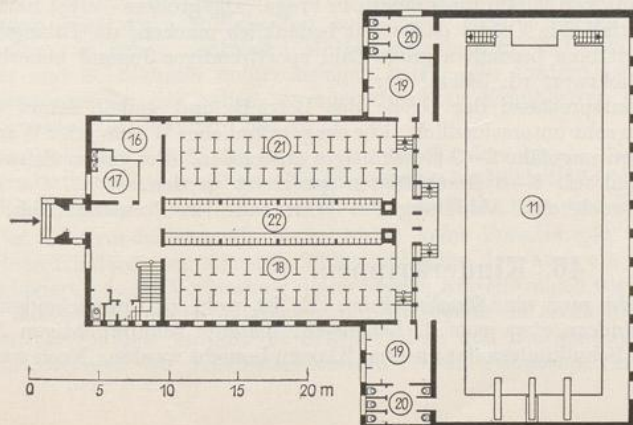


Abb. 202. Erdgeschoß.

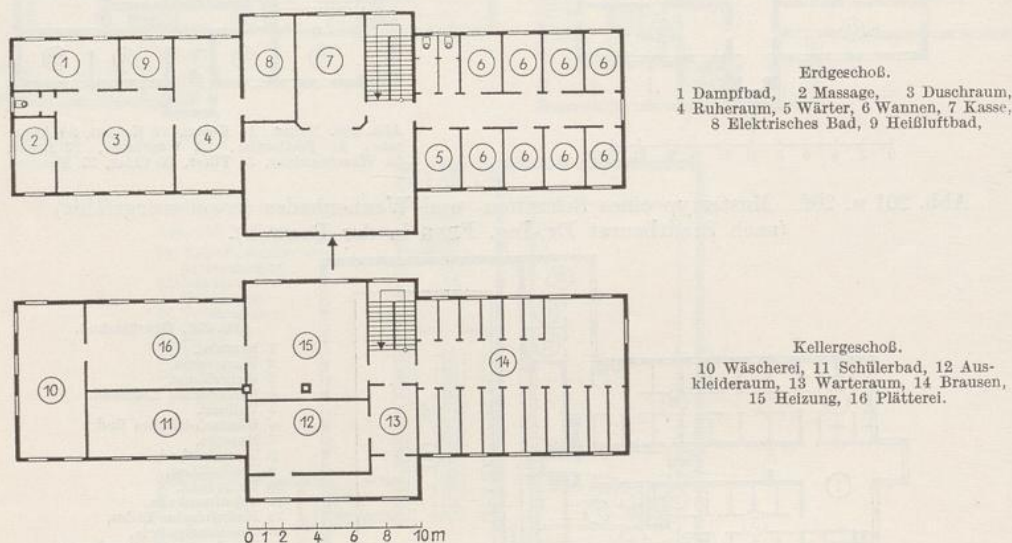
- 16 Unfallstation und Büro,
- 17 Wäsche und Kasse,
- 18 Umkleidezellen für Männer,
- 19 Reinigung,
- 20 W.C.,
- 21 Umkleidezellen für Frauen,
- 22 Umkleideschränke für Kinder.

Herr Stadtbaurat ERBS macht noch besonders auf den sehr wesentlichen Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit aufmerksam. Derartige Anlagen sind wahrscheinlich überhaupt nur möglich, wenn man in geschickter Weise die Abwärme anderer Betriebe z. B. des Gaswerks, usw., für die Badeanlage nutzbar machen kann. Gerade eine solche Möglichkeit führt häufig erst zur Errichtung einer Warmbadeanstalt und eines Schwimmbades.

Beschränkt man sich aus wirtschaftlichen Gründen zuerst auf die Errichtung eines Wannenvarmbades, so muß die Entwicklungsfähigkeit des Gebäudes besonders beachtet werden, so daß später ohne Schwierigkeit eine Schwimmhalle mit sportgerechten Maßen angebaut werden kann. Die an und für sich günstigste Lage im Zentrum der Stadt läßt sich nur dann verwirklichen, wenn auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebs (durch Benutzung der Abwärme anderer Betriebe) keine Rücksicht genommen werden muß. Sonst ergibt sich die Lage im Osten von selbst, um so mehr als der weiteste Weg in unserer 20000er Stadt von einem Ende zum entgegengesetzten selbst für Fußgänger innerhalb der 20-Minuten-Grenze bleiben wird.

Grundstücksgröße. Über die Grundstücksgröße lassen sich augenblicklich keine Angaben machen, die sich auf tatsächliche Erhebungen stützen. Jedoch wird eine Grundstücksgröße von 2500 m² für ausreichend gehalten und für diesen Zweck vorgeschlagen.

Abb. 203. Warmbad Prenzlau.



Die bebaute Fläche der Schwimmhalle mit Nebenräumen beträgt in Tübingen mit 28686 Einwohnern 563 m². Auf den Bedarf einer Stadt von 20000 Einwohnern übertragen, erhält man eine Fläche von rd. 390 m².

Der Entwurf (Abb. 198—200) von Baurat ERBS sieht 338 m² als kleinsten Typ vor. Nur ein solcher kommt für eine Stadt von 20000 Einwohnern in Frage. Die größere (selbst nach der Umrechnung) auf Tübingen entfallende Fläche darf nicht bedenklich machen, da Tübingen als stark besuchte Universitätsstadt eine besonders große Zahl sportfreudiger Jugend beherbergt.

Wir schlagen darum als Richtwert rd. 340 m² vor.

Die **Beschäftigtenzahl** ist entsprechend der Größe des Betriebs und gemäß seiner übersichtlichen inneren Organisation sehr unterschiedlich. Für ein gewöhnliches Warm- oder Wannenvarmbad ohne Schwimmhalle dürften ungefähr 2—3 Beschäftigte ausreichen. Bei einem Schwimmhallenbetriebe jedoch muß wohl mit 6—8 Beschäftigten gerechnet werden.

Zum Schluß bringen wir noch eine Abbildung des Warmbades in Prenzlau (Abb. 203).

46. Kinderkrippen.

Unter Kinderkrippe versteht man ein *Säuglingsheim*. Es ist wohl zu unterscheiden von Kindergärten, die von Kleinkindern etwa vom 4. Lebensjahr bis zum schulpflichtigen Alter, und von Kinderhorten, die von Schulkindern der unteren Klassen besucht werden. Noch weniger

ist eine Kinderkrippe, obgleich sie stets unter ärztlicher Aufsicht stehen sollte, ein Kinderkrankenhaus. Die Errichtung eines besonderen Kinderkrankenhauses kommt normalerweise nur für eine Großstadt in Frage.

Säuglingsheime, in denen die Kinder nur tagsüber betreut werden, finden sich dagegen, wenn auch heute noch recht vereinzelt, in 20000er Städten ebenso wie in kleineren Gemeinden. Mitunter sind die Kinderkrippen dem allgemeinen Krankenhause oder einem Waisenhaus angegliedert. Beides sollte in Zukunft der Infektionsgefahr wegen unter allen Umständen vermieden werden.

Materialtabelle.
Kinderkrippen.

Stadt	Ein- wohner	An- zahl	Grund- stücksfläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse, einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Ärzte	Nicht- ärztliches Personal	Bemerkungen
Neustettin	16078	—	Privatkinderheim vorhanden			—	—	
Lörrach	20041	1	913	350	620	8	4	Säuglingsheim
Straubing	25893	1	540	186	372	1	13	Säuglingsheim
Bad Homburg	16840	1	1230	160	380	—	2	
Schleswig	20694	1	10030	767	858	—	3	
Wesel	24596	2	dem städtischen Krankenhaus bzw. dem Hospital angeschlossen					
Arnstadt	22024	2	—	a) 340	750	—	—	a) Dem städtischen Krankenhaus angeschlossen.
Meiningen	18833	1	1250	b) 200	600	—	3	b) Waisenhaus mit 30 Plätzen.
Bunzlau	19625	1	900	343	300	—	7	
				350	320	1	3	

47. Kindergärten.

Die Einrichtung der Kindergärten ist für die aufwachsende Jugend außerordentlich wichtig. Nach unseren Ermittlungen sind diese Einrichtungen in den Städten bisher noch recht mangelhaft ausgebildet. Das Deutsche Institut für Jugendhilfe hat uns freundlicherweise eine sehr gute Auskunft gegeben, die wir hier folgen lassen.

Die **Anzahl der Kindergärten** für eine Stadt von 20000 Einwohnern läßt sich nicht mit Sicherheit angeben; unseres Erachtens dürften mindestens **5 Kindergärten** für eine Stadt dieser Größe in Frage kommen, da die Kleinkinder sich auf die verschiedenen Stadtviertel verteilen, und zwar unter Bevorzugung der dichter besiedelten Bezirke. Soviel wir hier aus den vorliegenden Jugendamtsberichten feststellen können, dürfte nur in wenigen Städten die entsprechende Zahl von Kindergärten vorhanden sein. Die meisten Orte dieser Größe dürften kaum über mehr als 3—4 Einrichtungen verfügen.

Die **Durchschnittsgröße eines Normalkindergartens** dürfte auf etwa **30 Kinder** zu berechnen sein. So wie die Lage heute noch ist, wo die Gesamtzahl der Kindergärten nicht hinreicht, finden sich Einrichtungen, die 60 Kinder und mehr aufnehmen. Wünschenswert ist ein so großer Kindergarten nicht, da er höhere Ansteckungsgefahr mit sich bringt. Des öfteren werden aber die Kindergärten mit Horten verbunden, nämlich Einrichtungen für Schulkinder, in denen diese die schulfreie Zeit zubringen. Eine solche Verbindung ist wünschenswert in Gegenden, in denen zahlreiche Mütter erwerbstätig sind und daher häufig zugleich Kleinkinder und Schulkinder unterzubringen haben. Zu fordern ist jedoch, daß die Schulkinder Arbeitsräume für sich haben, da auch durch sie Krankheiten auf die leicht anfälligen Kleinkinder übertragen werden können.

Die **Zahl der Lehrkräfte** hängt von der Kinderzahl ab. Nach den Richtlinien des NSV. für Kindertagesstätten soll eine **Kindergärtnerin im Höchsthalle 30 Kinder** allein betreuen. Sofern der Kindergarten mehr Kinder aufnimmt, muß ihr also eine Helferin zur Seite stehen.

Für die **Grundstücksgröße** liegen bisher keine Forschungen vor. Unseres Erachtens dürfte für einen Kindergarten mit etwa 30 Kleinkindern, dem auch ein Hort mit etwa 20 Schulkindern angegliedert ist (die Verbindung dieser beiden Einrichtungen wird in der Regel als Kindertagesheim bezeichnet), ein Grundstück von etwa **1000 m²** in Betracht zu ziehen sein. Über Baulichkeiten, Räume usw. enthält die Schrift: „Bau und Einrichtung von Kindertagesheimen“ und die „Richtlinien für Kindertagesstätten“ vom Hauptamt für Volkswohlfahrt Anregungen.

Die Anzahl der Kindergärten und Kinderhorte ist von folgenden Tatbeständen abhängig: Von der Beschäftigungsart der Eltern. Für den Kindergartenbesuch kommen nämlich die Kinder erwerbstätiger Mütter in Frage, also von Frauen, die in der Industrie oder im Büro, auf dem Felde und sonstwie tätig sind. Weiterhin aber auch von Frauen, die ihrem Mann im Geschäft helfen. Das letztere gilt vornehmlich für Geschäftsgegenden. Die Frauen der meisten Ladenbesitzer, Bäcker, Schlächter, Gemüsewarenhändler usw. pflegen tagsüber im Geschäft zu helfen und können daher ihre Kinder nicht selbst besorgen. Außerdem kommen Kinder aus kinderreichen Familien sowie ebensowohl Einzelkinder aus erzieherischen Gründen in Frage. Schließlich hat der Kindergarten in ländlichen Gegenden sowie in Vorstädten seine besondere Bedeutung während der Erntezeit, weil da die Mütter außerhalb des Hauses voll in Anspruch genommen sind.

Hiernach ist eine Kombination zwischen Kindergarten und Kinderhort, neuerdings *Kindertagesstätte* genannt, unter gewissen Bedingungen (s. auch Kinderkrippen) durchaus möglich. Wir geben den Artikel 10 der Richtlinie für Kindertagesstätten, herausgegeben von der NSDAP.-Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, hier wieder:

„Der Kindergarten soll möglichst in ausschließlich für diesen Zweck bestimmten Räumen untergebracht werden. Befindet sich der Kindergarten in Räumen einer Schule oder anderer Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, so müssen ein eigener Eingang, eigener Spielplatz, sowie getrennte Waschgelegenheiten und Aborte vorhanden sein. Eine Verbindung mit Krankenanstalten und Altersheimen ist unzulässig. Die Aufenthaltsräume sind möglichst im Erdgeschoß einzurichten. Soweit dies nicht durchführbar ist, ist dafür zu sorgen, daß die Treppen hell und für die Kinder leicht benutzbar sind.

Die Aufenthaltsräume für die Kinder müssen hell und luftig sein und entsprechende Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen haben. Für tägliche Reinigung ist Sorge zu tragen. In den Räumen muß genügend Platz für Bewegungsspiele der Kinder vorhanden sein. Für jedes Kind müssen $1\frac{1}{2}$ m² Bodenflächen und 4–6 m³ Luftraum gerechnet werden. Der Fußboden ist täglich sachgemäß zu reinigen. Er muß mit fugenlosem Bodenbelag belegt sein. Die untere Hälfte der Wände soll möglichst abwaschbar sein.“

Da auch die Ausführungen über diesen Gegenstand in Form von Richtlinien über den „Bau und Einrichtung von Kindertagesheimen“ im Auftrage der Reichskonferenz der evangelischen Kinderpflege (herausgegeben von der Vereinigung evangelischer Kinderpflegeverbände Deutschlands e. V. 1930) sehr zutreffend sind, sollen sie nachfolgend ebenfalls zum Abdruck kommen:

„Die Richtlinien. Die Erfahrungen, die sich im Laufe der Zeit für den Bau von Kindertagesheimen hinsichtlich der Größe, der Ausstattung, der den verschiedenen Zwecken dienenden Räume ergeben haben, sind, wie bereits erwähnt, in einer Reihe von „Richtlinien“ niedergelegt worden. Da jedoch die Durcharbeitung all dieser Richtlinien mühsam ist, wird im nachfolgenden der Versuch gemacht, die wichtigsten Forderungen herauszuziehen und durch Darstellung je eines Grundrisses der drei Haupttypen, nämlich einer Krippe, eines Kindergartens und eines Kinderhortes zu verdeutlichen. Der Grundgedanke ist der, daß die in der Zeichnung aneinandergereihten Räume eine klarere Anschauung vermitteln, als die Lektüre der theoretischen Leitsätze. Vorgelegt werden jeder Zeichnung kurze Zahlenangaben, die die Errechnung der erforderlichen Größen für jedes Bauprogramm nach der Zahl der Kinder ergeben.

Voraussetzung für die nachfolgenden Beispiele (Abb. 204–206) waren folgende Gesichtspunkte: Da man ein freiliegendes Haus nicht gern unbewohnt läßt, wurde jeweils eine Wohnung für die Leiterin vorgesehen. Die Annahme, daß volle Verpflegung gereicht wird, bedingte die Größe der Wirtschaftsräume.

Bei der Anlage der Küche und der Auswahl der Möbel in bezug auf ihre Höhen und Ausmaße ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Hortkinder zu leichter Hausarbeit angehalten werden. Die Küche muß also geräumiger sein, als wenn nur eine Köchin hantierte. Vor allem soll der Herd, wenn nicht vollkommen frei, so doch nur mit einer Schmalseite an der Wand stehen, damit sich möglichst viele Kinder gleichzeitig daran betätigen können. Ebenso soll der Tisch nach Größe und Stellung 6–8 Kindern, z. B. zum Kartoffelschälen, Platz bieten.

Außer der Küche, in der sich hauptsächlich die Mädchen betätigen, ist für die Knaben eine Werkstatt vorgesehen. Ihre Ausstattung richtet sich nach den vorhandenen Mitteln. Erwünscht ist ein größerer Werkstisch mit ungestrichener Platte; Sägeische in verschiedenen Höhen und eine Hobelbank. Der Schrank soll tief und seine Einteilung dem Werkzeug und Arbeitsmaterial angepaßt sein. Holzfußboden ist hier erforderlich. Gas-, elektrische und Wasseranschlüsse sollen vorhanden sein. Für den Spiel- und Schlafsaal gilt entsprechend das gleiche wie beim Kindergarten.

Kindertagesheime sind die räumliche Zusammenlegung von Einrichtungen für Kinder vom 3.–14. Lebensjahr. Hier gelten dieselben baulichen und hygienischen Bedingungen. Für solche mehrgliedrigen Betriebe kommt eine Jugendleiterin in Betracht.“

Soweit es durch unsere Untersuchungen möglich war, haben sich die Ansichten, die von den bisherigen Bearbeitern dieses Gegenstandes wiedergegeben sind, durchaus in der Wirklichkeit bestätigt. In Prenzlau z. B. ist die Anfrage nach Kindergärten folgendermaßen ausgefallen:

1. Bei der NSV.	80–110 Kinder	1 Gärtnerin und 3 Helferinnen (teilweise nur ehrenamtlich)
2. Bei den Kirchen: Jakobi-Kirche	40 Kinder	1 Gärtnerin
3. Sabinen-Kirche	30 Kinder	1 Gärtnerin
Zusammen 150–180 Kinder		3 Gärtnerinnen und 3 Helferinnen

Kombination von Kinderkrippen, -gärten, -horten.

Der Gedanke an eine Zusammenlegung von Kinderhort, Kindergarten und Kinderkrippe liegt nahe. Von ärztlicher Seite wird zwar eine völlige Trennung und ein eigenes Heim für jede dieser Einrichtungen empfohlen und auch die NSV. erklärt dies für den erstrebenswerten Idealzustand. Leider fehlen zur Durchführung wohl überall die Mittel.

Eine wirtschaftliche sehr befriedigende Lösung hat die NSV. in ihren Neubauten gefunden durch Vereinigung von Säuglingsheimen mit Kindergarten und Kinderhort, aber mit getrennten

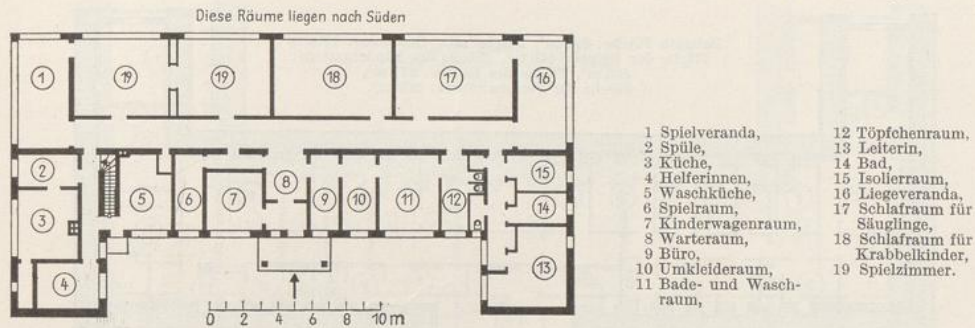


Abb. 204. Kinderkrippe. (Aus einer Veröffentlichung der Evangelischen Kinderpflegeverbände Deutschlands e.V.)

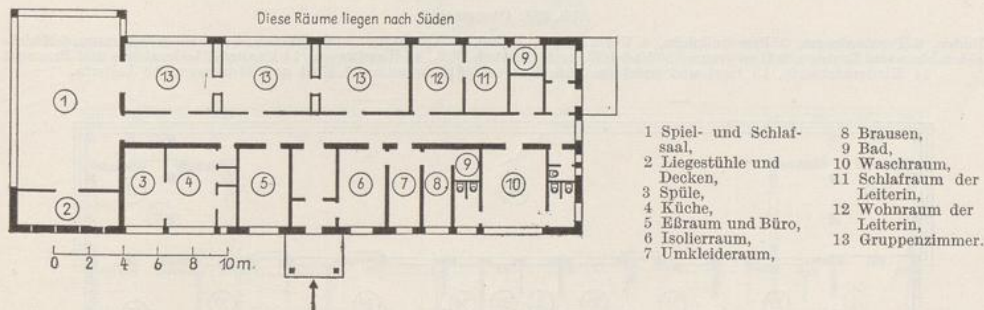


Abb. 205. Kindergarten. (Aus einer Veröffentlichung der Evangelischen Kinderpflegeverbände Deutschlands e.V.)

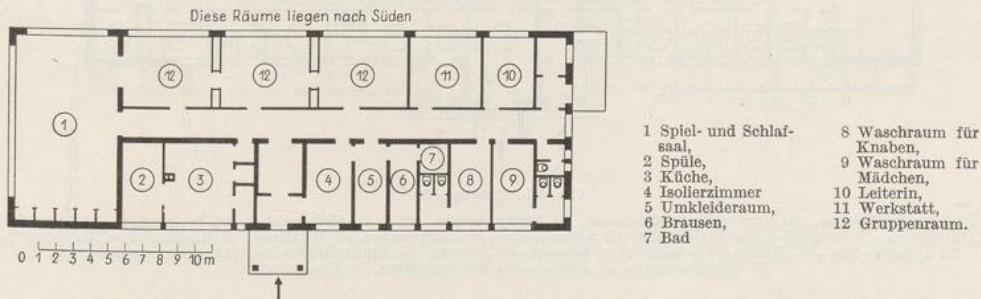


Abb. 206. Kinderhort. (Aus einer Veröffentlichung der Evangelischen Kinderpflegeverbände Deutschlands e.V.)

Eingängen und unter strengster, bis ins kleinste durchgeführter Isolierung der 3 Gruppen untereinander.

In diesem Falle könnte in der Nähe einer jeden Gemeindeschule ein derartiger NSV.-Bau errichtet werden, so daß die berufstätigen Frauen aus allen Stadtteilen ohne nennenswerten Zeitverlust ihre Säuglinge und „Krabbelkinder“ in den Krippen des Morgens einliefern und des Abends heimholen können.

Die Bauart eines nur mit Kindergarten kombinierten Säuglingsheimes sollte stets eingeschossig sein. Kommt noch ein Kinderhort hinzu, so baut man zweigeschossig und legt den Kinderhort und die Wohn- und Schlafräume des Personals in das Obergeschoß.

Bauprogramm. Eine Kinderkrippe besteht erstens aus einer Vorhalle zur Aufbewahrung der Kinderwagen, dem Aufnahme- und dem Zimmer für die Säuglinge, von denen 6—8, aber höchstens 10, in einem Raum untergebracht werden dürfen, einem Isolierzimmer, einem Pflegerinnenzimmer, der Milchküche und dem Bad. Zweitens aus dem Krabbelkinder-Spielraum, dem Krabbelkinder-Ruhe- und Schlafraum, einem weiteren Isolierzimmer, den Wasch- und Abortanlagen.

Abb. 207 u. 208. Beispiel für einen Kindergarten mit Krippe und Hort.

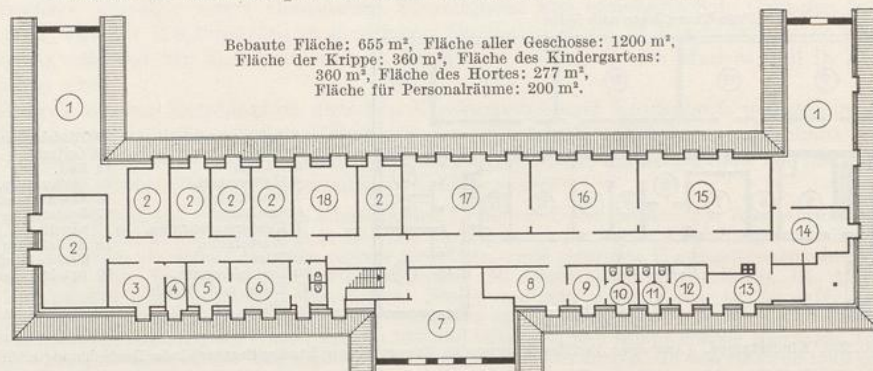


Abb. 207. Obergeschoß.

1 Boden, 2 Personalraum, 3 Personalküche, 4 Vorratsraum, 5 Bad, 6 Waschraum und Brausen, 7 Gemeinschaftsraum, 8 Mädel-Kleiderablage und Brausen, 9 Waschraum, 10 Mädel-W.C., 11 Knaben-W.C., 12 Waschraum, 13 Knaben-Kleiderablage und Brausen, 14 Kindergärtnerin, 15 Hort und Spielraum, 16 Hort und Arbeitsraum, 17 Hort und Werkraum, 18 Leiterin.

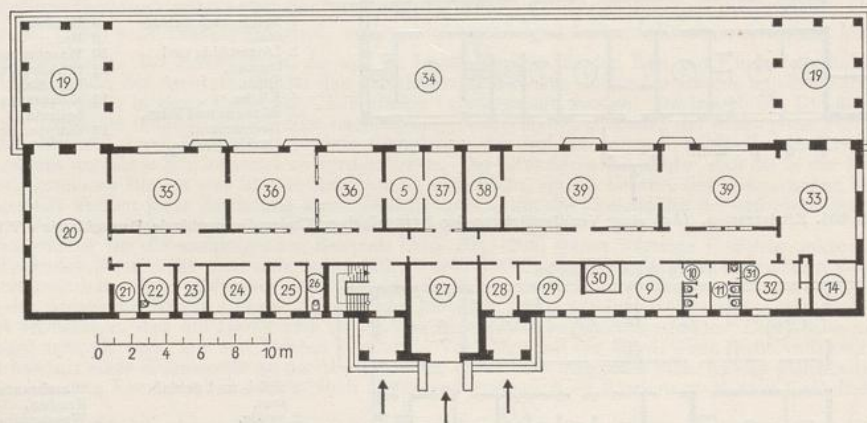


Abb. 208. Erdgeschoß.

19 Überdeckte Terrasse, 20 Krabbelkinder-Spielraum, 21 Töpfchenraum, 22 Krabbelkinderraum, 23 Isolerraum, 24 Pflegerin, 25 Milchküche, 26 Personal-W.C., 27 Eingang mit Abstellfläche für Kinderwagen, 28 Windfang, 29 Kleiderablage, 30 Brausen, 31 Personal-W.C., 32 Küche, 33 Kindergarten, Eßraum, 34 Terrasse, 35 Krabbelkinder-Ruhe- und Schlafraum, 36 Säuglingsraum, 37 Annahmeraum, 38 Betten- und Spielzeugraum, 39 Kindergarten.

Drittens einer geräumigen gedeckten Terrasse als Freiluftplatz der Kinder bei grellem Sonnenschein oder leichtem Regen, dann aus dem Garten (von mindestens 4facher Größe als die bebaute Fläche) mit Sandplatz, Planschbecken und Trinkspringbrunnen.

Die in den Abb. 207—210 dargestellten Grundrisse wurde uns von der Reichsleitung der NSV., Bauabteilung, zur Verfügung gestellt.

Nach Angabe des Deutschen Instituts für Jugendhilfe genügen für eine Stadt von 20000 Einwohnern 5 kombinierte Kinderkrippen, Kindergärten und -horte von den ungefähren Ausmaßen der in Abb. 207 und 208 abgebildeten Anstalt. Das Institut hält auch eine Zusammenlegung in ein Haus für günstig. Nach diesen Vorschlägen wird im allgemeinen praktisch heute verfahren werden.

Die Abb. 209 und 210 zeigen ein „Haus der NSV.“ Die Grundrisse stellte die Reichsleitung der NSV., Bauabteilung, zur Verfügung. Im Haus der NSV. ist der Kindergarten mit -krippe und -hort vereinigt und noch ein kleines Mütterheim angeschlossen. Diese Einrichtung gilt eventuell auch schon für 4000—5000 Einwohner. Ein solcher Bau benötigt:

Grundstück: 3300 m², bebaute Fläche: 650 m², Flächen aller Geschosse: 1200 m².

Abb. 209 u. 210. Beispiel für ein NSV.-Haus.

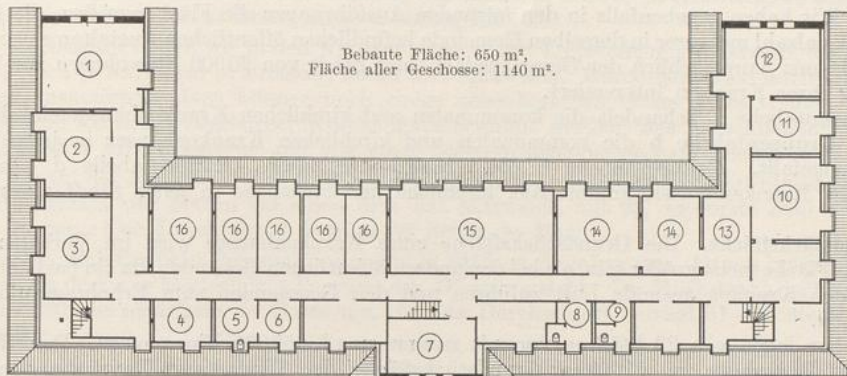


Abb. 209 Dachgeschoß.

1 Gemeinschaftsraum, 2 Schwesternraum, 3 Leiterin, 4 Küche, 5 Bad, 6 Waschraum, 7 Kindergärtnerin, 8 Herren-W.C., 9 Damen-W.C., 10 NSV.-Ortsgruppe, 11 Sprechzimmer, 12 Untersuchungsraum, 13 Warteflur, 14 Raum für „Mutter und Kind“, 15 Kindergarten, zusätzlicher Ruheraum, 16 Personalraum.

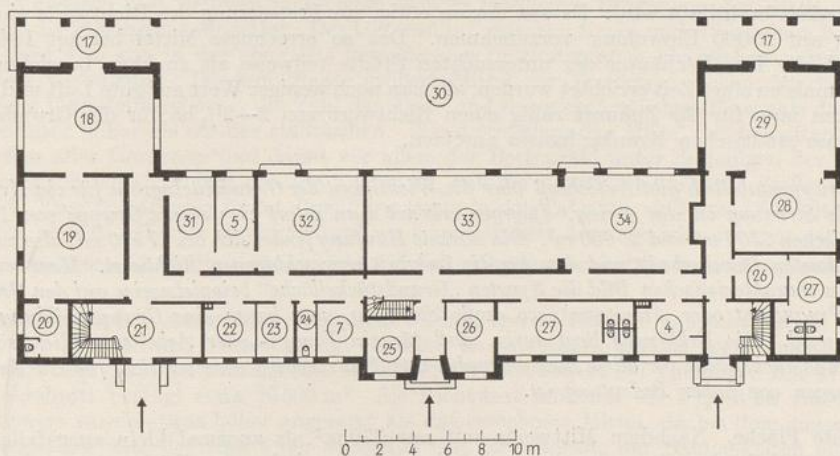


Abb. 210. Erdgeschoß.

17 Überdeckte Terrasse, 18 Krabbelkinder-Tagesraum, 19 Ruheraum, 20 Töpfchenraum, 21 Windfang als Kinderwagenraum, 22 Milchküche, 23 Isolierraum, 24 Personal-W.C., 25 Büro, 26 Kleiderablage, 27 Waschraum, Brause und W.C. für Knaben und Mädchen, 28 Hort-Bastelraum, 29 Hort-Spiel- und Aufenthaltsraum, 30 Liegeterrasse, 31 Annahme, 32 Säuglingsraum, 33 Kindergarten-Überraum, 34 Kindergarten-Aufenthaltsraum.

48. Allgemeine Krankenhäuser.

Es dürfte wohl keine Stadt in der Größe von rd. 20000 Einwohnern geben, in der sich nicht zum mindesten ein öffentliches Krankenhaus befindet. Man unterscheidet städtische Krankenhäuser und Kreis- oder Provinzialkrankenhäuser, Universitätskliniken, Krankenhäuser (Hospitale) unter kirchlicher bzw. klösterlicher Verwaltung und Privatkrankenhäuser, Privatkliniken und Sanatorien als Unternehmen humanitärer Verbände, Ärztegruppen oder einzelner Ärzte.

Für unsere Untersuchung interessieren uns in erster Linie die allgemeinen Krankenhäuser, und zwar die von städtischen oder kirchlichen Behörden geleiteten. Die privaten, als allzu schwer erfaßbar, sowie die Universitätskliniken mußten außer Betracht gelassen werden. Die staatlichen allgemeinen Krankenhäuser werden besonders behandelt.

Feder, Die neue Stadt.

Aus 24 Städten unserer Größenordnung liegen mehrere Angaben vor über

a) Das städtische Krankenhaus.

Es sei hier gleich erwähnt, daß von diesen 24 Orten nur 4 = 16,7 vH außerdem ein *Kreis-krankenhaus* aufweisen können (Annaberg, Prenzlau, Saalfeld, Freising), auf das wir später zurückkommen. In einem Drittel der untersuchten Städte befinden sich — immer unter Außerachtlassung der Privat- und Universitätskliniken — sogar zwei und mehr nichtstaatliche Krankenhäuser. Wir haben gegebenenfalls in den folgenden Ausführungen die Flächengrößen, die Betten und Personalzahl mehrerer in derselben Gemeinde befindlichen öffentlichen Anstalten zusammengelegt, da uns hauptsächlich der Gesamtbedarf einer Stadt von 20000 Einwohnern zur Unterbringung ihrer Kranken interessiert.

Gruppentabelle a behandelt die kommunalen und kirchlichen Krankenhäuser einzeln aufgeführt, Gruppentabelle b die kommunalen und kirchlichen Krankenhäuser in jeder Stadt zusammengefaßt. Gruppentabelle c die Kreiskrankenhäuser, Gruppentabelle d sämtliche öffentliche Krankenhäuser, kommunale, kirchliche und staatliche in jeder Stadt zusammengefaßt.

Grundstücksfläche. Die Grundstücksfläche eines Krankenhauses wird im Verhältnis zur bebauten Fläche meist größer sein, als bei den andern öffentlichen Gebäuden, da ein parkähnlicher Garten den Kranken gesunde Luft zuführen und den Genesenden zum Erholungsaufenthalt dienen soll.

Angaben lagen von 22 Städten vor mit zusammen rd. 450000 Einwohnern. Den Höchstwert zeigt Rosenheim mit 61000 m² Grundstücksfläche, den Mindestwert Ravensburg mit nur 2380 m².

Da das städtische Krankenhaus in der Regel die Mehrheit seiner Patienten aus der Stadt selbst zugeführt erhält, spielt die Einwohnerzahl dieser Stadt eine größere Rolle für die Ausmaße der Anstalt als z. B. bei dem Kreiskrankenhaus, das seinerseits mehr von der Volkszahl des Gesamtkreises beeinflußt wird. Es war darum nötig, zur Festsetzung des Richtwerts eine Umrechnung auf 20000 Einwohner vorzunehmen. Das so errechnete Mittel beträgt 16600 m². Da jedoch die Krankenhäuser der untersuchten Städte teilweise als zu klein bezeichnet und sicher oftmals zu einer Zeit errichtet wurden, als man noch weniger Wert auf gute Luft und Sonne legte, kann man für die Zukunft ruhig einen Richtwert von 2—2½ ha für die Grundstücksfläche eines städtischen Krankenhauses ansetzen.

Die Gruppentabelle b gibt Aufschluß über die Wichtigkeit der Grundstücksgröße für ein Krankenhaus: Die Streuung ist nur gering. Dagegen erkennt man sofort eine starke Gruppe von 17 Einheiten zwischen 7500 m² und 20000 m². Die stärkste Häufung findet sich bei 17500 m², also zwischen dem errechneten Durchschnitt und dem für die Zukunft vorgeschlagenen Richtwert. Man vergleiche mit diesem charakteristischen Bild die Sparten „Grundstücksfläche“ beispielsweise auf den Gruppentabellen Finanzamt oder Arbeitsamt, wo große Streuung, aber kaum eine Gruppenbildung wahrnehmbar wird. Die Erklärung liegt darin, daß für ein Finanz- oder Arbeitsamt die Größe der Gesamtgrundstücksfläche vor allem aber der unbebaute Teil ziemlich unwesentlich, für ein Krankenhaus dagegen von hoher Bedeutung ist.

Bebaute Fläche. Nachdem Mittweida mit nur 370 m² als anormal klein ausgefallen war, blieben noch 21 Städte mit auswertbaren Angaben. Lippstadt hat den Höchstwert von 5420 m², während in Saalfeld die bebaute Fläche nur 790 m² beträgt. Für Lippstadt liegt die Erklärung der besonderen Ausdehnung seiner Krankenhausanlagen darin, daß dort nicht nur zwei nach Konfessionen getrennte Krankenhäuser (ein evangelisches mit 1980 m² und ein katholisches mit 3440 m²) vorhanden sind, sondern daß sogar deren verschiedene Abteilungen in Einzelhäusern untergebracht sind.

Der Durchschnittswert beträgt bei 21 Städten 2150 m² bebaute Fläche.

Fläche aller Geschosse, einschließlich Treppen, Flure usw. (dem Wesen eines Krankenhauses entsprechend werden große Teile des Keller- und Dachgeschosses in den eigentlichen Betrieb mit einbezogen; diese Flächen sind in den Maßen ebenfalls enthalten).

Die Angaben von 18 Städten konnten nach Ausfall der anormal kleinen Anstalt in Mittweida (750 m²) ausgewertet werden. Die Werte schwanken immer noch sehr stark zwischen Neustrelitz mit 13360 m² und Freising mit 1400 m². Umgerechnet auf 20000 Einwohner erhalten wir einen ungefähren Richtwert von 6300 m². Diese Fläche sollte nach Möglichkeit auf nur zwei Geschosse verteilt und die verschiedenen Stationen in Einzelhäuser gelegt werden, auch wenn sich dadurch die bebaute Fläche entsprechend erhöht.

Über die **Anzahl der Betten** in den Krankenhäusern gaben 22 Städte Auskunft. Weitaus an der Spitze steht wieder Lippstadt mit zusammen 520 Betten. Die Mindestzahl weist Sorau mit nur 60 Betten auf. Durchschnittlich verfügen die städtischen Krankenhäuser über **190 bis 200 Betten**.

Schwieriger ist es, für die **Zahl der Ärzte** eine Norm zu errechnen, da es mitunter vorkommt, daß außer den außer den hauptberuflich am Krankenhaus tätigen, auch noch Ärzte mit eigener Privatpraxis nebenberuflich dort arbeiten. Es war mitunter schwer zu ermitteln, ob und inwieweit diese in den uns gemachten Angaben einbegriffen sind.

Die Höchstzahl finden wir in den Krankenhäusern von Lippstadt mit 10 Ärzten, die kleinste Zahl, nämlich je nur einen in Freising, Sorau und Mittweida. Durchschnittlich dürfte man mit 4 Ärzten auskommen, dazu können noch einige nebenberuflich tätige Ärzte treten. Als besonderer Fall kann das Siegburger Krankenhaus erwähnt werden, das ausschließlich von frei praktizierenden Ärzten betreut und von einer Schwesterngenossenschaft geleitet wird.

Die Anzahl der Krankenbetten zu derjenigen der Ärzte in Beziehung gesetzt ergibt folgendes Bild: Höchstzahl der Betten auf einen Arzt hat Mittweida mit 95, niederste Zahl Schleswig mit 22 Betten. Der Durchschnitt beträgt **50 Betten je Arzt**.

Über das **nichtärztliche Personal** liegen aus 17 Städten Angaben vor. Davon mußte Freising ausfallen, da dort nur klösterliches Personal den Dienst versieht. Die Höchstzahl liegt bei Lippstadt mit 180, die niedrigste bei Sorau mit 16. Der Durchschnitt beträgt **51—52 nichtärztliche Beschäftigte**.

b) Das Kreiskrankenhaus.

untersteht der Staatsregierung ebenso wie das Provinzialkrankenhaus, das jedoch sehr selten in einer Stadt unserer Größenordnung zu finden sein dürfte und darum hier übergangen werden kann. Zum Einbeziehungsgebiet des Kreiskrankenhauses gehört aber nicht nur der Kreis im Sinne der engeren und weiteren mehr oder weniger ländlichen Umgebung der Stadt, sondern ebenso gut die Stadtgemeinde selbst. Der Unterschied zwischen Kreis- und städtischem Krankenhaus besteht also nur in der einerseits kommunalen (mitunter auch kirchlichen), andererseits staatlichen Verwaltung. Da dem Staate größere Mittel zur Verfügung stehen, ist die durchschnittliche Grundstücksfläche, die Zahl der Ärzte und des nichtärztlichen Personals der Kreiskrankenhäuser höher als die der städtischen. Wenn trotzdem das Mittel der bebauten Fläche, der Flächen aller Geschosse und damit vor allem der Bettenzahl unter derjenigen der kommunalen Anstalten bleibt, so läßt das den Schluß zu, daß die staatlichen Institute größtenteils veraltet sind. Eine Bestätigung findet diese Vermutung in der Tatsache, daß von 17 Städten allein in 11, das sind 65 vH, das Kreiskrankenhaus nach eigenen Angaben viel zu klein ist.

In 4 von diesen 17 Städten, also in 23,5 vH, ist außerdem noch ein städtisches Krankenhaus vorhanden.

Grundstücksfläche. Auswertbare Angaben wurden von 18 Städten gemacht, davon mußten Saalfeld mit 3675 m² und Eschwege mit 9300 m² als unverhältnismäßig klein ausfallen. Der Mindestwert liegt dann bei Freising mit 14600 m², der Höchstwert bei Tuttlingen mit 47180 m², der Durchschnitt beträgt etwa 26600 m². Als Richtwert möchten wir $2\frac{1}{2}$ —3 ha vorschlagen. Der Richtwert wurde etwas höher angesetzt als das errechnete Mittel, da bei dem zugegebenen Raumangel bei über der Hälfte der Anstalten eine Erweiterung der Baulichkeiten nötig sein würde, die aber gerade bei Krankenhäusern nicht auf Kosten der Freiflächen erfolgen soll.

Bebaute Fläche. Ausgewertet wurden die Angaben von 15 Städten, nachdem Freising mit 500 m², Saalfeld mit 712 m² und Neustettin 978 m² als anormal klein ausgefallen waren.

Den Höchstwert weist Prenzlau mit 4455 m², den Mindestwert Landshut mit 1050 m² auf. Der Durchschnitt liegt bei **2100 m²**.

Fläche aller Geschosse. Von 16 Städten zeigt Sonneberg mit 10250 m² den Höchstwert und Lauenburg/Po. mit 2330 m² den Mindestwert. Der Durchschnitt beträgt **5760 m²**.

Anzahl der Betten. In Saalfeld und in Freising bilden die Kreiskrankenhäuser mit ihren 55 bzw. 60 Betten eine Ergänzung der dort noch vorhandenen nichtstaatlichen Anstalten. Auf Freising üben vielleicht auch die unfernen großen Münchner Kliniken starke Anziehungskraft aus. Dasselbe gilt wohl auch noch für Landshut mit nur 90 Betten trotz seiner über unsere Größenordnung schon hinausgewachsenen Einwohnerzahl von über 30000. Zur Vermeidung von Unklarheiten verzichten wir bei der Auswertung auf diese 3 Städte. Bei den restlichen 15 bewegt sich die Zahl der Betten zwischen 260 in Prenzlau und 120 in Neustettin. Das Mittel liegt bei **180 Betten**.

Wenn man Saalfeld und Freising aus den soeben angeführten Gründen außer Acht läßt, so schwankt die **Anzahl der Ärzte** in den verbleibenden 16 Städten nur zwischen 3 (Lauenburg/Po.) und 7 (Neuruppin). Durchschnittlich kann man mit **5–6 Ärzten** je Kreiskrankenhaus rechnen.

Bedeutend stärker variiert (wieder ohne Freising und Saalfeld) die **Anzahl des nichtärztlichen Personals**. Die Höchstzahl zeigt Annaberg mit 81. Die bei der bergmännischen Bevölkerung besonders auftretenden kleineren Betriebsunfälle machen wohl eine größere Zahl Sanitäter und Pflegerinnen erforderlich. Als Durchschnitt können **56 nichtärztliche Beschäftigte** gelten.

c) Das öffentliche Normalkrankenhaus.

Unsere obenstehenden Untersuchungen geben nun zwar ziemlich ausreichenden Aufschluß über die Flächenverhältnisse, die Bettenzahl, die Stärke des ärztlichen und nichtärztlichen Personals in staatlichen sowie in nichtstaatlichen Krankenhäusern, aber sie vermitteln keine einwandfreie Vorstellung von dem Gesamtbedarf an Unterbringungs- und Verpflegungsgelegenheit für die Kranken einer Stadt von 20000 Einwohnern. Eine solche können wir nur erhalten, wenn wir ohne Rücksicht auf die rein äußerliche Form der jeweiligen Verwaltungszugehörigkeit der Anstalt *alle* in der Stadt befindlichen *Krankenhäuser* öffentlicher Natur zu einem Ganzen zusammenfassen.

Es besteht nicht die geringste Veranlassung, in einer zukünftigen Stadt 2 oder 3 Krankenhäuser unter verschiedenen Verwaltungsorganen zu errichten. Dagegen gibt es um so mehr und wichtigere Gründe, das gesamte Gesundheits- und Krankenwesen in einem großen Krankenhaus zu vereinigen. Nehmen wir Abstand von einer Gliederung der Krankenhäuser in kommunale und staatliche, so ergeben sich in der Zusammenfassung Resultate, die zwar nur wenig abweichen von den für Kreis- und städtische Anstalten getrennt errechneten Größen und Zahlen, die aber eine viel klarere, deutlichere und zuverlässigere Sprache reden. Das zeigt am besten ein Vergleich der verschiedenen Gruppentabellen (a–d).

Eine Stadt von 20000 Einwohnern hat nun einmal einen ziemlich bestimmten Bedarf an Krankbetten, Ärzten, Pflegern und Hilfsbeschäftigten und damit an Flächen und Räumen zur Unterbringung derselben. Dieser Bedarf wird zwar von einer Reihe verschiedenster Faktoren beeinflusst, schwankt aber doch nicht so stark, als daß sich nicht ein brauchbarer Richtwert finden ließe.

In seinem Werk „Der Krankenhausbau der Gegenwart“ (Julius Hoffmann-Verlag, Stuttgart) sagt Dr.-Ing. HUBERT RITTER-Leipzig: „Man rechnet heute in Städten mit ländlichem Hinterland wie Hannover 6,5, Lübeck 7,1, Augsburg 7,7 Betten für 1000 Einwohner, während in Industrie- und Hafenstädten wie Hamburg heute 9,1, Bochum 11,6, Halle 13,7 Betten für erforderlich gehalten werden.“ Auf 20000 Einwohner umgerechnet wären das: 130, 142, 154, 182, 232, 274 Betten. Der Durchschnitt beträgt 186.

Bei Zusammenfassung des Gesamtbedarfs einer Stadt von 20000 Einwohnern an Krankbetten, errechneten wir unsererseits aus den uns vorliegenden Angaben von 36 Städten eine durchschnittliche Bettenzahl von 195, der geringe Überwert, der sich bei unserer Ermittlung ergeben hat, erklärt sich daraus, daß in Deutschland die Zahl der Industriestädte in der von uns untersuchten Größenordnung überwiegend ist.

Bei Berechnung der gesamten **Grundstücksflächen** der öffentlichen Krankenhäuser, die einer Stadt von 20000 Einwohnern heute durchschnittlich zur Verfügung stehen, kommen wir auf einen Richtwert von 2,2–2,3 ha. Auch hier sind unsere Resultate ähnlich denen Dr. RITTERS. Dieser fordert für jedes Krankbett eine Nutzfläche im Krankenzimmer von 10 m² und als Gesamtgeländebedarf je Bett ein *Maximum* von 100–200 m², das bei 195 Betten einem Gesamtflächenraum von 1,9–3,8 ha entsprechen würde.

Für die **bebaute Fläche** läßt sich aus 31 Städten ein Richtwert von 2400 m² vorschlagen. Ebenso ermittelten wir für die **Fläche aller Geschosse** aus 33 Städten einen solchen von 6400 m².

An **ärztlichen Kräften** würde ein solches Normalkrankenhaus unter den zur Zeit vorherrschenden Verhältnissen 5(–6) und an **nichtärztlichem Personal** 56 Beschäftigte beanspruchen, so daß auf einen Arzt rd. (35–50) Betten kämen.

Die Gruppentabelle, die sich weder bei den Kreiskrankenhäusern allein noch bei den nichtstaatlichen Anstalten, besonders betrachtet, zu klaren Bildern formen wollte, zeigt bei den „öffentlichen Krankenhäusern insgesamt“ in fast allen Sparten stärkste Zusammenballung. Nur die Sparte „Fläche aller Geschosse“ der Tabelle d weist neben Einzelstreuung auch Gruppenstreuung auf. Der Grund ist, daß die einzelnen Anstalten sehr verschiedenartig errichtet wurden. Es gibt veraltete

und moderne Krankenhäuser. Man muß dabei bedenken, daß sich nur Weniges im letzten Jahrhundert so geändert hat, wie die Anschauung über Hygiene und Krankenbehandlung. Auch äußere Momente beeinflussen den Aufbau und die Einrichtung der Krankenanstalten. Zum Teil waren die Versorgungsbezirke recht beschränkte, zum Teil sehr ausgedehnte. Unterschiedlich waren ferner die zur Verfügung stehenden Mittel und schließlich, wie wir gesehen haben, selbst die Organisation der einzelnen Betriebe.

d) Das Krankenhaus in einer neu zu errichtenden Stadt.

Nachdem wir in den vorhergehenden Abschnitten dem Städteplaner ein großumrisses Bild 1. eines städtischen, 2. eines staatlichen, 3. eines öffentlichen Normalkrankenhauses an Hand der zur Zeit in Betrieb befindlichen Anstalten zu geben versucht haben, bleibt noch die Aufgabe, einen unverbindlichen Vorschlag für eine in einer Zukunftsstadt von 20000 Einwohnern zu errichtende Krankenhausanlage in aller Kürze zu entwerfen. Man wird vor allem folgende Punkte bedenken müssen:

1. Die Lage. Das Krankenhaus soll im Westen, Nord- oder Südwesten der Stadt auf der Luvseite des vorherrschenden Windes in gesunder, geschützter und sonniger Lage an der äußeren Peripherie der Stadt errichtet werden. Wenn möglich auch in landwirtschaftlich reizvoller Umgebung, jedoch so, daß es nicht nur von der Stadt selbst, sondern auch von seinem *gesamten* Versorgungsgebiet aus leicht zu erreichen ist. Dazu gehören gute Zufahrtswege. Dabei muß die Anstalt vor Lärm, Staub, Rauch und Ruß und den Abgasen der Industrie geschützt sein. Ferner wird die Forderung aufgestellt (Dr. HUBERT RITTER) nach gesundheitlich und technisch einwandfreier Frischwasserversorgung, so „daß Abfallstoffe und Abwässer bequem beseitigt werden können. Man rechnet mit einem durchschnittlichen Bedarf von Frischwasser von 200 bis 250 Liter für ein Bett.“

2. Ein Krankenhaus mit 200—300 Betten ist wirtschaftlicher und relativ leistungsfähiger als mehrere kleinere Institute zu 50—100 Betten. Auch lassen sich dort alle erforderlichen Sonderabteilungen und Spezialeinrichtungen konzentrieren.

3. Die zur Zeit bestehenden Krankenhäuser klagen vielfach über Raummangel und können schon deshalb nur in beschränktem Maße zum Vorbild dienen.

4. Nach dem oben des öfteren angeführten sehr aufschlußreichen Buche Dr.-Ing. H. RITTERS hat sich in den Jahren 1877—1926 die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland verdoppelt, die der Krankenbetten verfünffacht und die der Verpflegten versiebenfacht. In den Jahren 1914 bis 1926 hat sich die Zahl der Betten um über $\frac{1}{2}$ vermehrt. Für die Jahre 1926—1938 liegen noch keine Angaben vor, doch ist anzunehmen, daß das Tempo dieser Aufwärtsentwicklung sich nach der Machtergreifung eher beschleunigt als verlangsamt hat.

Das Krankenhaus der neu zu erbauenden Stadt müßte also zum mindesten mit einer Bettenzahl von 250 rechnen. Dazu käme noch ein Zuschlag, falls die neue Stadt eine Kreisstadt wird. Die Größe des Zuschlags richtet sich nach der Einwohnerzahl des Kreises und den Gesundheitsverhältnissen der Gegend.

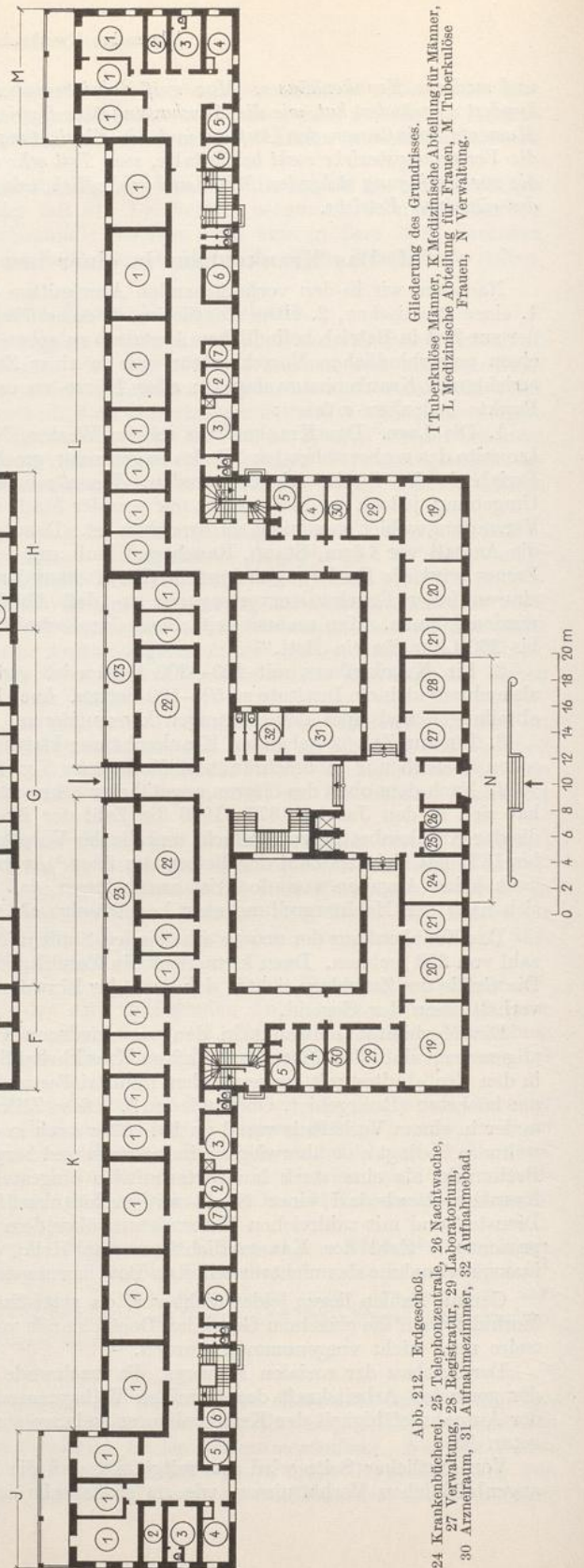
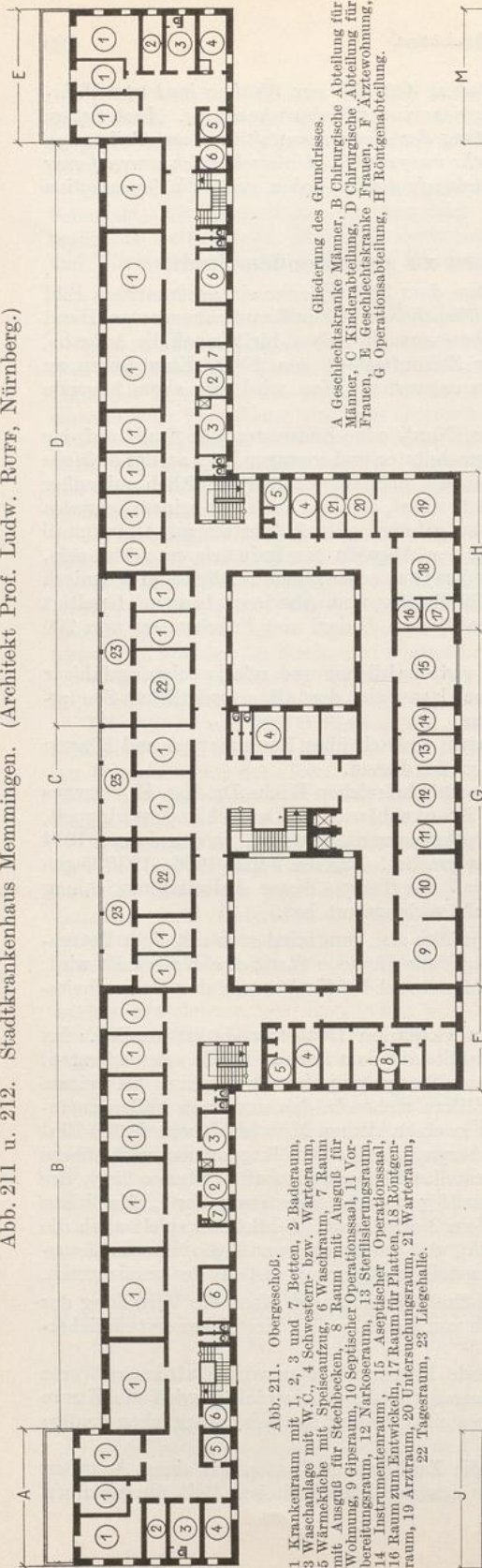
Die Morbidität schwankt in den verschiedenen Gegenden Deutschlands erstaunlich. Im allgemeinen sind die Ziffern der erfaßten Krankheitsfälle auf dem flachen Lande am niedersten, in den Großstädten mit ausgesprochen industrieller und bergmännischer Bevölkerung bei weitem am höchsten (Ruhrgebiet, Oberschlesien!). Diese Ziffern stehen in den extremen Fällen zueinander in einem Verhältnis von 1 zu 10! Aber auch in einer kleinen Mittelstadt von 20000 Einwohnern bedingt eine überwiegend industrielle und bergmännische Bevölkerung eine weit höhere Bettenzahl als eine stark landwirtschaftlich eingestellte Einwohnerschaft. Ebenso liegt der Krankenbettenbedarf einer Stadt mit verhältnismäßig starker Besetzung der „Häuslichen Dienste“ und mit zahlreichen Untermietern über dem Normalwert. Schließlich spielt auch die prozentuale Zahl der Kassenpflichtigen eine Rolle, da erfahrungsgemäß die Krankenhausinanspruchnahme des nichtversicherten Bevölkerungsteils weit geringer ist als des versicherten.

Genaue Zahlen liegen leider nicht vor, da statistische Erhebungen über die Verteilung der Morbidität auf die einzelnen Gegenden Deutschlands von seiten des Reiches bisher erstaunlicherweise noch nicht vorgenommen wurden.

Der Ausbau der sozialen Fürsorge, die wachsende Erkenntnis vom wirtschaftlichen Werte der gesunden Arbeitskraft des einzelnen Volksgenossen für die Allgemeinheit wird die Kurve der Aufnahmefähigkeit der Krankenhäuser so lange steigen lassen, bis allen Ansprüchen genüge getan ist.

Von ärztlicher Seite wird uns mitgeteilt, daß die Zahl von 50 Betten auf einen Arzt den augenblicklichen Verhältnissen, wie sie größtenteils aus der liberalistischen Zeit übernommen

Abb. 211 u. 212. Stadt Krankenhaus Memmingen. (Architekt Prof. Ludw. Ruff, Nürnberg.)



wurden, zwar völlig entspricht, daß aber die aus einer solchen Überlastung der Ärzte sich ergebenden Zustände für den nationalsozialistischen Staat auf die Dauer in jeder Hinsicht untragbar seien. Da ein Arzt unmöglich eine so hohe Bettenzahl versorgen kann, wird die Hauptarbeit von unbezahlten Medizinalvolontären und -praktikanten geleistet. Die Bettenzahl auf einen Arzt sollte 20 nicht übersteigen. Unter Umständen kann ein Arzt zwar auch 25—30 Betten versorgen, doch müßte dann das zur Zeit ebenfalls viel zu schwache Hilfspersonal ganz bedeutend verstärkt werden.

Bei einer Neuplanung wäre also in den Abmessungen der Krankenhausbaulichkeiten auf eine diesen Erfordernissen Rechnung tragende Erhöhung des ärztlichen und nichtärztlichen Personals Rücksicht zu nehmen.

Wir schlagen ferner vor, schon in der Planung die Möglichkeit eines Anbaues stets ins Auge zu fassen. Keinesfalls darf also die Grundstücksfläche zu klein bemessen sein. Normalerweise sollten jedoch $2\frac{1}{2}$ — $3\frac{1}{2}$ ha als völlig ausreichend gelten.

e) Entbindungsanstalt.

Die Entbindungsanstalt ist ein Teil der gynäkologischen Klinik. Es wird heute von ärztlicher Seite vielfach die Errichtung einer Spezial-Frauenklinik befürwortet, wegen der Infektionsgefahr, die einer Frauenabteilung aus der unmittelbaren Eingliederung in ein allgemeines Krankenhaus erwachsen könnte. Wirtschaftliche Gründe werden aber die Errichtung einer eigenen Frauenklinik in einer Stadt von nur 20000 Einwohnern in den überwiegenden Fällen unratsam machen. Dagegen läßt sich ohne Schwierigkeiten eine strenge Isolierung der gynäkologischen Station und damit auch der Entbindungsanstalt innerhalb des Krankenhauskomplexes durchführen. Vorausgesetzt natürlich, daß das Grundstück des Krankenhauses von vornherein geräumig genug vorgesehen war.

Zur Errichtung eines (von der NSV. betreuten) Unterkunftheims für ledige Mütter liegt in einer Stadt unserer Größenordnung kein Bedürfnis vor.

Wir bringen den Grundriß des Prenzlauer Kreiskrankenhauses (Abb. 213—215) und das Projekt des Memminger Krankenhauses von Architekt Prof. LUDWIG RUFF-Nürnberg (Abb. 211 und 212 aus dem „Krankenhausbau der Gegenwart“ Dr. HUBERT RITTERS) zur Veranschaulichung moderner Heilanstalten.

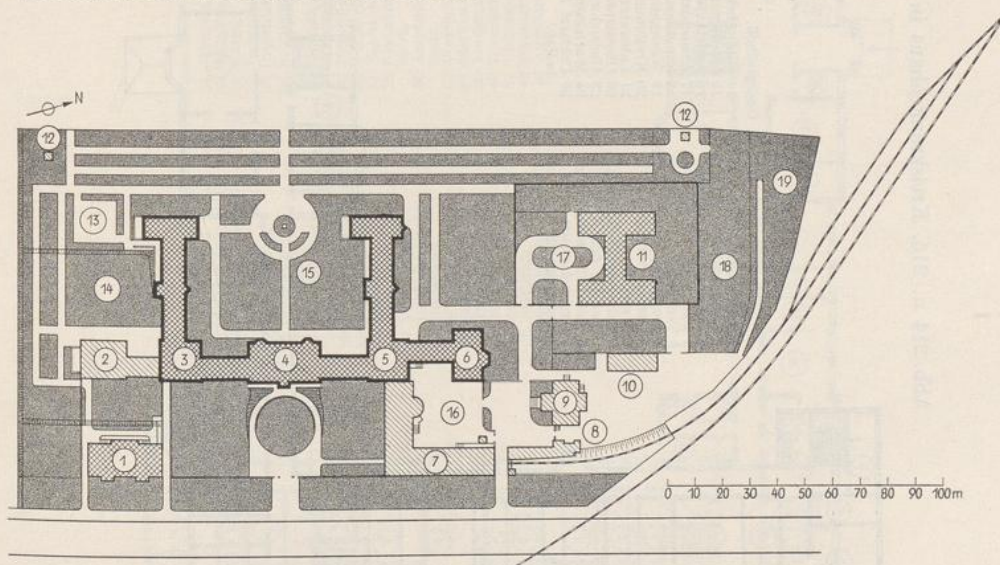
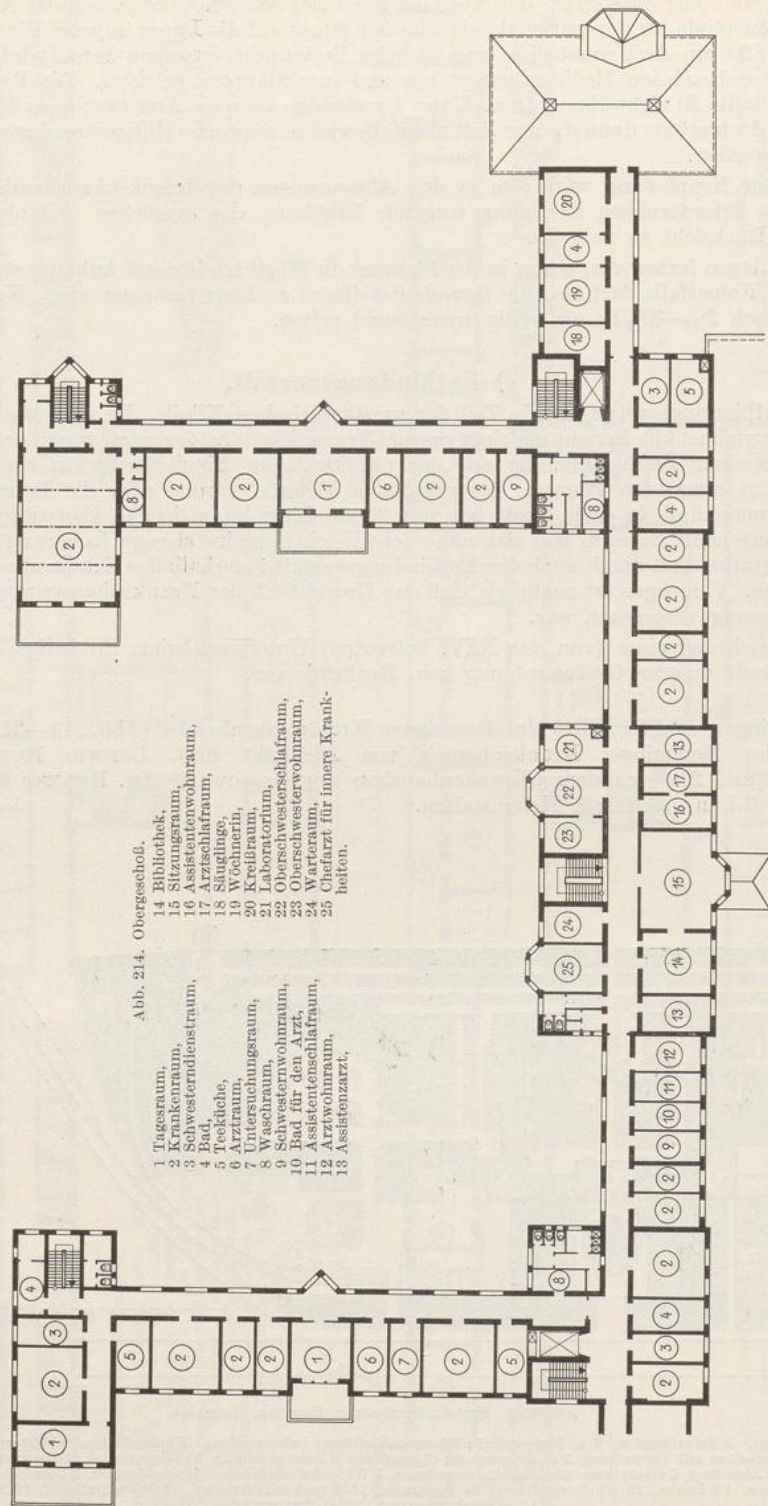
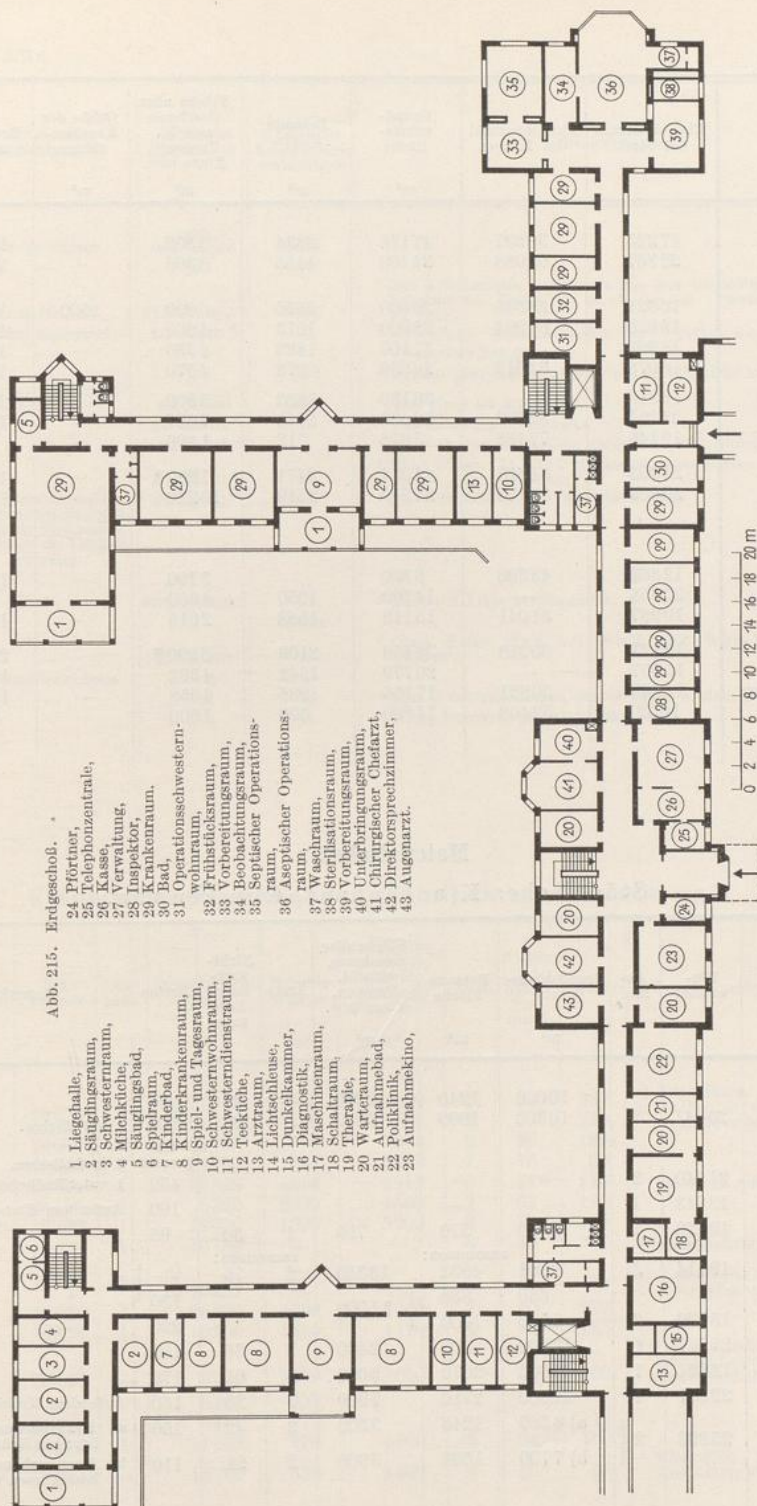


Abb. 213. Kreiskrankenhaus in Prenzlau. Lageplan.

1 Arztwohnhaus, 2 Privatstation, 3 a) Erdgeschoß: Röntgenabteilung, Laboratorium, Kinderstation, b) Obergeschoß: Innere Abteilung, 4 Mittelbau mit Verwaltung, 5 a) Erdgeschoß: Chirurgische Männerabteilung, b) Obergeschoß: Chirurgische Frauen- und gynäkologische Abteilung, 6 Operations- und Entbindungsräume, 7 Wirtschaftsgebäude, 8 Kohlenbunker, 9 Leichenhaus, 10 Garagen, 11 Infektionshaus, 12 Laube, 13 Kinderspielplatz, 14 Spielrasen, 15 Krankenhausgarten, 16 Wirtschaftshof, 17 Infektionsgarten, 18 Wirtschaftsgarten, 19 Wohnungsgärten.

Abb. 214 u. 215. Kreiskrankenhaus in Prenzlau. (Architekt Baurat. Bischoff, Potsdam.)





Material-
Kreis-

Stadt	Einwohnerzahl der Stadt	Einwohnerzahl des Kreises	Grund- stücks- fläche m²	Bebaute Fläche m²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure usw. m²	Größe der Kranken- räume m²	Betten- zahl	Ärzte
Tuttlingen	17 225	39 297	47 176	2334	9 500	—	200	6
Prenzlau	22 357	62 088	34 400	4455	8 566	—	260	7
Rastenburg	16 021	56 640	20 600	1670	6 000	1500	175	6
Bunzlau	19 625	69 995	38 000	1613	4 960	—	179	6
Lauenburg	18 962	—	17 100	1882	2 330	—	150	3
Neustettin	16 078	81 513	26 036	978	4 570	—	120	4
Annaberg*	19 818	—	36 130	1852	8 600	—	200	6
Neuruppin	21 291	82 363	32 000	2646	7 687	—	174	7
Saalfeld*	19 148	77 133	3 675	712	1 605	—	55	1
Heidenheim	21 903	51 853	24 974	2471	7 200*	—	180	6**
Sonneberg	20 083	82 138	24 279	2519	10 250	—	170	6
Eschwege	12 862	48 396	9 300	—	3 100	—	140	5
Landshut	30 858	—	14 760	1050	4 650	—	90	5*
Gumbinnen	19 987	51 041	15 119	1562	2 615	—	170	4
Salzwedel	16 123	60 248	36 486	2103	5 990*	—	230	6
Lahr	16 807	—	26 770	1842	4 592	—	170	5
Bad Homburg	16 840	50 821	17 104	1985	4 558	—	180	6*
Freising	16 221	52 468	14 600	500	1 600	—	60	1*

Materialtabelle.

Städtisches Krankenhaus, Kliniken usw.

Stadt	Ein- wohner	An- zahl	Grundstücks- fläche m²	Bebaute Fläche m²	Fläche aller Geschosse, einschl. Treppen, Flure usw. m²	Ärzte	Nicht- ärzt- liches Per- sonal	Betten	Bemerkungen
Lörrach	20 041	2	10 000 10 300	1240 1800	2920 3000	2	32 28	80 120	1 städtisches.
Neuwied	21 540	2	—	—	—	—	—	450	insgesamt: 1 katholisches.
Annaberg	19 818	1	—	—	—	—	—	190	1 vaterländischer Frauenverein.
Mittweida	19 128	1	3 070	370	750	1	30	95	Außerdem Kreiskrankenhaus.
Neustrelitz	19 414	2	6 891	4932	13 359	2	75	—	
Ravensburg	18 930	2	680	830	11 000	—	—	130	
Werdau	21 587	1	17 000	1600	2400	2	36	220	
Wurzen	18 961	1	17 060	800	5 070	2	61	100	
Prenzlau	22 357	1	21 000	2070	7 300	3	20	175	
Straubing	25 893	2	a) 4 500 b) 7 700	2710 1245	7 300 3 250	3 2	20 24	160 150	Außerdem Kreiskrankenhaus. a) Krankenhaus der Barm- herzigen Brüder für Männer. b) Krankenhaus der Elisa- betherinnen für Frauen.

tabelle.

krankenhaus.

Nicht- ärzt- liches Per- sonal	Besondere Einrichtungen	Ist Größe ausreichend	Außerdem städtisches Krankenhaus vorhanden?	Bemerkungen
43	Röntgenanlage	noch ausreichend	nein	
98	—	ja	ja	
50	Kreis-Heilbad	Platzmangel *	nein	* Das Krankenhaus wird auch aus den benachbarten Kreisen beansprucht. Betten zu 96 vH besetzt. Pförtnerhaus auch zu klein.
25	Entbindungsstation	zu klein *	„	* Überbelegt! Erweiterungsbau für 70 Betten wird aufgeführt.
47	—	—	—	Johanniter-Krankenhaus.
44	—	ja	ja *	* Kommt aber mit seiner geringen Bettenanzahl nicht in Frage.
81	Röntgen- und Bäder- abteilung	zu klein	nein	* Das Haus ist überbelegt!
76	—	zu klein *	„	* Das Haus ist überbelegt!
11	—	ausreichend	„	* Nicht in Saalfeld selbst, sondern in Gräfenenthal.
51	—	zu klein †	„	* Ohne Böden. ** Plus 2 zugelassene Spezialärzte. † Isolierhaus mit 22 Betten geplant.
61	2 Operationssäle, Röntgeneinrichtungen, Raum für Medimecha- nik, Raum für Leichen- öffnung	zu klein *	„	* Das Krankenhaus ist stets überbelegt.
48	—	„ „	„	
20	—	ausreichend	ja	* Davon 2 Ärzte nebenamtlich.
40	—	„	nein	
80	—	zu klein	„	* Ohne Keller (2103 m ²) jedoch mit Wirtschaftsgebäuden (990 m ²).
59	Wöchnerinnenheim	„ „	„	* Plus 4 nebenamtlichen beschäftigten Ärzten.
72	—	„ „	„	* Nicht beamtet. Bezirkskrankenhaus.
—	—	„ „	ja	

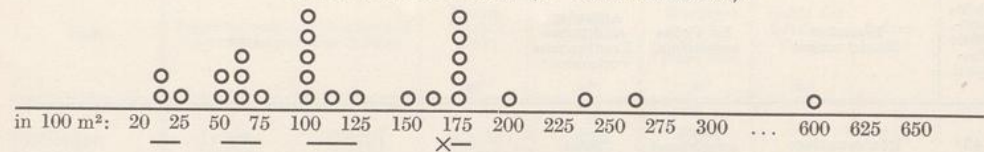
Städtisches Krankenhaus, Kliniken usw. (Fortsetzung.)

Stadt	Ein- wohner	An- zahl	Grundstücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse, einschl. Treppen, Flure usw. m ²	Ärzte	Nicht- ärzt- liches Per- sonal	Betten	Bemerkungen
Lippstadt	19471	2 {	a) 17000 b) 24300	1980 3440	6800 6200	7 3	90 90	300 220	a) Evangelisch. b) Katholisch; in Einzelhäusern untergebracht.
Rosenheim	19060	1	61000	1900	7300	5	35	180	
Sorau	19285	1	14794	966	1652	1	16	60	
Schleswig	20694	1	16828	1876	4815	5	54 *	110	* Davon 18 Schwestern.
Wesel	24596	1	6353	2000	4500	4	63	145	
Gummersbach	19339	1	12000	1000	5000	2	20	113	
Senftenberg	17803	1	16785	—	—	8	45	273	Knappschaftskrankenhaus.
Braunsberg	15325	2 {	a) — b) 10422	—	—	—	—	—	a) Katholisch. Angaben fehlen. b) Evangelisches Krankenhaus.
Arnstadt	22024	1	26620	4000	12000	7	60	220	
Rendsburg	19526	1	10700	1610	4120	2	—	195	
Siegburg	20446	—	9900	2300	8000	— *	39	160	* Frei praktizierende Ärzte, die Leitung hat eine Schwestern-genossenschaft.
Itzehoe	20912	2	6131	831	—	4	—	111	
Saalfeld	19148	1	5441	373	—	3	24	100	
Freising	16211	—	11363	790	1600	1	10 *	80	* Klösterlich; außerdem Kreiskrankenhaus.
			15700	850	1400				

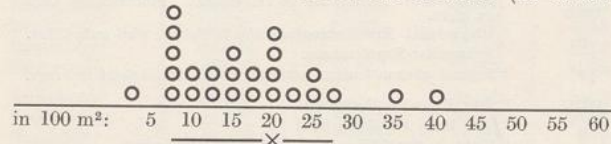
Gruppentabelle.

a) Städtische und kirchliche Krankenhäuser (einzeln aufgeführt).

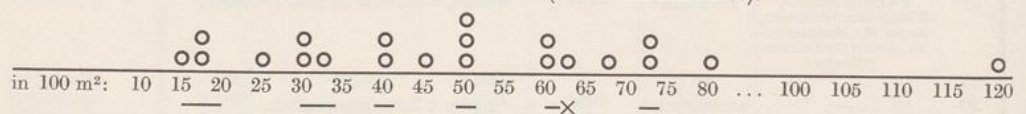
Grundstücksfläche (27 Krankenhäuser).



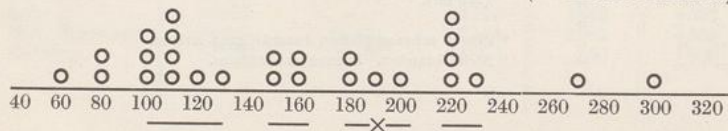
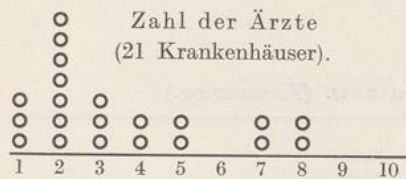
Bebaute Fläche (25 Krankenhäuser).



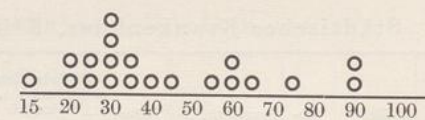
Fläche aller Geschosse (21 Krankenhäuser).



Anzahl der Betten (27 Krankenhäuser).

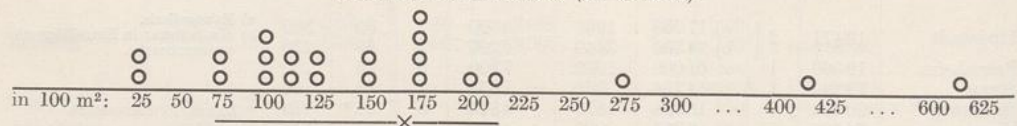
Zahl der Ärzte
(21 Krankenhäuser).

Nichtärztliches Personal (20 Krankenhäuser).

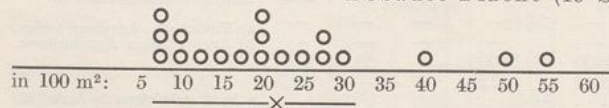


b) Städtisches Krankenhaus (in Städten zusammengefaßt).

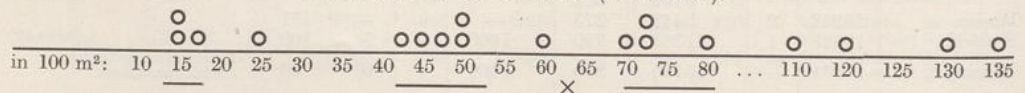
Grundstücksfläche (22 Städte).



Bebaute Fläche (19 Städte).



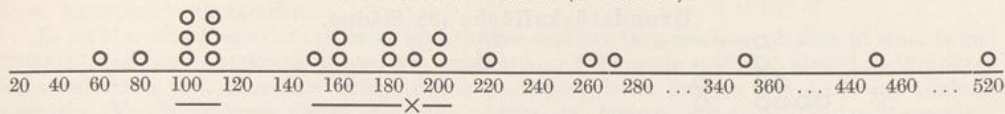
Fläche aller Geschosse (18 Städte).



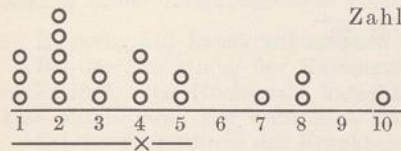
(Fortsetzung S. 237.)

(Fortsetzung von S. 236.)

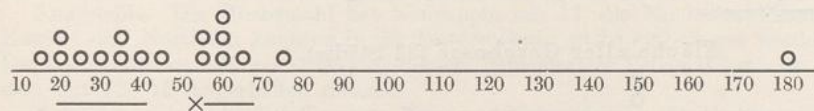
Anzahl der Betten (22 Städte).



Zahl der Ärzte (19 Städte).

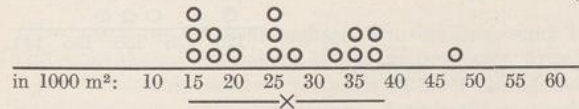


Zahl des nichtärztlichen Personals (16 Städte).

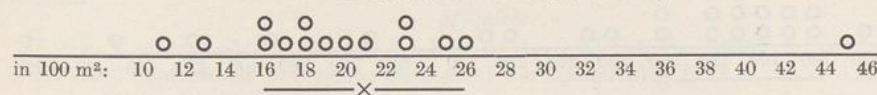


c) Kreiskrankenhaus.

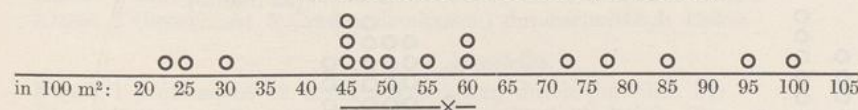
Grundstücksfläche (16 Städte).



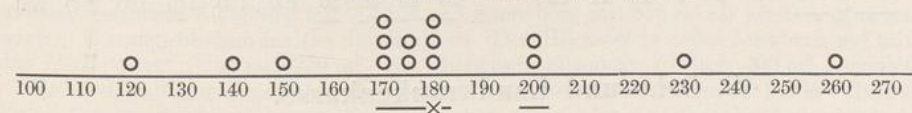
Bebaute Fläche (15 Städte).



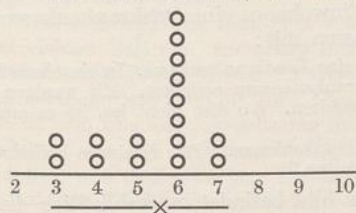
Fläche aller Geschosse (16 Städte).



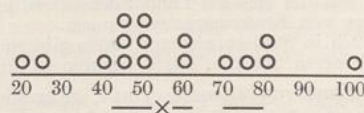
Anzahl der Betten (15 Städte).



Zahl der Ärzte (16 Städte).



Zahl des nichtärztlichen Personals (16 Städte).

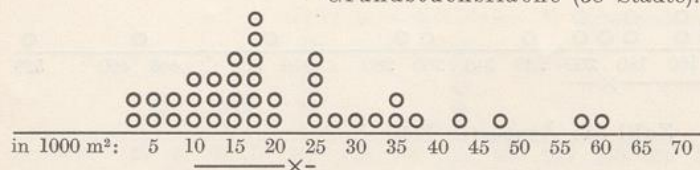


(Fortsetzung S. 238.)

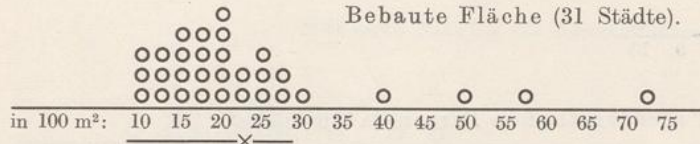
(Fortsetzung von S. 237.)

d) Öffentliche Krankenhäuser insgesamt.

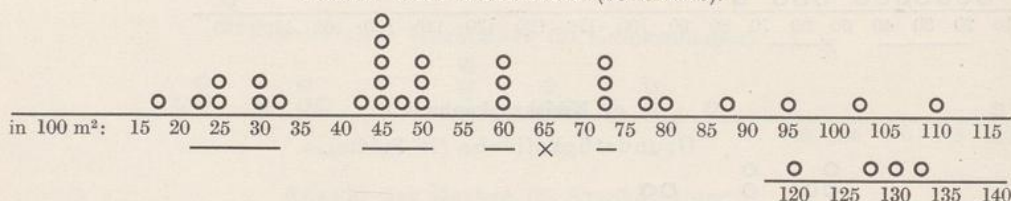
Grundstücksfläche (38 Städte).



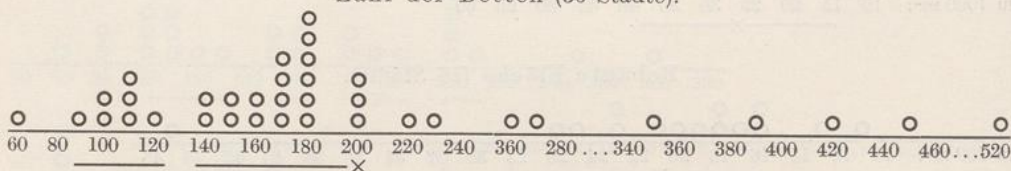
Bebaute Fläche (31 Städte).



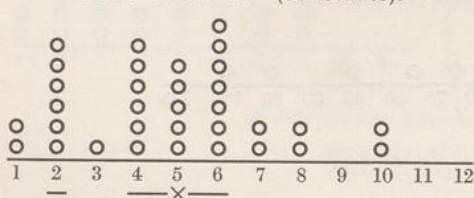
Fläche aller Geschosse (33 Städte).



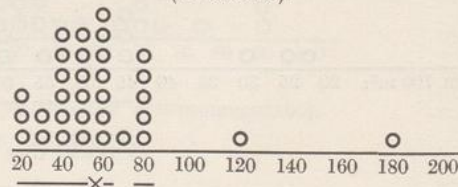
Zahl der Betten (36 Städte).



Zahl der Ärzte (33 Städte).



Zahl des nichtärztlichen Personals (32 Städte).



49. Orts- und Landkrankenkasse.

Der Hauptunterschied zwischen Orts- und Landkrankenkassen liegt auf verwaltungstechnischem Gebiet. Die Ortskrankenkasse erfordert eine viel umfangreichere und straffere Organisation. Während sich ferner in jeder Stadt von 20000 Einwohnern eine Ortskrankenkasse vorfindet, teilt uns der Reichsverband der Landkrankenkassen mit:

„1. Nicht in jeder Stadt der angegebenen Größe befindet sich eine Landkrankenkasse. In einzelnen Teilen (Württemberg, Thüringen, Baden, Saarland) sind keine Landkrankenkassen errichtet. Mit wenigen Ausnahmen befindet sich die Landkrankenkasse in den Kreishauptstädten. Wo dies nicht ist, ist es meistens eine Folge von Kreiszusammenlegungen.

2. Auch in Städten niederer Größe gibt es des öfteren Landkrankenkassen. Der Kreissitz befindet sich oft in kleineren Städten, selten dagegen in Mittel- oder Großstädten.“

Die Landkrankenkasse erfaßt, ganz gleich wo sich ihr Sitz befindet, ausschließlich die Bevölkerung auf dem flachen Lande, in Dörfern, Flecken und Landstädtchen kleinster Ordnung (bis etwa 10000 Einwohner).

Die *Ortskrankenstellen* dagegen gliedern sich in solche, die nur die Bevölkerung der Stadt, in der sie ihren Sitz haben, erfassen, und in solche, die darüber hinaus auf den ganzen Landkreis bzw. Amtsbezirk übergreifen.

Es ist also eine Frage der örtlichen Verhältnisse und der Organisation, ob man in einer neuen 20000er Stadt eine Ortskrankenstelle mit beschränkter Reichweite zuzüglich einer Landkrankenstelle errichten will, oder eine Ortskrankenstelle allein, deren Bereich sich auch das Umland auswirkt. Von besonderen Fällen abgesehen, dürfte das letztere aus Gründen der Zusammenfassung beider Aufgabengebiete vorzuziehen sein.

In bezug auf *Landkrankenstellen* haben wir 12 Städte untersucht.

Bei der Ermittlung der *Kassenmitgliederzahl* kam Northheim mit 2451 als besonders klein in Fortfall. Die Höchstzahl hatte Prenzlau mit 13774, die Mindestzahl Marienwerder mit 4138 Mitgliedern. Der errechnete Durchschnittswert beträgt 8500.

Bei der Feststellung der *Krankheitsfälle im Jahr* fiel wiederum Northheim mit 4014 aus. An der Spitze steht Prenzlau mit 23477. Am wenigsten weist Marienwerder mit 5589 Krankheitsfällen auf. Der Durchschnitt beträgt 14600.

Angestellte. Die Höchstzahl hat Neuruppin mit 17, die Mindestzahl Marienwerder mit 5. Hameln und Northheim konnten in die Untersuchung nicht einbezogen werden, da die dortige Landkrankenstelle mit der Ortskrankenstelle gemeinsames Personal hat. Im allgemeinen kann man mit 12—13 Angestellten rechnen.

Nutzfläche (einschließlich Treppen, Flure und Nebenräume). Als Richtwert kann man 250 m² gelten lassen.

Die *durchschnittliche Einwohnerzahl* eines Bezirkes beträgt 54700. Die *durchschnittliche Flächengröße* 110 389 ha.

In bezug auf *Ortskrankenstellen* wurden insgesamt 18 Städte untersucht. Leider konnte die Ortskrankenstelle Sonneberg wegen zu unklarer Angaben nicht ausgewertet werden.

Die Ortskrankenstellen zerfallen in zwei Kategorien, und zwar 1. die Ortskrankenstellen, die sich über einen ganzen Kreis bzw. Amtsbezirk erstrecken und nur ihren Sitz in der angegebenen Gemeinde haben und 2. die Ortskrankenstellen, deren Bereich sich nur über die Ortsgemeinde erstreckt.

Mitglieder.

Klasse 1 (untersucht 12 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 165552.

Klasse 2 (untersucht 5 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 6313.

Krankheitsfälle.

Klasse 1 (untersucht 12 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 44 260.

Klasse 2 (untersucht 5 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 15 950.

Angestellte.

Klasse 1 (untersucht 12 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 31.

Klasse 2 (untersucht 5 Ortskrankenstellen) durchschnittlich 10.

Nutzfläche (einschließlich Treppen, Flure usw.). Die Angaben aus 13 Städten waren auswertbar, nachdem Eilenburg mit 700 m² und Sonneberg mit 818 m² als abnorm groß ausgefallen waren. Von den übrigen fehlten die Angaben. Den Höchstwert weist Auerbach auf mit 458 m², den Mindestwert Suhl mit 229 m². Als Richtwert allgemein dürften 300 m² ausreichen.

Es wird empfohlen, zunächst ein Gebäude oder Mieträume von etwa 150 m² Fläche für eine kleine Ortskrankenstelle anzusetzen, besonders wenn eine Landkrankenstelle auch außerdem vorhanden ist. Eine Ausbaumöglichkeit bis auf 450 m² Geschoßfläche sollte jedoch bei der Planung vorgesehen werden.

Die *Grundstücksfläche* läßt sich sehr schwer ermitteln. Gumbinnen mit 357 m² hat ein anormal kleines Gelände. Annaberg mit 3720 m² verfügt offenbar zufällig über ein sehr großes Grundstück. Wir glauben, daß ein Gelände von 1500—2000 m² ausreichen wird. Für die erste Planung schlagen wir 2000 m² vor. Diese Angabe ist allerdings nicht zahlenmäßig zu ermitteln, sondern ist von uns nach Ansehung der Tatsache, daß auch die Land- oder Ortskrankenstelle (je nachdem wie die örtlichen Verhältnisse sich gestalten) ein eigenes Gelände in der Stadt haben sollte, aus den örtlichen Bedürfnissen abgeleitet.

Die *bebaute Fläche* des Gebäudes beträgt etwa 200—280 m². In einem solchen Bau findet eine Krankenstelle ausreichenden Raum, und es sind zur Entwicklung noch Möglichkeiten vorhanden.

Materialtabelle.

 Ortskrankenkassen.
 Kasseneigene Verwaltungsgebäude und Grundstücke bei Ortskrankenkassen in Städten von 20000 Einwohnern.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Lfd. Nr.	Gemeinde	Wohnbevölkerung am 16. Juni 1933 nach dem Gebietsstand vom 1. Januar 1936	Name der Krankenkasse ¹	Mitglieder im Durchschnitt des Jahres 1936	Zahl der Ver- sicherungs- fälle (Krank- heitsfälle) ² im Jahre 1936	Beschäftigten bei der Kasse	Größe des Grund- stücks m ²	Eigentum der Kasse seit dem Jahre	Größe des Ver- waltungs- gebäudes ³ m ²	Erbaut im Jahre	Umgebaut im Jahre
1	Annaberg . . .	19818	AOKK. für Annaberg u. Umg.*	28232	58316	51	3720	1928	600 ⁴	1920	1928
2	Auerbach . . .	19597	AOKK. Auerbach/Vogtl. u. Umg.*	28784	59515	46	2240	—	458,6	1912	—
3	Bg.-Gladbach . . .	20446	AOKK. für den Rhein.-Berg. Kreis*	17158	50940	30	—	—	—	—	—
4	Beuel . . .	19985	AOKK. Beuel	4894	13814	8	623	1924	236,69 ⁵	1924/25	—
5	Bunzlau . . .	19625	AOKK. für den Kreis Bunzlau*	12572	46170	27	1617	1928	600 ⁶	1874	1928
6	Eilenburg . . .	19608	AOKK. Eilenburg	4998	15027	8	1227	1926	700	—	1926
7	Gumbinnen . . .	19987	AOKK. des Kreises Gumbinnen*	5734	17160	10	357,84	1924	250,26 ⁷	1912	—
8	Gummersbach . . .	19339	AOKK. für den Oberberg. Kreis*	15796	45179	34	733	1936	256	um 1887	um 1921
9	Hilden . . .	20350	AOKK. Hilden	8311	21144	14	—	—	—	—	—
10	Lippstadt . . .	19471	AOKK. des Kreises Lippstadt*	13160	53351	25	409,28	1914	286,12	1898	1936/37
11	Lörrach . . .	20041	AOKK. für den Amtsbezirk Lörrach*	11770	30980	19	981	1929	442,3	—	—
12	Rendsburg . . .	19521	AOKK. des Kreises Rendsburg*	7587	23755	12	471	1929	251,3	1887/88	—
13	Schw.-Gmünd . . .	20131	AOKK. Schw.-Gmünd	7703	17490	14	1162	1930	911 ⁸	1883	1911 u. 1930
14	Siegburg . . .	20446	AOKK. für den Siegburgkreis*	18323	51041	51	1725	1928	315,44	1928	—
15	Sonneberg . . .	20083	AOKK. Sonneberg	27879	79867	53	2431	—	818	1927	—
16	Suhl . . .	19681	AOKK. für den Kreis Schleusingen*	12739	37310	29	618	1924/25	229,37	—	—
17	Wolfenbüttel . . .	19620	AOKK. für den Kreis Wolfenbüttel*	26773	57352	37	{ 264	{ 1928	{ 234 ⁹	1910	—
18	Zerbst . . .	20151	AOKK. der Stadt Zerbst	5459	12204	8	{ 960	{ 1936	{ 503 ¹⁰	um 1685	1927 ¹¹

¹ Die mit einem * versehenen Ortskrankenkassen erstrecken sich über einen ganzen Kreis bzw. Amtsbezirk und haben nur ihren Sitz in der in Spalte 2 angegebenen Gemeinde.

² Für Mitglieder und Familienangehörige zusammen.

³ Hier ist der von dem Gebäude in Anspruch genommene Raum einschließlich der Flure, Treppen, Aborte usw. angegeben.

⁴ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 4 Wohnungen und 1 vertrauensärztliche Dienststelle der LAV. Sachsen.

⁵ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 1 Badeanstalt mit Lichtabteilung.

⁶ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 3 Wohnungen (310 m²).

⁷ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 7 Wohnungen.

⁸ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 1 unverwertbarer Bühnenraum (100 m²) und Mieträume (403 m²).

⁹ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: 1 Wohnung. Nutzfläche des Gebäudes 492 m², davon benutzt die Kasse 340 m².

¹⁰ Außer den von der Kasse benutzten Räumen befinden sich in dem Gebäude: Kassenfremde Mieter und 1 Badeanstalt. Nutzfläche des Gebäudes 603 m², davon Badeanstalt 173 m² und kassenfremde Mieter 430 m².

¹¹ Bis 1. Januar 1936 Verwaltungsgebäude der AOKK. für die Stadt Wolfenbüttel, die dann mit der AOKK. für den Kreis Wolfenbüttel vereinigt wurde.

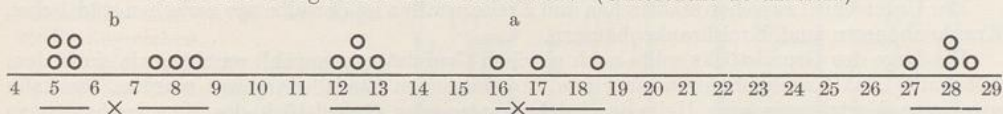
Landkrankenassen.

Stadt	Anzahl der Mitglieder	Krankheitsfälle	An-gestellte	Nutz-fläche m²	Einwohnerzahl des Bezirks	Fläche des Bezirks ha	Bemerkungen
Uelzen	10353	21425	13	310	57711	144469	
Marienwerder	4138	5589	5	84	45200	52500	
Hameln	4527	14329	12*	247*	43000	54374	* gemeinschaftlich mit Ortskrankenasse.
Northeim	2451	4014	9*	182	32000	30000	* gemeinschaftlich mit Ortskrankenasse.
Prenzlau	13774	23477	14	279	62088	113334	
Glogau	9610	13830	15	222	63000	124345	
Oels	9605	19164	16	250	68718	89392	
Wittenberg	4803	10019	6	210	81300	83007	
Celle	5500	9049	10	175	47800	155184	
Neuruppin	11093	19254	17	360	82363	179091	
Rendsburg	7163	12429	12	210	20545	?	
Waren (Müritzt)	13020	11499	18	250	52675	188582	

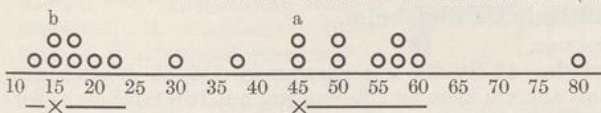
Gruppentabelle.

Ortskrankenassen¹.

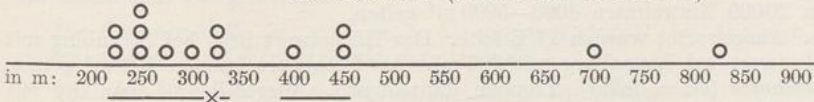
Zahl der Mitglieder in Tausenden. (Untersucht 18 Kassen.)



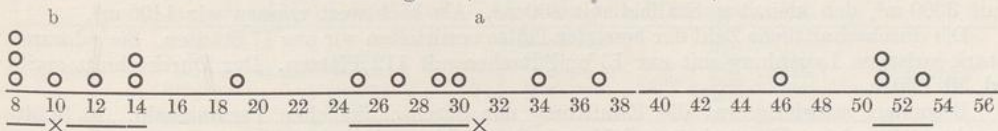
Krankheitsfälle in Tausenden. (Untersucht 18 Kassen.)



Nutzfläche. (Untersucht 15 Kassen.)

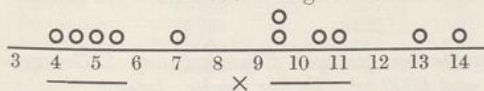


Beschäftigte. (Untersucht 18 Kassen.)

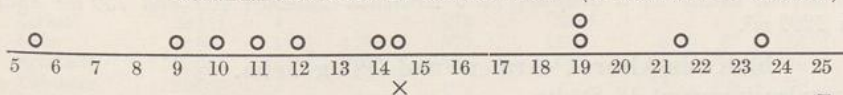


Landkrankenassen.

Kassenmitglieder in Tausenden. (Untersucht 11 Kassen.)



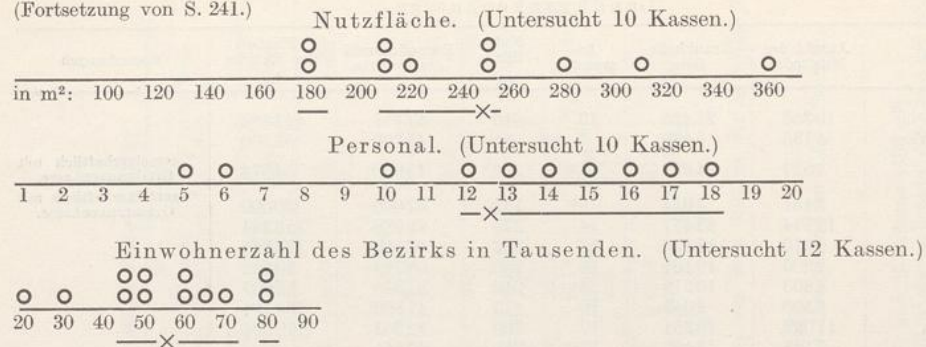
Krankheitsfälle in Tausenden. (Untersucht 11 Kassen.)



(Fortsetzung S. 242.)

¹ a Durchschnitt der Ortskrankenassen, die sich über einen ganzen Kreis bzw. Amtsbezirk erstrecken.
 b Durchschnitt der Ortskrankenassen, deren Bereich sich nur über die Ortsgemeinde erstreckt.

(Fortsetzung von S. 241.)



50. Alters-, Armen- und Pflegeheime.

Ogleich in einer neu zu bauenden Stadt wohl kaum gleich von vornherein das Bedürfnis nach Alters-, Armen- und Pflegeheimen auftreten kann, haben wir der Vollständigkeit halber auch diese Institute in einer Reihe von 20000er Städten untersucht und geben im nachfolgenden einige Richtzahlen, damit man wenigstens das Baugelände für zukünftigen Bedarf vorsehen kann.

Der Unterschied zwischen städtischen und Kreisanstalten ist derselbe wie zwischen städtischen Krankenhäusern und Kreiskrankenhäusern.

Die Lage des Grundstücks sollte nach gleichen Grundsätzen gewählt werden, wie sie in dem Abschnitt „das Krankenhaus in einer neu zu erbauenden Stadt“ dargelegt wurden. Es kann sogar von Vorteil sein, das Heim in Anlehnung an das Grundstück des Krankenhauses zu errichten, damit von dort aus die ärztliche Kontrolle erleichtert und vereinfacht wird.

a) Städtisches Pflegeheim.

Untersucht wurden 18 Städte insgesamt.

Grundstücksfläche. Ausgewertet wurden 12 Städte mit zusammen 246488 Einwohnern. Ausgefallen waren Lörrach mit 247 m² als abnorm klein und Rosenheim mit 18600 m² als außergewöhnlich groß. Bei den übrigen Städten fehlten die Angaben. An der Spitze steht Rendsburg mit 11600 m². Den kleinsten Wert zeigt Schleswig mit 1477 m². Als Richtwert können für eine Stadt von 20000 Einwohnern 4000–5000 m² gelten.

Bebaute Fläche. Ausgewertet wurden 17 Städte. Der Höchstwert liegt bei Straubing mit 1460 m², der Mindestwert bei Lauenburg mit 206 m². Als Richtwert können 700 m² gelten.

Fläche aller Geschosse (einschließlich Treppen, Flure usw.). Ausgefallen: Lauenburg mit unklarer Angabe, Prenzlau mit 4038 m² als anormal groß und von anderen Einrichtungen mitbenutzt. Brauchbare Angaben lagen aus 14 Städten vor. Den höchsten Wert hat Straubing mit 3600 m², den kleinsten Saalfeld mit 400 m². Als Richtwert nennen wir 1400 m².

Die durchschnittliche Zahl der besetzten Plätze ermittelten wir aus 17 Städten. Sie schwankt stark zwischen Lauenburg mit nur 13 und Itzehoe mit 112 Plätzen. Der Durchschnitt ergibt rd. 50 Plätze.

Besonders schwierig war die Ermittlung der durchschnittlichen Personalzahl. 16 Städte machten Angaben. Die geringste Zahl von Beschäftigten haben Schleswig und Arnstadt mit je einem. Die Höchstzahl Wesel mit 18. Etwa 6 Angestellte dürften bei 50 besetzten Plätzen ausreichen.

In 3 von 18 Städten gleich rd. 17 vH ist außer dem städtischen Altersheim noch ein Landespflegeheim vorhanden.

Die Gruppentabelle zeigt in der Grundstücksspalte bei geringer Einzelstreuung 2 Gruppen von je 4 Einheiten bei 2000 m² und zwischen 5000 und 6000 m². In der Spalte „bebaute Fläche“ fällt eine starke Gruppe von 8 Einheiten zwischen 400 und 650 m² auf. Die Spalte „Fläche aller Geschosse“ zerfällt wieder in 2 Gruppen zu 6 Einheiten zwischen 400 und 750 m² und 4 Einheiten um 1200 m².

b) Kreis-Alters-, -Armen- und -Pflegeheim.

Untersucht wurden insgesamt 12 Städte.

Grundstücksfläche. Nachdem Bunzlau (1465 m²) als anormal klein ausgefallen war, verblieben 11 Städte. Von diesen besitzt Wismar das größte Grundstück von 31955 m². Saalfeld hat das kleinste von nur 3029 m². Der Durchschnitt beträgt 16000 m². Als Richtwert möchten wir 1½–2 ha vorschlagen.

Bebaute Fläche. Bunzlau mit 278 m² und Saalfeld mit 254 m² mußten als anormal klein ausfallen; von Neuruppin fehlen die Angaben. Den Höchstwert weist Prenzlau mit 2866 m², den Mindestwert Bad Homburg mit 499 m² auf. Als Richtwert mögen 1200—1300 m² gelten.

Fläche aller Geschosse (einschließlich Treppen, Flure usw.). Bunzlau mit 358 m² schaltete wiederum als außergewöhnlich klein aus. Trotzdem ist die Schwankung zwischen Saalfeld (725 m²) und Lörrach (6500 m²) noch sehr bedeutend. Der Richtwert liegt bei 3000 m².

Zahl der besetzten Plätze. Auswertbare Angaben liegen nur aus 8 Städten vor, nachdem Bunzlau mit 22 und Saalfeld mit 31 als besonders klein ausgefallen waren. Die Höchstzahl besitzt Prenzlau mit 310, die Mindestzahl Wismar mit 50. Der Durchschnitt beträgt rd. 140 Plätze.

Angaben über die **Personalzahl** liegen aus 10 Städte vor (ohne Bunzlau). Prenzlau beschäftigt 47 und Wismar nur 4 Personen. Durchschnittlich dürften 13—14 Angestellte ausreichen.

Die kleinen Zahlen bei Bunzlau finden ihre Erklärungen darin, daß außer dem Kreispflegeheim noch folgende ähnliche Anstalten dort vorhanden sind: 1. staatliche Waisenanstalten, 2. städtisches Altersheim, 3. Provinzialpflegeanstalt. In Rastenburg ist noch ein Provinzialerziehungsheim vorhanden. In Prenzlau und Saalfeld besteht noch ein städtisches Pflegeheim.

Die Gruppentabelle ist, wohl wegen der geringen Anzahl der Anstalten, die uns zu unter-suchen möglich war, diesmal wenig aufschlußreich.

Die Abb. 216 und 217 zeigen das Altersheim in Zerbst.

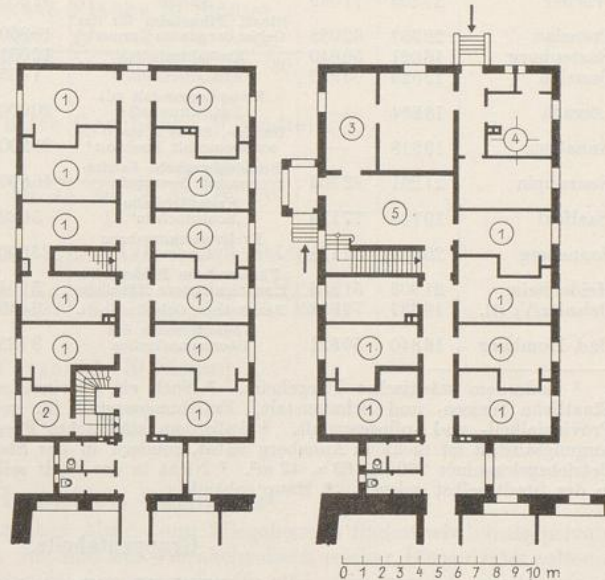


Abb. 216. Obergeschoß.

1 Heimraum, 2 Bad.

Abb. 217. Erdgeschoß.

3 Büro, 4 Dienstwohnung, 5 Aufenthaltsraum.

Materialtabelle.

Städtisches Alters-, Armen- und Pflegeheim.

Stadt	Ein- wohner der Stadt	Anzahl	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Geschosse, Treppen, Flure usw. m ²	Ange- stellte	Vor- han- dene Plätze	Be- setzte Plätze	Bemerkungen
Lauenburg	18962	—	—	206	145	—	—	13	
Prenzlau	22357	—	2100	1140	4038	14	—	60	Außerdem Landes- pflegeheim vorhanden!
Neustettin	16078	—	5000	455	620	2	—	35	
Lörrach	18264	—	247	247	495	2	—	19	
Straubing	25893	—	2220	1480	3600	8	—	52	
Rosenheim	19060	—	18600	530	1200	5	—	27	
Sorau	19285	1	—	599	1112	8	—	45	
Schleswig	20694	1	1477	655	750	1	—	35	Außerdem Landesalters- heim vorhanden!
Wesel	24596	1	2285	919	2800	18	—	77	
Zerbst	20151	1	—	272	536*	—	—	—	* Ohne Keller (250 m ²), Neubau.
Lahr	16807	1	4780	876	1292	6	25	25	
Arnstadt	22024	1	6270	420	640	1	—	45	
Tübingen	28686	2	—	—	—	13	100	90	
Itzehoe	20912	1	9709	1345	—	8	—	112	
Rendsburg	19521	1	11600	580	2200	3	—	105	
Saalfeld	19148	1	2203	450	400	2	—	14	
Meiningen	18833	1	3000	670	1200	3	—	53	
Bunzlau	19625	—	5455	803	2200	7	—	29	Außerdem Landesalters- heim!

16*

Kreis- (Landes-) Alters-, Armen- und -Pflegeheim.

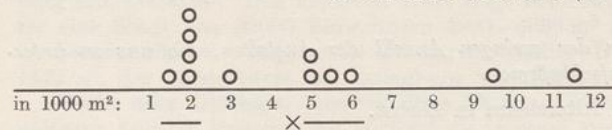
Stadt	Ein- wohner der Stadt	Ein- wohner des Kreises	Name und Art der Anstalt	Grund- stücks- fläche m ²	Bebaute Fläche m ²	Fläche aller Ge- schosse m ²	Be- schäf- tigte	Höchst- zahl der In- sassen	Augen- blick- lich unter- ge- bracht
Wismar	27493	71049	Alters- und Pflegeheim Kalsow	31955	725	1000	4	50	34
Prenzlau	22357	62088	Staatl. Pflegeheim für das Gebiet der ganzen Kurmark ¹	18850	2866	3690	47	310	—
Rastenburg	16021	56640	Kreisaltersheim ²	12031	790	—	8	106	82
Bunzlau	19625	69995	Kreisaltersheim ²	1465	278	358	2	22	21
Lörrach	18264	—	Kreispflegeanstalt mit Landwirtschaft ⁴	20000	2000	6500	18	—	—
Annaberg	19818	—	Bezirks-, Siechen- und Ver- sorgtenanstalt Buchholz ⁵	25200	1691	5917	16	192	185
Neuruppin	21291	82363	Brandenburgische Landes- anstalt Neuruppin	16800 ⁶	—	—	—	—	—
Saalfeld	19148	77133	Kreisaltersheim „Sonnenschein“ ⁷	3029	254	725	5	31	29
Sonneberg	20083	82138	Kreisversorgungsheim Mupperg ⁸	25000	1198	2591	8	140	139
Heidenheim	21903	51853	Fürsorgeheim Heidenheim f. schulentlassene Männliche	5964	538 ⁹	1700	14	65	63
Oelsnitz/Vogtl.	16337	72968	Bezirksheim Oelsnitz/Vogtl.	9440	1085	2894	12	175	145
Bad Homburg	16840	50821	Kreisaltersheim des Obertaunuskreises	8128	499	1853	5	55	49

¹ Außerdem städtisches Pflegeheim. ² Noch ein Provinzialerziehungsheim vorhanden. ³ Außerdem: Staatliche Waisen- und Schulanstalt. Erziehungsanstalt für gefährdete Kinder, städtisches Altersheim, Provinzialheil- und -pflegeanstalt. ⁴ Außerdem städtisches Pflegeheim. ⁵ Die Bezirkssiechen- und Versorgungsanstalt ist nicht in Annaberg selbst, sondern in der Stadt Buchholz. ⁶ Mit landwirtschaftlicher Betriebsbelegenheit 260 ha, 63 a, 42 m². ⁷ Nicht in der Stadt selbst, sondern in „Aue am Berg“. ⁸ Nicht in der Stadt selbst gelegen. ⁹ Hauptgebäude.

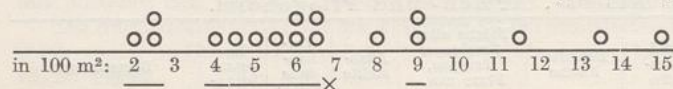
Gruppentabelle.

Städtisches Pflegeheim.

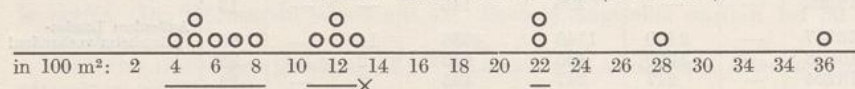
Grundstücksfläche (12 Städte).



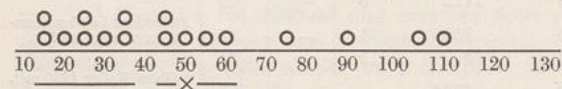
Bebaute Fläche (17 Städte).



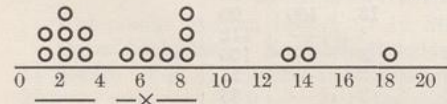
Fläche aller Geschosse (14 Städte).



Besetzte Plätze (17 Städte).



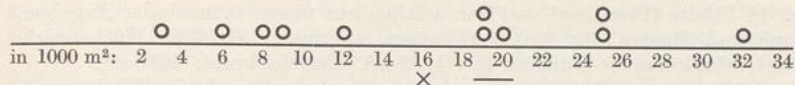
Personal (16 Städte).



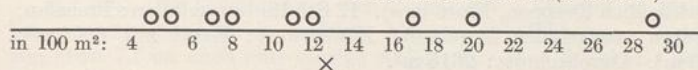
(Fortsetzung S. 245.)

(Fortsetzung von S. 244.)

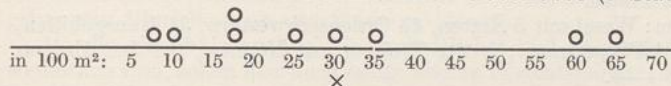
Kreis-Alters- und -Pflegeheim. Grundstücksfläche (11 Städte).



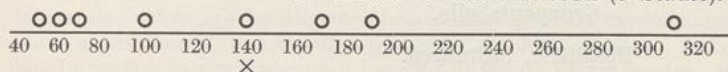
Bebaute Fläche (9 Städte).



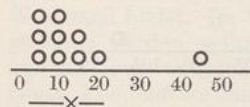
Fläche aller Geschosse (9 Städte).



Höchstzahl der Insassen (8 Städte).



Personal (10 Städte).



c) Hospitäler, Stiftungen.

Außer den kommunalen und staatlichen Alters- und Pflegeheimen finden wir häufig private Stiftungen, auch Hospitäler genannt. Sie sind aus Vermächtnissen reicher Bürger oder seltener aus Schenkungen bei Lebenszeit entstanden, kommen also für eine neuzubauende Stadt vorerst nicht in Frage.

Materialtabelle.

Hospitäler, Stiftungen.

Stadt	Anzahl	Grund- stücks- fläche m²	Bebaute Fläche m²	Fläche aller Geschosse einschl. Treppen, Flure, Neben- räume usw. m²	Angestellte	Vor- han- dene Plätze	Be- setzte Plätze	Bemerkungen
Lauenburg	1	3686	567	914	—	18	17	
Prenzlau	9	9 Häuser mit 6—16 Wohnungen zu 1—2 Stuben und Küche			—	—	113	
Rastenburg	2	30000	700	—	5	—	77	
Straubing	—	2400	1080	—	9	—	31	Hospitlerstiftung mit konomie. Wird vom Kreise verwaltet.
Sorau	—	—	762	615	—	—	—	
Bad Homburg	1	2738	610	1500	4	—	32	
Schleswig	8*	2225	302	720	8	—	129	* Angaben fr Hausenstift.
Wesel	1	5490	3700	6800	5 rzte, 45 Ordensschwester, 31 Hausgehilfinnen, 7 Arbeiter, 2 Broangestellte, 4 Pflegerinnen	—	300	
Salzwedel	5	10703	1465	2173	6	57	56	
Arnstadt	1	1890	1200	2500	2	—	60	
Rendsburg	1	4302	730	2500	1	—	86	
Freising*	1	5600	2000	6000	12**	140	128	* Hlg.-Geist-Spital. ** Ksterliches Krankenhaus.
Saalfeld	1	3450	368	560	—	—	50	
Bg.-Gladbach	2	55946	1800	6000	2	—	195	
Bunzlau	1	1888	392	1100	1	—	19	

Ob in späterer Zeit einmal solche Stiftungen der Stadt anfallen und in welcher Größe läßt sich natürlich nicht prophezeien.

Dennoch haben wir 15 Städte in dieser Beziehung untersucht:

Grundstücksfläche. 11 Städte (Prenzlau¹ und Sorau fallen aus wegen mangelnder Angaben, Bg.-Gladbach 55946 m² und Rastenburg 30000 m² wegen anormaler Größe). Höchstwert: Salzwedel mit 10703 m²; Mindestwert: Bunzlau mit 1888 m². Durchschnitt: 4030 m².

Bebaute Fläche. 14 Städte (ausgefallen Prenzlau wegen mangelnder Angaben). Höchstwert: Wesel mit 3700 m²; Mindestwert: Schleswig mit 302 m². Durchschnitt: 1120 m².

Fläche aller Geschosse (einschließlich Treppen, Flure usw.). 12 Städte (ausgefallen: Prenzlau, Rastenburg und Straubing wegen mangelnder Angaben). Höchstwert: Wesel mit 6800 m²; Mindestwert: Saalfeld mit 560 m². Durchschnitt: 2615 m².

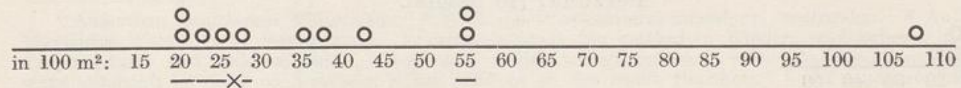
Plätze. 14 Städte (ausgefallen: Sorau, ohne Angaben). Höchstwert: Wesel 300; Mindestwert: Lauenburg 17. Durchschnitt: 92 Plätze.

Personal. 9 Städte (ausgefallen: Wesel mit 5 Ärzten, 45 Ordensschwestern, 31 Hausgehilfen, 7 Arbeitern, 2 Büroangestellten, 4 Pflegerinnen; ferner Freising mit Nonnen; bei den übrigen fehlen Angaben). Durchschnitt: 4—5.

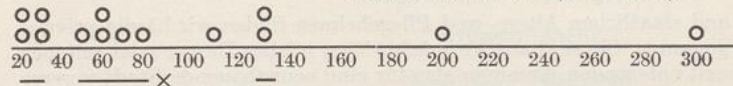
Gruppentabelle.

Hospitäler, Stiftungen.

Grundstücksfläche (11 Städte).



Besetzte Plätze (14 Städte).



51. Friedhöfe.

Über die Friedhofanlagen gingen von 9 Städten Auskünfte ein.

Städte	Öffentliche und im Gebrauch befindliche sowie geschlossene Friedhofsanlagen in m²	Städte	Öffentliche und im Gebrauch befindliche sowie geschlossene Friedhofsanlagen in m²
Neuwied	76342	Ravensburg	59780
Lörrach	40085	Werdau	62000
Annaberg	30000	Wurzen	110730
Mitweida	133500	Prenzlau	102500
Neustrelitz	100000		

Je Kopf der Bevölkerung entfällt also hiernach im allgemeinen etwa 3,7 m².

Nach Angaben von NEUFERT, Bauentwurfslehre S. 272, sollen die Friedhöfe für eine Stadt von 100000 Einwohnern etwa 40 ha groß sein. Hiernach würde auf den Kopf der Bevölkerung 4 m² entfallen. NEUFERT gibt übrigens auch nähere Auskünfte über die Einteilung und Anordnung der Friedhöfe. Nach dem Statistischen Jahrbuch 1937 Deutscher Gemeinden:

Größenklassen	Von der Gesamtfläche sind geschlossene und im Gebrauch befindliche Friedhöfe vH	Je Kopf- fläche m²
A ₁ Stadt Berlin	1,1	2,3
A ₂ Gemeinde über 500000 Einw.	1,1	2,9
A ₃ 200000—500000 Einw.	1,0	3,3
B 100000—200000 Einw.	0,6	3,15
C 50000—100000 Einw.	0,6	3,40

¹ Prenzlau: 9 Häuser mit je 6—16 Wohnungen zu 1—2 Stuben und Küche, 113 Plätze.

Die Je-Kopf-Zahlen sind hierbei mit Hilfe der Bevölkerungszahlen von uns errechnet worden. Es zeigt sich ganz deutlich wie mit kleiner werdender Gemeindegröße die Je-Kopf-Zahlen wachsen. Für die Gruppe C 50000—100000 Einwohner ergibt sich ein Wert von 3,4 m² je Kopf. Eine gewisse weitere Steigerung ist bei noch kleineren Gemeinden um 20000 Einwohnern anzunehmen, so daß auch hiernach mit einer Fläche von 3,7—3,8 m² gerechnet werden kann.

Die drei Ergebnisse liegen sehr nahe beieinander, so daß man tatsächlich mit großer Sicherheit annehmen kann, daß 3,8 m² Friedhofsfläche je Kopf der Bevölkerung in einer 20000er Stadt zutreffend sind.

Die Lage der Friedhöfe bei den vorhandenen Städten ist häufig sehr unorganisch, sehr oft kommen Aufteilungen in mehrere kleinere Friedhöfe vor. Jedoch ist bei der Gesamtfläche von etwa 7,5 ha auch eine einzige Anlage durchaus denkbar. Bei neuen Stadtanlagen wird es sich empfehlen, wenn die Stadt nicht gerade eine sehr starke Längsentwicklung hat, einen Friedhof in der entsprechenden Größe vielleicht im Zusammenhang mit den sonstigen westlich vorgelagerten Einrichtungen der Stadt zu planen.

Da die Friedhöfe auch als landschaftliches und gärtnerisches Element in der Stadt sehr wesentlich sind, sollen hier noch einige andere Gesichtspunkte, die bei der Planung des Friedhofs ausschlaggebend sind, genannt werden.

Der Friedhof sollte im Zuge des öffentlichen Grüns liegen, damit er nach einer Reihe von Jahren als Parkanlage der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden kann. Die neuen Gräber werden dann auf weiteren für den Friedhof geeigneten Gebieten angelegt. Auf diese Art wird es vermieden, daß die Stellen häufig schon nach kurzer Zeit wieder belegt werden. Ferner ist es wichtig, darauf zu achten, daß ein Teil des Friedhofs mit Wald besetzt ist und ein anderer Teil Wiese- oder Weideland bildet. Im Waldfriedhof werden die Gräber angelegt, bei denen stehende Steine aufgerichtet werden, während auf dem Wiesenland die Gräber untergebracht werden sollten, die nur mit einer waagerechten Steinplatte versehen werden. Diese Angaben werden auch in die neuen Friedhofsbestimmungen aufgenommen werden. Die Größe von 7,5 ha wird von Herrn Professor WIEPKING nach den neuesten Richtlinien für zu klein gehalten. 20 ha wären, wenn der Friedhof zu gleicher Zeit Grünfläche ist, wohl wünschenswert. Diese an sich gerechtfertigte Forderung wird jedoch im allgemeinen nicht erfüllt werden können. Wir schlagen deshalb eine Friedhofsfläche von 12—13 ha vor. Die Kapelle wird etwa 70—100 m² bebaute Fläche aufweisen.

52. Krematorium.

In Zusammenhang mit dem Friedhof muß auch daran gedacht werden, daß schon verhältnismäßig viele Menschen nicht mehr die Beisetzung, sondern die Einäscherung wünschen. Die bisher vorhandenen Krematorien und die entsprechenden Bevölkerungszahlen sind in nachfolgender Tabelle aus dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1937 zusammengestellt.

Einwohner	Anzahl der Krematorien	Bevölkerung aller Gemeinden in Tausend	Anzahl aller Gemeinden
A 200000 und mehr	23	4226,8 6806,5 5537,2	— — —
B 100000—200000	16	3816,3	—
C 50000—100000	15	3224,3	—
D 20000—50000	38	5240,0	174
E 10000—20000	18	4040,0	293

Die Städtegruppe D von 20000—50000 Einwohnern hat in bezug auf die Bevölkerung, wie man deutlich sieht, die meisten Krematorien. Dies liegt zum Teil daran, daß in den größeren Städten weniger, dafür aber größere Anstalten erbaut werden. Die nächst kleinere Gemeindegröße von 10000—20000 Einwohnern mit einer geringeren Zahl von Anlagen auf die Bevölkerung zeigt, daß es sich noch nicht lohnt in allen so kleinen Gemeinden Krematorien zu errichten. Legt man die Gruppe D zugrunde, so entfallen 138000 Menschen auf ein Krematorium. Jede 4.—5. Gemeinde von 20000—50000 Einwohnern besitzt also eine solche Einrichtung. Es ist also durchaus denkbar, sobald nicht gerade in nähergelegenen anderen Orten Krematorien vorhanden sind, daß man auch in den Städten von 20000 Einwohnern Krematorien errichtet, besonders da die Einäscherungen in den letzten Jahren zugenommen haben. Wieweit eine solche Anlage sich im einzelnen rentiert und wie sie finanziert wird, kann natürlich nicht vorhergesagt werden. Schätzungsweise kann man für ein derartiges Krematorium mit einem Gelände von 1—3 ha rechnen.

VII. Bildliche Darstellung der Öffentlichen Einrichtungen.

Wie die Richtlinien für die gewerblichen Untersuchungen nur Anhaltspunkte sein können bei Neuplanungen oder bei der Beurteilung von vorhandenen Siedlungseinheiten, so sollen auch in dieser Tabelle nur Richtwerte gegeben werden. Dabei scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, wie wichtig Anregungen für den Ausbau vorhandener kleiner Städte sind. Gegenüber dem scheinbar unaufhaltsamen Wachstum der Großstädte gibt es nur ein einziges Mittel, die Bevölkerung auch in den kleinen Städten zum vollen Genuß des heutigen Lebens in seiner Vielfalt zu bringen, nämlich den Aufbau möglichst aller hygienischen, kulturellen und zivilisatorischen Einrichtungen. Wie manche Stadt von 20000 Einwohnern hat noch kein Schwimmbad. Ein schönes Freibad und auch ein Hallenschwimmbad sollte jede Stadt dieser Größe haben. Häufig ist auch keine rechte Gelegenheit zu einer Theateraufführung selbst kleinsten Maßstabes vorhanden. Die Durchführung eines Saalbaues lohnt sich in vielen kleinen Städten, entweder in Verbindung mit dem Gemeinschafts- oder Feierabendhaus oder sonstigen Gebäuden, mit denen eine solche Kombination möglich ist. Auch ein Jugendheim in Verbindung mit Aufmarsch- oder Sportplatz ist fast überall noch zu errichten. Oftmals sind nicht genügend Lichtspielhäuser vorhanden. Museen oder Heimathäuser könnten überall als Anziehungspunkte dienen.

An diesen wenigen Beispielen soll nur gezeigt werden, wie jede Klein- und Mittelstadt, nicht nur die in der Größenordnung von etwa 20000, sich durch die Zusammenstellung der öffentlichen Einrichtungen Anregungen geben lassen kann, ihr Eigenleben zu steigern, um die Bevölkerung im eigenen Orte festzuhalten und sie nicht immer weiter in die Großstädte abwandern zu lassen.

Tafel I im Tafelanhang gibt zunächst einen Überblick über die Öffentlichen Einrichtungen höherer Ordnung. Es ist selbstverständlich, daß diese nicht so sehr von der Stadt selbst abhängig sind, weil sie höhere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen haben. Die Größe des Kreishauses richtet sich vornehmlich nach der Größe des Kreises und nicht nach der Stadt. Das Finanzamt ist ebenfalls sehr abhängig von der Größe des Finanzamtbezirks, ebenso das Arbeitsamt usw. Es soll hier lediglich festgestellt werden wie groß die Kreishäuser in den untersuchten Städten sind, wie etwa das Organ des Finanzamts sich gestaltet, des Amtsgerichts oder des Landgerichts. Selbstverständlich kann auch einmal ein solches Organ fehlen: nur 42 von 72 Städten z. B. sind Kreisstädte und nur in 14 Städten von 72 befinden sich Landgerichte. Um einen Einblick über das Vorkommen der Öffentlichen Einrichtung in den 72 untersuchten 20000er Städten zu geben, ist jeweils angegeben, in wieviel Städten eine solche Einrichtung vorkommt, soweit diese Angabe gemacht werden kann. Im einzelnen wird natürlich nur der örtliche Umstand dafür entscheidend sein, ob eine Einrichtung in eine Siedlung aufgenommen werden soll oder nicht. Ob z. B. ein Kreishaus dort errichtet werden muß oder ein Landgericht usw. Jedoch sollen absichtlich hier die Möglichkeiten alle genannt werden, um bei Planungen dann näher zu untersuchen, welche von den hier beschriebenen Öffentlichen Einrichtungen nun angesetzt werden müssen oder mit welchen in Zukunft vielleicht gerechnet werden kann. Nur, wenn man diese Organe des Staates oder des Landes, die in eine Siedlung oder Stadt hinein sollen und auch die eigenen Organe der Stadt übersieht und sie alle in ihren Grundzügen einmal durchdacht hat, ist es möglich, einen anständigen städtebaulichen und organischen Plan für den Ort zu entwerfen.